



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Das Lagebild Bevölkerungs- verhalten in der Stabsarbeit

Ergebnisse des Forschungsprojekts „LaBS“

Mareike Mähler; Gesine Hofinger; Cleo Becker; Laura Künzer



Forschung für den
Bevölkerungsschutz

Band 34

Forschung für den
Bevölkerungsschutz

Band 34



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Das Lagebild Bevölkerungs- verhalten in der Stabsarbeit

Ergebnisse des Forschungsprojekts „LaBS“

Forschung für den Bevölkerungsschutz

Autorinnen: Mareike Mähler; Gesine Hofinger; Cleo Becker; Laura Künzer



BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.

Herausgeber

Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 18 67, 53008 Bonn
Tel. +49 (0)228 99 550-0
Fax +49 (0)228 99 550-1620
www.bbk.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt

Mareike Mähler; Gesine Hofinger; Cleo Becker; Laura Künzer

Layout und Satz

A Vitamin Kreativagentur GmbH,
12203 Berlin

Druck

Druck- und Verlagshaus
Zarbock GmbH & Co. KG
60386 Frankfurt am Main

Bildnachweis

Titelbild: pixabay.com/Gerd Altmann
© 2023 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
ISBN: 978-3-949117-22-0

Der vorliegende Band stellt die Meinung der Autorinnen und Autoren dar und gibt nicht grundsätzlich die Meinung des Herausgebers der Reihe wieder. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist nur in den Grenzen des geltenden Urheberrechtsgesetzes erlaubt. Zitate sind bei vollständigem Quellen-

verweis jedoch ausdrücklich erwünscht. Dieses Werk darf ausschließlich kostenlos abgegeben werden. Weitere Exemplare dieses Buches oder anderer Publikationen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe können Sie gerne beim Herausgeber der Reihe kostenfrei anfordern.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	11
Tabellenverzeichnis	15
Abkürzungsverzeichnis	17
Vorwort und Dank	21
Zusammenfassung	25
1. Einleitung: Fragestellung und Projektüberblick	29
1.1 Forschungsauftrag und Fragestellungen	30
1.2 Übersicht über das Projekt	33
1.3 Einbezug von Praxispartnern und projektbegleitendem Arbeitskreis	39
1.4 Verwendete Methoden	41
2. Relevante Begriffe für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	45
2.1 Krisen und Katastrophen	47
2.2 Lagebild	50
2.3 Bevölkerung, Migrationshintergrund, Vulnerabilität und Ressourcen	56
2.4 (Bevölkerungs-)Verhalten	61
2.5 Psychosozial	62
2.6 PSNV	64
2.7 Psychosoziales Krisenmanagement	65

3.	Psychosoziale Notfallversorgung und psychosoziales Lagebild	67
3.1	Psychosoziale Notfallversorgung	69
3.2	Paradigmenwechsel: Bevölkerung als Akteurin bzw. Akteur mit Resilienzpotenzial	73
3.3	Psychosoziales Lagebild	75
4.	Das Lagebild Bevölkerungsverhalten	81
4.1	Vom psychosozialen Lagebild zum Lagebild Bevölkerungsverhalten	83
4.2	Definition: Lagebild Bevölkerungsverhalten	84
4.3	Besonderheiten der Lage und Aktualisierung des Lagebilds	88
4.4	Status der direkt und indirekt betroffenen Bevölkerung	90
4.5	Vulnerable und belastete Personengruppen und ihre Bedarfe	92
4.5.1	<i>Exkurs: Menschen mit Migrationsgeschichte: Verhalten in Krisen und Katastrophen, Vulnerabilität und Resilienz</i>	97
4.5.2	<i>Exkurs: Hilfs- und pflegebedürftige Menschen</i>	103
4.5.3	<i>Exkurs: Weitere potenziell vulnerable Gruppen</i>	105
4.6	Ressourcen der Bevölkerung	108
	<i>Exkurs: Setting-Ansatz und Communities</i>	113
4.7	Verhalten und Reaktionen	116
4.8	Exkurs: Human Terrain	119
4.9	Zusammenfassung der Themen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	122
4.10	Datenquellen	123
4.10.1	<i>Offene Daten von Kommunen, Kreisen, Regionen oder Ländern</i>	125
4.10.2	<i>Befragungen</i>	129
4.10.3	<i>Medienanalyse</i>	130
4.10.4	<i>Exkurs: Crowd Management und Crowd Simulation</i>	131
4.11	Datensammlung und Verknüpfung von Datenquellen	134

4.12	Kommunikation des Lagebilds Bevölkerungsverhalten	138
4.13	Gastbeitrag: Psychosoziale Lageberichte im Corona-Krisenmanagement der Stadt Mülheim an der Ruhr von Prof. Dr. Harald Karutz	140
4.14	Gastbeitrag: Das Lagebild Bevölkerungsverhalten im Rahmen der Fachberatung PSNV im Verlauf der Covid-19-Pandemie von Angela Hammerl	148
5.	Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen, Bedürfnisse und Resilienzpotenziale	159
5.1	Ergebnisse zu Bevölkerungsverhalten in ausgewählten Krisen und Katastrophen	163
5.1.1	<i>(Lokale) Brandereignisse</i>	165
5.1.2	<i>Buschfeuer/Waldbrand</i>	167
5.1.3	<i>Hitze</i>	169
5.1.4	<i>(Großflächiger bzw. lang anhaltender) Stromausfall</i>	171
5.1.5	<i>Hochwasser/Überschwemmung/Überflutung</i>	175
5.1.6	<i>Hilfeverhalten von ungebundenen Helferinnen und Helfern am Beispiel Hochwasser</i>	179
5.1.7	<i>Erste Phase der Covid-19-Pandemie</i>	181
5.2	Welches Verhalten kann meist erwartet werden?	183
5.2.1	<i>Gemeinsamkeiten von Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen</i>	184
5.2.2	<i>Unterschiede im Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen</i>	189
6.	Die Rolle der Fachberatung PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	195
6.1	Ergebnisse zur Rolle des/r Fachberater/in PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben	197
6.2	Ergebnisse der Dokumenten- und Literaturanalyse, der Fokusgruppen und Interviews zu Fragestellung 2	200
6.3	Ergebnisse der Dokumenten- und Literaturanalyse, der Fokusgruppen und Interviews zu Fragestellung 3	201

6.4	Round-Table-Workshop zum Thema Fachberatung PSNV und das Lagebild Bevölkerungsverhalten	209
6.4.1	<i>Vorbereitung und Durchführung des Workshops</i>	209
6.4.2	<i>Ergebnisse des Workshops zu Fragestellung 1</i>	211
6.4.3	<i>Ergebnisse des Workshops zu Fragestellung 2</i>	212
6.4.4	<i>Ergebnisse des Workshops zu Fragestellung 3</i>	212
6.5	Zusammenfassung der Ergebnisse des Workshops	215
6.6	Gastbeitrag: Erfahrungsberichte aus der eschatologischen Existenz oder der qualitative Sprung in der Stabsarbeit von Pfarrer Justus Münster	217
7.	Fördernde und hinderliche Organisationsfaktoren für die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten	225
7.1	Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stabsdienstordnungen	227
7.2	Zur Kultur eines (Verwaltungs-)Stabs	229
7.2.1	<i>Ergebnisse der Literaturanalyse zur Kultur von Verwaltungsstäben</i>	229
7.3	Ergebnisse aus Workshops	236
7.3.1	<i>Round-Table-Workshop Fachberatung PSNV und das Lagebild Bevölkerungsverhalten</i>	236
7.3.2	<i>Workshop Kulturwandel in Stäben</i>	237
7.4	Veränderungsmöglichkeiten für ein bevölkerungsnahes Krisenmanagement	242
7.5	Ausblick und Forschungs-Desiderata	243
7.5.1	<i>Formalisierung und Legitimierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten</i>	243
8.	Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Aus- und Weiterbildung und Übungen	247
8.1	Berücksichtigung Lagebild Bevölkerungsverhalten in Aus- und Weiterbildung von Stäben	249

8.2	Berücksichtigung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Übungen, (Übungs-)Beobachtungen und Nachbesprechungen	251
8.2.1	<i>Exkurs: Übungsbeobachtungen</i>	253
8.2.2	<i>Exkurs: Hilfreiche Fragen für die Durchführung von Beobachtungen</i>	255
8.3	Anregungen für die Erstellung eines Leitfadens für die Beobachtung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsübungen	257
8.3.1	<i>Rahmen und „Gesamtlagebild“ sowie Etablierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten</i>	257
9.	Forschungsbedarfe und Ausblick	259
9.1	Allgemeine Empfehlungen zur Entwicklung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten	261
9.2	Forschungsbedarfe aus dem Forschungsprojekt LaBS	262
9.2.1	<i>Forschungsbedarfe zur Konzeptualisierung und Konkretisierung des LBV</i>	262
9.2.2	<i>Forschungsbedarfe zum Verhalten der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen</i>	265
9.2.3	<i>Forschungsbedarfe zu psychosozialen Aspekten im LBV</i>	266
9.2.4	<i>Forschungsbedarfe zu Stabskulturen als Basis des Führens eines LBV</i>	267
9.2.5	<i>Forschungsbedarfe zum LBV in Übungen und Übungsbeobachtungen</i>	267
10.	Schlusswort der Autorinnen	269
11.	Literaturverzeichnis	271

Anhang A: Handreichung für Stäbe	305
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	309
1. Einleitung	311
2. Was sind Lagebilder in der Stabsarbeit?	315
2.1 Lagebilder und Lageberichte	316
2.2 Form und Darstellung von Lagebildern	318
3. Was ist ein Lagebild Bevölkerungsverhalten?	321
4. Wer ist „die“ Bevölkerung?	325
4.1 Vulnerable Gruppen	328
4.2 Bedarfe und Bedürfnisse	331
4.3 Ressourcen, Selbsthilfefähigkeit und Helfende	333
4.4 Einsatzkräfte als Teil der Bevölkerung	335
5. Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen	337
5.1 Welches Verhalten von Menschen in Krisen und Katastrophen ist meist erwartbar?	339
5.2 Welche Faktoren können bei verschiedenen Krisen und Katastrophen das Bevölkerungsverhalten beeinflussen?	342
6. Informationen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	345
6.1 Vor einer Lage grundsätzlich vorhandene Informationen	347
6.2 Informationen, die während einer Lage erhoben werden	350
6.3 Unterstützung für die Erhebung von Informationen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	352

7.	Die Rolle der Fachberatung PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	355
7.1	Was ist eine Fachberatung PSNV und welche Aufgaben hat sie im Stab?	356
7.2	Welche Informationen kann die Fachberatung PSNV in das Lagebild Bevölkerungsverhalten des Stabs einbringen?	357
8.	Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Übungen und Einsatzauswertungen	359
8.1	Integration des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Übungen	360
8.2	Beobachtung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten	362
9.	Orientierungshilfen für Stäbe	365
9.1	Orientierungshilfe zur Etablierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhaltens	367
9.2	Orientierungshilfe zur Erstellung und Führung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten während einer Lage	369
	Literaturverzeichnis	372
	Bisherige Publikationen	376

Abbildungsverzeichnis





Abbildung 1	Arbeitspakete und Ablauf des Forschungsprojekts LaBS im Überblick (Erstellerin: Laura Künzer)	33
Abbildung 2	Beispiel der Datensätze in der Urban Data Platform, Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg 2021.	126
Abbildung 3	Problemstellung Datenmodell des digitalen Lagebilds (Erstellerin: Cleo Becker)	136
Abbildung 4	Informationsquellen für psychosoziale Lageberichte (Ersteller: Harald Karutz)	140
Abbildung 5	Stark vereinfachtes Kategoriensystem zur Einschätzung der psychosozialen Lage (Ersteller: Harald Karutz)	146
Abbildung 6	Zeitstrahl und Phasenverlauf der Corona-Pandemie für das Lagebild Bevölkerungsverhalten (Erstellerin: Angela Hammerl)	149
Abbildung 7	Erster Lagevortrag in der Führungsgruppe Katastrophenschutz (Erstellerin: Angela Hammerl)	152
Abbildung 8	Auszug aus dem Lagevortrag vom 11.11.2020 (Erstellerin: Angela Hammerl, Ergänzungen aus: Karutz 2022)	156
Abbildung 9	Exemplarische Einteilung der ausgewählten bzw. analysierten Krisen und Katastrophen in kurz-, mittel- und langfristige Lagen (Erstellerin: Laura Künzer)	161
Abbildung 10	Merkmale zur systematischen Beschreibung von Bevölkerung (Ersteller: Sven Olaf Nix)	163
Abbildung 11	Überblick über verschiedene Kategorien für die Analyse des Bevölkerungsverhaltens in Krisen und Katastrophen (Ersteller: Sven Olaf Nix)	164

- Abbildung 12** Zusammenfassende Erkenntnisse aus der Analyse –
Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede von übergreifenden bzw.
„allgemeinen“ Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen
(Erstellerin: Laura Künzer) 183
- Abbildung 13** Führungs- und Qualifikationsstufen in Anlehnung an den
Konsensusprozess (Ersteller: Justus Münster). 219

Tabellenverzeichnis





Tabelle 1	Potenziell vulnerable Gruppen	93
Tabelle 2	Übersetzung einiger Ideen des Human Terrain-Ansatz für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	120
Tabelle 3	Beispiele für eine erste Zielgruppenanalyse	150

Abkürzungsverzeichnis





AGBF	Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren
AP	Arbeitspaket
BABZ	Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung
BBK	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
BHKG	Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CoSI	Cockpit-Städtische-Infrastruktur (Hamburg)
DIVI	Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Not- fallmedizin
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
FB	Fachberatung
FüGK	Führungsgruppe Katastrophenschutz
FinkA	Forschungsstelle interkulturelle und komplexe Arbeitswelten
FüAss	Führungsassistent
FSU	Friedrich-Schiller-Universität
FwDV	Feuerwehr-Dienstvorschrift
GIS	Geographisches Informationssystem

GMLZ	Gemeinsames Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern
IASC	Inter-Agency Standing Committee
IdF	Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen
HiOrgs	Hilfsorganisationen
KRITIS	Kritische Infrastrukturen
LaBeCo	Psychosoziales Lagebild der Bevölkerung während der Corona-Pandemie
LaBS	Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Stabsarbeit
LBV	Lagebild Bevölkerungsverhalten
LRA	Landratsamt
LÜKEX	Länder- und ressortübergreifende Krisenmanagementübung (Exercise)
MANV	Massenanfall von Verletzten und Erkrankten
MWIKE	Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
MoFüSt	Mobile Führungsunterstützung
NGO	Non-governmental organisation/ Nichtregierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
OCAI	Organizational Culture Assessment Instrument
OGP	Open Government Partnership
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PAK	Projektbegleitender Arbeitskreis
PDV	Polizeidienstvorschrift
POM	psychosoziales Online-Monitoring
PSNK	psychosoziale Notfallkompetenz

PSNV	Psychosoziale Notfallversorgung
PSNV- B	Psychosoziale Notfallversorgung für Betroffene
PSNV-E	Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte
PSR	Priority Service Registry
PsychLB	psychosoziales Lagebild
SMCC	Social Media Command Center
SORMAS	Surveillance, Outbreak Response Management and Analysis System
S7	Sachgebiet 7 Psychosoziale Notfallversorgung
THW	Technisches Hilfswerk
UDP	Urban Data Platform
VOST	Virtual Operations Support Team
WHO	World Health Organization
XöV	XML in der öffentlichen Verwaltung
ZSKG	Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz

Vorwort und Dank





Diese Publikation fasst die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Stabsarbeit (LaBS)“ zusammen, welches von Februar 2020 bis Januar 2023 durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gefördert wurde.

Ziel des Projekts war die systematische Integration eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten (LBV) in die Stabsarbeit mit Fokus auf die der Stabsarbeit und den Stäben der Verwaltungen, v. a. der unteren Katastrophenschutzbehörden. Das Projekt konnte Grundlagenarbeit zu möglichen Inhalten, der Etablierung und Erstellung eines LBV leisten. Mithilfe der Projektergebnisse soll es Mitarbeitenden in Stäben ermöglicht werden, ein LBV zu etablieren und zu führen. Auch wenn Stäbe der Verwaltungen im Mittelpunkt der Untersuchungen standen, wurden Stäbe der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr sowie der Hilfsorganisationen mitgedacht – wir hoffen, dass unsere Ergebnisse für diese anwendbare Erkenntnisse liefern.

Unser Projekt startete sechs Wochen vor dem ersten „Lockdown“ während der Covid-19-Pandemie. Für das Projekt waren für die Datenerhebungen u. a. der Austausch mit Expertinnen und Experten der Stabsarbeit, z. B. in Form von Workshops, Interviews und Übungsbeobachtungen, vorgesehen. Die Datenerhebungen unter Pandemie-Bedingungen durchzuführen stellte das Projektteam vor vielfältige Herausforderungen. Übungsbeobachtungen konnten leider nicht stattfinden. Der Austausch in Fokusgruppen und Workshops fand weitgehend online statt, im dritten Projektjahr auch hybrid. Trotz dieser kommunikativen Einschränkungen konnten wir von den Praxispartnern und Workshop-Teilnehmenden viele Anregungen erhalten.

Zu Beginn und auch im Laufe der Projektarbeit stellten wir schnell fest, dass sich das Forschungsthema LBV rasant in der Praxis weiterentwickelt und dennoch von der Wissenschaft bisher wenig in den Blick genommen wurde. Parallel zu unserem Projekt wurde im BBK durch die Projektgruppe „Das Lagebild Bevölkerungsverhalten als Basis für effektives staatliches Krisenmanagement“ das LBV weiterentwickelt mit dem Resultat der „Fachlage Bevölkerungsverhalten“, welche ab Januar 2022 vom BBK erstellt wurde. In diese Fachlage flossen bereits Projektergebnisse aus LaBS ein, was uns sehr freut.

Unser Projekt konnte nur mit der Mithilfe und Unterstützung vieler Personen fruchtbare Ergebnisse liefern. Besonderer Dank geht an unsere Praxispartner im Projekt, die uns jederzeit mit Rat und Tat zur Seite standen und alle unsere Fragen geduldig beantworteten sowie fachlich kompetenten Input gaben. Dankeschön an Michael Brenker, Matthias Gahlen, Rudi Heimann, Thomas Melchert und Justus Münster.

Wir bedanken uns recht herzlich beim Projektteam des Referats I.3, Psychosoziales Krisenmanagement, und beim Team des Referats III.1, Forschung und Grundlagen des BBK. Mit Nathalie Schopp, Tobias Hahn, Rike Richwin, Lynn Schüller, Volker Tondorf, Charline Schüler und Dr. Jan-Erik Steinkrüger sowie weiteren Mitarbeitenden der beiden Teams arbeiteten wir eng und vertrauensvoll zusammen und bekamen wertvolle Anregungen für unsere Arbeit im Projekt. Wir haben die Zusammenarbeit, wie auch schon in Vorgängerprojekten, als sehr angenehm und kollegial empfunden. Das Projekt wurde noch von Dr. Jutta Helmerichs initiiert, der wir auf diesem Weg für ihr Wirken für das Psychosoziale Krisenmanagement und die Zusammenarbeit danken.

Ganz herzlicher Dank gebührt unserer Gastautorin und unseren Gastautoren für ihre wichtigen Beiträge aus der Praxis. Diese ergänzen unsere Projektergebnisse auf anschauliche Weise und zeigen auf, wie dynamisch sich das Feld des LBV derzeit entwickelt.

Einen sehr wichtigen Beitrag lieferten auch unsere studentischen Hilfskräfte Pauline Kaboth und Sven Olaf Nix, die uns jederzeit kompetent aus dem Hintergrund unterstützten. Herzlichen Dank! Vielen Dank auch an unsere studentische Hilfskraft Alina Suelmann, die uns tatkräftig bei der Finalisierung dieser Publikation unterstützte.

Nicht zuletzt möchten wir uns herzlich bei Prof. Dr. Strohschneider bedanken. Wir durften seit 2008 mit Prof. Dr. Stefan Strohschneider viele spannende Forschungsprojekte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena bearbeiten. Nun geht mit LaBS das letzte Projekt unserer Zusammenarbeit zu Ende. Wir danken für die jahrelange vertrauensvolle, angenehme und gewinnbringende Zusammenarbeit!

Ein Zitat eines Praxispartners in einem Interview war: „Die Bevölkerung ins Lagebild mit aufnehmen ist unverzichtbar! Aber wie?“ Wir hoffen, dass diese Publikation eine Hilfestellung dafür bieten kann.

Jena, November 2023

Mareike Mähler, Gesine Hofinger, Cleo Becker und Laura Künzer

Zusammenfassung





Die vorliegende Publikation stellt die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben (LaBS)“ dar. Das Forschungsprojekt wurde vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gefördert. Die Forschungsstelle interkulturelle und komplexe Arbeitswelten (FinkA) der Friedrich-Schiller-Universität Jena führte das Forschungsprojekt von 2020 bis 2023 durch.

Das Forschungsprojekt hatte zum Ziel, erstmalig psychosoziale Aspekte des Krisenmanagements sowie des Bevölkerungsverhaltens systematisch in die Stabsarbeit und in Lagebilder zu integrieren.

Das Projekt soll aufzeigen, wie vorhandenes Wissen und lageabhängige Informationen zu den Bedürfnissen, zum Verhalten und zu den Resilienzpotenzialen der Bevölkerung in das Lagebild von Stäben der Verwaltungen integriert werden können. Unterschiedliche Gruppierungen und Bedürfnisse innerhalb der Bevölkerung, z. B. Menschen in verletzlichen Situationen, wurden dabei berücksichtigt.

Es sollte erforscht werden, welche vor einer konkreten Lage vorhandenen Informationsquellen, z. B. Strukturdaten, für das Lagebild Bevölkerungsverhalten genutzt werden können und welche in der Lage erhoben werden müssen.

Im Fokus des Projekts standen Stäbe von Behörden und Verwaltungen. Die Ergebnisse sollten aber auch für Stäbe der Einsatz- und Hilfsorganisationen nutzbar sein.

Es wurden Erfahrungen von Stäben unterschiedlicher Organisationen bezüglich des Bevölkerungsverhaltens und der Integration dieser Informationen in ein Lagebild einbezogen. Es wurde weiterhin analysiert, welche Veränderungen der Stabskulturen nötig sind, um bevölkerungsnahes Krisenmanagement zu realisieren. Zuletzt wurde untersucht, ob und wie Stabsübungen dafür geeignet sind, die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten zu fördern.

Das eingesetzte Methodenspektrum umfasste neben Literaturrecherchen und Dokumentenanalysen unterschiedliche qualitative Zugänge zum Forschungsfeld: Fokusgruppen, Expertinnen- und Experteninterviews und Round-Table-Workshops. Geplante Übungsbeobachtungen konnten aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht durchgeführt werden.

Das Projekt machte vorhandene Erkenntnisse aus Forschung und Praxis für Stäbe nutzbar. Dazu wurde das Wissen erfahrener Akteurinnen und Akteure aus verschiedenen Stäben (Verwaltung, Einsatzorganisationen), von Führungskräften der Psychosozialen Notfallversorgung (Fachberatungen PSNV, Leiterinnen und Leiter PSNV) mit Erkenntnissen aus der Literatur zu Handreichungen für Stäbe zusammengeführt.

Summary

This report presents the results of the research project „Integration of psychosocial aspects in crisis management of public agencies (LaBS)“. The research project was funded by the Federal Office of Civil Protection and Disaster Assistance (BBK). The Research Center for Intercultural and Complex Working Environments (FinkA) at the Friedrich Schiller University in Jena conducted the research project from 2020 to 2023.

The aim of the project was the systematic integration of psychosocial aspects into crisis management and into situation pictures.

The project focused on crisis management staff of public authorities and administrations. However, the results should also be useful for emergency services and other civil protection organizations.

In addition to literature research and document analysis, the range of methods employed in the project included various qualitative approaches to the research field: focus groups, expert interviews and round table workshops. Planned observations of crisis management exercises could not be conducted due to the Covid-19 pandemic.

It was investigated how needs, behaviour and resilience potentials of different population groups can be integrated into a psychosocial situation picture for the crisis management. It was further investigated which data sources can be used for this psychosocial situation picture.

The networking of crisis teams, psychological emergency care agencies and emergency services was supported in the form of workshops. Concepts for integrating psychosocial aspects in training and exercises of emergency teams were established.

Innovative project results were recommendations and guidelines for crisis teams to implement psychosocial aspects in situational pictures.

Einleitung: Fragestellung und Projektüberblick

1

Nach Definition des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe umfasst der Bevölkerungsschutz nicht nur den Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen vor Katastrophen und anderen schweren Notlagen, sondern auch „Maßnahmen zur Vermeidung, Begrenzung und Bewältigung der genannten Ereignisse.“ (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [BBK], o. J. a). Zu den Aufgaben des Bevölkerungsschutzes gehören demnach neben dem physischen Schutz vor Gefahren auch die Prävention von und die Unterstützung bei der Bewältigung von Schäden durch psychische Gefährdung bzw. die Bedrohung der sozialen Umgebung von Menschen. Diesbezüglich hat sich die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) in den letzten 30 Jahren als wichtiger Bereich des Krisenmanagements etabliert (Beerlage 2015). Allerdings weisen neuere Forschungen darauf hin, dass ein Strategien- bzw. Paradigmenwechsel, der unter anderem dahingehend differenziert, inwieweit Bevölkerung in einer aktiven, auch helfenden Rolle gesehen und eingebunden werden kann, hinsichtlich der Betrachtung der Bevölkerung angebracht ist (Lammers 2016, Knauer und Beerlage 2020). Auch die Einbindung des Selbstschutzes der Bevölkerung in das Management des Bevölkerungsschutzes und damit in die Stabsarbeit wird bereits seit einiger Zeit gefordert (Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern 2011).

Diese Haltung zeigt sich auch in der Positionierung des BBK: „Das Bild, wonach der Staat schon weiß, was die Bevölkerung will, ist nicht zielführend. Es geht vielmehr darum, die Bevölkerung als Partner mit deren Bedarfen und Bedürfnissen zu begreifen. Dazu bedarf es eines Dialoges mit der Bevölkerung – nennen wir es Sicherheitspartnerschaft – und das vor, in und nach der Krise“ (BBK 2022: 2).

Eine wesentliche Grundlage innerhalb der Stabsarbeit ist es, sich einen Überblick über die Lage zu verschaffen, in der Regel in Form eines Lagebilds. Dieser Überblick stellt die Basis dar, auf der Entscheidungen hinsichtlich zu ergreifender Maßnahmen getroffen werden. Aspekte, die die Bevölkerung betreffen, werden bislang jedoch gar nicht oder nur sehr unzureichend in Lagebildern erfasst – dies gilt auch für Daten, die die Grundlage für den Einsatz der PSNV darstellen. Sei es, dass sich Mythen bezüglich des Verhaltens der Bevölkerung in Krisen hartnäckig halten oder Stabsmitarbeitende tatsächlich nicht genau

wissen, wie sich die Bevölkerung zusammensetzt und wie sie sich verhält: Es ist dringend erforderlich, „den Blick auf Bevölkerung und ihr Handeln, auf Warnung der Bevölkerung und Kommunikation, aber auch auf Einsatzkräfte als Teil der Bevölkerung“ zu richten (Richwin, Schopp und Helmerichs 2019: 30). Abgesehen davon, dass Hilfs- und Unterstützungspotenziale nicht genutzt werden, besteht die Gefahr, dass z. B. Minderheiten im Krisenfall marginalisiert werden. Insofern ist es geboten, in einem Teil des Lagebilds die Bevölkerung, ihre Bedarfe und Bedürfnisse sowie ihr Verhalten differenziert zu erfassen und so in das Krisenmanagement sowie die Krisenkommunikation mit einzubeziehen. „Das Wissen um mögliche Verhaltensmuster stärkt aber nicht nur die Kommunikation, sondern bietet die Möglichkeit, Szenarien, Übungen und mögliche Lagebilder differenzierter weiterzuentwickeln“ (Holenstein und Köng 2014: 44).

Das Forschungsprojekt „Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben (LaBS)“ hatte deshalb zum Ziel, erstmalig psychosoziale Aspekte des Krisenmanagements sowie Bevölkerungsverhalten systematisch in die Stabsarbeit zu integrieren. Dies bedeutet, vorhandenes Wissen und lageabhängige Informationen zu den Bedürfnissen, zum Verhalten und zu den Resilienzpotenzialen der Bevölkerung in das Lagebild eines Stabs aufzunehmen. Unterschiedliche Gruppierungen in der Bevölkerung müssen dabei berücksichtigt werden. Zudem sollte erforscht werden, welche vor einer Stabslage vorhandenen Informationsquellen (z. B. Strukturdaten, soziale Medien), für das Lagebild Bevölkerungsverhalten (LBV) genutzt werden können.

Das Projekt machte vorhandene Erkenntnisse aus Forschung und Praxis für Stäbe nutzbar. Dazu wurde das Wissen erfahrener Akteurinnen und Akteure aus verschiedenen Stäben (Verwaltung, Einsatzorganisationen), von Führungskräften der Psychosozialen Notfallversorgung (Fachberatungen PSNV, Leiterinnen und Leiter PSNV) erfasst und zu Handreichungen für Stäbe zusammengeführt bzw. in Handlungsempfehlungen für Stäbe übersetzt. Im Fokus des Projekts standen Stäbe von Behörden und Verwaltungen. Die Ergebnisse sollten aber auch für Stäbe der Einsatz- und Hilfsorganisationen nutzbringend sein.

Das eingesetzte Methodenspektrum umfasste neben Literaturrecherchen und Dokumentenanalysen unterschiedliche qualitative Zugänge zum Forschungsfeld: Fokusgruppen, Experteninterviews und Round-Table-Workshops. Geplante Übungsbeobachtungen konnten aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht durchgeführt werden. Es wurden keine Stabsübungen durchgeführt, die vom Projektteam hätten beobachtet werden können. Wenn es Stabsübungen gab, durften keine (externen) Übungsbeobachterinnen und -beobachter aufgrund der erlaubten Personenanzahl in den Stabsräumen eingeladen werden.

Es wurden Erfahrungen von Stäben unterschiedlicher Organisationen bezüglich des Bevölkerungsverhaltens und der Integration dieser Informationen in ein Lagebild erhoben. Es wurde dabei auch analysiert, welche Veränderungen der Stabskulturen und Entscheidungsprozesse nötig sind, um bevölkerungsnahes Krisenmanagement zu realisieren. Zuletzt wurde untersucht, ob und wie Stabsübungen (einzelner Stäbe oder übergreifende Übungen) geeignet sind, die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten zu fördern.

Übersicht über das Projekt

Das Forschungsprojekt LaBS gliederte sich in sieben Arbeitspakete (AP), die Abbildung 1 im Überblick zeigt. Die Fragestellungen der einzelnen AP werden im Folgenden kurz vorgestellt.

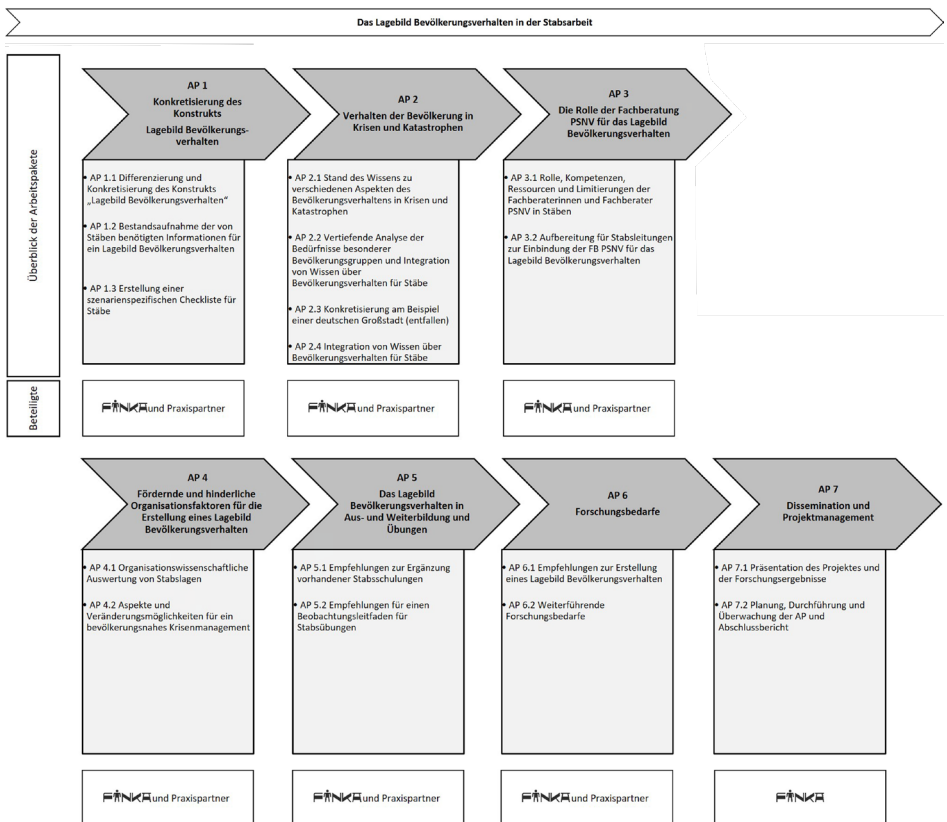


Abbildung 1: Arbeitspakete und Ablauf des Forschungsprojekts LaBS im Überblick (Erstellerin: Laura Künzer).

Im Folgenden wird näher auf die Inhalte, Arbeiten und Ergebnisse der sieben Arbeitspakete eingegangen.

Konkretisierung des Konstrukts „Lagebild Bevölkerungsverhalten“ (AP 1)

Ausgehend von der allgemeinen Überlegung, dass „die Bevölkerung“ im Lagebild von Stäben besser repräsentiert sein soll, stellten sich die folgenden Fragen (s. Kap. 4):

Wie könnte ein Lagebild Bevölkerungsverhalten, welches die Lage, die Bedarfe und Bedürfnisse sowie die Potenziale von Personen mit einbezieht generell aussehen?

Hier wurde zunächst der geschichtliche Hintergrund der Betrachtung von Bevölkerung mit Fokus auf der Psychosozialen Notfallversorgung aufgearbeitet. Anschließend wurde erarbeitet, warum diese Perspektive für ein Lagebild Bevölkerung nicht ausreichend ist, sondern weitere Aspekte dazu betrachtet werden sollten. Es wurden zunächst wichtige Einzelbegriffe aus der Literatur heraus bestimmt und dann im Abgleich mit Praxiserfahrungen eine Arbeitsdefinition des Lagebilds Bevölkerungsverhalten erarbeitet.

Was sind die nötigen Bestandteile eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten und aus welchen Datenquellen kann es schöpfen?

Auf Grundlage einer Übersicht über publizierte oder zugänglich gemachte, bestehende Lagebilder wurde ein Ist-Zustand darüber vorgestellt, in welcher Art Bevölkerung bislang in Lagebildern vorkommt. Dies wurde dem gegenübergestellt, was in Bezug auf ein solches Lagebild nötig und wünschenswert wäre.

Hinweise darauf, welche Informationsquellen für die Erstellung genutzt werden könnten, wurden auf Grundlage der Literatur und Erfahrungen von Praxispartnern skizziert. Daraus wurde eine Orientierungshilfe zur Erstellung eines Lagebilds Bevölkerung für Verwaltungsstäbe abgeleitet.

Alle Ergebnisse aus AP 1 wurden in einem projektinternen Bericht „Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben“ verschriftlicht (Bericht Nr. 1) und der Bericht wurde jeweils im aktuellen Stand an das BBK übergeben.

Verhalten der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen (AP 2)

Der Stand des Wissens (State-of-the-Art) über das Verhalten und Reaktionen der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen wurde untersucht. Dieser Stand

des Wissens beruht auf einer sozialwissenschaftlichen Dokumentenanalyse, die Wissen aus Psychologie und Soziologie mit Erkenntnissen der Praxis kombiniert.

Ziel war es, das vorhandene, aber in verschiedenen Disziplinen als „Inseln“ existierende Wissen für verschiedene Lagen bzw. Szenarien zusammenzufassen und für die Anwendung im Bevölkerungsschutz, insbesondere in der Stabsarbeit, nutzbar zu machen (s. Kap. 5).

Der Vielfalt in der Bevölkerung wurde Rechnung getragen, indem die Bedürfnisse besonderer Bevölkerungsgruppen betrachtet wurden, wie beispielsweise die von nicht deutschsprachigen Personen bzw. Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen.

Der vollständige projektinterne Bericht 2 „State of the Art Bericht: Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen“ wurde als Meilenstein im 18. Projektmonat an das BBK übergeben.

Die Rolle der Fachberatung PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten (AP 3)

Ab Oktober 2021 wurden die Rolle, die Kompetenzen und Ressourcen sowie die Möglichkeiten der Einbindung der Fachberatung (FB) PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben untersucht. In einer interdisziplinären Dokumenten- und Literaturanalyse wurde der aktuelle Stand zur Einbindung von FB PSNV in Stäben bzw. zur Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten aufgearbeitet. Zusätzlich flossen Ergebnisse aus den Fokusgruppen 2, 3 und 4 sowie aus Interviews zum Thema FB PSNV in Stäben mit drei LaBS-Praxispartnern in den Bericht zu diesem Arbeitspaket ein. Die Themen des Arbeitspakets wurden zusätzlich im März 2021 im Rahmen eines Round-Table-Workshops zum Thema „Fachberatung PSNV und das Lagebild Bevölkerungsverhalten“ adressiert und mit insgesamt 23 Teilnehmenden diskutiert. Die Ergebnisse werden in Kapitel 6 vorgestellt.

Die Ergebnisse des AP 3 wurden im Bericht Nr. 5 „Die Rolle des/r Fachberaters/ Fachberaterin PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben“ verschriftlicht und an das BBK übergeben.

Fördernde und hinderliche Organisationsfaktoren für die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten (AP 4)

Trotz des in der Literatur einhellig vertretenen Paradigmenwechsels in der Betrachtung von „Bevölkerung“ (s. Kap. 2) werden in Verwaltungsstäben nur selten Verhalten, Bedürfnisse und Potenziale der Bevölkerung systematisch in

die Lagedarstellung aufgenommen. Auch fehlt häufig bereits das deskriptive Wissen über die jeweilige Bevölkerung. Es wurde deshalb untersucht, welche Faktoren in der Organisation und Kultur von Stäben hinderlich und förderlich sein könnten. Die Themen des Arbeitspakets wurden zusätzlich im September 2022 im Rahmen eines Round-Table-Workshops zum Thema „Stabskulturen“ adressiert und mit insgesamt 21 Teilnehmenden diskutiert. Die Ergebnisse werden in Kapitel 7 vorgestellt.

Die Ergebnisse des AP 4 wurden im Bericht Nr. 7 „Analyse von Stabskulturen“ verschriftlicht und an das BBK übergeben.

Förderung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten durch die Aufnahme in Übungen und Übungsbeobachtungen (AP 5)

Thema dieses Arbeitspakets war die Einbeziehung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in die Aus- und Weiterbildung von Stäben bzw. (Übungs-) Beobachtungen sowie Nachbesprechungen. Als Ergebnis dieses AP sollten Empfehlungen zur Ergänzung vorhandener Stabsschulungen sowie ein Beobachtungsleitfaden anhand von Beobachtungen von Stabsübungen erstellt werden. Während der Projektlaufzeit war es nicht möglich, an Aus- und Weiterbildungen bzw. Übungsbeobachtungen oder Übungsnachbesprechungen von Stäben teilzunehmen, u. a. aufgrund der andauernden Covid-19-Pandemie, des Ausfalls von Stabsübungen an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) des BBK und der Absage der Länder- und Ressortübergreifenden Krisenmanagementübung (Exercise) (LÜKEX) 2022. Aus einer Literaturanalyse und den Erfahrungen des Teams FSU wurden Empfehlungen zur Ergänzung vorhandener Stabsschulungen erstellt. Diese wurden in die Handreichung für Stäbe aufgenommen. Zudem wurden Anregungen für die Erstellung eines Beobachtungsleitfadens im Hinblick auf die Berücksichtigung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsübungen abgeleitet. In der Praxis wurde dieser jedoch nicht erprobt.

Die Ergebnisse des AP 5 wurden im Bericht Nr. 6 „Psychosoziale Lagebilder/ Lagebild Bevölkerungsverhalten¹ in der Ausbildung von Stäben und bei Stabsübungen“ verschriftlicht und an das BBK übergeben.

¹ Die konkrete Einbindung sozialer Medien und das Monitoring der sozialen Medien ist explizit nicht Auftrag des Projekts; hierzu werden seit 2022 weitere Projekte gefördert und durch das BBK durchgeführt.

Empfehlungen für die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten im Stab und weitere Forschungsfragen (AP 6)

Empfehlungen dafür auszusprechen, wie ein Lagebild Bevölkerungsverhalten für Stäbe erstellt werden kann, war Ziel von AP 6. Die Empfehlungen wurden auf Basis der Ergebnisse aus allen APs des Forschungsprojekts erstellt und praxisnah für unterschiedliche Arten von Stäben aufbereitet. Sie finden sich in der Handreichung für Stäbe und in den vorhandenen Orientierungshilfen im Anhang dieses Buchs.

Aus den Ergebnissen aller APs (1, 2, 3, 4 und 5) wurden zukünftige, weiterführende Forschungsbedarfe abgeleitet (s. Kap. 9).

Die Ergebnisse des AP 6 wurden im Bericht Nr. 8 „Empfehlungen für die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten im Stab und weitere Forschungsfragen“ verschriftlicht und zum Projektende an das BBK übergeben.

Dissemination und Projektmanagement (AP 7)

Die Disseminations- und Projektmanagementaktivitäten starteten mit Beginn des Projekts und erstreckten sich über die gesamte Projektlaufzeit. Zum Projektmanagement und zur Projektkoordination gehörten u. a. wöchentliche Telefonkonferenzen der Projektmitarbeiterinnen, die monatliche Überwachung und Steuerung der Projektaufgaben durch die Projektleitung, die Planung und Verteilung der Projektaufgaben, eine monatliche Sitzung (pandemiebedingt in Videokonferenzen) an der Forschungsstelle FinkA mit Bericht über Aufgaben und Ergebnisse aus LaBS sowie dem Austausch zu Methoden mit anderen Forschungsprojekten der FinkA. Zudem fand eine regelmäßige Kommunikation mit der Betreuung aus dem BBK via E-Mail und Telefon statt. Zudem wurde bei der Erstellung von Projektinformationen für die BBK-Homepage unterstützt. Ebenso wurde eine Neukonstruktion der FinkA-Homepage und das Einfügen der Projektinformationen zu LaBS vorgenommen. Außerdem wurde eng mit den Praxispartnern zusammengearbeitet. Zudem wurden Arbeiten in Hinblick auf die universitäre Verwaltung, z. B. Zuarbeiten zur Universitätsverwaltung, Überwachung von Aufgaben und Arbeitsstundennachweisen der wissenschaftlichen Hilfskräfte, durch eine Projektmitarbeiterin vorgenommen.

Präsentation des Projektes und der Forschungsergebnisse/Teilnahme an Tagungen (AP 7):

Das LaBS-Projekt wurde auf folgenden Tagungen präsentiert und Projektmitarbeiterinnen nahmen während der Projektlaufzeit an folgenden Tagungen teil:

- „Reflexionsworkshop: Covid-19“ des Vereins „Plattform Menschen in komplexen Arbeitswelten e.V.“ am 6. und 7. Oktober 2020 in Hannover (Präsenz)
- 16.10.2021: Teilnahme am 6. Fachtag Notfallpsychologie (online)
- 03.11.2021: Symposium Bevölkerungsverhalten: Teilnahme und Vortrag zu den Ergebnissen aus LaBS (online)
- 22.11.2021: Teilnahme am Workshop Forschungsprojekt „Psychosoziales Lagebild der Bevölkerung während der Corona-Pandemie (LaBeCo)“ und Kurzvorstellung des Projekts LaBS (online)
- 15.-17.12.2021: Teilnahme an der BBK-Veranstaltung „Das Hochwasser 2021 in Deutschlands Westen: Bevölkerungsschutz und Spontanhelfende“ (online)
- Teilnahme und Vorstellung von LaBS bei der 1. Sitzung des BBK-Fachbeirats „Wissenschaft und Gefahrenabwehrpraxis im Dialog“ (online)
- 25.10.2022: Teilnahme an der Fachtagung Katastrophenvorsorge (online) und Präsentation der Ergebnisse
- 12.-14.01.2023: Teilnahme an der BBK-Tagung „Forschung für den Bevölkerungsschutz“ und Präsentation der Ergebnisse

Das Projekt wurde von fünf Praxispartnern sowie im Projektjahr 2022 von einem projektbegleitenden Arbeitskreis des Auftraggebers BBK begleitet.

Praxispartner

Die Praxispartner wurden über Unteraufträge eingebunden. Ihre Aufgabe war es, die Fragestellungen der einzelnen Arbeitspakete je in Fokusgruppen und Workshops mit dem Projektteam zu diskutieren und die Berichte zu den Arbeitspaketen zu kommentieren. Zusätzlich wurden Praxisbeispiele von weiteren dem Projektteam bekannten Stabsmitgliedern einbezogen.

Im Folgenden werden in dieser Publikation Erfahrungen der Praxispartner, über die in den Interviews und Fokusgruppen berichtet wurde, als „Praxisbeispiele“ in Kästen dargestellt und zur Illustration verwendet. Diese wurden auf Wunsch anonymisiert. Aussagen von anderen Autorinnen bekannten Stabsverantwortlichen sowie Praxisbeispiele aus der Literatur und den Medien werden ebenso ergänzend dargestellt.

Im Folgenden findet sich eine kurze Vorstellung der fünf LaBS-Praxispartner.

Dr. Michael Brenker: Projektleiter und Consultant im Global Talent Management bei Phoenix Contact GmbH & Co. KG. Nach einem Diplomstudium der Psychologie langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Lehrbeauftragter an verschiedenen Hochschulen in Deutschland mit dem Schwerpunkt Forschungsmethoden. Promotion zum Thema Kommunikationsstrukturen in multinationalen Teams.

Matthias Gahlen: Leitender Branddirektor bei der Feuerwehr Dortmund (bis 04/2022). Seit 2003 für den Krisenstab Stadt Dortmund zuständig. Zur Vorbereitung auf die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer 2006 wurde der Stab neu aufgebaut und organisiert. Seit dieser Zeit auch als Gastdozent am Institut der Feuerwehr NRW und an der Ausbildung der Krisenstäbe für NRW beteiligt. Zusätzlich bietet er mit seinem Büro für Brandschutz Schulungen und Weiterbildungen für Stäbe an.

Rudi Heimann: Polizeivizepräsident im Polizeipräsidium Südhessen, zuvor in unterschiedlichen Führungspositionen in der hessischen Polizei und Polizeiführer sowie Leiter Führungsstab in polizeilichen Einsatzlagen. Sein Schwerpunktthema ist u. a. die Stabsarbeit.

Thomas Melchert: Polizeibeamter der Freien und Hansestadt Hamburg und zurzeit Teil der Co-Leitung der Stabsstelle Flüchtlinge und übergreifende Aufgaben in Hamburg. Er arbeitete im Vollzugsdienst der Wasserschutzpolizei in Hamburg und in verschiedenen Behörden und Stabs- und Sonderstellen (Gemeinsame Leitstelle der Wasserschutzpolizeien der Küstenländer, Havariekommando Cuxhaven, Behörde für Inneres und Sport Hamburg – Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, Mitglied im Zentralen Katastrophendienststab Hamburg, Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge Hamburg).

Pfarrer Justus Münster: Justus Münster, Pfarrer und Beauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz für Notfallseelsorge im Land Berlin (seit 10/2005). Als Sprecher des Arbeitskreises PSNV (seit 2010) in Berlin (Landeszentralstelle) organisiert er die Führungskräfteausbildungen für PSNV-Kräfte zusammen mit der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie (seit 2015). Er ist zugleich Vorstandsvorsitzender der Konferenz Evangelische Notfallseelsorge in der EKD (seit 2018) und begleitet hier die Entwicklung der PSNV im Bereich der evangelischen Kirchen in Deutschland.

Projektbegleitender Arbeitskreis

Für alle Projekte des BBK im Bereich Lagebild Bevölkerungsverhalten wurde ein gemeinsamer Projektbegleitender Arbeitskreis (PAK) eingerichtet. Da weitere Projekte teils später als das LaBS-Projekt starteten, fand die erste Sitzung des PAK im Mai 2022 statt. Pandemiebedingt musste sie online durchgeführt werden. Aufgrund der Laufzeit des LaBS-Projekts fand nur diese eine Sitzung mit Beteiligung des Projektteams der FSU statt.

Der PAK setzte sich aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Praktikerinnen und Praktikern zusammen. In der Sitzung wurden die Projektergebnisse diskutiert und dem Team wurden Anregungen zur Vertiefung der Fragestellungen gegeben.

Im Forschungsprojekt wurden folgende Methoden eingesetzt:

- **Literatur- und Dokumentenanalysen:** alle Arbeitspakete
- **Analyse** von internen Dokumenten aus Verwaltungsstäben und der BABZ des BBK: AP 1, 4, 5
- **Fokusgruppen und narrative Interviews** mit LaBS-Praxispartnern: AP 1, AP 3
- **Workshops** AP 3, AP 4

Literaturanalyse und Dokumentenanalysen

In allen Arbeitspaketen wurden Literaturanalysen bzw. Dokumentenanalysen durchgeführt (z. B. in Döring und Bortz 2016). Teilweise wurden die Literaturanalysen durch (qualitative) Dokumentenanalysen (z. B. in Bowen 2009, Mayring 2016) ergänzt, z. B. in AP 2, 4. Diese Analysen dienten vor allem dazu, einen aktuellen Stand der Forschung und Praxis, ausgerichtet an den LaBS-Forschungsthemen, zu gewinnen. Internationale und nationale wissenschaftliche Publikationen, Praxisberichte, graue Literatur, verfügbare Ergebnisse aus Forschungsprojekten sowie Informationen von Internetseiten wurden ausgewertet. Nach ersten Bestandsaufnahmen wurden Stichwortsuchen durchgeführt. Die Bestandsaufnahme geschah in erster Linie durch das Lesen bereits gefundener Literatur und die anschließende Orientierung an den dort verwendeten Quellen. Weitere Stichworte wurden iterativ ergänzt und die Suche um diese erweitert. In den folgenden Datenbanken wurde v. a. recherchiert:

- Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek inklusive verfügbarer Datenbanken
- Kopernico
- Citavi-Standarddatenbanken
- Google Scholar

Zudem wurden Quellen von LaBS-Praxispartnern, dem Auftraggeber BBK oder Literaturempfehlungen von Kolleginnen und Kollegen herangezogen. Zur Dokumentation wurden die erarbeiteten Inhalte in die jeweiligen Berichte sowie eine Citavi-Literaturdatenbank eingefügt. Zusammenfassend sollen hier folgende Aspekte der Literaturanalysen bzw. Dokumentenanalysen der einzelnen Arbeitspa-

kete angemerkt werden. Für eine ausführliche Beschreibung der jeweiligen Literaturanalysen bzw. Dokumentenanalysen sei auf die Berichte der Arbeitspakete verwiesen.

- In AP 1 wurden für das Auffinden weiterer Literatur bezüglich des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stäben beispielsweise Methodenreporte zum Hamburger CoSI-Projekt Internetquellen wie Websites und Artikel von Kommunen, Organisationen und öffentlich-rechtlichen Medien genutzt (s. Kap. 4).
- In AP 2 wurde die Literatur- bzw. Dokumentenanalyse auch in ein Kategoriensystem zur Auswertung des Bevölkerungsverhaltens in Krisen- und Katastrophen übertragen (s. Kap. 5).
- In AP 3 wurde in einer interdisziplinären Dokumenten- und Literaturanalyse der aktuelle Stand zur Einbindung von FB PSNV in Stäben bzw. zur Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten aufgearbeitet (s. Kap. 6).
- In AP 4 wurden u. a. soweit vorhanden bzw. zugänglich, Stabsdienstordnungen und ähnliche Dokumente im Hinblick auf die Behandlung von Bevölkerung bzw. ein Lagebild Bevölkerungsverhalten analysiert. Zudem wurden Veröffentlichungen bezüglich der Kultur von Verwaltungsstäben (Dombrowsky 2013, Lorenz und Voss 2013, Weitkunat 2020) als erster Bezugsrahmen genutzt und um weitere Literatur ergänzt (s. Kap. 7).
- In AP 5 wurde eine Literaturanalyse zur Ausbildung und Weiterbildung sowie Einsatznachbesprechungen von Stäben und deren Begleitung durch Beobachtungen bezüglich des Lagebilds Bevölkerungsverhalten durchgeführt (s. Kap. 8).

Fokusgruppen

Als Spezialfall von Gruppendiskussionen zeichnet sich die Diskussion mit Fokusgruppen zunächst dadurch aus, dass im Vergleich zu Einzelinterviews relativ zeit- und ressourcensparend mehrere Personen gleichzeitig zu forschungsrelevanten Themen befragt werden können (Flick 2007). Speziell Expertinnen und Experten arbeiten häufig geographisch verteilt, weshalb sich virtuelle Diskussionen besonders für solche Gruppen anbieten, um Aufwand und Ressourcen zu schonen (Rezabek 2000). Dabei wird die Dynamik der Gruppe zur Erhebung von Einsichten genutzt, die im Einzelinterview ohne die Interaktion mit anderen so womöglich nicht entstanden oder geäußert worden wären (Flick 2007, Schulz 2012). Während Fokusgruppen klassischerweise vor allem in der Markt- und Medienforschung eingesetzt werden, stellt Schulz (2012) fest, dass sie vor allem auch in der angewandten Forschung zunehmend ihren Platz finden. Da sich die Zugänglichkeit zu Internet und die Netzstabilität in den letzten zehn Jahren deutlich verbessert haben, fallen diese Kriterien als Nachteile virtueller Diskussionsgruppen (Flick 2007, Rezabek 2000) nicht mehr so stark ins Gewicht, wobei jedoch auch heute teilweise noch Störungen des Diskussionsflusses durch technische Störungen auftreten. Auch besteht weiterhin der Nachteil, dass spontane Erwiderungen auf die Äußerung anderer virtuell moderier-

ter und linearer ablaufen (z. B. durch Stummschalten der Mikrofone) als in Präsenz, was einem Gespräch u. U. auch etwas von der Dynamik nehmen kann. Ebenso kann die Routine im Umgang mit der Technik einen Einfluss auf die Aktivität im Gespräch haben (Rezabek 2000). Insgesamt kann während virtueller Gruppendiskussionen aufgrund des Settings eher weniger Material erhoben werden als in einer Präsenzsitzung (Schulz 2012: 4). In Bezug auf die Auswahl von Fokusgruppen steht meist deren Homogenität im Vordergrund – in diesem Fall die Expertise auf dem Gebiet der Stabsarbeit als gemeinsamem Nenner. Der Leitung bzw. Moderation einer Fokusgruppe kommt die Aufgabe zu, einerseits einen Impuls zu geben, der die Diskussion startet, und andererseits die Gespräche am Laufen zu halten (Flick 2007, Schulz 2012). In Bezug auf die Auswertung von Fokusgruppen stellt Schulz (2012) fest, dass es bislang kein einheitliches Verfahren gibt. Wenn die inhaltliche Ebene im Vordergrund steht, geht es bei der Auswertung primär um die Identifikation zentraler Themen und um die Beschreibung bzw. Erklärung verschiedener Meinungen der Expertinnen und Experten zu den gestellten Fragen. Dabei sind neben Transkripten auch Visualisierungen wie beispielsweise Flipchart-Darstellungen möglich (ebd.).

Während des Forschungszeitraums wurden Diskussionen in vier Fokusgruppen von jeweils fünf bis sieben Personen durchgeführt. Die Fokusgruppen fanden in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund der Covid-19-Pandemie als Videokonferenzen statt. Teils fanden die Gruppen mit fünf bis sieben ausgewählten Expertinnen und Experten statt, deren Praxiserfahrung in Stäben gesammelt wurde. Eine weitere Videokonferenz wurde mit Personen des projektbegleitenden Arbeitskreises (PAK) als Workshop durchgeführt. Durch das virtuelle Format bedingt waren die Fokusgruppen jeweils auf wenige Fragestellungen und Teilnehmende begrenzt. Folgende Fokusgruppen fanden statt:

- Fokusgruppe 1: 15.07.2020, Projektvorstellung und Kennenlernen, erste Diskussion „Lagebild“
- Fokusgruppe 2: 27.11.2020, Thema: Definition Lagebild Bevölkerungsverhalten
- Fokusgruppe 3: 19.02.2021, Thema: Datenquellen eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten
- Fokusgruppe 4: 21.05.2021, Thema: PSNV-Fachberatung

Die Diskussionen in den Fokusgruppen wurden von jeweils drei Projektmitarbeiterinnen notiert und inhaltlich transkribiert. Die Aussagen wurden inhaltlich zusammengefasst und flossen jeweils in die Darstellungen in den Kapiteln 4, 5 und 6 ein. Da in den Fokusgruppen auch Interna der Stäbe besprochen wurden, werden Aussagen zumeist nicht zugeordnet, sondern nur mit Fokusgruppe 1 bis 4 zitiert. Wo es inhaltlich sinnvoll und mit den Praxispartnern abgestimmt ist, wird der jeweilige Praxispartner bzw. die jeweilige Gebietskörperschaft genannt.

Narrative Interviews

Interviews werden als qualitative Methode für sehr unterschiedliche Forschungsfragen und Forschungsbereiche genutzt, wenn verbale Daten erhoben werden sollen. Interviews werden nach dem Grad der Standardisierung der Fragen unterschieden, z. B. in nicht- oder teilstandardisierte Interviews (Döring und Bortz 2016, Nohl 2017). Narrative Interviews ermöglichen die Erhebung von Daten, bei denen die Interviewpartnerin bzw. der Interviewpartner die eigene, also subjektive Sichtweise zu einem Thema wiedergeben soll (z. B. in Allen 2017, Flick 2007). Diese Art der Interviewform wird v. a. in der biografischen Forschung verwendet und für explorative Studien genutzt. Die persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen der Praxispartner in der Stabsarbeit sollten durch Erzählungen (narrative Expertengespräche) gewonnen werden. Als thematischer Rahmen der Erzählungen wurden die grundlegenden Forschungsfragen aus den LaBS-APs 1, 2 und 3 genutzt. Die LaBS-Praxispartner gaben den inhaltlichen Fokus vor. Um das Erzählte in den Fragestellungen angemessen zu vertiefen, wurden Nachfragen und weiterführende Fragen gestellt. Insgesamt wurden vier narrative Interviews mit den LaBS-Praxispartnern geführt. Während der Interviews wurden die Inhalte handschriftlich dokumentiert. Anschließend wurden die Aussagen inhaltlich zusammengefasst und je nach Fragestellung ausgewertet. Die Ergebnisse flossen jeweils in die Darstellungen in den Kapiteln 4, 5 und 6 ein.

Relevante Begriffe für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

2



Es sollte erforscht werden, wie bevölkerungsbezogene Aspekte einer Lage in ein Lagebild eingebracht werden können. Dazu war es erforderlich, zunächst ein Verständnis davon herzustellen, was jeweils unter „Lagebild“, „Bevölkerung“ und „Verhalten“ sowie „psychosozial“ verstanden wird. Die folgenden Begriffsklärungen beziehen sich dabei jeweils auf die Grundsituation krisenhafter Ereignisse und das Streben danach, diese zu bewältigen bzw. dafür Unterstützung zu leisten.

Krisen und Katastrophen werden in verschiedenen Wissenschaften und Anwendungsgebieten unterschiedlich, aber mit ähnlichem Kerngedanken definiert. In der Psychologie (meist als „Krise“) und in der Soziologie (eher „Katastrophe“) wird die Überforderung der Bewältigungskompetenzen betont. Im Bevölkerungsschutz wird der Begriff Krise selten verwendet, dafür ist Katastrophe einer der wenigen Begriffe mit Legaldefinition.

Krise

Krisen als Ereignisse, welche Bewältigungsressourcen überfordern oder zu überfordern drohen, sind gekennzeichnet durch Bedrohlichkeit, Dringlichkeit, Entscheidungsbedarf und Unsicherheit (Wiener und Kahn 1962). Es fehlt zugleich ein ausführbarer Plan (in Abgrenzung zum Notfall). Krisen sind dabei akut, aber zeitlich begrenzt.

In der Psychologie wird Krise meist individualpsychologisch verstanden als „Ereignis oder eine Situation, die als untragbare Schwierigkeit wahrgenommen wird und welche die für die betroffene Person vorhandenen oder im Moment zur Verfügung stehenden Bewältigungsstrategien überfordert“ (James und Gilliland 2001).

Die folgenden, häufig verwendeten Definitionen können auch im Bevölkerungsschutz genutzt werden:

„Unübliches oder außergewöhnliche(s) Ereignis oder Situation, das/die eine Organisation oder Gemeinschaft bedroht und eine strategische, anpassungsfähige und schnelle Reaktion erfordert, um die Existenzfähigkeit und Integrität der Organisation oder Gemeinschaft zu erhalten“ (Deutsches Institut für Normung 2021 a).

„Schadensereignis [...], das sich in erheblicher Weise negativ auf die Institution auswirkt und dessen Auswirkungen auf die Institution nicht im Normalbetrieb bewältigt werden können. Im Gegensatz zu einem Notfall liegen zur Bewältigung einer Krise jedoch keine spezifischen Notfallpläne vor, vorhandene Notfallpläne können nicht oder nur bedingt adaptiert werden oder greifen schlicht nicht. Innerhalb der Institution wird die Krise durch eingeleitete Maßnahmen

der BAO bewältigt. Krisen können unmittelbar auftreten oder aus einer Störung oder einem Notfall heraus eskalieren“ (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik [BSI] 2022: 12).

„Vom Normalzustand abweichende Situation mit dem Potenzial für oder mit bereits eingetretenen Schäden an Schutzgütern, die mit der normalen Aufbau- und Ablauforganisation nicht mehr bewältigt werden, kann sodass eine besondere Aufbauorganisation (BAO) erforderlich ist“ (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2018: 32).

Katastrophe

Katastrophen beschreiben aus soziologischer Sicht ein Geschehen, das die eigenen Handlungsmöglichkeiten übersteigt (Clausen 1983). Dabei nimmt die Katastrophensoziologie – bei enormer Vielfalt der Definitionsansätze – nicht nur das Schadenspotenzial, sondern die Bewältigung eines Ereignisses und ihre Bedingungen in den Blick: „Katastrophen sind ein Organisations- und ein Ressourcenproblem, nicht die Gefahr dort draußen, sondern die Ressourcenausstattung und -verteilung hier drinnen, in der Gesellschaft selbst, gibt den Ausschlag, ob ein Geschehen katastrophal verläuft oder nicht“ (Voss 2017: 9). Die gesellschaftlichen Bedingungen des Entstehens von Katastrophen verdeutlichen „Fragilität der Grundlagen von Gesellschaft und damit auch der Grundlagen des organisierten Bevölkerungsschutzes“ (Voss 2017: 6). Katastrophensoziologie fragt so immer auch nach Sinngebung und Gewissheiten sowie ihren sozialen Bedingungen.

Im operativen Bevölkerungsschutz ist Katastrophe ebenfalls ausgehend von den Bewältigungsressourcen, konkret der Führung, definiert:

„Ein Geschehen, bei dem Leben oder Gesundheit einer Vielzahl von Menschen oder die natürlichen Lebensgrundlagen oder bedeutende Sachwerte in so ungewöhnlichem Ausmaß gefährdet oder geschädigt werden, dass die Gefahr nur abgewehrt oder die Störung nur unterbunden und beseitigt werden kann, wenn die im Katastrophenschutz mitwirkenden Behörden, Organisationen und Einrichtungen unter einheitlicher Führung und Leitung durch die Katastrophenschutzbehörde zur Gefahrenabwehr tätig werden.“

Anmerkung: Die Definition der Katastrophen kann entsprechend landesrechtlicher Regelungen abweichend gefasst sein, siehe DIN 13050:2015-04 (Begriffe im Rettungswesen). (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2018: 29).

Im Projekt LaBS wird Bevölkerungsverhalten für verschiedene Krisen und Katastrophen betrachtet. Diese werden, vor allem in Kapitel 5, anhand folgender Kriterien differenziert:

- Auslöser und Arten von Lagen, z. B. naturbedingt oder „menschengemacht“, Gesundheitslagen
- Ausmaß der Lage, z. B. großflächig, Bund-Länder-Kooperation, national oder international, notwendige Ressourcen, Anzahl der Betroffenen/Geschädigten, Ausmaß der Versorgungs- und Hilfeleistung, aber auch Schweregrad, betroffene Infrastrukturen wie Straßen-, Flug- oder Bahnverkehr; Strom- oder IT-Versorgung
- Dauer i. S. v. „von Auslösung bis Ende der Lage“, d. h. akute bzw. kurzfristige, mittelfristige und langfristige Lagen wie extreme Gewalttaten, Wetterlagen (Stürme, Hochwasser, Schnee), Cyberangriffe, sowie langandauernde Lagen wie Stromausfall, Flüchtlingslage, Pandemie (z. B. die Covid-19-Pandemie), radiologische Lagen

Definition

Der Begriff „Lage“ wird zumeist nicht definiert bzw. eher vage gefasst, z. B. als „Gesamtheit aller Umstände, Gegebenheiten und Entwicklungen, die das polizeiliche Handeln bestimmen und beeinflussen“ (Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 2012).

Ein „**Lagebild**“ ist die vorliegende und visualisierte Darstellung einer (Einsatz-) Situation, in der Einsatzsprache wird diese als „Lage“ bezeichnet. Das BBK-Glossar (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2018) definiert das Lagebild als „übersichtliche Darstellung wesentlicher Sachverhalte zu einer Situation in textlicher und/oder visualisierter Form als Ergebnis der Aufbereitung von Informationen“. Meist wird unter Lagebild die Visualisierung von Informationen zur Lage in einem Lagezentrum, z. B. an einer Lagewand, verstanden. In schriftlicher Form werden diese zusammengefügte Lageinformationen teils auch „Lagebericht“ genannt. Eine einheitliche Begrifflichkeit ist über die verschiedenen Organisationen nicht festzustellen.

Zur Erstellung eines Lagebilds werden also verschiedene Informationen über die Situation erfasst, bewertet und zusammengeführt. Bereits der Begriff „Lageinformation“ ist jedoch unscharf, es liegt dazu keine niedergeschriebene Definition vor. Gemeint sind Informationen, die zur Darstellung einer Lage bzw. zur Bewältigung eines Schadensereignisses nötig sind (Wahl 2020: 14). **Ziel** des Lagebilds ist es, den Koordinationsbedarf durch die Einsatzleitung bzw. den Krisenstab zu reduzieren. Es dient als **Entscheidungsgrundlage** für die Ergreifung von Maßnahmen (Hofinger und Heimann 2016: 124-125). Für Führungsstäbe ist ein möglichst realitätsnahes Lagebild Voraussetzung für zielgerichtetes Handeln und für das Erkennen, Analysieren und Antizipieren einsatzrelevanter Ereignisse und Entwicklungen unverzichtbar. Insbesondere für untypische und ungeübte, neue Lagen ist es relevant, mittels des Lagebilds Handlungsfelder und Bedarfe zu identifizieren.

Ein gemeinsam anerkanntes und aktuelles Lagebild stellt im Grunde eine **Komplexitätsreduktion** der real existierenden Situation und somit die Grundlage für die Arbeit eines Krisenstabs dar (s. a. Heimann 2012). „Die Lagebilderstellung ist das erste Element des PEP [Polizeilichen Entscheidungsprozesses] und damit das Fundament des gesamten Einsatzes. Daher kommt insbesondere bei Sofortlagen

der schnellen Informationsgewinnung, -verarbeitung und -weitergabe durch den jeweiligen Führungsstab eine besondere Bedeutung zu“ (Kleinschmidt und Rückheim 2009: 5).

Informationen über die aktuelle Lage sind erst sinnvoll und plausibel, wenn sie vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Verständnisses bzgl. der Aufgaben und der Arbeitsweise der handelnden Akteurinnen und Akteure aufgenommen und begriffen werden. Ein Lagebild ist deshalb mehr als „Zahlen, Daten, Fakten“, es ist ein ganzheitliches Verständnis (Gißler 2019a, Knigge, Künzer und Hofinger 2014). Aus psychologischer Sicht besteht ein Lagebild zunächst als **mentales Modell** des Einzelnen (Johnson-Laird 1983, Stout, Cannon-Bowers, Salas und Milanovich 1999), geprägt von der individuellen Fachperspektive, z. B. der Fachberatung Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV). Ein mentales Modell bezieht sich in der Stabsarbeit auf die zu bewältigende Lage, die Prozesse der Stabsarbeit, die Ressourcen (z. B. Einsatzmittel), das Team des Stabs selbst und die relevanten Umwelt- und Rahmenbedingungen (Hofinger 2017, Zinke und Hofinger 2021). Informationen über die Bevölkerung und deren Bedarfe und Bedürfnisse sowie ihr Verhalten könnten hier als gesonderter Aspekt von „Lage“ oder „Rahmenbedingungen“ aufgenommen werden. Dabei ist zunächst irrelevant, ob die Bevölkerung im klassischen Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner einer Region (s. u.) oder im Sinne z. B. des eigenen Personals eines Unternehmens gemeint ist (z. B. weltweit agierende Unternehmen in Krisen- oder Kriegsregionen).

Innerhalb des Stabs müssen sich die genannten Aspekte kommunikativ und durch geeignetes Informationsmanagement zu einem ganzheitlichen geteilten Verständnis des Stabs entwickeln – dem **gemeinsamen mentalen Modell** (Cannon-Bowers, Salas und Converse 1993, Hofinger, Mähler, Zinke und Künzer 2013, Zinke und Hofinger 2022). Für bürgernahes Krisenmanagement stellt die Integration psychosozialer Aspekte in das Lagebild so einen **gemeinsamen Bezugsrahmen** her (*common ground*, Clark 1996). Dieser gemeinsame Bezugsrahmen ermöglicht bedarfsgerechte Entscheidungen und – unter Beteiligung von Verbindungspersonen, wie der Fachberatung PSNV (s. Kap. 6) – einen zielführenden Austausch von Lagebildern über die beteiligten Organisationsstrukturen hinweg.

Das Lagebild ist dabei **dynamisch**, da es fortwährend an die aktuelle Situation angepasst wird. Es setzt sich aus ausgewählten Parametern zusammen, deren regelmäßige Überwachung das Erkennen von Zustandsveränderungen ermöglicht (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2018). Die Dynamik eines Lagebilds stellt eine besondere Herausforderung bei der Visualisierung dar. Je moderner und technikbasierter die Erfassung, Darstellung und Auswertung des Lagebilds ist, umso einfacher wird die Darstellung und auch die Berücksichtigung von Veränderungen.

Das Lagebild ist auch immer **szenarienspezifisch**: Bei Hochwasser sind andere Gefährdungen und damit Bedarfe vorhanden bzw. zu erwarten als bei einer Amoklage. Die **Anzahl** (potenziell) Betroffener hängt vom konkreten Szenario ab. Des Weiteren ist die voraussichtliche **Dauer** einer Lage zu beachten (z. B. ein einmaliges, zeitlich begrenztes Ereignis oder eine Dauerlage wie Pandemie), da sie die Menge der aufzunehmenden Informationen, aber auch ihre Organisation und Darstellung bestimmt. Das Szenario bzw. die konkrete Gefährdung bestimmt auch die **geografische Ausdehnung** sowie die örtlich festzulegenden Gefahrenbereiche und damit die kartografische Darstellung des Lagebilds.

Zudem ist im Zuge der Lagedarstellung die **Validierung** der Information von hoher Relevanz für daraus abzuleitende Entscheidungen. Am Beispiel eines Hochwassers macht es an der Küste z. B. einen elementaren Unterschied, ob ein erwarteter Pegelstand über Normal-Null (N.N.) oder über dem mittleren Tide-Hochwasser (MHW) liegt. Schon kleine Ungenauigkeiten in der Erfassung und auch Kommunikation dieser Information können fatale Folgen im Rahmen der zu treffenden Maßnahmen haben.

Das Lagebild ist immer auf die **Einsatzziele** bezogen: Da es z. B. nicht zur Aufgabe eines Verwaltungsstabs gehört, die Verletztenversorgung zu koordinieren, muss dieser Stab nicht genau wissen, wie die Patientenablage organisiert ist, nur dass sie da ist. Lagebilder sind neben Aufträgen die Quellen für Ziele, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Orientierung dienen (PDV 100 2012: Nr. 1.5.3.1). Aus den die allgemeine Lage bestimmenden Faktoren müssen diejenigen identifiziert werden, die für die **Aufgabenerfüllung** des Stabs **relevant** sind. Entsprechend ist bei der Polizei Lagebild definiert als die „zu einem bestimmten Zeitpunkt zusammengeführten, polizeilich bedeutsamen Erkenntnisse“ (PDV 100 2012 Anlage 20). Hier wird deutlich, dass ein Lagebild immer eine **Momentaufnahme** ist und einem bestimmten Zweck dient, also nicht absolut gültig oder Ausdruck objektiver Wahrheit sein kann noch soll. „Daher ist eine saubere Trennung zwischen objektiv geklärten Informationen und politisch geprägten, sowie öffentlichkeitswirksamen Meinungen, Stimmungen und Auseinandersetzungen unerlässlich“ (Kleinschmidt und Rückheim 2009: 6). Als „Sicherheitsstandortbestimmung“ sollte ein Lagebild zudem jederzeit aktualisiert neben der zahlenmäßigen Belastung qualitative Schwerpunkte und zeitliche Belastungen erkennen lassen und so zu längerfristigen Planungen beitragen. Dabei ist das Lagebild immer auf die jeweilige Führungsebene und Entscheidungsbereiche abzustimmen (Stümper 1983, nach Kleinschmidt und Rückheim 2009: 6).

Prognosen über die Lageentwicklung abzuleiten, kann teilweise mithilfe von Modellrechnungen oder Hochrechnungen erfolgen (z. B. bei Stoffausbreitungen). Gerade in Verwaltungsstäben beruht die Prognose der Lageentwicklung jedoch oft auf Erfahrung und ist eine denkerrische Leistung des Stabs. Für diese ist eine klare

Vorstellung bzw. ein Verständnis der Bedeutung von Daten (auch prognostizierten Daten) eine wichtige Ressource. Beispielsweise ist bei Hochwasserwarnung die Warnung vor einem Pegelanstieg auf über 5 m, wie beim Hochwasser 2021 an der Ahr, zunächst nur ein Wert bzw. die Überschreitung eines Werts – der Stab muss daraus eine Gefährdungsbeurteilung und Handlungsnotwendigkeiten ableiten. Aus Sicht der Verfasserinnen sollten diese Prognosen und Bewertungen Teil des Lagebilds sein und als solche auch festgehalten und ggf. visualisiert werden.

Inhalte eines Lagebilds

In der Regel werden im Lagebild die Parameter **Schutzgut** (z. B. Bevölkerung, Kritische Infrastruktur), **Gefahr und Hilfeleistungspotenzial** (z. B. Ressourcen, Einsatzkräfte) betrachtet (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2018). Die konkreten Bestandteile eines Lagebilds sind für Feuerwehrstäbe wie folgt definiert: „Das Lagebild bestimmt sich [...] aus den Faktoren: **Ort, Zeit, Wetter, Schadenereignis, Gefahrenlage** und den Möglichkeiten zur **Schadenabwehr**“ (Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung [AFKzV] 1999). Hier wird das Schutzgut nicht explizit genannt.

In einigen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), vor allem bei der Polizei, werden Inhaltsbereiche des Lagebilds als „**Lagefeld**“ bezeichnet. Das Lagefeld ist hierbei die „themenspezifische Teilmenge des Lagebildes“ (PDV 100 2012, Anlage 20). Die einzelnen Lagefelder werden häufig auch visuell getrennt dargestellt, z. B. auf verschiedenen Bildschirmen oder an verschiedenen Stellen der Lagekarte. Polizeiliche Lagebilder enthalten mindestens die Lagefelder Auftrag, Anlass, Kräfte und Raum. Weiterhin sind in der PDV 100 konkrete Lagefelder genannt, z. B. Bevölkerung, Verkehrslage, Rechtslage, Kriminalitätsslage, Veranstaltungslage, Medienlage, psychologische Lage, Störer (PDV 100 2012, Anlage 2). Heimann (2022) nennt 25 verschiedene Lagefelder. Die polizeiliche Vorschrift konkretisiert weiterhin die Bewertungskriterien im Lagefeld Bevölkerung mit den Beispielen: Verhalten; politische, soziale, wirtschaftliche, psychologische, ethnische, demografische Verhältnisse; Ablehnung, Duldung bzw. Unterstützung polizeilicher Maßnahmen; Sicherheitsgefühl; Solidarisierungseffekte.

Die Feuerwehr-Dienstvorschrift (FwDV) 100 (AFKzV 1999) kennt den Begriff des Lagefelds nicht. In Feuerwehrstäben wird der Begriff jedoch teilweise benutzt, z. B. als Lagefelder „eigene Kräfte“, „Gefahr“ und „Verletzte/Tote“ (Auskunft Praxispartner, Fokusgruppe I). Ein Papier der AGBF von 2007 schlägt folgende Bestandteile des Lagebilds vor: Chronologische Übersicht, Lagekarte, Ereignis-/Maßnahmenübersicht, Status benachbarte Gebietskörperschaften, Quantitative Informationen und ggf. Flankierende Informationen (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen [AGBF-NRW] 2007).

In schriftlichen Lagebildern bzw. Lageberichten von Verwaltungsstäben wird unterschieden nach (Ministerium für Inneres und Kommunales NRW 2016):

- Allgemeine Lage
- Schadensereignis/Gefahrenlage
- Schadensabwehr/Gefahrenabwehr
- Prognose der Lageentwicklung
- Presse-/Medienlage
- Besondere Vorkommnisse

Bevölkerungsbezogene Kategorien sind als Teil der allgemeinen Lage die „Versorgung der Bevölkerung“ und Personenschäden. Teils wird weiter differenziert, z. B. in Hamburg mithilfe der Rubriken „Warnung und Information der Bevölkerung“, „Evakuierung“ und „Unterbringung und Versorgung“. In Pandemielagen werden in Lagebildern von Verwaltungsstäben als bevölkerungsbezogene Informationen z. B. Infizierten- und Todeszahlen mit Alter, Geschlecht und Impfstatus, Krankenhausbelegungen der Normal- und Intensivstationen etc. mit aufgenommen.

In Verwaltungsstäben ist die Differenzierung von Lagebild und Lagefeldern eher unüblich. Hier wird nach Kenntnis der Autorinnen „Lagebild“ sowohl für die visuelle Darstellung verwendet wie für die schriftliche Zusammenfassung. Beispielhaft sei das monatliche „Lagebild Flüchtlinge“ der Freien und Hansestadt Hamburg genannt, das die monatliche Entwicklung abbildet. Darüber hinaus erfolgt eine permanente Beobachtung der Lage auf den Hauptmigrationsrouten und in den Hauptherkunftsländern, die wöchentlich beraten und bewertet wird und Einfluss und Visualisierung in internen Lagevorträgen und Unterrichtungen der Entscheidungsträger findet. Eine Differenzierung in der Begrifflichkeit findet nicht statt. Vielmehr sind alle Komponenten Teile des gesamten Lagebilds. Auch das „radiologische Lagebild des Bundes“ nach § 108 Strahlenschutzgesetz (StrlSchG) verdeutlicht, dass die Begriffe „Lagebild“ und „Lagebericht“ ebenfalls nicht eindeutig abgegrenzt sind. Für Verwaltungsstäbe wurde seitens der Praxispartner auch „**Themenfeld**“ anstatt „Lagefeld“ vorgeschlagen, da diese Stäbe teils auch in Lagen ohne Schaden tagen (z. B. bei Großveranstaltungen). In jedem Fall sollte eine **thematische Unterteilung des Lagebilds** (und des Lageberichts) erfolgen. Manche Handlungsbereiche eines Stabs sind nicht eindeutig einem Feld zuzuordnen. Beispielsweise berühren Testzentren wie in der Covid-19-Pandemie Aspekte der medizinischen Lage, der Wirtschaft und des Bevölkerungsverhaltens. Hier muss der Lagebereich des Stabs eine Zuordnung und Darstellung definieren.

Im BBK wird in jüngster Zeit auch der Begriff „**Teilfachlage Bevölkerungsverhalten**“ für das Lagebild Bevölkerungsverhalten verwendet (z. B. Deutscher Städte- und Gemeindebund [DStGB] 2021: 30).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der Begriff Lagebild ist nicht in allen Bereichen eindeutig definiert, erst recht nicht in der Verwendung in Verwaltungsstäben. Ebenso fehlt eine exakte Abgrenzung zu „Lagebericht“. Meist ist mit Lagebild die Visualisierung von Informationen zur Lage in einem Lagezentrum, z. B. an einer Lagewand, gemeint. In schriftlicher Form werden diese zusammengefügte Lageinformationen teils auch „Lagebericht“ genannt.

Ein Lagebild beinhaltet lagerelevante Informationen, die aufbereitet (visuell oder schriftlich) dargestellt und bewertet werden. Ziel des Lagebilds ist eine Entscheidungsgrundlage für die Verantwortlichen. Damit ist es von der Lagekarte abgegrenzt, die eine grafische Darstellung ohne Bewertung bietet. Aus psychologischer Sicht meint Lagebild das gemeinsame mentale Modell der Lage durch den Stab bzw. idealerweise durch alle beteiligten Akteurinnen und Akteure.

Lagebilder sollten in Bereiche unterteilt sein. Diese können als Lagfelder oder Themenfelder benannt werden.

Bevölkerung

Die „Bevölkerung“ gibt es nicht. So kann Bevölkerung z. B. anhand von Kultur und Ethnizität beschrieben (Geenen 2010) bzw. „[...] als heterogene, multi-ethnische und multi-kulturelle Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft [...]“ verstanden werden (Heidt, Groneberg, Knoch und Helmerichs 2017: 4).

Grundsätzlich gibt es zwei Arten, Bevölkerung zu definieren: Der De-jure-Ansatz betrachtet v. a. die Wohnbevölkerung. Der De-facto-Ansatz bezieht auch Menschen innerhalb eines betroffenen Gebiets ein, die nicht in dem Gebiet gemeldet sind, z. B. Touristinnen und Touristen, Pendlerinnen und Pendler, Menschen ohne Wohnsitz, Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern etc. Hierbei spricht man auch von **ortsanwesender Bevölkerung** (Spektrum Akademischer Verlag 2014).

Im Projekt LaBS wird unter Bevölkerung die Aufenthaltsbevölkerung verstanden, da in Katastrophen und Krisen alle betroffenen Menschen geschützt bzw. zum Selbstschutz befähigt werden sollen.

„Bevölkerung“ kann mittels verschiedener Kategorien näher beschrieben werden; hierzu siehe ausführlich Kapitel 5. Hierbei sind sogenannte Settings miteinzubeziehen, also die „sozialräumlichen, sozio-kulturellen Systeme“, in denen Menschen „spielen, lernen, arbeiten und lieben und einen großen Teil ihrer Lebenszeit verbringen“ (Beerlage 2018: 8 f.).

Für ein Lagebild Bevölkerungsverhalten muss definiert werden, welche Teile der Bevölkerung **direkt und indirekt betroffen** sind bzw. welche **vulnerable Gruppen** sind, die auf Hilfe besonders angewiesen sind. Ebenso gilt es zu bestimmen, welche Bevölkerungsteile womöglich **Resilienzpotenziale** im Sinne der Selbst- oder Nachbarschaftshilfe haben bzw. ob Gruppen von ungebundenen Helferinnen und Helfern eingebunden werden können.

Migrationshintergrund

Die Definition für eine Person mit Migrationshintergrund des Statistischen Bundesamtes lautet:

„Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen. Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges haben (gemäß Bundesvertriebenengesetz) einen gesonderten Status; sie und ihre Nachkommen zählen daher nicht“ (Schmidt et al. 2018: 20).

Im Folgenden werden Personen mit Migrationshintergrund als Menschen mit Migrationsgeschichte bezeichnet.

Es muss beachtet werden, dass es im Sinne der oben stehenden Definition **nicht den typischen oder die typischen Migrantinnen oder Migranten** gibt. Die **soziokulturelle Vielfalt** in Deutschland lässt eine Vereinheitlichung nicht zu. Gleiches gilt für Menschen mit Fluchtgeschichte (Schmidt et al. 2018: 12 ff.).

2010 umfasste die Gruppe der **Menschen mit Migrationsgeschichte** in Deutschland **15,7 Millionen** Menschen und stellte damit mit 19,3 % knapp ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands dar. Spätestens seit dem Höhepunkt der Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2015 wurde auch im System Bevölkerungsschutz die **Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der soziokulturellen Diversität** der Bevölkerung Deutschlands breit akzeptiert (Schmidt et al. 2018).

Vulnerable Gruppen

Als **direkt** von einer Lage betroffene Bevölkerungsteile verstehen wir die Menschen, die während einer Lage **konkret von Schäden oder Gefahren bedroht** sind, beispielsweise an einer pandemischen Krankheit Erkrankte oder die Passagiere eines entgleisten Zuges. Menschen sind dann während einer Lage indirekt betroffen, wenn sie **nicht unmittelbar** von Schäden oder Gefahren bedroht sind, sich aber **die Folgen auf sie auswirken**, z. B. wenn arbeitende Eltern und deren Kinder nicht selbst erkrankt sind, sie aber die Schließung bspw. der Kita aufgrund einer Erkrankung von Erzieherinnen und Erziehern bewältigen müssen, oder Reisende, die aufgrund eines entgleisten Zuges nicht weiterreisen können. **Lagespezifisch** müssen demzufolge Überlegungen angestellt werden, welche Teile der Bevölkerung in welcher Weise direkt und indirekt betroffen

sind. Während einer länger andauernden Lage gilt es, dies immer wieder zu überprüfen.

Auch in Bezug auf vulnerable Gruppen spielt die Lage eine wichtige Rolle. Grundsätzlich bedeutet Vulnerabilität **Verletzlichkeit**; in Zusammenhang mit einer kritischen Lage geht es um die Feststellung von Bevölkerungsgruppen, die **eine erhöhte Verletzlichkeit durch die aktuelle Schadenslage** aufweisen. Dabei gibt es **keine definitive oder vollständige Liste** von vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Zu einem gewissen Teil kann sich besondere Verletzlichkeit aus Faktoren wie Alter oder Mobilitätseinschränkung ergeben. Solche Faktoren führen zu einer erhöhten Verletzlichkeit in einer Vielzahl von spezifischen Lagen. Allerdings sind Personen aus vulnerablen Gruppen nicht in jedem Fall besonders gefährdet. Eine mobilitätseingeschränkte Person in guten, klimatisierten Wohnverhältnissen ist während einer Hitzelage nicht grundsätzlich vulnerabel; eine gesunde ältere Person ist bei einem Stromausfall nicht besonders gefährdet. Andererseits können auch Gruppen, die im Allgemeinen als wenig verletzlich wahrgenommen werden, in konkreten Lagen Unterstützung brauchen. Eine **wichtige Bedingung** ist die **spezifische Lage** und welche **Umstände** bzw. welche **Bedrohungen** sich für verschiedene Bevölkerungsgruppen ergeben. So leben z. B. Bauern in abgelegenen Tälern in der Regel relativ autonom; sie würden nicht als vulnerabel wahrgenommen werden und sich nicht selbst als vulnerabel sehen. Aber in einer Lage mit übermäßig viel Schnee oder bei einem Waldbrand in ihrer Nähe könnten sie auf Hilfe von außen angewiesen sein. Daher wird anstelle von vulnerablen Gruppen auch von „Personen in vulnerablen Situationen“ gesprochen, um nicht die Zuschreibung auf die Person zu implizieren (Juen 2021).

Besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen sind **hilfs- und pflegebedürftige Menschen**, die zu Hause durch einen Pflegedienst oder Angehörige versorgt und betreut werden. Auch anderweitig körperlich eingeschränkte Menschen sowie geistig und seelisch beeinträchtigte Menschen können weitere verletzliche Gruppen sein.

Für die Begriffe „hilfs-“ und „pflegebedürftige“ Menschen werden in diesem Buch folgende Begriffsbestimmungen genutzt:

- **Hilfebedürftig** ist nach § 9 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches II (SGB II; Deutscher Bundestag 2011), wer seinen **Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend** aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält.

- **Pflegebedürftig** sind Personen, die **gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit** oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb der **Hilfe durch andere bedürfen**. Es muss sich um Personen handeln, die körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen nicht selbstständig kompensieren oder bewältigen können (Bundesministerium für Gesundheit 2021).

An dieser Stelle sollte angemerkt werden, dass nicht nur hilfs- und pflegebedürftige Menschen zu den ggf. vulnerablen Gruppen in Krisen und Katastrophen zählen. Für weitere, möglicherweise vulnerable Gruppen sei auf Kapitel 4.5 verwiesen.

Resilienzpotenziale

Insgesamt ist die Bevölkerung in ihrer Heterogenität während einer Lage nicht primär als kopf- oder hilflos zu betrachten. Vielmehr zeigt sich, dass **Menschen** zwar Bedürfnisse und Unterstützungsbedarfe haben, aber dennoch **entscheidungs- und handlungsfähig bleiben**. Viele Menschen können sich selbst oder anderen im Sinne der **Nachbarschaftshilfe** helfen. Die Hilfsbereitschaft ist beispielsweise besonders hoch gegenüber Personen, die im eigenen räumlichen Umfeld leben. Vor allem Hochwasserlagen der vergangenen Jahre zeigen jedoch auch, dass Menschen sogar stundenlange Anreisen in Kauf nehmen, um als sogenannte **ungebundene Helferinnen und Helfer** zu unterstützen.

Diese **Ressourcenpotenziale** sollten unbedingt beachtet und wenn möglich in die Krisenbewältigung mit eingebunden werden. Dies bedeutet auch, dass diese Aspekte dann auch im Lagebild geführt werden müssen. Dabei sollte zwischen der eher lokalen Nachbarschaftshilfe und der Unterstützung durch Spontanhelfende unterschieden werden, da vor allem Letztere **weitere Bedarfe** mit sich bringen, die es in der Lage zu bedenken gilt.

Aus den Überlegungen, welche Teile der Bevölkerung während einer Lage direkt oder indirekt betroffen, welche besonders vulnerabel sind und welche potenzielle Hilfpotenziale darstellen, können dann deren Bedarfe und Bedürfnisse abgeleitet werden.

Bedarfe und Bedürfnisse

Die auch im Bevölkerungsschutz verwendeten Begriffe „Bedarf“ und „Bedürfnis“ werden in verschiedenen Wissenschaften, z. B. in der Psychologie und den Wirtschaftswissenschaften, und auch in verschiedenen Theorien innerhalb einer Disziplin unterschiedlich verwendet.

Bedürfnisse werden relativ übergreifend als **erlebter Mangel** verstanden (z. B. Dorsch et al. 1987) sowie auch als Soll-Ist-Abweichungen (z. B. das Bedürfnis nach Essen als erlebter Mangel an Energie, das Bedürfnis nach Information als erlebter Mangel an Situationskontrolle). Bedürfnisse führen zu einer auf Ausgleich, d. h. Bedürfnisbefriedigung, ausgerichteten Motivation und damit zu Handlungen, im Beispiel kochen und essen bzw. Nachrichten lesen (Bischoff 2020, Dörner 1999). Als „Bedarf“ wird in der Handlungspsychologie der „**Sollwert**“ verstanden, das, was (physiologisch oder psychisch) „gebraucht“ wird. Ein vorhandener **Bedarf** wird also als **Bedürfnis erlebt**.

In den Wirtschaftswissenschaften bezeichnet **Bedarf** dagegen die Art und/oder Menge der zur Bedürfnisbefriedigung eines Wirtschaftssubjektes **notwendigen Güter und Dienstleistungen** (z. B. Freiling und Reckenfelderbäumer 2005 S. 85). Das bedeutet auch, dass Bedarfe durch Kaufhandlungen gedeckt werden.

Im Bevölkerungsschutz werden beide Begriffe unsystematisch verwendet. Nach Eindruck der Autorinnen wird der Begriff „Bedarf“ häufig im Sinne der Wirtschaftswissenschaften verwendet, objektivierend als „was gebraucht wird“, z. B. Bedarf an Infrastruktur, Ressourcen, Personal (so z. B. Karutz, Geier und Mitsche 2017). Bedürfnisse werden eher – wie in der Psychologie und der Wirtschaftswissenschaft – als subjektiv verstanden. Damit kann aber u. U. auch eine Bewertung als weniger relevant verbunden sein, also „was die Menschen glauben, zu brauchen“. Häufig werden Bedarfe und Bedürfnisse gemeinsam genannt, so z. B. bei Helmerichs et al. (2017: 294): „Psychosoziale Aspekte des Lagebilds umfassen alle Informationen zum (potenziellen) Verhalten der direkt und indirekt Betroffenen sowie zu deren psychosozialen Bedürfnissen und Hilfebedarfen.“

Die Begrifflichkeiten haben direkte **Relevanz für die Thematik „Lagebild Bevölkerungsverhalten“**. Über individuelle Bedürfnisse können nur die Betroffenen Auskunft geben. Übergreifend lassen sich menschliche Bedürfnisse in Krisenlagen aus empirischen Studien erkennen und auf die (betroffene) Bevölkerung als Wahrscheinlichkeitsaussage übertragen. Beispielsweise ist bekannt, dass Menschen in einer Krise informiert werden wollen; wie viel Information eine bestimmte Person braucht, kann nur sie selbst sagen. Zur Erfassung von Bedürfnissen sind also Kenntnisse der sozialwissenschaftlichen Literatur und Ad-hoc-Erhebungen nötig. Bedarfe in einem objektivierten Sinn könnten sich auch über Merkmale von Personengruppen, Verletzungsmustern, Infrastrukturausfällen etc. erheben lassen.

Im Folgenden werden als **Bedarf** die **benötigten materiellen und immateriellen Ressourcen** verstanden. Damit kann auch Information, PSNV, Unterbringung etc. als Bedarf verstanden werden. **Bedürfnisse** werden als **subjektiv wahrgenommene Mangelzustände** definiert.

Prinzipiell ist Verhalten das Mittel, durch welches sich der Organismus an die Umwelt anpasst (nach Zimbardo und Gerrig 2015: 3).

Für die spezifische Fragestellung der vorliegenden Publikation impliziert dies **Verhaltensweisen**, Reaktionen sowie **Erlebnisse**, aber auch **Motive, Emotionen und Kognition** einzelner Personen sowie von Gruppen.

Im Projekt LaBS bezieht Bevölkerungsverhalten das **Verhalten, Reaktionen, Erleben sowie Motive, Emotionen und Kognition** einzelner Personen und von Gruppen in Krisen und Katastrophen ein.

Die Sicht des Individuums sollte grundsätzlich als funktional in Bezug auf (bestimmte) Bedürfnisse angesehen werden. Aus Sicht anderer Menschen bzw. hier des Stabes kann Verhalten hilfreich sein oder schädigend – z. B. auf Schutz und Hilfe für sich selbst und andere ausgerichtet oder auf Eigennutz und Ausnutzung der Situation. Beispielsweise wurde bei der Flutkatastrophe 2021 im Ahrtal einerseits von großer Hilfsbereitschaft – teils durch Fremde – berichtet, andererseits wurde von rechten Gruppierungen Hilfe gezielt angeboten, um den Staat als inkompetent darzustellen sowie der staatlich organisierten Hilfe die Unterstützung zu entziehen.

Bevölkerungsverhalten wird in Lagebildern bislang kaum einbezogen. Wenn, dann vorrangig „im Hinblick auf Kriminalitätsraten im Bereich Öffentliche Sicherheit [...]. Dies lässt allerdings zentrale Bereiche wie Selbstschutzkompetenzen, soziale Anpassungsprozesse, Informations- oder psychosoziale Unterstützungsbedarfe außer Acht“ (Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) 2021: 29).

Stäbe sollten also verschiedene Arten von Bevölkerungsverhalten im Blick haben. Für Kategorien zur Analyse des Bevölkerungsverhaltens siehe Kapitel 5.

„Psychosozial“ bezieht sich zunächst auf das „dynamische, sich gegenseitig beeinflussende Verhältnis zwischen der psychologischen und der sozialen Dimension einer Person. Die psychologische Dimension impliziert internale, emotionale und Denkprozesse eines Menschen, seine Gefühle und Reaktionen. Die soziale Dimension beinhaltet Beziehungen, Familie und Gemeindefnetzwerke, soziale Werte und kulturelle Praktiken“ (Hansen 2014: 184).

Ein Individuum schöpft dabei aus drei Kernbereichen die Kräfte, welche das psychosoziale Wohlergehen eines Menschen begründen und dabei helfen können, dieses zu schützen bzw. wiederherzustellen:

- Auf **persönlicher Ebene** stehen die physische und mentale Gesundheit eines Menschen im Vordergrund. Kapazitäten bezüglich psychosozialen Wohlergehens knüpfen auf dieser Ebene an persönlichem Wissen, individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen an.
- Auf Ebene der **sozialen Umwelt** sind soziale Verbindungen und Unterstützung, einschließlich Beziehungen, soziale Netzwerke und die Gemeinde wichtig. Diese Verbindungen und Netzwerke können positiv genutzt werden, um krisenhafte Erfahrungen oder Beeinträchtigungen zu bewältigen.
- **Kultur und Werte** beziehen sich schließlich auf kulturelle Normen und Verhalten, die mit dem Wertesystem einer Gesellschaft verknüpft sind, zusammen mit individuellen und sozialen Erwartungen. Auch sie können dazu beitragen, ein Individuum in der Krisenbewältigung zu unterstützen.

Wenn Krisen diese Ressourcen bedrohen, erfordern sie u. U. ein Eingreifen von außen zur Wiederherstellung (Hansen 2014).

Soziale und/oder psychische Probleme können sich aus verschiedenen Situationen heraus ergeben: Soziale Aspekte können bereits vorher existiert haben (z. B. Armut, Diskriminierung), in der Krise begründet sein (z. B. Familientrennung, Zerstörung sozialer Netzwerke) oder durch humanitäre Hilfe entstanden sein (z. B. Untergraben von Gemeindefstrukturen oder traditionellen Unterstützungsmechanismen) (Inter-Agency Standing Committee [IASC] 2007: 2 f.). Ähnlich können psychische Probleme kategorisiert werden: in solche, die bereits vorher existiert haben (psychische Störungen, Alkoholmissbrauch), solche, die durch die Krise hervorgerufen

wurden (z. B. Trauer, Depression und Angststörung), und schließlich solche, die in Zusammenhang mit humanitärer Hilfe gebracht werden können (z. B. Ängste durch fehlende Information zur Lebensmittelverteilung; Inter-Agency Standing Committee [IASC] 2007, oder durch das Zurücklassen von Besitz und Eigentum bei Räumungen).

Daten, die sich auf psychosoziale Aspekte in der Krisenbewältigung beziehen, sollten sich folgerichtig zum einen auf die drei oben genannten Ebenen beziehen und zum anderen berücksichtigen, wodurch, wann und für wen Bedarfe bzw. Bedürfnisse entstehen. So sollten psychosoziale Daten wie beispielsweise über Armut, die bereits vor der Krise vorhanden waren, von Anfang an in ein Lagebild mit einfließen. Probleme, die durch die Krise entstehen oder im Zusammenhang mit Hilfseinsätzen entstehen könnten, sollten überprüft und in die jeweiligen Aktualisierungen eines Lagebilds einbezogen werden.

Unter PSNV werden nach bundeseinheitlichen Qualitätsstandards und der DIN-Norm 13050:2021-10 die Gesamtstruktur und alle Maßnahmen der Prävention sowie der kurz-, mittel- und langfristigen Versorgung im Kontext von belastenden Notfällen bzw. Einsatzsituationen verstanden (Deutsches Institut für Normung 2021 b, Mähler, Hofinger, Zinke und Künzer 2021).

Die PSNV ist ein System aus psychosozialen Maßnahmen, Strukturen und Regelungen im Kontext der Gefahrenabwehr. Die Akteurinnen und Akteure der PSNV agieren in der kurz-, mittel- und langfristigen Unterstützung und Beratung für Betroffene (sogenannte PSNV-B) von Notfällen und Katastrophen sowie für Einsatzkräfte (sogenannte PSNV-E) der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr vor und nach psychisch belastenden Einsatzsituationen. Die PSNV ist in das System der Gefahrenabwehr eingebettet (Beerlage 2021).

Übergreifende Ziele der PSNV sind (Deutsches Institut für Normung 2021 b):

- Prävention von psychosozialen Belastungsfolgen
- Früherkennung von psychosozialen Belastungsfolgen nach belastenden Notfällen beziehungsweise Einsatzsituationen
- Bereitstellung von adäquater Unterstützung und Hilfe für betroffene Personen und Gruppen zur Erfahrungsverarbeitung sowie die angemessene Behandlung von Traumafolgestörungen und – bezogen auf Einsatzkräfte – einsatzbezogene psychische Fehlbeanspruchungsfolgen

Psychosoziales Krisenmanagement thematisiert Menschen und die Gesellschaft im Bevölkerungsschutz: Psychische und soziale Reaktionen, Bewältigungspotenziale und Unterstützungsbedarfe von betroffenen Individuen und Bevölkerungsgruppen sowie von Akteurinnen und Akteuren der Gefahrenabwehr in Krisen und Katastrophen stehen beim Psychosozialen Krisenmanagement im Fokus (BBK, o.J. b). Ein Ziel eines Psychosozialen Krisenmanagements ist eine adäquate Psychosoziale Notfallversorgung für die gesamte Bevölkerung (Karutz und Tinla 2021). Die PSNV ist dabei eingebettet in das umfassende Psychosoziale Krisenmanagement (Helmrichs et al. 2017). Zum Psychosozialen Krisenmanagement zählt die Stärkung der individuellen und sozialen Notfallbildung und -kompetenz im Vorfeld von Notfällen. Aber auch die individuelle Resilienz sowie die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften soll gefördert werden (Beerlage 2021). Teil des Psychosozialen Krisenmanagements ist ebenso die Gestaltung der Risiko- und Krisenkommunikation unter psychosozialen Gesichtspunkten. Auch die Stärkung der Kompetenzen von Einsatz- und Führungskräften in der Führung und (interorganisationalen) Kommunikation zählt zum Psychosozialen Krisenmanagement (ebd.).

Psychosoziale Notfallversorgung und psychosoziales Lagebild



3



In diesem Kapitel werden die Begriffe und die Hintergründe der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) und des psychosozialen Lagebilds beschrieben. Ebenso wird der Paradigmenwechsel in Bezug auf die Bevölkerung und die Forderungen nach einer Weitung des Blicks, über die rein Psychosoziale Notfallversorgung hinaus, thematisiert.

Die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) ist ein fester Bestandteil des allgemeinen Krisenmanagements im Rahmen des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe. Darunter verstanden werden einerseits eine Grundstruktur und Maßnahmen der Prävention sowie andererseits ein hochdifferenziertes und vielfältiges System von Hilfsangeboten für Einsatzkräfte und Betroffene, das darauf abzielt, Menschen bei der Bewältigung von Krisensituationen zu unterstützen (Beerlage 2015, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2018).

Die Wurzeln der PSNV reichen bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts. Die Versorgung psychisch kranker oder belasteter Menschen sollte von einer institutionenzentrierten auf eine gemeindenahere Versorgung umgestellt werden, in der die Strukturen und Ressourcen der bestehenden sozialen Gemeinschaft für den Heilungs- bzw. Stabilisierungsprozess mitgenutzt werden konnten. Psychiatrische Einrichtungen wurden de-institutionalisiert in der Absicht, Schwellen zu verringern, Kompetenzen zu vernetzen und dadurch problematische Entwicklungen früher auffangen zu können. Ebenso wurden Programme entwickelt, die heutzutage als Prävention bezeichnet werden würden (Beerlage 2015). Eine Orientierung in Richtung *mental health* im Sinne eines umfassenden Wohlbefindens im sozialen Lebenszusammenhang führte dazu, dass nicht mehr nur Berufe innerhalb des Fachgebiets der Psychologie zuständig für das Wohlergehen von Betroffenen waren. Innerhalb weiter gefasster, auch gesellschaftlicher Empowerment-Bewegungen wurden Betroffene zu Expertinnen und Experten und damit zu aktiv handelnden Subjekten erklärt (ebd.).

Ein bedeutsamer Perspektivwechsel in Bezug auf (psychosoziale) Gesundheit wurde Ende der siebziger Jahre vorgenommen: nicht krank machende, sondern gesund erhaltende Faktoren sollten in Hinblick auf Prävention und Verarbeitung von Krankheit in den Blick genommen werden (Antonovsky 1997). Einer der prävalenten Faktoren war die soziale Unterstützung, die auch das eigene Kohärenzgefühl mit beeinflusst. Mit Kohärenzgefühl ist die Selbstwahrnehmung gemeint, die einschätzen lässt, inwieweit Ressourcen zur Verfügung stehen, Anforderungen und Herausforderungen zu begegnen (ebd.). Eine gute soziale Unterstützung durch beispielsweise eine funktionierende Familie erhöht demnach die subjektive Einschätzung einer Person, Herausforderungen des Lebens etwas entgegengesetzt zu können. Unter diesem Blickwinkel sind beispielsweise Stressoren auch nicht an sich

schädlich, sondern können im Zusammenspiel mit weiteren Faktoren (z. B. soziale Unterstützung) durchaus gesund und resilienzfördernd sein (ebd.). Hinsichtlich der Notfallversorgung wurde die bis dahin eher biomedizinisch orientierte Sicht um die psychische Notfallererfahrung erweitert und Hilfsmaßnahmen dementsprechend auf psychischer bzw. sozialer Ebene ergänzt (Beerlage 2015). Heute nehmen sämtliche Leitlinien, die sich auf Nachsorge und Einsatznachsorge beziehen, Bezug auf ein bio-psychosoziales Menschenbild und betonen die Schutzfaktoren sozialer Ressourcen (ebd.).

Psychoziale Notfallversorgung bezieht sich heute allgemein zum einen auf die Prävention bzw. Verminderung von Risiken und zum anderen auf die Schadensbegrenzung (Perren-Klingler 2015b). Sie zielt einerseits auf von Notfällen oder Katastrophen betroffene Menschen und andererseits auf die in solchen Situationen arbeitenden Einsatzpersonen ab. Ziel ist die Erhaltung bzw. Wiederherstellung psychischen und sozialen Wohlbefindens auf der Basis eines bio-psycho-sozialen Diathese-Stress-Modells. Dabei wird abgehoben auf eine enge Verknüpfung von Stärkung der Schutzfaktoren bzw. Bewältigungskompetenzen und die Minderung von Risikofaktoren auf den Ebenen der Person, soziale Netzwerke größerer Gemeinschaften vor und nach potenziell traumatisierenden Ereignissen (Beerlage 2015). Letzteres können Nachbarinnen und Nachbarn nach z. B. einem Hausbrand sein oder Kolleginnen und Kollegen nach einem Einsatz mit vielen Verletzten. Zunächst sollen demnach „personale Ressourcen (wie Coping-Strategien, Kontrollüberzeugung, Selbstwirksamkeitserwartung, Optimismus etc.) und soziale Ressourcen im informellen sozialen Netz der Betroffenen aktiviert werden“ (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2018: 44). Falls diese nicht vorhanden sind oder nicht ausreichen, sollen Maßnahmen der PSNV diese ergänzen oder ersetzen (ebd.).

PSNV hilft nachgewiesenermaßen, Krankheitshäufigkeiten zu senken und Wohlbefinden in der Arbeit wiederherzustellen (Perren-Klingler 2015a). Unmittelbar nach einem Ereignis geht es bei der PSNV darum, Betroffenen die folgenden Dinge zu vermitteln:

- a. ein Gefühl der Sicherheit,
- b. Beruhigung,
- c. ein Gefühl der Selbstwirksamkeit,
- d. Wirksamkeit der Gemeinschaft,
- e. Verbundenheit,
- f. Hoffnung im Sinne von Sinnstiftung (Hobfoll et al. 2007).

PSNV ist demgemäß auch eine ethische Grundhaltung (Perren-Klingler 2015b), deren Basis ein tiefer Respekt für alle Beteiligten in ihren persönlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Besonderheiten ist (Beerlage 2015).

Obwohl die PSNV mittlerweile im Krisenmanagement etabliert ist und ein Konsensusprozess mit zahlreichen Akteurinnen und Akteuren (BBK 2012), statt gefunden hat, gibt es nach wie vor keine Begriffssicherheit: Die Kontroverse darum, was psychosoziale Unterstützung ist, ist noch nicht beendet (Beerlage 2015). Derzeit steht PSNV als Oberbegriff für ein geordnetes und gestuftes System vieler verschiedener Maßnahmen, Anbieterinnen und Anbieter, Strukturen und Organisationsformen im Kontext von Notfallereignissen und belastenden Einsatzsituationen. Es gibt ein großes Spektrum resilienzstärkender, präventiver und nachsorgender Angebote als geordnete Zusammenarbeit in einer gestuften integrierten Versorgung, die sowohl heilkundliche wie nicht heilkundliche, säkulare wie kirchliche Anbieterinnen und Anbieter umfasst (Beerlage 2015).

PSNV entstand mit dem Gedanken der Akuthilfe für Einzelpersonen und entsprechend starkem Bezug zur Notfallseelsorge. Durch die Betreuungssituation in Großschadenslagen wie dem ICE-Unfall von Eschede 1998 wurde deutlich, dass in Großschadenslagen die PSNV personell und logistisch an ihre Grenzen gerät. Es wurden für die PSNV Konzepte für eine Lage mit hohem und lang anhaltenden Betreuungsbedarf benötigt – ähnlich wie in Rettungsdienst und Notfallmedizin Konzepte für den Massenanfall von Verletzten (MANV) bestehen. Daraus entstanden, ebenfalls befördert durch den o. g. Konsensusprozess (BBK 2012), die Strukturen der PSNV für komplexe Gefahren- und Schadenslagen. Zum einen wurden Einsatz- und Führungsstrukturen definiert, damit die PSNV sich organisieren und auch in das Einsatzgeschehen der BOS integrieren kann. Zum anderen wurde klar, dass bei vielen Betroffenen eine Umstellung von Einzel- auf Gruppenbetreuung benötigt wird. Aus den Festlegungen des Konsensusprozesses folgten auch neue Ausbildungskonzepte (Mähler et al. 2021). Die neu geschaffenen Führungsrollen, vorrangig die Fachberatung PSNV für Stäbe und die Leiterin bzw. der Leiter PSNV, spielen eine wichtige Rolle bei der Erstellung des psychosozialen Lagebilds (s. u.), da sie die Betreuungsbedarfe und allgemeiner die Situation der direkt und indirekt Betroffenen abschätzen können. Allerdings gilt immer noch die Feststellung von Blank-Gorki et al. aus der Analse des Amoklaufs in Winnenden (2018: 116): „Ein praktikables Instrument, um die Bedarfe und Bedürfnisse einer Vielzahl Betroffener unter den Bedingungen einer komplexen Gefahren- und Schadenslage zeitnah erheben zu können und auf diese Weise auch ein psychosoziales Lagebild erstellen zu können, liegt noch nicht vor.“ Die Rolle der Fachberatung PSNV für das Lagebild der zu beratenden Stäbe wird in Kapitel 6 untersucht und dargestellt.

Die Vielfalt an Angeboten und Organisationen, die heute Formen psychosozialer Versorgung anbieten, ist mittlerweile so groß, dass es eher schwierig erscheint, zwischen einer weiteren Diversifizierung einerseits und einer gebotenen Standardisierung zu vermitteln (ebd.). Dennoch wird zunehmend inhaltlich hinterfragt, ob das Spektrum von Anforderungen hinreichend abgedeckt wird. So werden beispielsweise interkulturelle Aspekte bislang wenig beachtet. Durch Prozesse, die in oder zwischen Notfallbeteiligten ablaufen, könnte jedoch aus wahrnehmungs-, sozial- und stresspsychologischer Sicht teils erheblicher interkultureller Stress für Einsatzkräfte und/oder Betroffene entstehen (Schmidt, Knuth und Hannig 2013). Auch der Möglichkeit, dass es analog zu medizinisch geschulten Ersthelferinnen und Ersthelfern ebenso psychosoziale Ersthelferinnen und Ersthelfer geben kann, die vor offiziellen Einsatzkräften vor Ort sind und helfend eingreifen können, wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt (Knauer und Beerlage 2020). Insgesamt wird von verschiedenen Seiten ein Paradigmenwechsel hinsichtlich der Rolle Betroffener von passiven Opfern bis hin zu Beteiligten gefordert (Karutz, Geier und Mitsche 2017, Knauer und Beerlage 2020, Ohder und Sticher 2013, Voßschmidt 2013). Dies wird im folgenden Kapitel genauer dargelegt.

Bis zum Eintreffen professioneller Helferinnen und Helfer gibt es zuvor bereits meist Handlungen durch Betroffene oder Bezeugende, die beispielsweise Erste Hilfe leisten (Voßschmidt 2013). Diese Zeitspanne wird oft nicht wahrgenommen, weil sie in Berichten in der Regel nicht genannt wird. Das bedeutet nicht, dass in dieser Zeitspanne nichts passiert bzw. nicht bereits geholfen wird. Häufig bringen sich Betroffene bereits in Sicherheit oder Bürgerinnen und Bürger, die betroffen oder anwesend sind, versuchen den von einem Ereignis Betroffenen zu helfen. In den Katastrophenschutzgesetzen der Länder gibt es explizit Vorschriften über die Heranziehung der (ortsansässigen) Bevölkerung zu Hilfeleistungen. Daher erscheint es im Sinne der Nachhaltigkeit sinnvoll, Betroffene als Beteiligte zu behandeln (ebd.).

Die Auswertung zweier Studien aus dem Jahr 2008 ergab diverse Defizite im Bevölkerungsschutz, aufgrund derer zum einen eine differenziertere Betrachtung von Bevölkerung vorgeschlagen wird. Zum anderen wird dafür plädiert, dass Potenziale der Bevölkerung zur Hilfeleistung erkannt, aktiviert und genutzt werden müssen (Ohder und Sticher 2013). Dabei wird auch auf alternative Ansätze wie z. B. *emergent human resources* u. a. in den USA hingewiesen, die gleichzeitig mit Forschungsergebnissen übereinstimmen, die eine hohe Bereitschaft in der Bevölkerung zur Hilfeleistung für andere in extremen Situationen belegen (ebd.). Speziell das Deutsche Rote Kreuz weist in verschiedenen Publikationen auf Möglichkeiten der Nachbarschafts- und Selbsthilfe hin (z. B. Schmersal et al. 2020, Schmersal et al. 2019).

Ein Paradigmenwechsel im Bevölkerungsschutz wird mit weiteren Argumenten gefordert: Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Verfügbarkeit geeigneter hauptberuflicher Kräfte sowie Veränderungen bezüglich der Quantität und Ausprägung des ehrenamtlichen Engagements bei freiwilligen Feuerwehren, THW und privaten Hilfsorganisationen führen dazu, dass weniger spezifisch ausgebildete Helfende zur Verfügung stehen. Entsprechend gehört die Einbeziehung und Koordination von Spontanhelfenden zu den Herausforderungen des Bevölkerungsschutzes (Lamers 2016). Beispielsweise werden Hilfsangebote und Spendenangebote zentral gesammelt und kommuniziert.

Oft sind Bürgerinnen und Bürger als Erste vor Ort: Somit kommen sie in die Lage, anderen Betroffenen Entlastung und Beistand zu geben (Knauer und Beerlage 2020). Im Sinne einer besseren Bewältigung, aber auch Prävention für Betroffene und deren Angehörige sowie Zeugen und Ersthelfenden wäre es daher empfehlenswert, die Psychosoziale Notfallkompetenz von Bürgerinnen und Bürgern gezielt zu stärken und in die Bildungsrichtlinien des Bevölkerungsschutzes einzubinden. In der Forschungsliteratur wird der Wert sozialer Ressourcen bei der Bewältigung vielfach erwähnt (z. B. Perren-Klingler 2015b), wodurch der Eindruck entsteht, als würden Unterstützungsmaßnahmen in der Bevölkerung bereits einen festen Platz innerhalb psychosozialer Unterstützungsmaßnahmen haben. Jedoch sind konkrete Hilfsformen oder Beschreibungen von Handlungen kaum zu finden und wenn, übertragen sie Prinzipien der psychischen Ersten Hilfe, ohne zu hinterfragen, ob diese auf die sozialen Rollen und Beziehungsdefinitionen von Bürgerinnen und Bürgern untereinander tatsächlich übertragen werden können (Knauer und Beerlage 2020).

Die aktuelle Forschung ist sich, wie dargestellt, insofern darin einig, dass Bevölkerung differenzierter zu betrachten ist, z. B. dahingehend, wie sie konkret zusammengesetzt ist und ob sich darunter potenziell Helfende befinden. Eine Herausforderung, die bislang nicht angenommen bzw. umgesetzt wurde, besteht jedoch darin, die differenzierten Gruppen mit ihren verschiedenen Bedarfen und Bedürfnissen sowie Potenzialen entsprechend in Lagebilder einzubringen und darzustellen.

Dieses Thema wird in einem Exkurs in Kapitel 4.6.1 unter dem Stichwort „Setting-Ansatz“ vertiefend aufgenommen.

Der Paradigmenwechsel in Bezug auf die Bevölkerung, aber auch zunehmende Forderungen nach einer Weitung des Blicks über die rein Psychosoziale Notfallversorgung hinaus, z. B. auf Themen wie Förderung von Notfallkompetenzen in der Bevölkerung (Knauer und Beerlage 2020), machen deutlich, dass neu überdacht werden muss, welche Themen in Bezug auf Menschen in Krisensituationen erhoben und in Form eines Lagebilds in das Krisenmanagement mit eingebracht und bedacht werden müssen. Im folgenden Kapitel wird kurz betrachtet, was bislang in der Forschungsliteratur bezüglich eines psychosozialen Lagebilds ausgesagt wird.

Die Sicht von Vertreterinnen und Vertretern von Einsatzorganisationen und Mitarbeitenden von Stäben auf die Rolle der Bevölkerung wird in Kapitel 7 vertiefend betrachtet.

Die Forschungsliteratur zum Thema „psychosoziales Lagebild in Stäben“ ist sehr überschaubar. Das Thema hat erst in den letzten 15 Jahren an Bedeutung gewonnen im Zusammenhang mit der Diskussion um eine stärkere Einbeziehung der „Bevölkerung als Akteurin bzw. Akteur“ im Bevölkerungsschutz. Im Folgenden werden relevante Arbeiten chronologisch dargestellt, um die Entwicklung der Diskussion zu skizzieren.

In der LÜKEX-Übung 2007 wurde erstmals eine Analyse der Stimmungslage durchgeführt und das Verhalten der Bevölkerung betrachtet, um darauf aufbauend (Kommunikations-)Maßnahmen entwickeln zu können. Im Abschlussbericht wurde dafür plädiert, das Verhalten der Bevölkerung stärker in die Stabsarbeit einzubeziehen: „Die Entscheidungsträger und deren Stäbe sollten für katastrophenpsychologische und -soziologische Sachverhalte stärker sensibilisiert werden und entsprechende Auswirkungen weitreichender Entscheidungen (z. B. Impfstrategie) auf das Verhalten von Presse und Bevölkerung umfassender in die Entscheidungsvorbereitung einbeziehen“ (Projektgruppe LÜKEX 2007: 14). Welche „Sachverhalte“ gemeint sind, wird hier noch nicht breiter diskutiert.

Ein erster Vorschlag dazu, wer ein psychosoziales Lagebild erstellen sollte, ist, dass geschulte Anbieterinnen und Anbieter psychosozialer Akuthilfen die „bedarfsgerechte Versorgungsplanung für Teilgruppen der Betroffenen und Einsatzkräfte mit Risiko-Ressourcen-Profilen“ (Beerlage 2009: 128) erstellen sollten. Später kommt – in Analogie zu einem Lagebild im Rahmen der Gefahrenabwehr – dazu, Bedürfnisse und Bedarfe aus individuellen oder sozialen Belastungs-Ressourcen bzw. (Dis-)Balancen abzuleiten, um dann entsprechende Hilfen zu planen (Beerlage 2015).

Aus der Auswertung verschiedener Großeinsätze wird deutlich, dass die Erstellung eines psychosozialen Lagebilds keineswegs trivial und zugleich für das Gelingen des PSNV-Einsatzes essenziell ist:

„Schließlich kommt der Methodik zur Erstellung eines psychosozialen Lagebilds eine besondere Bedeutung zu. Ohne einen klaren Überblick über Orte der Betroffenheit, die Anzahl betroffener Personen, deren Bedarfe und Bedürfnisse sowie die insgesamt zur Verfügung stehenden personellen und materiellen

Ressourcen zu haben, ist eine sachdienliche und zielführende Allokation von Einsatzkräften weitgehend ausgeschlossen. Das Erteilen redundanter (oder sogar widersprüchlicher) Anweisungen, Selbstbeauftragungen und der Aufbau unnötiger Parallelstrukturen, aber auch eine Über- oder Unterversorgung in Teilbereichen können dann die Folge sein“ (Blank-Gorki et al. 2018: 110).

Nach der anfänglichen Fokussierung auf Bedürfnisse bzw. Bedarfe und Belastungen wurde zunehmend das Verhalten der Bevölkerung in der Diskussion wichtiger. So stellen Karutz et al. (2017: 294) in ihrer Definition das Verhalten sogar an erste Stelle:

„Psychosoziale Aspekte des Lagebildes umfassen alle Informationen zum (potenziellen) Verhalten der direkt und indirekt Betroffenen sowie zu deren psychosozialen Bedürfnissen und Hilfebedarfen.“

Damit wird der Begriff „psychosozial“ in einem weiteren Sinn verwendet als zuvor in der Diskussion in der PSNV: Der Weg zu einem „Lagebild Bevölkerungsverhalten“ zeichnet sich ab. Als Herausforderungen für die Entstehung eines psychosozialen Lagebildes werden zum einen die wissenschaftlich wenig gesicherte Kenntnislage über das Verhalten betroffener Bevölkerung (steile) und zum anderen die Verbreitung von Verhaltensmythen innerhalb der Gefahrenabwehr genannt, d. h. Vorstellungen von Bevölkerungsverhalten, welches nicht wissenschaftlichen Erkenntnissen entspricht. So ist beispielsweise die sogenannte Massenpanik ein sehr seltenes und auf bestimmte Konstellationen begrenztes Phänomen (Hofinger und Künzer 2020, Künzer und Hofinger 2020, Schopp 2016). Insgesamt gibt es wenig gesicherte Erkenntnisse in Bezug auf Bevölkerungsverhalten (Tutt 2019). Dementsprechend haben Entscheiderinnen und Entscheider bzw. Leitungsgremien bislang wenig Erfahrung mit vielfältigen Informationen zur psychosozialen Lage, was die Deutung im Sinne einer Lageprognose daher oft schwierig macht. So sahen Befragte in der LaBeCo-Studie ihre Bedarfe an psychosozialen Lageinformationen häufig durch bekannte Informationskanäle gedeckt, wie z. B. Eindrücke aus dem Alltagsleben, Kontakt über Unterstützungshotlines, Verfolgung sozialer Medien (Gerhold et al. 2022). Gerhold et al. (2022) stellen im Rahmen der Pandemiebewältigung wieder fest, was hier aufscheint: „Psychosoziale Aspekte sind für Entscheidungsfindungsprozesse im Krisenmanagement oft kein zentraler Faktor.“

Dennoch erscheint es als wichtig, sich diesen Aspekten verstärkt zu widmen, indem beispielsweise eine digitale Lageerkundung vor allem durch die Beobachtung sozialer Medien vorgenommen wird. Hier stehen im Mittelpunkt der Beobachtung vor allem die Einschätzungen der Stimmung von Bevölkerungsgruppen sowie die mediale Organisation von Spontanhelfenden und Bewältigungsinitiativen, aber auch veröffentlichte Berichte oder Stimmungen von Einsatzkräften (ebd.). „Neben

faktischen Lageinformationen können Gefahrenabwehrbehörden durch ein Monitoring der sozialen Medien im Ereignisfall auch einen Überblick über akute Bedürfnisse, Ängste und Stimmungen der Bevölkerung“ (Krämer et al. 2016: 157) – also ein psychosoziales Lagebild – erhalten (Wahl 2020: 53).

In dieser Form erhobene Informationen zur Lagewahrnehmung können zum einen hinsichtlich einer allgemeinen Stimmungsentwicklung oder auch der subjektiven Gefährdungseinschätzung interpretiert und der Einschätzung der Einsatzleitung entgegengestellt werden. Zum anderen könnten sie zur Bevölkerungsinformation und Medienarbeit der Einsatzkräfte verwendet werden. Bei starken Abweichungen zwischen Einschätzungen der Bevölkerung und der Einsatzleitung könnte beispielsweise durch mehr und präzisere Warnungen, über Kanäle der sozialen Medien, über Hotline-Bereitstellung etc. nachgesteuert werden. Bei Einsatzführungskräften könnten sie wiederum zur Korrektur von Fehleinschätzungen beitragen und die frühzeitige Einbeziehung eigeninitiativer Bewältigungsformen bewirken. Des Weiteren könnte ein Eindruck von der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung gewonnen werden. Dabei müssen diese regelmäßig neu zu aktualisierenden Einschätzungen mit Vorsicht interpretiert werden, da sie nur einen Ausschnitt darstellen und somit nicht als repräsentativ zu betrachten sind (Tutt 2019).

Das psychosoziale Lagebild wird von Karutz et al. (Karutz 2020, Karutz und Tinla 2021, s. auch Gastbeitrag in Kapitel 4.13) als eines von vier Handlungsfeldern innerhalb des Psychosozialen Krisenmanagements angesprochen. Konkreter wurden während der Covid-19-Pandemie in der Stadt Mülheim an der Ruhr die folgenden Quellen für die Erstellung eines psychosozialen Lagebilds ausgewertet:

- Polizeiliche und rettungsdienstliche Einsatzlage
- Systematisiert erfasste Rückmeldungen aus dem psychosozialen Handlungsfeld
- Psychosoziales Online-Monitoring (POM)
- Berichterstattung in den Medien
- Verfügbare empirische Studien
- Auswertung von Erfahrungen in vergleichbaren Situationen
- Demografische Faktoren (Alter, Sozialstruktur, Vorerfahrungen, bisherige Handlungsmuster)
- Lageentwicklung (Zahlen von Infizierten, Erkrankten und Verstorbenen, politische Entscheidungen, Stellungnahmen sowie die allgemeine Versorgungssituation)

Zur Gewinnung von Daten wurden dabei einerseits eine explorative Befragung an Mülheimer Schulen durchgeführt und andererseits im psychosozialen Online-Monitoring verschiedene Gefühlsäußerungen, Fragen und weitere Selbsterklärungen in den sozialen Medien gesichtet und ausgewertet. Diese Daten wurden als Grundlage für die Beurteilung der psychischen Situation der Bevölkerung sowie zur

Identifizierung besonders belasteter Personengruppen genutzt. In einer zusammenfassenden Bewertung wurden die Art und Ausprägung lagebezogen problematischer Kognitionen und Emotionen sowie dementsprechend der psychosoziale Handlungsbedarf skaliert dargestellt (Karutz 2020).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass einige Aspekte eines psychosozialen Lagebilds übereinstimmend gefunden werden können:

Was?

- Zielgruppen (Merkmale von Betroffenen bzw. Betroffenengruppen)
- Anzahl der direkt und indirekt Betroffenen
- Bedürfnisse und Bedarfe von Betroffenen(gruppen) und Einsatzkräften
- Verfügbare Ressourcen (technisch, materiell und personell)
- Orte der Betroffenheit
- (Erwartete) Sozialstruktur einer betroffenen Region/Veranstaltung, Demografie
- Stimmung/Stimmungsentwicklung
- Stand der Informationen und Gefährdungseinschätzung bei Betroffenen/Einsatzkräften
- Öffentliche Ordnung und Sicherheit
- Initiativen, Soforthelfende, Selbsthilfepotenzial

Wer?

- Geschulte Personen aus dem Bereich der psychosozialen Unterstützung/Notfallversorgung
- Beobachtende soziale Medien, auswertender Berichterstattung, empirischer Studien

Wie?

- Zusammenfassung und visuelle Darstellung

Demnach sollte erkennbar sein, um welche Zielgruppe(n) es geht, welche möglichen Bedürfnisse und Bedarfe diese hat (haben), welche verfügbare Ressourcen vorhanden sind (dabei sollten mögliche Initiativen, Soforthelfende etc. miteinbezogen werden), welche sozialen, demografischen oder sonstigen Daten über die Region bekannt sind und wie die „Stimmung“ ist bzw. wie sie sich entwickelt. Zum einen könnten derlei Daten erhoben werden von Personen, die bezüglich psychosozialer Aspekte geschult sind und u. U. auch Befragungen vornehmen, auswerten und interpretieren können. Zum anderen braucht es Menschen, die mit den verschiedenen Facetten von sozialen Medien bzw. Medienberichterstattung vertraut sind und Daten in den verschiedenen Medien erheben, auswerten und interpretieren können. Des Weiteren wären grundlegende soziodemografische und weitere Daten vonnöten, wie sie bspw. in Kommunen oder statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erhoben werden. Auch hier braucht es Menschen, die die entsprechenden Daten zusammenführen, auswerten und interpretieren können. Schließlich muss jemand diese verschiedenen Daten sichten, verdichten und zu einem aussagefähigen Bild zusammenfügen, welches als Teil des Lagebilds oder als Lagefeld zur Verfügung gestellt und laufend aktualisiert wird. Wichtig wäre noch hervorzuheben, dass ein solches psychosoziales Lagebild lagespezifisch erhoben werden muss, d. h., einzelne Parameter können sich ändern und müssten jeweils der Situation angepasst werden.

Das Lagebild Bevölkerungsverhalten

4



Im folgenden Kapitel wird das Lagebild Bevölkerungsverhalten definiert und besonders in Bezug auf die Differenzierung von Bevölkerungsgruppen sowie Gruppen in vulnerablen Situationen betrachtet. Des Weiteren wird entwickelt, wie ein Lagebild Bevölkerungsverhalten geführt werden könnte und welche Daten dazu erforderlich sind.

Vom psychosozialen Lagebild zum Lagebild Bevölkerungsverhalten

Aus dem oben Dargestellten lässt sich zusammenfassen, dass die bisherigen Ansätze zu einem psychosozialen Lagebild zum einen über eng gefasste Auffassungen der PSNV hinausgehen und zum anderen die geforderte differenzierte Betrachtung der Bevölkerung vollziehen. Die einzelnen Aspekte ergeben ein umfassenderes und ganzheitlicheres Bild der Bevölkerung. Dieses lässt sich hinsichtlich möglicher Bedürfnisse und Bedarfe, aber auch in Bezug auf Potenziale hin interpretieren und ist eine Grundlage für Entscheidungen und Pläne.

Da der Begriff „psychosozial“ stark durch die Diskussion in der PSNV geprägt ist (ohne dass dies fachlich nötig wäre), etabliert sich zurzeit der Begriff „Lagebild Bevölkerungerverhalten“, auch im BBK. Aus Sicht der Autorinnen sollte das Lagebild zur Bevölkerung vor einer Benennung der Bedürfnisse, Ressourcen und des Verhaltens zunächst klären, wer überhaupt in der jeweiligen Lage die relevante Bevölkerung ist und wie sich diese beschreiben lässt. Überdies könnte „Verhalten“ eingeschränkt auf tatsächliche Handlungen der Bevölkerung interpretiert werden, was sowohl Bedarfe und Bedürfnisse, die emotionale Verfassung als auch Ressourcenpotenziale aus der Betrachtung durch den Stab ausklammern würde. Andererseits würde „Lagebild Bevölkerung“ u. U. die Assoziation einer statischen, eher quantitativen Beschreibung hervorrufen.

Im BBK wird seit 2020 der Begriff „**Lagebild Bevölkerungerverhalten**“ verwendet und im Rahmen der Neuausrichtung des BBK seit 2021 öffentlich kommuniziert. Seit 2022 ist in den Lageberichten des Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums von Bund und Ländern (GMLZ) eine „Fachlage Bevölkerungerverhalten“ integriert. Daher wird im Weiteren ebenfalls dieser Begriff verwendet.

Auf Grundlage der Forschungsliteratur sowie der Befragungen der LaBS-Praxispartner wird die folgende Arbeitsdefinition vorgeschlagen:

„Das Lagebild Bevölkerungsverhalten erfasst

- **Status,**
- **Bedarfe und Bedürfnisse,**
- **Ressourcen und Resilienzpotenziale**
- **sowie das Verhalten**

der jeweils betroffenen bzw. involvierten Bevölkerung. Dabei umfasst Bevölkerung die Menschen, die sich in einem Wirkungsbereich eines Szenarios aufhalten oder von diesem betroffen sein könnten.“

Dabei werden unter **Bevölkerung** diejenigen Personen verstanden, die sich in einem betroffenen/involvierten Gebiet aufhalten („Aufenthaltsbevölkerung“, BBK 2018a: 35). Bei **Status** wird unterschieden nach Personen, die besondere Bedarfe haben, Personen, die als vulnerabel eingeschätzt werden, und Personen, bei denen ein Aktivierungspotenzial zu vermuten ist. **Bedarfe und Bedürfnisse** der Bevölkerung können von Sprachmittlern über Notstromversorgung bis zur PSNV stark variieren. Ressourcen und Resilienzpotenziale können materiell und immateriell, bereits vorhanden oder aktivierbar sein. Bei **Verhalten** wird in der vorliegenden Definition aus anwendungspraktischen Gründen keine Unterscheidung zwischen Verhalten und Handeln getroffen (Zimbardo und Gerrig 2015). Dies bedeutet, dass auch Motive, Emotionen und Kognitionen als verhaltenswirksam aufgefasst werden und in ein Lagebild einfließen können. **Status, Bedarfe bzw. Bedürfnisse und Resilienzpotenziale sowie Verhalten** der jeweils betroffenen/involvierten Bevölkerung als Bestandteile des Lagebilds Bevölkerung müssen differenziert werden, sodass Stäbe damit praktisch arbeiten können. Auf diese Punkte wird im Folgenden genauer eingegangen.

Das Lagebild der Bevölkerung ist **situations- und zeitspezifisch**, d.h., es variiert je nach Lage und Dauer und muss daher jeweils neu erstellt und ggf. fortgeschrieben werden.

Praxisbeispiel

Die Praxispartner verwenden bislang nicht den Begriff „Lagebild Bevölkerungsverhalten“. In ihren Stäben werden verschiedene Informationen über relevante Bevölkerungsgruppen zusammengetragen, jedoch nicht umfassend mit allen hier genannten Aspekten. Zu beachten ist, dass die Stäbe der Praxispartner in Bezug auf Technik und Ressourcen vergleichsweise gut ausgestattet, erfahren und trainiert sind.

In anderen, den Autorinnen bekannten Verwaltungsstäben trifft eher zu, was ein Verantwortlicher für den Verwaltungsstab einer deutschen Großstadt formulierte:

„Die Bevölkerung kommt im Lagebild bislang nicht systematisch vor. Das Thema ‚Situation, Bedürfnisse und Ressourcen der Bevölkerung‘ ist mir sehr wichtig, aber die Befassung damit fängt gerade erst an. Ich kann mich nicht an eine Lage erinnern, in der Informationen über die psychosoziale Verfassung der Bevölkerung einen direkten Einfluss auf anstehende Entscheidungen hatten. Es werden bei uns keine Lagefelder verwendet, also auch kein ‚Lagefeld Bevölkerung‘. Wenn Entscheiderinnen und Entscheider etwas über die Bevölkerung wissen wollen, würden wir [der Bereich Katastrophenschutz] ad hoc entsprechende Informationen zusammenstellen, ohne definierte Formate. Dafür stehen u. a. Karten zur Verfügung mit vielen georeferenzierten Daten; aber es ist schwierig, auf den Karten weitere Informationen einzutragen. Aus den Daten entsteht nicht unbedingt ein aussagekräftiges Lagebild. Jeder Stab erstellt sein Lagebild anders, es gibt keine gemeinsame Vorgabe, Schulung oder Ähnliches.“

Der Forschungsliteratur sind nur wenige Hinweise zu entnehmen, welche konkreten Bestandteile ein Lagebild, das die Bevölkerung einbezieht, haben müsste. Im Lagefeld Bevölkerung der Polizei aufgenommen werden:

- Verhalten,
- politische, soziale, wirtschaftliche, psychologische, ethnische, demografische Verhältnisse,
- Ablehnung, Duldung bzw. Unterstützung polizeilicher Maßnahmen,
- Sicherheitsgefühl,
- Solidarisierungseffekte.

Außerhalb der Polizei sind am ehesten die Bestandteile eines „psychosozialen Lagebilds“ (s. Kap. 2) definiert. So wurden zum Beispiel in der LÜKEX 2019 (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2019b) folgende Bestandteile („Indikatoren“) des „PsychLB“ genannt:

- **Zielgruppen:** Betroffene im Schadensgebiet, außerhalb des Schadensgebiets
- **Öffentliche Wahrnehmung, Medien:** Berichterstattung, soziale Medien, Nutzungsverhalten, App, Homepage
- **Informationsmanagement:** Behörden, Wirtschaft, Stellen, welche Informationen sind nützlich?
- **Öffentliche Ordnung und Sicherheit:** gewährleistet, eingeschränkt; Demonstrationen, Blockaden, steigende Kriminalitätsrate, Streiks
- **Besondere Phänomene:** Sozialräume, ungebundene Helferinnen und Helfer, Selbsthilfegruppen, Verhaltensmuster sozial vs. antisozial

Ebenfalls Bestandteil des PsychLB war eine Kräfteübersicht der PSNV in der Übung. Mit welchen Daten die Bestandteile der einzelnen Indikatoren erhoben wurden oder wie diese im Verhältnis standen, bleibt unklar. Festzuhalten bleibt, dass das Übungs-PsychLB auf **Status** und **Verhalten** der Bevölkerung fokussierte. Die in den folgenden Jahren erst ausdifferenzierte Sicht auf Bedarfe und Bedürfnisse sowie Resilienzpotenziale fehlt noch. Zudem scheinen diese Indikatoren eher auf Bedürfnisse der staatlichen Stellen ausgerichtet als auf die der betroffenen Bevölkerung.

Andererseits ist die **Wahrnehmung des behördlichen Krisenmanagements** durch Medien und Bevölkerung(sgruppen) Thema des PsychLB; dies wird durch das Monitoring der sozialen Medien mittels „Virtual Operations Support Team“-Einheiten (VOST) fortgeführt (s. Kap. 4.10.3). Die Bedeutung der „Medienlage“ für das Gesamtlagebild wurde auch in der LÜKEX 2018 betont (BBK 2018b: 35): „Eine anhaltende Energiemangellage führt unweigerlich zu einem enormen Informationsbedürfnis der Bevölkerung. Deshalb sollte die Bewertung der ‚Medienlage‘ in den klassischen und sozialen Medien immer ein Teil des Gesamtlagebilds sein, besonders für strategisch-politische Krisenstäbe.“

Psychosozialer Bedarf kann auch eine bestmögliche Informationspolitik sein, also die frühzeitige Transparenz hinsichtlich der Lage, der zu erwartenden Gefahren und Schutzmöglichkeiten. Dieser Bereich ist neben der eigentlichen Bewältigung der Lage bzw. des Szenarios und damit verbundener Stabsbereiche und Personal ein ebenso dringlicher, prioritärer und zeit- und personalintensiver Bereich. In vielen Stäben scheint der Bereich Kommunikation und Information nicht angemessen aufgestellt.

Karutz (2020, Karutz und Tinla 2021) nennt in der Übersicht über das psychosoziale Lagebild in Mülheim anlässlich der Covid-19-Pandemie folgende Aspekte:

- Systematisiert erfasste **Rückmeldungen aus dem psychosozialen Handlungsfeld**
- Psychosoziales **Online-Monitoring der sozialen Medien (POM)**
- **Berichterstattung** in den (klassischen) Medien
- **Demografische Faktoren** (Alter, Sozialstruktur, Vorerfahrungen, bisherige Handlungsmuster, besondere Handlungsgruppen)
- **Lageentwicklung** (Zahlen von Infizierten, Erkrankten und Verstorbenen, politische Entscheidungen, Stellungnahmen sowie die allgemeine Versorgungssituation)

Auch verfügbare empirische **Studien** (Projekt COVID-19 Snapshot Monitoring [COSMO] 2022) und Auswertungen von **Erfahrungen in vergleichbaren Situationen** (Ravens-Sieberer et al. 2021) flossen in das Mülheimer Lagebild ein.

Beerlage (I. Beerlage, persönl. Mitteilung, 16.10.2020) begreift das benötigte Lagebild als umfassender, unter Einbezug der psychosozialen Auswirkungen der Lage auf die Bevölkerung, aber auch Einsatzkräfte, Stäbe, (Kommunal-)Verwaltung und deren Zusammenspiel. Sie nennt als Bestandteile **Belastungen, Bedarfe und Ressourcen** sowie **Angebote**:

- Profil von psychosozialen Belastungen resultierend aus der Lage
- Soziale und organisatorische nachfolgende Bewältigungshindernisse bzw. Störfaktoren, aber auch Hilflosigkeit
- Explizit oder implizit vermittelte Bedürfnisse sowie daraus ermittelte Bedarfe
- (Schwer und nur im unmittelbaren Kontakt zu eruierende) personale Ressourcen
- Sozial gut zu skalierende stützende Potenziale, Handlungen und autonome Lösungen
- Leistbare Angebote des (nicht nur psychosozialen) Krisenmanagements

Im Folgenden werden die Bereiche des Lagebilds Bevölkerungsverhalten differenziert und begründet.

Das Lagebild Bevölkerungsverhalten muss **lagespezifisch** ausgestaltet werden. Insofern sind die **Gefahrenlage** sowie die aus der Gesamtlage abgeleiteten **Einsatzziele** relevant für das Lagebild Bevölkerungsverhalten.

Besonderheiten einiger Lagen werden beispielhaft in Kapitel 5 vorgestellt.

Praxisbeispiel

Die Praxispartner hatten Ende 2020 unter anderem bei folgenden Lagen Aspekte des Bevölkerungsverhaltens in ihre Lagebilder integriert: Lang anhaltende, übergreifende Lagen (Covid-19-Pandemie, Flüchtlingslage) sowie akute Gefahrenlagen (wie großflächiger Stromausfall, Großbrand, Schiffsunglücke, Gewässerverunreinigungen, Überflutungen/Sturmfluten, Gasausbreitung, Schneekatastrophe). Auch wenn die nicht polizeiliche Gefahrenabwehr fast immer Bevölkerung als Schutzobjekt betrachtet, hat das Bevölkerungsverhalten nur selten einen definierten, standardisierten Platz im Lagebild der Verwaltungsstäbe.

Im polizeilichen Bereich wurden u. a. Versammlungen, Staatsbesuche, Besetzungen von Häusern bzw. Wäldern, politisch motivierte Gewaltkriminalität, Terroranschläge bzw. -gefahr und Amok genannt. Für die Polizei sind in fast allen Lagen Teile der Bevölkerung als „polizeiliches Gegenüber“ relevant. Die Bevölkerung soll (nach Analyse der Zielgruppe und Eignung) um Verständnis und ggf. Mitwirkung gebeten werden, Selbstgefährdung soll vermieden oder reduziert werden.

Die Erstellung eines Lagebilds ist ein iterativer Prozess. Jedes Lagebild muss fortlaufend aktualisiert werden, um die Veränderungen während der Lage abzubilden. Dies gilt natürlich auch für das Lagebild Bevölkerungsverhalten. Betroffenheit, Bedarfe und Verhalten können sich während längerer Lagen verändern.

Hier ist zu unterscheiden zwischen den Informationen, die **vor einer Lage vorliegen**, also alle Daten zu Struktur und Status der Bevölkerung. Diese müssen **aktuell** sein. Auf Daten, die in der Verwaltung vorliegen, sollte tagesaktuell zugegriffen werden können. Andere Daten, beispielsweise über die Fachberatung PSNV, müs-

sen regelmäßig **gepflegt** werden. Dies ist für Stäbe, die kein Lagezentrum betreiben, eine große Herausforderung.

Lagebezogene Daten wie Unterstützungsbedarfe, Verfügbarkeit von Ressourcen und Hilfepotenziale müssen, wie andere Lageinformationen auch, eine regelmäßige Aktualisierung erfahren. Dafür muss der Lagebereich entsprechend ausgestattet sein.

Allerdings erscheint es noch schwierig, sich bezüglich des Personals und der Technik eine praxistaugliche Anwendung vorzustellen: Welcher Verwaltungsstab verfügt über Personen, die Befragungen in Bezug auf psychische/emotionale Verfassung von Betroffenen durchführen, auswerten und interpretieren können? Ist es möglich, auf potenziell vorhandene Daten zuzugreifen und diese mit weiteren Daten zusammenzuführen? Gibt es Personal im Stab, welches ausgebildet und in der Lage ist, ausführliche Medienbeobachtungen durchzuführen? Gibt es die hierzu notwendige technische Ausstattung und Infrastruktur? In welcher visualisierten Form fließen die zusammengestellten und verdichteten Daten als Teil eines Gesamtlagebilds ein?

Im Folgenden werden relevante Bestandteile des Lagebilds Bevölkerungsverhalten skizziert.

Es ist nicht trivial, die von einer Lage direkt oder **indirekt betroffene Bevölkerung** zu bestimmen. In einigen, zeitlich und räumlich klar eingrenzbaren Lagen mag dies noch relativ eindeutig sein: Bei einer Evakuierung sind beispielsweise die betroffenen Bereiche bekannt und direkt betroffen sind somit alle Personen, die diese Bereiche verlassen müssen. Während diese Angabe für die Einsatzleitung unter Umständen ausreicht, benötigt der Krisenstab auch Informationen über indirekt Betroffene, z. B. Industriebetriebe außerhalb des Sperrbereichs, deren Lieferanten Umwege fahren müssen, oder Eltern, deren Kinder aus einer Schule evakuiert werden. Checklisten mit potenziell Betroffenen können dem Stab helfen, verschiedene Gruppen in den Blick zu bekommen; sie müssen aber lagespezifisch ergänzt werden.

Praxisbeispiele

In der Stadt Haltern am See war bei einem Flugzeugabsturz fast eine ganze Schulklasse eines dortigen Gymnasiums tödlich verunglückt. Betroffen war, neben den Angehörigen und Freunden/Freundinnen, die ganze Schule. Der Bedarf an psychosozialer Unterstützung war entsprechend groß.

In der Innenstadt einer Großstadt gibt es ein Kaufhaus direkt am Rathausplatz, auf dem Veranstaltungen wie eine Meisterfeier stattfinden. Wird die Veranstaltung wegen eines Starkregenereignisses beendet, ist das Kaufhaus zunächst nicht direkt betroffen. Allerdings kann es sein, dass Passantinnen und Passanten in großer Zahl in das Kaufhaus strömen, um sich vor dem Regen zu schützen. Deshalb ist es sinnvoll, dass der Krisenstab der Verwaltung die Sicherheitsverantwortlichen des Kaufhauses bereits in die Planung als potenziell betroffen einbezieht.

Betroffene Gruppen können in Anzahl und Lokalisation gut eingrenzbar sein, wie die Anwohnenden eines Evakuierungsbereichs, oder sehr groß und räumlich weit verteilt, z. B. Schulkinder und Eltern bei Schulschließungen. Auch können Gruppen für die Verwaltung schwer zu bestimmen sein, z. B. Menschen in Dachgeschosswohnungen bei Hitzelagen: Die Verwaltung weiß nicht, wer in Dachgeschossen lebt, und nicht alle Personen in solchen Wohnungen sind gefährdet oder haben Probleme aufgrund der Hitze.

Praxisbeispiele

Bevölkerungsbezogene Informationen können aus verknüpften Datenbanken und teils kartenbasiert in entsprechenden Dashboards dargestellt werden. In Hamburg sind diese beispielsweise über den Hamburg-Atlas abrufbar, der auch öffentlich einsehbar ist. Beispiele für solche Darstellungen z. B. aus Dortmund oder Hamburg sind:

- Übersicht über Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, potenziellen Aufenthalt von Personengruppen, die nicht allein das Haus verlassen können und aufgesucht werden müssen
- Übersicht über übliche Aufenthaltsorte von Personengruppen, die u. U. Übersetzung brauchen, da sie die deutsche Sprache nicht gut sprechen
- Übersicht über Aufenthalte von Personengruppen, die u. U. Nachbarinnen und Nachbarn oder allgemein helfen können (z. B. Studierenden-Wohnheim)
- Übersicht über Personen, die in flutgefährdeten Gebieten leben oder sich dort aufhalten und besondere Bedarfe haben können (Unterstützung bei Evakuierung; Sprachmittlung)
- Personen in Einrichtungen für Geflüchtete; dabei Erstzugänge, Folgeunterbringungen; Personen in Einrichtungen, die Gesundheits- und Kleinkindversorgung benötigen

Aus dem Status der relevanten Bevölkerungsgruppen in Zusammenschau mit ihren Vulnerabilitäten und Ressourcen (s. Kap. 4.5) ergeben sich **lagespezifische Bedarfe und Bedürfnisse**. Diese sind teils vorab bekannt bzw. zu erheben, teils müssen sie in der aktuellen Lage erkannt bzw. erfasst werden. Da die möglichen Bedarfe und Bedürfnisse äußerst vielfältig sind, wird hier auf eine Auflistung verzichtet.

Auch für die PSNV ist dieser Überblick essenziell:

„Ohne einen klaren Überblick über Orte der Betroffenheit, die Anzahl betroffener Personen, deren Bedarfe und Bedürfnisse sowie die insgesamt zur Verfügung stehenden personellen und materiellen Ressourcen zu haben, ist eine sachdienliche und zielführende Allokation von Einsatzkräften weitgehend ausgeschlossen. Das Erteilen redundanter (oder sogar widersprüchlicher) Anweisungen, Selbstbeauftragungen und der Aufbau unnötiger Parallelstrukturen, aber auch eine Über- oder Unterversorgung in Teilbereichen können dann die Folge sein“ (Blank-Gorki et al. 2018: 110).

Stäbe sollten die direkt und indirekt betroffene Bevölkerung bereits in der ersten Stabssitzung in den Blick bekommen. Für die Identifikation dieser Gruppen können lagespezifische Übersichten helfen; diese sind aber lagespezifisch anzupassen. Dabei sollte immer klar sein, welche Gruppen der Stab „im Blick haben muss“, um eine Lageentwicklung einschätzen zu können, und für welche Gruppen der Stab in welchem Ausmaß Verantwortung trägt.

Es muss sichergestellt werden, dass Personen oder Gruppen, die besondere Bedarfe haben oder die als vulnerabel eingeschätzt werden, im Lagebild Bevölkerungsverhalten erfasst werden. Zu vulnerablen Gruppen siehe vertiefend auch Kapitel 5.2.

Als Gruppen mit (potenziell) besonderen Bedarfen werden in der Forschungsliteratur genannt (Karutz 2020, Holenstein und Köng 2014): Kinder, Familien mit kleinen Kindern, Seniorinnen und Senioren, pflegebedürftige Menschen, Behinderte, Obdachlose, Drogenabhängige, Straßenkinder, Migrantinnen und Migranten, Mitarbeitende in KRITIS-Unternehmen, Einsatzkräfte.

Diese unvollständige Liste vulnerabler Gruppen bezieht Personen mit ein, die entweder schon **vor der Lage in einer prekären Situation** waren (z. B. Straßenkinder), durch die Lage in diese gebracht wurden (z. B. mobilitäts- und wahrnehmungseingeschränkte Personen in einer Evakuierungslage) oder bei denen eine **neue Problemlage** zu befürchten ist, z. B. weil eine Verstärkung der Marginalisierung von Minderheiten nach einer Katastrophe zu befürchten ist (Holenstein und Köng 2014, Schmearsal et al. 2020).

Wichtig ist auch zu beachten, dass Menschen **nicht von allen Lagen gleichermaßen und in jeder Lage betroffen** sind: **Migrantinnen und Migranten** sind nur in wenigen Lagen als vulnerable Gruppe zu verstehen, v. a. wenn Sprachdefizite eine Rolle in der Bewältigung der Lage spielen (dann auch nur diejenigen Migrantinnen und Migranten, die nicht oder nicht ausreichend Deutsch sprechen oder nicht durch soziale Kontakte Unterstützung erfahren). In der aktuellen Covid-19-Pandemie sind Migrantinnen und Migranten durch ihren sozio-ökonomischen Status gefährdeter, z. B. weil sie häufiger in engen Wohnungen leben und in Berufen arbeiten, bei denen Kontakte nicht vermieden werden können (OECD 2020). Ebenfalls in eine Liste vulnerabler Gruppen sollten lagespezifisch **Touristen** und **Geschäftsreisende** aufgenommen werden, weil sie durch mangelnde Sprach- und Ortskenntnisse u. U. besondere Bedarfe haben. **Obdachlose** beispielsweise sind von Wetterlagen wie Kälte bedroht, während ein Stromausfall sie weniger berührt (Schmearsal et al. 2020).

Bei bestimmten Lagen sind auch **Einpendlerinnen und Einpendler** eine betroffene Gruppe, z. B. bei Straßensperrungen. Dies zeigt, dass „Bevölkerung“ nicht ausschließlich nur in der eigenen Gebietskörperschaft lokalisiert ist.

Auch **Einsatzkräfte** stellen eine mögliche belastete Personengruppe dar. Beispielsweise Feuerwehreinsetzungskräfte, die besonderer physischer Belastung durch Tragen spezieller Einsatzkleidung bei Hitze ausgesetzt sind, oder medizinisches Personal, das psychische Belastungen durch traumatische Erfahrungen bei schwierigen Einsätzen widerfährt. Zusammenfassend zeigt Tabelle 1 die oben genannten möglicherweise vulnerablen

Gruppen. Daraus wird deutlich, dass meist Situationsmerkmale entscheidend sind und nicht Personeneigenschaften. Die Tabelle hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, kann aber Stäbe dabei unterstützen, die potenziell Betroffenen umfassend und proaktiv in den Blick zu bekommen.

Tabelle 1: Potenziell vulnerable Gruppen

Themenbereich	Meist vulnerable Gruppen	Lagespezifisch potenziell vulnerable Gruppen
Gesundheit/Einschränkungen	Alte und hochbetagte Personen	Personen mit Vorerkrankungen (z. B. Herz-Kreislaufkrankungen bei Hitze, Diabetes bei Medikamentenknappheit)
	Mobilitäts- oder anderweitig eingeschränkte Personen	Dialysepatientinnen und Dialysepatienten (z. B. bei Störung der Infrastruktur)
	Pflegebedürftige	Psychisch kranke Personen
	Personen mit Säuglingen und Kleinkindern	
	Frauen mit fortgeschrittener Schwangerschaft	
	Drogenabhängige	Personen unter Rauschmitteleinfluss
Wohnsituation	Straßenkinder	Obdachlose und Personen in prekären Wohnsituationen (z. B. Hitze)
		Personen, die an hochwassergefährdeten Gewässern leben (z. B. bei Sturzfluten)
		Personen, die in abgelegenen Orten wohnen (z. B. bei extremen Schneelagen, Waldbrand, Hochwasser)
Sprach- und Ortskenntnisse	Migrantinnen und Migranten, die die deutsche Sprache nicht (gut) verstehen	Orts- und sprachunkundige Touristinnen und Touristen und Geschäftsreisende
		Migrantinnen und Migranten (z. B. bei Diskriminierung in bestimmten Lagen)
Arbeitssituation		Arbeitende Eltern (z. B. bei Schulschließungen während Pandemie)
		Personen, die zur Arbeit Schutzkleidung tragen müssen (z. B. bei Hitze, während Pandemie)
		Mitarbeitende in KRITIS-Unternehmen
		Einsatzkräfte
Aufenthalt	Personen, die sich illegal im Land aufhalten	Personen, die sich in Quarantäne begeben müssen

Praxisbeispiel

In der Covid-19-Pandemie waren durch Homeschooling und Kontaktverbote sowie durch die Ungewissheit der Lageentwicklung teils andere Gruppen besonders belastet. Dazu zählen z. B. Trauernde, denen tröstende und unterstützende Nähe durch andere Menschen fehlte, Angehörige von Erkrankten und „Verdachtsfällen“, Menschen mit geistiger Behinderung, Menschen mit psychischen Vorbelastungen wie z. B. Depressionen und Angststörungen, Menschen mit Operations-/Behandlungs- bzw. Therapiebedarfen, die nicht wie eigentlich geplant behandelt werden konnten, sozial benachteiligte Familien, die durch höhere Ausgaben für Mahlzeiten in zusätzliche finanzielle Bedrängnis gerieten. Auch Gruppen, die in anderen Lagen keine besondere Belastung erleben, waren hier relevant, z. B.

- Eltern, die im Homeoffice arbeiten und sich gleichzeitig um Kinder kümmern mussten
- Großeltern, die ihre Kinder und Enkelkinder lange Zeit nicht treffen durften
- Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte, die Kinder in „Notgruppen“ betreuten
- Selbstständige und Unternehmerinnen und Unternehmer, deren wirtschaftliches Engagement durch die Krisenlage deutlich beeinträchtigt war (Karutz 2020)

Auch Kinder und Jugendliche selbst waren belastet durch zwei Jahre Einschränkungen und Ungewissheit, z. B. hinsichtlich Berufs- oder Studienwahl, Vereinsamung und Existenzängste. Diese Gruppen mit ihren eigenen Bedürfnissen wurden allerdings von der Politik kaum in den Fokus genommen.

Diese Beispiele zeigen: Listen potenziell vulnerabler Gruppen können eine Hilfestellung für Stäbe geben, zu bedenken, welche Gruppen in der Lage vulnerabel sein können. Es ist aber nicht umsetzbar, für jedes Szenario alle vulnerablen Gruppen vollständig vorher zu definieren. Stäbe sollten dafür sensibilisiert werden, welche Personengruppen aufgrund bestimmter Variablen vulnerabel sind oder sein können und welche dieser Gruppen in den Verantwortungsbereich des jeweiligen Stabs fallen.

Zu fragen ist also immer: **Welche Gruppen bzw. welche Untergruppen benötigen in der aktuellen Lage Hilfe und wer benötigt sie von staatlichen Stellen bzw. dem organisierten Bevölkerungsschutz?**

Solche Gruppen **lagespezifisch** in den Blick zu bekommen, ist eine Aufgabe des Stabs. Dazu benötigt dieser „**Sensoren**“ für neu auftretende Belastungen oder Bedürfnisse, z. B. durch Monitoring der klassischen und sozialen Medien und Fachberatung.

Praxisbeispiel

Bei Evakuierungen aufgrund von Entschärfungen beim Fund von Weltkriegsbomben werden in Dortmund als vulnerable Gruppen diejenigen betrachtet, die nicht selbstständig das Haus verlassen können und/oder eine Unterbringung benötigen. Relevant für den Stab sind auch weitere Gruppen wie z. B. Partygäste, die sich einer Evakuierung widersetzen, oder schlafende Personen. Je nach Lage können unerwartete Anspruchsgruppen hinzukommen, z. B. Standbeschicker beim Weihnachtsmarkt.

Wenn die potenziell betroffenen Gruppen bestimmt sind, stellt sich für den Stab die Frage, welche konkreten Bedarfe bereits vorhanden sind und absehbar auftreten werden. Unterstützungsbedarfe sind natürlich lageabhängig und dadurch sehr vielfältig. Nicht jede benötigte Unterstützung ist von den Stäben zu leisten.

Manche Bedarfe entstehen in einer akuten Lage, sind dann aber u. U. über Monate vorhanden, z. B. Strom-, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung nach Hochwasserlagen, psychosoziale Versorgung nach traumatisierenden Lagen, Verkehrsnetze nach Überflutungen mit Schäden an der Infrastruktur.

Lageunabhängig ist **Information** ein **Grundbedürfnis**. Dieses wird von Stäben immer wieder unterschätzt – auch das Informationsbedürfnis von indirekt oder (noch) nicht Betroffenen.

Konkrete **materielle Bedarfe** beziehen sich auf Unterbringung, Ernährung, Infrastruktur (Gas, Wasser, Strom, Abwasser), Tankstellen, Apotheken etc. Dadurch ist eine Verknüpfung der Lagefelder zur Infrastruktur (Schäden, Verfügbarkeit) und zur Bevölkerung nötig. Eine Versorgungslage ist immer auch eine Bevölkerungslage!

Für manche Lagen sind die Bedarfe einfach zu identifizieren: In einer Dürre-/Hitzelage wird vorrangig Wasser und Kühlung benötigt. In anderen Lagen, wie in der Covid-19-Pandemie erlebt, zeigen sich die Bedarfe erst im Lauf der Lage, z. B. durch Erschöpfung bei Lehrkräften, Schließungen von Einrichtungen durch Personalausfall und damit mittelbar verbundenen Versorgungs- und Betreuungsausfällen.

Manche Bedarfe sind nicht originär Aufgabe der Krisenstäbe, können diese aber beschäftigen, wenn die Ressourcen anderer Akteurinnen und Akteure erschöpft oder blockiert sind. Beispielsweise mussten in der Covid-19-Pandemie Krankenhäuser durch Abgabe von noch ansteckenden und pflegebedürftigen, aber nicht mehr schwer kranken Patienten entlastet werden, um neue Patientinnen und Patienten aufnehmen zu können. Die Altenheime durften jedoch keine infektiösen Patienten aufnehmen und die ambulanten Pflegedienste hatten keine Ressourcen mehr frei.

Folgende Fragen zu vulnerablen Gruppen bzw. vulnerablen Situationen könnten im Vorfeld der Stabsarbeit gestellt und ggf. beantwortet werden:

- Welche Zielgruppen sind besonders vulnerabel (d. h. verletzlich) in Krisen und Katastrophen?
- Woher bekommt der Stab die Daten über die Zielgruppen?
- Wie findet der Stab heraus, woher er diese Daten beziehen kann (z. B. Register) und darf er das (Rechtssicherheit)?
- Mit wem könnte der Stab im Rahmen der Vorsorge und Prävention von Krisen und Katastrophen zusammenarbeiten (z. B. Hilfsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Krankenhäuser, Ansprechpartner örtlicher Communities)? Welche ortsspezifischen sozialen Netzwerke bestehen? Welche Ansprechpersonen, z. B. Bürgermeister, Kinder- und Jugendvereine, existieren in den Gemeinden?
- Wie können unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ihre Kompetenzen bei bereits eingetretenen Krisen und Katastrophen einbringen?
- Welche Bedarfe, z. B. benötigte Informationen zur Lage, Versorgung mit Nahrungsmitteln und Getränken und Medikamenten, benötigte Hilfe bei einer Evakuierung haben vulnerable Gruppen im Zuständigkeitsbereich unseres Stabs?
- Welche Möglichkeiten gemeinschaftlicher Hilfe, z. B. Nachbarschaftshilfe, in bestimmten Settings gibt es?
- Wie können besonders vulnerablen Gruppen in Krisen und Katastrophen Informationen zur Lage bereitgestellt werden?
- Wie und von wem kann die Risikokommunikation im Vorfeld von Krisen und Katastrophen gestaltet werden? Mit welchen Organisationen kann unser Stab dafür zusammenarbeiten?
- Wie könnten z. B. Schnittstellen zwischen dem Stab, dem Bildungs- und Gesundheitswesen sowie der Kinder- und Jugendhilfe optimiert werden?

Schwerpunkt der Literatur- und Dokumentenanalyse für die folgenden Exkurse waren Verhalten, Resilienzpotenziale, Ressourcen sowie Unterstützungs- und Be-

treuungsbedarfe besonderer Bevölkerungsgruppen in Krisen und Katastrophen. Verschiedene Krisen und Katastrophen wurden dabei einbezogen. Zusätzliche vulnerable Bevölkerungsgruppen wurden identifiziert, wobei es bei der Betrachtung von Vulnerabilität wichtig ist, „zu bedenken, dass es sich dabei um ein subjektives Konzept handelt, welches zwar an ‚objektiv‘ messbare Kriterien gekoppelt ist, jedoch immer auch in Abhängigkeit von der Wahrnehmung der Betroffenen zu sehen ist“ (Mittermüller 2019: 8).

Folgende Bevölkerungsgruppen wurden bei der Literatur- und Dokumentenanalyse einbezogen:

- Menschen mit Migrationsgeschichte
- Hilfs- und pflegebedürftige Menschen
- Potenziell vulnerable Menschen

In die Analyse zu besonderen Bevölkerungsgruppen wurde ebenso der Setting-Ansatz (s. Exkurs in Kap. 4.6.1) einbezogen. Dieser ist als theoretisches Konstrukt sinnvoll, allerdings ergaben sich im Rahmen der Recherchen kaum Erkenntnisse für die Übertragbarkeit des Setting-Ansatzes sowie von Communities in die Praxis der Stabsarbeit. Aus diesem Grund werden in den folgenden Abschnitten besondere Bevölkerungsgruppen – und keine Communities sowie deren Bedürfnisse, Resilienzpotenziale und Verhalten in Krisen und Katastrophen beschrieben.

Nicht zu allen untersuchten Bevölkerungsgruppen (s. o.) fanden sich Studien bzw. Dokumente zu allen gesuchten Begriffen (Verhalten, Resilienzpotenziale, Ressourcen, Unterstützungs- und Betreuungsbedarfe). Daher werden im Folgenden nur die Ergebnisse dargestellt, zu denen sich Studien bzw. Dokumente fanden, z. B. zu Verhalten von Menschen mit Migrationsgeschichte in Krisen und Katastrophen.

4.5.1 Exkurs: Menschen mit Migrationsgeschichte: Verhalten in Krisen und Katastrophen, Vulnerabilität und Resilienz

Angehörige multikultureller Gesellschaften sind sich häufig nicht bewusst, wie sehr der Katastrophenschutz auch eine komplexe kulturelle Kompetenz erfordert (Geenen 2010: 87). Eine Studie in Schweden kam dabei zu dem Ergebnis, dass in Behörden nur in geringem Ausmaß oder gar nicht solche Ressourcen vorgehalten werden, die zum Erreichen von Individuen oder Gruppen mit Migrationsgeschichte erforderlich wären. Mit diesen Ressourcen sind Mittel wie mehrsprachige Informationsangebote auf offiziellen Internetseiten, Broschüren und Ähnliches gemeint. Geenen vermutet, dass eine solche Studie in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt zu einem ähnlichen Ergebnis käme (Geenen 2010: 87).

Sicherheitsbehörden und Dienste, die in modernen multikulturellen Gesellschaften mit dem Katastrophenschutz betraut sind, müssen sich auf eine zunehmend diverse Bevölkerung einstellen. Wenn in der Folge von Migrantinnen und Migranten gesprochen wird, muss diese Diversität berücksichtigt werden, denn Gemeinden und Individuen unterscheiden sich voneinander:

- in ihrer kulturellen und sozialen Geschichte,
- in ihrer Geschichte des Umgangs mit Risiken,
- in ihrem Zugang zu ökonomischen und anderen Ressourcen,
- in ihren Alltagstheorien über Risiken und
- in den Merkmalen der soziophysischen Umgebung
- sowie in ihrer Sprachkompetenz, der Wohnsituation und dem Gesundheitszustand (Geenen 2010: 93).

Hier ist beispielsweise wichtig, dass Feuerwehr und Polizei nicht in allen Ländern der Welt ein hohes Ansehen haben. In vielen Ländern erzeugt die Begegnung mit der Polizei Angst; sie wird nicht als Freund und Helfer wahrgenommen. Das gilt ebenso für die Feuerwehr. Bei einem gemeinsamen Projekt der Berliner Notfallseelsorge, der Berliner Feuerwehr, den Moscheegemeinden und Stadtteilmüttern in Berlin-Neukölln wurde bei Einwandererfamilien festgestellt, dass Einsatzkräfte kein hohes Ansehen haben. Das Projekt sollte zum einen Gewalt gegen Einsatzkräfte zu minimieren helfen und zum anderen Sorge dafür tragen, dass auch die Berufsgruppen Feuerwehr und Polizei im Ansehen der Community steigt (J. Münster, persönl. Mitteilung, 22.02.2022).

Verhalten und Bedarfe von Menschen mit Migrationsgeschichte in Krisen und Katastrophen – empirische Befunde

Wie reagieren Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in einer Krise oder Katastrophe und hat die Kultur einen Einfluss auf das Verhalten in einem Notfall? Insgesamt gibt es nur wenige empirische Studien, die den Einfluss von Kultur auf das Verhalten von Menschen in Krisen und Katastrophen untersuchen. Der derzeitige Wissensstand baut hauptsächlich auf Daten aus Fallstudien auf. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in gleicher Art und Weise reagieren, wenn sie mit Krisen und Katastrophen konfrontiert sind (Schmidt, Hulse und Galea 2013).

Aus dem BeSeCu-Forschungsprojekt (CORDIS, 2017), welches von 2008 bis 2011 u. a. von der Universität Greifswald durchgeführt wurde, gehen beispielsweise Hinweise hervor, dass es sowohl kulturübergreifende Verhaltensweisen wie auch kulturell bedingte Unterschiede im Verhalten gibt.

Beispiel: Evakuierungsversuche in vier Ländern

Ergebnisse aus vier Evakuierungsversuchen mit 477 Versuchspersonen aus der Türkei, Polen, der Tschechischen Republik und dem Vereinigten Königreich deuten darauf hin, dass das Verhalten in der Reaktionsphase bei einer unangekündigten Evakuierung aus einem Bibliotheksgebäude kulturell abhängig ist. Beispielsweise sind die Reaktionszeiten für Großbritannien im Durchschnitt schneller als die Reaktionszeiten für Tschechien, aber langsamer als die Reaktionszeiten von Menschen aus Polen und der Türkei. Die durchschnittlichen Reaktionszeiten waren wie folgt gereiht: Türkei, Polen, Großbritannien und Tschechische Republik. Da die Parameter, die das Verhalten in der Reaktionsphase beeinflussen (z. B. Bekanntheitsgrad der Bibliothek, Alter, Geschlecht) kontrolliert wurden, werden die beobachteten signifikanten Unterschiede in der Reaktionsphase als das Ergebnis kultureller Einflüsse interpretiert (Galea et al. 2015).

Beispiel: Erfahrungen von Einsatzkräften mit Notfallbetroffenen mit Migrationsgeschichte

Im BeSeCu-Projekt wurden zudem 701 Personen (haupt- und ehrenamtliches Personal von Feuerwehren) aus acht Ländern – Polen, Tschechische Republik, Schweden, Spanien, Italien, Großbritannien, Türkei und Deutschland – nach ihren Erfahrungen mit Einsätzen mit Notfallbetroffenen mit Migrationsgeschichte in den jeweiligen Ländern befragt. Interkulturelle Einsatzsituationen scheinen danach nicht nur in Deutschland öfter als problematisch wahrgenommen zu werden. Zudem formulierten die Befragten den Bedarf, auf solche Einsätze durch entsprechende Fortbildungen vorbereitet zu werden (Schmidt und Galea 2013).

Wenn für die Bewältigung von Krisen und Katastrophen Stäbe eingesetzt werden, fallen die **Warnung und Information der Bevölkerung** in deren Aufgabenbereich. In einem Forschungsprojekt zu sozialwissenschaftlichen Aspekten der Warnung der Bevölkerung (SAWaB), welches 2018 - 2020 von den Universitäten Jena und Greifswald durchgeführt wurde, wurden Menschen mit Migrationsgeschichte zu ihrem Bedürfnis nach Warnung für unterschiedliche Krisen und Katastrophen befragt: Das höchste Bedürfnis nach Warnung und Entwarnung fand sich für die Lagen Epidemie und extreme Gewalttat. Ein geringeres Bedürfnis nach Warnung gaben die Befragten bei Unwetter und Fund einer Weltkriegsbombe an. Menschen mit Migrationsgeschichte gaben vor allem für Lagen mit besonders hohem zu erwartenden Schweregrad, wie z.B. Nuklearunfall, Epidemie einen höheren Warn- und Entwarnungsbedarf an als für

häufiger auftretende Lagen wie z. B. Unwetter. Bei häufiger auftretenden Lagen oder Ereignissen mit niedrigerem zu erwartenden Schweregrad, z. B. Ausfall der Notrufnummer 112, Fund einer Weltkriegsbombe, gaben Menschen mit Migrationsgeschichte einen geringeren Bedarf an Warnung und Entwarnung an (Künzer und Tomczyk 2022).

Ebenso wurden für das Forschungsprojekt SAWaB Menschen mit Migrationsgeschichte zu ihrem Notfallwissen befragt. Das eigene Notfallwissen wurde von den Befragten mit Migrationsgeschichte insgesamt als niedrig bis mittel eingeschätzt. Vor allem für seltene Gefahrenlagen mit hohem Schweregrad, z. B. Chemieunfall, wurde über ein geringes Notfallwissen berichtet. In den Fällen Fund einer Weltkriegsbombe, Ausfall der Notrufnummer 112 sowie lang anhaltender Stromausfall wurde ebenfalls über tendenziell geringes Notfallwissen berichtet (ebd.).

In Krisen relevant sind auch Bedarfe, die sich aus religiösen Regeln ergeben können. So können beispielsweise religiöse Minderheiten in Evakuierungsunterkünften spezielle Bedarfe haben (Samad et al. 2020). In Notunterkünften kommen oft erschöpfte Menschen an, die sich Sorgen machen, sich um Angehörige kümmern und vor einer ungewissen Zukunft stehen. Sie sind in der Regel nicht auf den Aufenthalt in einer Notunterkunft vorbereitet und halten sich plötzlich in der unmittelbaren Nähe von Fremden auf, mit denen sie in demselben Raum essen, schlafen und ihre Körperpflege betreiben.

Beispiel: Bedarfe muslimischer Bevölkerungsgruppen in einer Notunterkunft

- Raum für tägliche Gebete (möglichst getrennt für beide Geschlechter)
- Spezielle Nahrung (wie kein Schweinefleisch bzw. Nahrung, die nach unterschiedlichen Glaubensrichtungen, z. B. muslimisch, erlaubt ist)
- Waschgelegenheit für die Vorbereitung der Gebete
- Gleichgeschlechtliche medizinische Versorgung durch Ärztinnen und Ärzte und Pflegepersonal
- Übersetzerinnen und Übersetzer (Samad et al. 2020)

Vulnerabilität und Resilienz bei Menschen mit Migrationsgeschichte

Die ersten Generationen von Menschen mit Migrationsgeschichte können in mehrfacher Weise Gefährdungen in Krisen und Katastrophen ausgesetzt sein, im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft:

- Sie verfügen z. T. über nicht hinreichende Sprachkenntnisse, um z. B. Notfallbroschüren und Warnbotschaften in der jeweiligen Landessprache zu verstehen
- Sie werden über die (Kommunikations-)Kanäle, mittels derer die eingessene Bevölkerung erreicht wird, partiell möglicherweise nicht erreicht

- Sie verfügen zumeist über weniger ökonomische Ressourcen, um strukturelle Nachteile auszugleichen (Geenen 2010: 88)

Menschen mit Migrationsgeschichte sind häufiger von vulnerabilitätserhöhenden Faktoren betroffen (Geenen 2010: 102). Solche Faktoren sind unter anderem Armut, Rassismus und ethnisch-kulturelle Diskriminierung (Geenen 2010: 88). In Krisenzeiten kann zudem der Rassismus zunehmen (Friedrich und Schreiner 2013: 53). Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die vulnerabilitätserhöhenden Faktoren für Menschen mit Migrationsgeschichte in Krisenzeiten zunehmen. Die Covid-19-Pandemie hat dafür unerfreuliche Beispiele geliefert, wenn asiatisch aussehende Menschen für die Pandemie verantwortlich gemacht wurden (Dollmann und Kogan 2021). Durch das asiatische Aussehen wird bei diesen Menschen eine originär asiatische Herkunft angenommen, auch wenn diese Menschen beispielsweise die deutsche Staatsbürgerschaft haben und in Deutschland geboren sind.

Informationen sind in Krisen und Katastrophen essenziell. Bei Menschen mit Migrationsgeschichte der ersten Generationen oder Besucherinnen und Besuchern eines Landes muss davon ausgegangen werden, dass die Landessprache nicht oder unzureichend beherrscht wird. So kann es bei Krisen und Katastrophen zu Kommunikations- und Informationslücken kommen. Bezogen auf die Krisenkommunikation mit Menschen mit Migrationsgeschichte ist es laut Geenen (2010) wenig erfolgversprechend, wenn Behörden versuchen, die von einem bestimmten Risiko, beispielsweise einer bestimmten Gefahr, überzeugten Menschen mit Migrationsgeschichte mit formalen wissenschaftlichen Daten und Analysen vom Gegenteil zu überzeugen, sofern die wissenschaftlichen Daten nicht von einer unabhängigen Stelle erhoben wurden. Es könne so leicht zu Skepsis in Bezug auf die Neutralität der präsentierten Daten in der Bevölkerung kommen und dadurch möglicherweise das ganze behördliche Anliegen in Misskredit gebracht werden (Geenen 2010: 107).

Da Menschen mit Migrationsgeschichte insgesamt häufiger von vulnerabilitätserhöhenden Faktoren betroffen sind, kann davon ausgegangen werden, dass sie ebenfalls häufiger schlechter auf Risiken vorbereitet sind.

Insbesondere bei geflüchteten Personen können bereits erlebte Krisenerfahrungen auch zu Traumatisierungen geführt haben, die die Vulnerabilität erhöhen. Menschen mit Migrationsgeschichte sind aber andererseits unter Umständen bereits durch ihren Erfahrungsschatz resilienter, was den Umgang mit Krisen angeht (Geenen 2010). Menschen mit Migrationsgeschichte könnten also ggf. auf erlebte Krisenerfahrungen zurückgreifen. Wenn diese beispielsweise in ihrem Herkunftsland bereits von Flutkatastrophen betroffen waren, könnten sie bei vergleichbaren Lagen in Deutschland resilienter sein als andere Teile der Bevölkerung.

Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder Fluchtgeschichte oder Besucherinnen und Besucher in Deutschland sind je nach Lage potenziell vulnerable Gruppen in Krisen und Katastrophen. Die Arbeit mit diesen Gruppen wird für Stäbe umso herausfordernder, als dass es sich nicht um „die“ Gruppe handelt. Vielmehr sind es diverse Gruppen mit vielfältigen Bedürfnissen, Ressourcen und Verhaltensweisen. Menschen mit Migrationsgeschichte sind aber nicht per se vulnerabel, auch wenn sie die Landessprache nicht (gut) sprechen.

Daten zu Verhalten von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft sollten in die Planung der Stabsarbeit, z. B. für (langfristige) Evakuierungen, einbezogen werden. Beispielsweise könnte es wichtig sein, Unterkünfte für eine langfristige Evakuierung kultursensibel zu gestalten, z. B. in Bezug auf die Nahrung oder Räume für Gebete. Dies kann auch Nichtmigrantinnen und Nichtmigranten zugutekommen.

Bekannte zentrale Anlaufpunkte von Migrantinnen und Migranten können hilfreich sein, um die Menschen zu erreichen und mit Information bzw. Beratung in mehrsprachiger Aufbereitung Akzeptanz zu erzeugen.

Da Notfallwissen mit zukünftigem Verhalten zusammenhängen kann, sollte bei Menschen mit Migrationsgeschichte vorhandenes Notfallwissen in die Planung der Stabsarbeit einbezogen werden: Was weiß die migrantische Bevölkerung im Zuständigkeitsbereich des Stabs über verschiedene Krisen und Katastrophen, z. B. Pandemie, Hochwasser, und das richtige Verhalten während solcher Situationen?

Ebenso könnte eine beispielhafte Liste für vulnerabilitätserhöhende Faktoren sowie Gegenstrategien angelegt werden. Für den vulnerabilitätserhöhenden Faktor „schlechte Sprachkenntnisse“ könnte z. B. sinnvoll sein: Vorhalten von Informationsmaterial in den Sprachen, die in der Gebietskörperschaft am häufigsten gesprochen werden; Vorhalten von Listen mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern/Übersetzerinnen und Übersetzern und ein Training sowie Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden und Exekutivorgane im Umgang mit Menschen, mit denen es keine Sprachüberschneidung gibt.

Daten zur Aufenthaltsbevölkerung, z. B. bezüglich der Herkunft und der Dauer des Aufenthalts in der BRD, können hilfreich sein, um bestimmte Faktoren einer Evakuierung zu planen. Beispielsweise könnte die Warnung und Ansprache dieser Bevölkerungsgruppen geplant werden oder potenzielle Hilfe durch die Community bei der Evakuierung einbezogen werden.

Das Bedürfnis nach Warnung und Entwarnung ist bei Menschen mit Migrationsgeschichte vor allem für Ereignisse mit besonders hohem zu erwartenden Schweregrad hoch. Dies sollte bei der Durchführung der Warnung der Bevölkerung berücksichtigt werden, da Stäbe für die Warnung und Information der Bevölkerung zuständig sind.

Um die Bedarfe und Ressourcen von Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten in Krisen und Katastrophen einzubeziehen, bedarf es der Aus- und Fortbildung sowie des Trainings in kultureller Kompetenz für Zuständige und ggf. auch Stabsmitglieder. In Deutschland wird auf Bundesebene beispielsweise ein Train-the-Trainer-Kurs zu interkultureller Kompetenz im Bevölkerungsschutz an der BABZ des BBK angeboten. In diesem Kurs wird u. a. Wissen über Zielgruppen mit Migrationsgeschichte und deren Hilfebedarfe als Teil der von der Krise betroffenen Bevölkerung vermittelt. Eine niedrigschwellige Art der Übung bzw. des Trainings könnten Planspiele sein. Mithilfe von Vorlagen kann z. B. das Szenario „Umgang mit Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus nach einem Sturm“ geübt werden.

4.5.2 Exkurs: Hilfs- und pflegebedürftige Menschen

Schulze, Schander, Jungmann und Voss (2019) erhoben in einer deutschlandweiten Befragung, welche konkreten Unterstützungsbedarfe und -potenziale in Bezug auf hilfs- und pflegebedürftige Menschen in Krisen vorhanden sind. Hierfür wurden u. a. zu Pflegende und pflegende Angehörige befragt. Den Hilfs- und Pflegebedürftigen sowie den pflegenden Angehörigen (412 Befragte) wurde das Szenario vorgelegt und ihre Erwartungen und Bedarfe bei einem „Wintersturm mit Stromausfall“ mit einem standardisierten Fragebogen erfragt. Für das Szenario „Wintersturm mit Stromausfall“ wurden folgende Bedarfe von Hilfs- und Pflegebedürftigen geäußert:

- Strom für benötigte elektrische Geräte
- Medizinische Hilfe
- Pflegerische Versorgung
- Hilfe bei einer Evakuierung

Viele zu Hause zu pflegende Personen sind auf strombetriebene Geräte angewiesen, z. B. Beatmungshilfe, Bett, Patientenlifter, Hausnotruf, Infusor, Absauger, Dialyseggerät. Die Konsequenzen eines Stromausfalls wären ggf. lebensbedrohlich für diese zu pflegenden Personen. Sie wären dann auf Notstrom angewiesen bzw. bräuchten Hilfe. Ein überwiegender Teil der Befragten würde die Hilfe bei Nachbarn, Familie, Bekannte/Freunde suchen, ggf. aber auch die Notrufnummer 112 wählen oder Hilfe

bei der Stadt-/Gemeindeverwaltung, der Kirchengemeinde, bei den Stadtwerken/Handwerkern und Handwerkerinnen oder Hilfsorganisationen suchen.

Menschen, die zu Hause gepflegt werden, benötigen häufig folgende Hilfsmittel, deren Funktionsfähigkeit von Strom abhängig ist: Pflegebett mit Hebevorrichtung, Wannenlift, Fahrstuhl, Treppenlift, elektrisch betriebener Rollstuhl, Ernährungspumpe bei Magensonde (bei Trennung vom Netz erfolgt eine automatische Umschaltung auf Akkubetrieb, Akkulaufzeit beträgt ca. 24 Stunden), Heimbeatmungsgerät (bei Trennung vom Netz erfolgt eine automatische Umschaltung auf Akkubetrieb, Akkulaufzeit beträgt ca. drei bis fünf Stunden), Inhalationsgerät (Netzbetrieb)/mobiles Inhalationsgerät (Akkulaufzeit: bei vollem Ladestand kann ca. 45 Minuten inhaliert werden), Heimdialysegerät (Dialysegerät benötigt Wasserzu- und -ablauf sowie Stromzufuhr), Überwachungsmonitor (Netzbetrieb), Blutzuckermessgerät (batterie- oder akkubetrieben, Laufzeit von zwei Wochen ist gewährleistet), Insulinpumpe (bei Batteriebetrieb beträgt die Laufzeit ca. vier Wochen, bei Akkubetrieb ca. eine Woche), Hausnotruf (um auf Hilfebedürftigkeit aufmerksam zu machen), Hörgeräte mit Akku (Akkus neuester Bauart halten ca. zwölf Stunden, bevor sie wieder aufgeladen werden müssen) (Geißler 2015). Bei Stromausfall ergeben sich bei zu Hause gepflegten Menschen daher zusätzliche besondere Bedarfe der Hilfeleistung, z. B. Unterstützung beim Aufstehen, Anziehen, Einkaufen, Warmhalten der Wohnung, Zubereitung von Mahlzeiten, Unterstützung bei der Körperpflege, Wechseln von Inkontinenzmaterialien, Medikamentenverabreichung, Verbandswechsel (ebd.), die beispielsweise im Falle eines Stromausfalls nicht immer von Angehörigen, Nachbarinnen und Nachbarn oder Pflegediensten übernommen werden können.

Einige Befragte der Studie von Schulze et al. (2019) haben Geräte für den Fall eines Stromausfalls zu Hause, welche sie zum Einholen von Informationen nutzen könnten, z. B. ein aufgeladenes Handy oder batteriebetriebenes Radio. Auch sind bei Teilen der Befragten Listen mit Notfallkontakten sowie Notgepäck, ein Campingkocher und ein Notstromaggregat vorhanden.

Neben vorhandenen Vorräten gibt es unterschiedliche Unterstützungsnetzwerke: 52 % haben die Hilfe im selben Haus, 12 % hingegen weiter als 2 km entfernt; 16 % werden von keiner, 35 % von nur einer und 22 % von drei oder mehr Personen gepflegt. Die Erreichbarkeit, Umfang und Form des Netzwerks spielen also eine Rolle beim Zugang zu Hilfe in Krisen und Katastrophen (Schulze et al. 2019). Die meisten Befragten (64 %) werden ausschließlich von Privatpersonen gepflegt, die sich auch in Krisen und Katastrophen für die zu pflegende Person verantwortlich fühlen. Die pflegenden Personen wären aber in Extremsituationen oft selbst auf Hilfe (51 %) oder medizinische Versorgung (31 %) angewiesen bzw. sind bereits im Alltag stark oder sogar überlastet (43 %) (ebd.).

Die Bedarfe und Ressourcen hilfs- und pflegebedürftiger Menschen sollten in das Lagebild Bevölkerungsverhalten einfließen und bei der Planung der Aufgaben des Stabs für unterschiedliche Lagen einbezogen werden.

Die Information der Betroffenen zu Lage, Zugang zu (Not-)Strom, langfristiger pflegerischer Versorgung (wenn diese nicht von einem Pflegedienst oder Angehörigen übernommen werden kann), Hilfe bei einer (langfristigen) Evakuierung und die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Getränken können je nach Lage in den Aufgabenbereich eines Stabs fallen.

Wissen über unterschiedliche Unterstützungsnetzwerke, wie z. B. Nachbarinnen und Nachbarn sowie Angehörige, sollte im Stab vorhanden sein, um die Ressourcen dieser vulnerablen Gruppe zu nutzen.

4.5.3 Exkurs: Weitere potenziell vulnerable Gruppen

Nicht nur hilfs- und pflegebedürftige Menschen zählen zu den ggf. vulnerablen Gruppen in Krisen und Katastrophen.

Beispiel: Begriffe „Schwerstbehinderung“ und „Schwerstmehrfachbehinderung“ in Deutschland

Um auszudrücken, dass ein besonders großer Hilfe- und Förderbedarf besteht, werden in Deutschland die Begriffe „Schwerstbehinderung“ oder „Schwerstmehrfachbehinderung“ verwendet. In der deutschen Statistik zur Schwerbehinderung sind die Zahlen der schwerbehinderten Menschen mit gültigem Ausweis, das Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnort sowie Art, Ursache und Grad der Behinderung aufgeführt. Die Art der Behinderung wird einer Klassifikation mit 55 Kategorien zugeordnet, wie z. B. Funktionseinschränkung der Wirbelsäule oder Störungen der geistigen Entwicklung (z. B. Lernbehinderung, geistige Behinderung). Die Statistik der schwerbehinderten Menschen ist eine Totalerhebung, was bedeutet, dass alle Menschen mit einem Schwerbehindertenausweis erfasst werden. Trotzdem handelt es sich nicht um eine Vollerhebung, da nicht alle in Betracht kommenden Personen einen Schwerbehindertenausweis beantragen, z. B. weil sie keine Vorteile darin sehen oder weil sie Nachteile befürchten (Mews 2016).

Merkzeichen für den Grad der Behinderung können hilfreich zur Klassifikation von weiteren vulnerablen Gruppen sein. Beispielsweise dürfte jede Person, die eines der Merkzeichen trägt, während einer (langfristigen) Evakuierung besonders herausgefordert sein. Menschen mit besonderen Behinderungen, wie z. B. außer-

gewöhnliche Gehbehinderungen, blinde Menschen, gehörlose Menschen, hilflose Personen, Personen mit Schwerbehinderung sollten bei der Planung der vom Stab veranlassten Maßnahmen berücksichtigt werden.

Mit **Blick auf bestimmte Lagen** (z. B. kurzfristige Evakuierung, schwere Gewalttat) können folgende weitere Personengruppen potenziell Einschränkungen haben (Mews 2016, Knox und Haupt 2020, Geißler 2015)

- Personen mit starkem Übergewicht
- Seniorinnen und Senioren
- Frauen mit fortgeschrittener Schwangerschaft
- Personen unter Rauschmitteleinfluss
- Personen auf Drogenentzug
- Kinder und junge Teenager ohne Begleitung
- (Ausländische) Touristinnen und Touristen
- Personen mit akuten Einschränkungen, z. B. einer temporären Verletzung/mobilitätsbeeinträchtigte Personen, z. B. mit nur einem Bein
- Hilflose Personen mit Begleitung
- Psychisch erkrankte Personen
- Personen mit Säuglingen und Kleinkindern
- Begleitpersonen von Menschen mit Behinderung
- (Ehemalige) Wohnungslose
- Personen, die sich illegal im Land aufhalten

Beispiel: Kinder in Krisen und Katastrophen

Wie in der Aufzählung beschrieben, können auch Kinder eine vulnerable Bevölkerungsgruppe darstellen. In Deutschland liegen bisher keine Studien dazu vor, wie häufig Kinder von komplexen Gefahren- und Schadenslagen betroffen sind (Karutz 2013). Kinder erleben Krisen und Katastrophen anders als Erwachsene. Es kann davon ausgegangen werden, dass je jünger ein betroffenes Kind ist, umso ausgeprägter die psychische Belastung ist (ebd.). Bisher haben sich zudem nur wenige Akteurinnen und Akteure der PSNV in Deutschland auf die Begleitung von Kindern in Notfällen spezialisiert, z. B. ein Kriseninterventionsteam der Johanniter-Unfallhilfe in Hannover. Der Bedarf an psychosozialen Akuthelferinnen und -helfern in Krisen und Katastrophen ist mindestens doppelt so hoch wie bei anderen Ereignissen. In der Schulpsychologie und Schulseelsorge haben die Bundesländer für die Krisenintervention in Bildungseinrichtungen inzwischen entsprechende Notfallpläne erstellt (ebd.). Zudem besteht bei Einsätzen mit vielen betroffenen Kindern ein erheblicher Koordinationsaufwand, dem man mit den üblichen Führungs- und Organisationsstrukturen der BOS unter Umständen nicht gerecht werden kann (ebd.).

Die Auflistung der in diesem Exkurs genannten Bevölkerungsgruppen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie zeigten aber die Bedarfe weiterer Personengruppen aus der Bevölkerung. Menschen aus diesen Personengruppen sollten bei der Planung der vom Stab veranlassten Maßnahmen berücksichtigt werden. Beispielsweise könnte bei der Betrachtung der Gruppe der Kinder Kontakt zu Akteurinnen und Akteuren der psychosozialen Akuthilfe, dem Gesundheitsressort, dem Erziehungs- und Bildungswesen sowie der Kinder- und Jugendhilfe im Vorfeld von Krisen und Katastrophen hergestellt werden. Als Basis können auch die Handlungsempfehlungen des Forschungsprojekts „Kind und Katastrophe“ zur Psychosozialen Notfallversorgung von Kindern und Jugendlichen in komplexen Gefahren- und Schadenslagen verwendet werden (Karutz, Fegert und Blank-Gorki 2020).

Besondere Bedarfe von älteren Menschen, mobilitätseingeschränkten Personen, Müttern mit Säuglingen, psychisch erkrankten Personen, drogenabhängigen Personen, obdachlosen Personen, (ausländischen) Touristen und Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, können im Detail bei Geißler (2015) nachgelesen werden.

Angehörige bestimmter, ggf. besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen, z. B. hilfs- und pflegebedürftige Menschen, haben in Krisen und Katastrophen Bedürfnisse, aber auch Potenziale. Hilfs- und pflegebedürftige Menschen können ggf. auf Nachbarschaftshilfe zurückgreifen. Je nach Grad der Hilfsbedürftigkeit bzw. des vorhandenen Pflegegrads bei einer zu pflegenden Person können die Unterstützungsbedarfe, beispielsweise bei einer Evakuierung, unterschiedlich sein.

Es gilt für den Stab zu eruieren, wo konkret es Unterstützungsbedarfe bei der Bewältigung der Lage bei bestimmten Bevölkerungsgruppen gibt. Nicht jede Personengruppe, die aus Sicht der Verantwortlichen bzw. des Stabs als hilfsbedürftig bzw. vulnerabel eingeschätzt werden könnte, ist dies auch, z. B. (ehemalige) Wohnungslose, die sich selbst nicht immer als hilfsbedürftig empfinden.

Die Lagebilder von Stäben enthalten immer schon materielle und technische Ressourcen für Einsatzlagen als Teil des Lagebilds, z. B. Unterbringungsmöglichkeiten bei Evakuierungen. Die eigenen Kräfte als zentrale Ressource der Einsatzbewältigung sind Bestandteil des Lagebilds. Hier sind eigene Kräfte der jeweiligen Gebietskörperschaft bzw. Einsatzorganisation sowie Unterstützungskräfte wie beispielsweise die VOST (z. B. in Martini et al. 2015) gemeint.

Praxisbeispiel

Einige dieser Ressourcen werden erst in der aktuellen Lage als relevant erkannt. So wurde während der Covid-19-Pandemie ein Ausschnitt der Ressourcen, die Verfügbarkeit von Krankenhausbetten, auch in den Stäben zum ersten Mal außerhalb von Übungen (z. B. der LÜKEX 2007) systematisch betrachtet. Zuvor beruhte das bundesweite Register der Intensivbetten (betrieben von der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI)) nur auf freiwilligen Meldungen und war damit lückenhaft. Die Belegung von Krankenhausbetten war nur punktuell vorhanden (z. B. Ivena in Frankfurt a. M.). Ab Frühjahr 2020 wurde die Meldung der freien und verfügbaren Intensivbetten an das DIVI-Register verpflichtend. Damit steht jetzt jederzeit eine Übersicht über die Auslastung der Intensivbetten in Deutschland, aber auch in einzelnen Regionen bzw. Krankenhäusern zur Verfügung. „Zu den wesentlichen Verbesserungen zählen die Konzentration auf vorhandene und unmittelbar betreibbare Kapazitäten, die Hinterlegung von Erreichbarkeiten und die Einführung einer Eingabemaske zur einfacheren Bedienung. Dadurch wird die Arbeit der Koordinatoren und somit die Steuerung der Patienten wesentlich vereinfacht“ (Innenministerium Baden-Württemberg 2020). Der Zugriff auf solche Daten für die Stäbe der Gebietskörperschaften ist über das frei zugängliche Register möglich; sie können in die eigenen Informationssysteme einbezogen werden.

Das Lagebild Bevölkerungsverhalten sollte darüber hinaus die Ressourcen aufnehmen, die Teile der Bevölkerung selbst zur Verfügung stellen oder stellen könnten. Dabei ist es einfacher, die Ressourcen von Gruppen in den Blick zu bekommen als die von Einzelpersonen (z. B. wird die Frage, wer ein Notstromaggregat besitzt, aufgrund des Datenschutzes eher nicht zu klären sein). Zu fragen ist: Welche Gruppen

verfügen über Stromgeneratoren (z. B. Landwirte)? Damit verbunden: Welche Gruppen verfügen über den nötigen Treibstoff für die Aggregate und wo bzw. wie wird dieser vorgehalten? Mit entsprechenden Veröffentlichungen und Aufrufen kann dieses Potenzial im Bedarfsfall „abgeholt“ werden.

Konzepte, die auf Selbsthilfefähigkeit und Hilfsbereitschaft setzen, können nur funktionieren, wenn aufseiten der Bevölkerung die entsprechenden Ressourcen vorhanden sind. „Insbesondere müssen materielle und immaterielle Ressourcen vor Ort existieren und es muss die Bereitschaft zu nachbarschaftlicher Hilfe sowie zu einer gewissen organisatorischen Einbindung vorhanden sein“ (Ohder 2018). Dafür werden Daten benötigt, die sich aus Berichten über Verhalten in realen Lagen speisen können (z. B. Heidt et al. 2017; s. Kap. 5) oder aus qualitativen und quantitativen Befragungen der Bevölkerung. Exemplarisch wurde dies umgesetzt im Projekt Katastrophenschutzleuchttürme (Ohder et al. 2015, Ohder 2018). Hier wurden Daten über Ressourcen und Vulnerabilitäten, Hilfebedarfe, Hilfeeerwartung und Hilfsbereitschaft erfragt.

Ressourcen der Bevölkerung beziehen eine Vielzahl von Personengruppen und Leistungen mit ein. Die im Folgenden genannten Bereiche sind daher nicht als abgeschlossene Liste zu verstehen. Ressourcen und Bedarfe bzw. Bedürfnisse sind zudem im Zusammenhang zu sehen. „Die Ermittlung von Risiko-Ressourcen-Profilen kann als ‚Erstellung eines psychosozialen Lagebildes‘ bezeichnet werden, das in eine fortlaufend nachgesteuerte ‚bedürfnisorientierte und zielgruppenspezifische Bedarfsplanung‘ mündet“ (BBK 2012: 106).

Für Stäbe – oder Verwaltungen generell – kann es schwierig sein, die Ressourcen der Bevölkerung zu kennen und zu erkennen. Einige vulnerable Gruppen sind für Stäbe oder Behörden generell schwierig zu erreichen; dazu gehören z. B. Menschen, die ihre Wohnungen nicht verlassen können, Wohnungslose, manche Hochbetagte. Teils werden diese durch Hilfsorganisationen erreicht, teils sind sie über Informationsmodelle ansprechbar.

Es gab im Projektzeitraum bei den befragten Praxispartnern und anderen den Autorinnen bekannten Stäben keine systematische Erfassung aktivierbarer Ressourcen der Bevölkerung. Die häufig vorgefundene Zusammenarbeit mit Spontan Helfenden scheint eher in den Einsatzstäben als in Krisenstäben zu finden zu sein.

Praxisbeispiel

Manche migrantischen Gruppen können besser verstanden und erreicht werden, wenn im Stab Mitglieder mit dem entsprechenden kulturellen Hinter-

grund und Sprachkenntnissen arbeiten („Kulturmittler“ und „Sprachmittler“). Diese „sozialkundigen Personen“ können als eine Art Fachberatung dienen. Diversität im Stab kann so unmittelbar relevant für den Bevölkerungsschutz werden. In Dortmund werden gezielt Kontakte zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gesucht und lageunabhängig gepflegt, um Potenziale in migrantischen Gruppen zu erkennen. Zudem gibt es sogenannte Sozialplanerinnen und -planer (Masterstudiengang), die in diesem Bereich besondere Kenntnisse haben. In Hamburg kamen im Zuge der Bewältigung der Flüchtlingswelle viele Menschen in Schlüsselfunktionen (Unterkunfts- und Sozialmanagement in den Einrichtungen, Fachberater im Stab, Konflikt- und Casemanagement, Lagebeurteilung, Bürgerbeteiligung etc.) mit Migrationshintergrund oder auch Kultur- und Sprachkenntnissen zum Einsatz. Dadurch konnten viele Probleme gelöst, Sachverhalte besser beurteilt und die Maßnahmen darauf abgestimmt werden.

Selbsthilfefähigkeit

Die mangelnde **Selbsthilfefähigkeit** der Bevölkerung wird seit einigen Jahren beklagt (z. B. Kreuzer et al. 2008) und es wird versucht, hier pädagogisch gegenzusteuern, z. B. über Broschüren wie die zur Notfallvorsorge des BBK (BBK 2018a). Konkrete Daten über Selbsthilfefähigkeit liegen selten vor. Im Projekt Katastrophenschutzleuchttürme gaben etwas über 70 % der Befragten an, bis vier Tage mit Lebensmitteln versorgt zu sein; bei längeren Lagen sinkt diese Quote dramatisch (knapp über 20 % bei > sechs Tagen). Benötigte Medikamente wären auch bei länger dauernden Lagen (> sechs Tage) bei über 70 % vorhanden (Ohder 2018: 71). Hier wurde die Berliner Bevölkerung befragt. Offen ist, inwieweit diese Ergebnisse auf ländliche Gebiete übertragbar sind.

Ebenfalls zum Bereich der Selbsthilfefähigkeit könnte die **Nachbarschaftshilfe** gezählt werden. Wo eigene Ressourcen nicht ausreichend vorhanden sind, wird Hilfe eher von (den eigenen) sozialen Netzen erwartet als von Behörden.

„Die Befragungsergebnisse lassen darauf schließen, dass sich Großstadtbewohner in hohem Maße auf informelle Netzwerke verlassen. Mit wenigen Ausnahmen wird Hilfe von Familienangehörigen und Freunden, aber auch mehrheitlich aus der Nachbarschaft erwartet. Es ist davon auszugehen, dass Bewohner kleinerer Städte oder ländlicher Gebiete weniger auf Unterstützung durch Verwandte setzen, da die Wahrscheinlichkeit, dass diese vor Ort leben, geringer ist“ (Ohder 2018: 72).

An möglichen staatlichen Hilfeleistungen wurden von über 90 % der Befragten Informationen, Wasser und medizinische Versorgung erwartet, knapp weniger wich-

tig wurden Lebensmittel und Ansprechpartnerinnen und -partner eingeschätzt; das sind die Bereiche, in denen Hilfe in sozialen Kontexten kaum möglich ist (z. B. Lageinformation Wasserversorgung) oder schnell an Grenzen gerät (z. B. Lebensmittel). Auch hier zeigt sich die Diversität der Bevölkerung: Für Befragte deutscher Herkunft sind die Verteilung von Lebensmitteln und die medizinische Versorgung von besonderer Bedeutung, für Befragte mit Migrationshintergrund die Bereitstellung von Kommunikationsmitteln (Ohder 2018: 73).

Von gelungener Nachbarschaftshilfe wurde beispielsweise beim Stromausfall in Berlin-Köpenick 2019 (Schmersal et al. 2020), bei den Schneekatastrophen in Münster 2005 (Giebel et al. 2011) oder in Bayern 2019 (Schmersal et al. 2019) berichtet.

Psychische Erste Hilfe durch Privatpersonen

Psychische Erste Hilfe ist analog der körperlichen Ersten Hilfe eine unterstützende Reaktion gegenüber leidenden und hilfsbedürftigen Personen. Das Ziel der psychologischen Ersten Hilfe besteht darin, Belastungen zu reduzieren, bei gegenwärtigen Bedürfnissen zu helfen und adaptives Verhalten zu begünstigen, wobei allein schon mit Information, Zuwendung, Anteilnahme und Zuhören viel erreicht werden kann (Sonnenmoser 2013, Wilk und Wilk 2007).

Damit Bevölkerungsgruppen in einer Krise wirksam psychische Erste Hilfe leisten können, benötigen sie Psychosoziale Notfallkompetenz (PSNK). Diese wird hier verstanden als

„Verknüpfung von Wissen, Fähigkeiten und Haltungen nicht-professioneller oder ehrenamtlich handelnder Helferinnen und Helfer, die sie in die Lage versetzen, auf die psychosozialen Bedürfnisse von Betroffenen unmittelbar nach einem Notfallereignis situationsadäquat zu reagieren, Hilfsangebote zu machen und Handlungen zu realisieren, die auf betroffene Personen beruhigend, schützend, entlastend und unterstützend wirken können. PSNK zeigt sich in der sogenannten Response-Phase unmittelbar nach einem Notfall. Die resultierenden Hilfen sind also von langfristigen Unterstützungsmaßnahmen ebenso abzugrenzen wie von unterstützenden Handlungen im Rahmen der gemeinschaftlichen Notfallvorsorge“ (Knauer und Beerlage 2020).

„Ungebundene“ Helfende

Eine wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung, insbesondere bei lang anhaltenden oder sehr großflächigen Lagen, spielen Personen, die nicht in Einsatzorganisationen (Hilfsorganisationen, Feuerwehr, Katastrophenschutz) eingebunden sind,

sondern spontan tätig werden (s. Kap. 5.1.6). „Alle nationalen und internationalen Forschungsergebnisse verdeutlichen, dass Menschen in Notlagen eine hohe Hilfsbereitschaft, aber auch eine hohe Selbsthilfekompetenz aufweisen“ (Helmerichs 2018). Zugleich gilt, dass vulnerable Gruppen die größte Hilfsbereitschaft zeigen (Heidt et al. 2017). Die Hilfsbereitschaft ist besonders ausgeprägt gegenüber Personen, die im eigenen räumlichen Umfeld leben. In der Covid-19-Pandemie zeigte sich dies beispielsweise bei Einkaufshilfen für gefährdete Personen.

Das Phänomen der „ungebundenen“ Helfenden wird seit den Hochwassern 2012 in der Forschungsliteratur diskutiert (Biegert et al. 2016, Ely et al. 2015, Schorr et al. 2014). Diese agieren teils einzeln und teils in Gruppen, die sich während der Lage spontan bilden. Damit die Zusammenarbeit mit den Einsatzkräften vereinfacht wird, gibt es Bemühungen, Personen, die grundsätzlich zur Hilfe bereit sind, zu registrieren und dann ggf. aufzurufen. Dies wird z. B. im Konzept der Katastrophenschutzleuchttürme (Ohder et al. 2015) vorgesehen, das seit einigen Jahren in Berlin verfolgt wird.

In Lagen, in denen von einer bedeutenden möglichen Eigengefährdung der Helfenden auszugehen ist, z. B. bei einem Ebola-Ausbruch, müsste weiterhin erforscht werden, ob im Ernstfall Unterstützung geleistet wird oder der Eigenschutz von potenziellen Helferinnen und Helfern überwiegt.

„Registrierte“ Helfende

Neben den **ungebundenen Helfenden** gibt es etliche Personen, die in Organisationen eingebunden sind, aber üblicherweise nicht dem Katastrophenschutz zugeordnet werden, z. B. in Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder in der Flüchtlingshilfe.

Registrierte Helfende sind beispielsweise auch **Ersthelfende**. Diese sind nicht speziell für den Katastrophen- oder Krisenfall vorgesehen, sondern stellen sich im Rahmen der Notfallversorgung zur Verfügung, vor allem für Reanimationen. Sie werden alarmiert, wenn ein Notruf eingegangen ist, um die Zeit bis zum Eintreffen der Einsatzkräfte zu überbrücken. Die Ersthelfenden sollen erste lebensrettende Sofortmaßnahmen durchführen. Ziel ist es, den Zeitraum zwischen Kreislaufstillstand und Beginn der Herzdruckmassage zu verringern. Diese recht neue Entwicklung ist z. B. über das Projekt und die App KatRetter umgesetzt (KATRETTTER, o.J.) oder über Initiativen wie „...-schockt.de“ des Arbeiter-Samariter-Bundes (FRANKFURT SCHOCKT 2018, HAMBURG SCHOCKT 2023). Im Krisenstab sollte bekannt sein, ob und wie in der jeweiligen Gebietskörperschaft solche Strukturen bereits geschaffen wurden und ob bzw. wie die Ersthelfenden kollektiv alarmiert werden können.

Die ehrenamtlichen Kräfte der **Psychosozialen Notfallversorgung** sind seit einigen Jahren organisiert und registriert. Für Großschadenslagen werden Führungskräfte der PSNV ausgebildet; zu diesen gehören auch Fachberatungen PSNV für Stäbe (BBK 2012). Die PSNV-Kräfte werden zumeist über die Landeszentralstellen PSNV koordiniert und inzwischen meist über die Leitstellen alarmiert. Stäbe sollten die jeweilige Organisationsform und Alarmierungswege dieser Ressource kennen. Zur Rolle der Fachberatung PSNV in Stäben siehe Kapitel 6.

Während für manche Hilfeleistungen sehr viele Personen prinzipiell infrage kommen, ist die Ressource „**Sprachmittlung**“ deutlich beschränkter. Umso wichtiger ist es zu wissen, welche Sprachgruppen in der jeweiligen Gebietskörperschaft vorhanden sind und in welchen Personen mit geringen Deutschkenntnissen bekannt oder anzunehmen sind. Hier empfiehlt sich die Bildung eines Pools von Übersetzerinnen und Übersetzern vor einer Krisenlage. Hierbei ist zu beachten, dass Ehrenamtliche nicht für alle behördlichen Belange einsetzbar sind.

Je nach Lage ist zu fragen, welche Personenkreise welche für das Krisenmanagement benötigten Ressourcen haben könnten. In Krisenstäben sollte bekannt sein, welche lokalen Gruppen bereits als Helfende registriert sind und welche Gruppierungen oder Organisationen Potenzial für Spontanhilfe besitzen.

Exkurs: Setting-Ansatz und Communities

Im Rahmen einer Literaturrecherche wurde der Setting-Ansatz bzw. die Betrachtung unterschiedlicher Communities zugrunde gelegt, um besondere (vulnerable) Menschen und deren Einbezug in die Praxis der Stabsarbeit aufzunehmen. Im deutschsprachigen Raum bzw. v. a. in der Gesundheitsförderung wird der Begriff „**Setting**“ oft mit „Lebenswelt“ in Verbindung gebracht. Die Lebenswelt beschreibt den Lebensraum, in dem sich ein Mensch in unterschiedlichen Lebensphasen aufhält, z. B. Arbeitsplatz und Freizeitaktivitäten (Tamsma 2018).

Als **Communities** werden in dieser Publikation Gemeinschaften verstanden, die ein organisiertes und soziales Netzwerk von miteinander in Interaktion stehenden Individuen sind. Diese beeinflussen sich innerhalb eines spezifischen Zeitraums auf affektive und kognitive Weise wechselseitig. Die Mitglieder der Communities entwickeln ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Die soziale Interaktion zwischen den Mitgliedern einer Community unterliegt einem gemeinsamen Ziel, einer geteilten Identität oder gemeinsamen Interessen (Esch 2018).

Beerlage (2018: 8 f.) definiert den **Setting-Ansatz** wie folgt:

„Als Setting bezeichnet man ein sozialräumliches, sozio-kulturelles System, in dem Menschen spielen, lernen, arbeiten und lieben und einen großen Teil ihrer Lebenszeit verbringen. Ein Setting muss nicht zwingend eine formale Institution sein, aber es ist ein abgegrenztes, geregeltes soziales System (z. B. auch ein Sportverein, ein Orchester). Ein Setting prägt nicht nur seine Mitglieder, sondern wird auch durch diese gestaltet und weiterentwickelt. In der Kooperation mit Institutionen bedeutet ‚Settingansatz‘ nicht, dass man einfach mit (noch mehr) Institutionen und Organisationen zusammenarbeitet und dort Wissen ‚einspeist‘ sondern dass eine wechselseitig gestaltete tragfähige Kooperation etabliert wird (‚capacity building‘).“ (S. 10)

Im Rahmen des Setting-Ansatzes wird das sozialräumliche System durch direkte und kontinuierliche Teilhabe und aktive gemeinschaftliche Steuerung der Veränderungen der Rahmenbedingungen durch die Mitglieder, z. B. Communities, selbst gestaltet. Erfahrungswissen, z. B. Notfallenerfahrungen einzelner Mitglieder, Möglichkeiten gemeinschaftlicher, verbindlicher Notfallvorsorge und Selbsthilfe, kann zum geteilten Wissen werden (Beerlage 2017). Setting-orientierte Maßnahmen sollen wohnortnahe, nachbarschaftliche Aktivitäten ergänzen und Kooperationen mit kommunalen BOS stärken (Beerlage 2017).

Der Setting-Ansatz wird durch das Europäische Rahmenkonzept „Gesundheit 2020“ der WHO gestärkt, welches bevölkerungsschutzrelevante Gesundheitsziele formuliert, u. a. die Community Resilience, die Schaffung widerstandsfähiger Gemeinschaften und stützender Umfeldler (Beerlage 2016). Community Resilience als eines der Europäischen Gesundheitsziele wurde in Deutschland bisher noch nicht als nationales Gesundheitsziel aufgenommen (Beerlage 2018). Für den Begriff **Community Resilience** gibt es im Deutschen keine einheitlich verwendete Entsprechung. Je nach fachlichem Hintergrund wird der Begriff „Community“ über räumliche (kommunale) Verwaltungsgrenzen und auch über gemeinsame Werte, Interessen und gemeinsames (Vorsorge- und Unterstützungs-)Handeln in Gemeinschaften definiert. Die „Resiliente Bevölkerung“ wird als Teil einer „Resilienten Gesellschaft“ verstanden. Sie bildet die Summe des individuellen Notfallvorsorgewissens und der individuellen Notfallkompetenz in Selbstschutz und Selbsthilfe in Notlagen (Beerlage 2016).

Die Bevölkerung für Krisen und Katastrophen vorzubereiten ist nicht nur Aufgabe der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr. Zur Kooperation der polizeilichen Gefahrenabwehr mit der Bevölkerung findet in manchen Kommunen Community Policing bzw. bürgernahe Polizeiarbeit statt.

Community Policing

„[...] ist ein zunächst in amerikanischen Großstädten entstandenes, recht einheitliches Konzept kommunaler Kriminalprävention. [...] Allen Formen ist gemeinsam, dass sie die Bedeutung der lokalen Ebene für die Kriminalitätsprävention ‚wiederentdecken‘ und überwiegend auf eine ‚Aktivierung‘ des Bürgers im Rahmen einer ‚ganzheitlichen‘ und ‚gemeinschaftlichen‘ Konzeption von Sicherheit als eines Kooperationsverbunds von Polizei, Kommune und Bürger setzen“ (Van Ooyen 2006: 44).

Das Verhalten, die Bedürfnisse und Ressourcen „der“ Bevölkerung im Vorfeld von Krisen und Katastrophen zu betrachten, kann also sinnvoll sein. Zukünftig könnten zusätzlich Ansätze des Citizen Science weitere Erkenntnisse bezüglich verschiedener Communities bzw. deren Verhalten, Bedürfnisse und Ressourcen hervorbringen. Citizen Science zielt darauf ab, durch Beteiligung verschiedener, nicht wissenschaftlicher Bürgerinnen und Bürger an (Forschungs-)Projekten eine Erweiterung von Wissen zu ermöglichen. Citizen Science stellt so einen gewinnbringenden Ansatz für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft dar, z. B. zu finden in Citizen-Science-Plattform (2020).

Der Setting-Ansatz ist als theoretisches Konstrukt sinnvoll, allerdings ergaben die im Rahmen dieser Publikation durchgeführten Recherchen kaum Erkenntnisse für die Einbeziehung des Setting-Ansatzes sowie von Communities in die Praxis der Stabsarbeit. Aus diesem Grund werden in den folgenden Abschnitten besondere Bevölkerungsgruppen (und keine Communities) und deren Bedürfnisse, Resilienzpotenziale und Verhalten in Krisen und Katastrophen beschrieben. Die Nützlichkeit des Setting-Ansatzes und weiterführende Erkenntnisse für die Stabsarbeit werden in den Ergebnisteil integriert.

Für die Stabsarbeit kann es sinnvoll sein, die jeweiligen lokalen Communities zu kennen, insbesondere um die Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung angemessen einschätzen zu können. In einer akuten Lage können (informelle) Sprecherinnen und Sprecher der Communities wertvolle Informationen beisteuern und ggf. für die Behörden Kommunikationskanäle öffnen. Gegebenenfalls könnte zusätzlich eine Begleitung der Communities ad hoc installiert und angeleitet werden. Dafür muss Wissen über die Community vorhanden sein.

Verhalten verschiedener betroffener Bevölkerungsgruppen ist zentraler Bestandteil des Lagebilds Bevölkerung. Das erwartbare Verhalten der Bevölkerung bzw. verschiedener Bevölkerungsgruppen wird ausführlich in Kapitel 5 thematisiert. Für die genauere Beschreibung des Bevölkerungsverhaltens in verschiedenen Lagen sowie die Quellenangaben wird deshalb auf Kapitel 5 verwiesen. Einige Erkenntnisse aus der Untersuchung von Forschungsliteratur zu Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen lauten kurz zusammengefasst:

- „Die“ Bevölkerung gibt es nicht: Menschen unterscheiden sich bezüglich ihrer Verhaltensmuster aufgrund sozio-kultureller Sozialisation nach Faktoren wie z. B. Alter, Geschlecht oder sozio-ökonomischer Stellung. Zudem ist ihr Verhalten neben der Spezifität der Lage auch abhängig von Art, Dauer und Ausmaß der Bedrohung.
- Die Risikoeinschätzung hängt von der Art der Lage ab (z. B. natur- oder menschengemacht, Ortskenntnis, Ereigniszeitpunkt).
- Betroffene bleiben in der Regel handlungs- und entscheidungsfähig: Sie reagieren ruhig, rational und sozial. Panik- oder Gewaltreaktionen sind empirisch kaum belegt. Auch Evakuierungen verlaufen in der Regel geordnet.
- Menschen helfen sich gegenseitig: Prosoziales Verhalten überwiegt, Hilfeverhalten wurde empirisch vielfach bestätigt, während destruktive Verhaltensweisen wie Plünderungen eher selten sind.
- Menschen haben einen hohen Informationsbedarf: Diese werden über unterschiedlichste Kanäle gesucht (z. B. Notrufnummer, soziale Medien). Insofern ist die Krisenkommunikation sehr bedeutsam für das Risikoverhalten von Menschen.
- Die Stärkung von Selbsthilfefähigkeit und Selbstwirksamkeitserwartungen der Bevölkerung kann einen Einfluss auf die ausgewählte Bewältigungsstrategie haben.
- Das Vorhandensein sozialer und gesellschaftlicher Ressourcen begünstigt adäquates Verhalten in Krisen und Katastrophen.

Verhalten ist **beobachtbar** und damit auch im Lagebild grundsätzlich objektiviert beschreibbar (z. B. als Äußerungen in sozialen Medien, Demonstrationen, Registrierung von Helfenden etc.). Emotionale Reaktionen dagegen, die für die Lageeinschätzung des Stabs ebenfalls relevant sind, sind nur **interpretierend** aus dem

Verhalten zu schließen (z. B. Postings in sozialen Medien) bzw. über Selbstauskünfte zu erheben. Damit besteht die Gefahr der Fehleinschätzung, z. B. wenn aus dem eigenen Erleben auf die Bevölkerung geschlossen wird oder „küchenpsychologische“ Annahmen über menschliches Verhalten an die Stelle einer Datenerhebung gesetzt werden. Dies ist z. B. immer wieder der Fall, wenn „Panik“ als vorherrschende Emotion vorausgesetzt wird, während eine Analyse verfügbarer Daten zeigt, dass auch in Katastrophen Panik sehr selten ist (s. Kap. 5.2.1).

Quellen, die Stäbe nutzen können, um etwas über Verhalten und Emotionen der Bevölkerung zu erfahren, sind neben Monitoring der sozialen Medien u. a. Beschwerden, Anfragen bei (städtischen) Hotlines und Callcentern, Leserbriefe, aber auch manifestes Verhalten wie Demonstrationen und Versammlungen. Die Polizei arbeitet mit **Fachberatung** durch Psychologinnen und Psychologen und Soziologinnen und Soziologen z. B. in Demonstrationsslagen oder bei gewalttätigen Einsätzen, um vorausschauend die Lage beurteilen zu können.

Menschen verhalten sich manchmal aus ihren eigenen Bedürfnissen und ihrer **Handlungslogik** heraus nicht so, wie der Stab bzw. die Behörden und Einsatzkräfte dies für sinnvoll halten. Das bedeutet nicht unbedingt, dass diese Personen unwillig sind oder „feindlich“, sie setzen aber für sich selbst andere Prioritäten. Beispielsweise gingen in Fukushima 2011 zunächst evakuierte Personen zu ihren Häusern zurück, um ihre Tiere zu holen oder zu versorgen, z. B. Focus online (2021). Dadurch mussten Personen und Haustiere dekontaminiert werden und die Evakuierungen verzögerten sich insgesamt.

Stäbe sollten versuchen, nicht nur in der eigenen „Bevölkerungsschutzlogik“ zu denken, sondern die Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppen und die daraus wahrscheinlich resultierenden Handlungsweisen zu antizipieren. Dabei sollten möglichst empirische Daten und psychologisches Wissen genutzt werden. Wenn im Stab Annahmen über plausibles Verhalten oder Reaktionen getroffen werden, sind diese nicht in Gefahr, „Kaffeleserleser“ zu sein oder schlimmstenfalls gängige, aber falsche Mythen und Stereotype zu wiederholen.

Stäbe sollten sich mit geeigneten Mitteln (z. B. Fachberatung, Analyse der sozialen Medien) darauf vorbereiten, Bevölkerungsverhalten einschätzen zu können, um Entscheidungen und die Wirkung von Einsatzmaßnahmen besser berücksichtigen zu können.

Praxisbeispiel

In der Covid-19-Pandemie erhielten Stäbe der LaBS-Praxispartner die Aussagen, dass Migrantinnen und Migranten sich aufgrund von Bedenken weniger impfen lassen würden. Diese Aussagen, die teils auch von Stabsleitungen angesprochen wurden, waren für die Stäbe allerdings kaum aus eigener Kraft überprüfbar. Einige Praxispartner nutzten deshalb ihre Kontakte in migrantische Netzwerke, um solche Aussagen zu verifizieren und ggf. Maßnahmen zu besprechen. Ein Praxispartner nutzte die Informationen der zuständigen Gesundheitsbehörde. Dabei stellte sich auch die Frage, wie der Erfolg von Maßnahmen bei mangelnder Datenbasis geprüft werden kann.

Bei der Frage, welche Arten von Informationen über die Bevölkerung nützlich sind, ist ein Blick über den Tellerrand hilfreich. Militärische Aufklärung hat seit Beginn des Jahrtausends unter dem Stichwort „Human Terrain“ die Aufklärung über die Bevölkerung in umkämpften Gebieten systematisiert (Finney 2008, Sims 2015).

Die Erkenntnis, dass traditionelle Lagebilder nicht genügen, wenn die Bevölkerung nicht einfach besiegt werden, sondern mit den Streitkräften zusammenarbeiten soll, führte dazu, dass *mapping the Human Terrain* eine Notwendigkeit wurde. Ein Lagebild mit Mission, Feind, Wetter und Terrain reicht nicht aus, v. a. in asymmetrischen Konflikten. Die lokale Bevölkerung muss als Thema in die Lagebewertung einfließen:

„A fundamental condition of irregular warfare and counter-insurgency operations is that the Commander and staff can no longer limit their focus to the traditional Mission, Enemy, Terrain and weather, friendly Troops and support available, and Time. The local population in the area of conflict must be considered as a distinct and critical aspect of the Commander’s assessment of the situation“ (Finney 2008: 2).

Human Terrain wird definiert als „The element of the operational environment encompassing the cultural, sociological, political and economic factors of the local population“ (Finney 2008: 3). Um diese Faktoren zu erheben, wurden im Irak und in Afghanistan vorrangig durch das US-Militär sozialwissenschaftliche Methoden eingesetzt. Die Human Terrain Teams (HTT), die einzelnen Brigaden zugeordnet waren, bestanden aus fünf bis neun Personen, v. a. Analytinnen und Analysten sowie Sozialwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftlern. Ihre Aufgabe war „providing a constantly updated, user-friendly ethnographic and socio-cultural database of the area of operations that comprises data maps showing specific ethnographic or cultural features; raising points on cultural or ethnographic issues of specific concern to the unit commander“ (Finney 2008: 28). Kernpunkte des Ansatzes waren die Verwendung sozialwissenschaftlicher Methoden, die Ausrichtung an Relevanz für den jeweiligen Einsatz und die Anbindung an den Stab sowie an alle Planungsprozesse.

Die „eingebettete“ Arbeit von Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern und die unvermeidliche Doppelnutzung der Erkenntnisse für humanitäre und militärische Zwecke (Bereziuk 2016) führte innerhalb der Fachszene zu heftigen Diskussio-

nen. Der Zusammenklang mit militärinternen Diskussionen über Kosten und Nutzen des Programms führte zur Einstellung des Programms.

Für zivile Stäbe können einige Gedanken des Human Terrain (aus dem Human Terrain Handbook; Finney 2008) übernommen werden. In der folgenden Übersicht (Tabelle 2) wurden dazu die relevanten Aussagen ausgesucht, übersetzt und auf das Lagebild Bevölkerungsverhalten angepasst, z. B. wurde *commander* jeweils durch Einsatzleiterin/Einsatzleiter und *enemy* durch Gefahr/Lage ersetzt:

Tabelle 2: Übersetzung einiger Ideen des Human-Terrain-Ansatzes für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

Aussagen aus dem Human Terrain Handbook	Übertragung auf ziviles Krisenmanagement und Katastrophenbewältigung
„The local population in the area of conflict must be considered as a distinct and critical aspect of the Commander’s assessment of the situation“ (Finney 2008: 2).	Für die Einschätzung der Lage ist die (betroffene) Bevölkerung ein kritischer Faktor.
„Commanders and planners require insight into cultures, perceptions, values, beliefs, interests, and decision-making processes of individuals and groups“ (Finney 2008: 3).	Einsatzleiterinnen und Einsatzleiter brauchen Erkenntnisse über Kulturen (im Plural!), Wahrnehmungen, Werte, Meinungen und Glauben, Interessen und Entscheidungsprozesse, insbesondere betroffener Bevölkerungsgruppen.
„The research methods used to illicit this required human terrain information include classic anthropological and sociological methods such as semi-structured and open-ended interviews, polling and surveys, text analysis, and participant observation. Both qualitative and quantitative methodologies are used, based on the research required“ (Finney 2008: 4).	Um Wissen über die Bevölkerung zu gewinnen, ist ein wissenschaftlich basierter Methodenmix sinnvoll, der auch Umfragen, Medienanalyse und Beobachtung einbezieht. Dabei sind quantitative und qualitative Daten nützlich.
„Human terrain information is of no use to the unit unless it is integrated into the continuous planning and decision making processes. The team must be tied into all planning processes, including relevant working groups, assessment boards, etc. that can utilize human terrain data and sociocultural awareness“ (Finney 2008: 4).	Wissen über die Bevölkerung muss in die gesamte Arbeit des (Krisen-)Stabs einfließen. Die Fachleute dafür (z. B. Fachberatung PSNV, VOST-Teams) müssen bei der gesamten Arbeit des Stabs mit einbezogen werden.
„One of the most important interactions between the HTT and the staff involves the assessment of the population’s needs“ (Finney 2008: 34).	Die Bedürfnisse und Bedarfe der Bevölkerung sind auch im Lagebild Bevölkerungsverhalten zentral.
„HTT products [...] are the documentation of the team’s human terrain knowledge of specific topics that are of particular concern to the unit, or should be. Together with input to working groups, this is the primary input to the human terrain portion of the commander’s Common Operating Picture“ (Finney 2008: 84).	Das Lagebild Bevölkerung muss auf die aktuelle Lage und die Bedürfnisse des Stabs bezogen sein, nicht nur allgemeine Daten enthalten. Das Lagebild des Stabs/der Einsatzleitung enthält einen Anteil (ein Lagefeld) „Bevölkerungsverhalten“.

Aussagen aus dem Human Terrain Handbook**Übertragung auf ziviles Krisenmanagement und Katastrophenbewältigung**

„Societies disordered by conflict require continued assessment in order to understand the character of the change over time which has been catalyzed by physical insecurity. [...] even deeper research which does not just investigate cause but also anticipates effect“ (Sims 2015: 342.)

Insbesondere in Lagen, die mit erheblicher Zerstörung oder Unsicherheit einhergehen, ist es nötig, das Lagebild Bevölkerungsverhalten immer wieder zu aktualisieren.

Auch die Auswirkungen des Krisenmanagements/ des Einsatzes auf die Bevölkerung sollten prognostiziert (und dann untersucht) werden.

Datenquellen, die im Human-Terrain-Ansatz genutzt werden, umfassen unter anderem (Finney 2008, Sims 2015):

Beobachtungen während des Einsatzes bzw. bei der Begleitung von Einsatzkräften durch das HTT

- Auswertung (vorhandener) soziodemografischer Daten (*census type data*), z. B. bezüglich Arbeitslosigkeit, Bildung, Einkommen etc.
- Auswertung von Nachrichten-Medien (Zeitungen, Internet) verschiedener Ausrichtung
- Nutzung von Analysen verschiedener, ebenfalls im Gebiet tätiger Organisationen
- Auswertung von wissenschaftlicher Literatur über das Gebiet bzw. die Bevölkerung
- Nutzung der Informationen aus Einsatznachbesprechungen
- Interaktion mit der lokalen Bevölkerung

Auch diese Auflistung ist für das Lagebild Bevölkerungsverhalten in zivilen Stäben sinnvoll übersetzbar, da diese und ähnliche Datenquellen bei der Erstellung eines LBV hilfreich sein können (s. Kap. 4.10).

Konkret wird eine Vielzahl von Daten erhoben, z. B. nach der ASCOPE-Methode: Area, Structure, Capabilities, Organizations, People, Events (Finney 2008: 50 - 55). Für das Lagebild Bevölkerungsverhalten könnten aus den umfangreichen Listen die folgenden Bereiche relevant sein:

- **Institutionen** aus Regierung, Wirtschaft, Sicherheit, Gesetzgebung und Justiz, Daseinsvorsorge, Sozialwesen, Religion, Gesundheitswesen, Medien, NGOs etc.
- **Einfluss-Sphären:** Besonders einflussreiche Personen aus verschiedenen Communities (s. Kap. 4.6.1)
- **Demografie:** Zusammensetzung der Bevölkerung, wobei auch Bildung, Analphabetismus und Arbeitslosigkeit einbezogen werden
- **Infrastruktur:** einschließlich Transportlinien, Pipelines, Wasser- und Abwassersystemen, Elektrizität, Kommunikationsinfrastruktur, Landwirtschaft
- **Kulturelle** Aspekte, religiöse Faktoren und soziale **Normen**
- **Einstellungen** und vorherrschende kollektive **Mentalitäten**

Zusammenfassung der Themen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

Was ist in Bezug auf das Lagebild Bevölkerungsverhalten angesichts der oben dargestellten Punkte zu beachten und welche Arten von Informationen benötigt ein Stab hierzu?

- Das Lagebild muss **lagespezifisch** erarbeitet und es müssen **Einsatzziele** benannt werden. Je nach Lage bietet sich hier zunächst eine geografische und ggf. zeitliche Eingrenzung an. Das Lagebild muss regelmäßig **aktualisiert** werden.
- Der **Status** der direkt und indirekt von einer Lage betroffenen Bevölkerung muss diskutiert und definiert werden. Daraus muss abgeleitet werden, **um welche Personengruppen** sich der Stab kümmern muss und wo evtl. Unterstützung gewonnen werden kann. Ebenso leitet sich daraus ab, **welche Arten von Informationen** für eine Bewertung der Lage und das Ableiten von Bedarfen oder möglichen Unterstützungspotenzialen erforderlich sind.
- Nach der Definition belasteter bzw. vulnerabler Bevölkerungsgruppen erfolgt die lagespezifische Ableitung bestehender **Bedarfe bzw. Bedürfnisse** und **Ressourcen bzw. Resilienzpotenziale**. Die Art der hierfür erforderlichen Informationen orientiert sich dabei wiederum an Lage und Bevölkerungsgruppen. Auch für eine Aktivierung oder Koordination von Eigen-, Nachbarschafts- oder Spontanhilfe ist zunächst eine lagespezifische Einordnung erforderlich, nach der sich dann die Art der relevanten Informationen richtet.
- Je nach Lage können **Verhalten** und **Reaktion** verschiedener Bevölkerungsgruppen anhand bestehender Erkenntnisse aus der Forschungsliteratur teilweise **im Voraus eingeschätzt** werden, so z. B. die Erwartung an die grundsätzliche Hilfsbereitschaft von Nachbarn untereinander. Stimmungen, Emotionen und vor allem die Veränderungen von Verhalten von Bevölkerungsgruppen müssen **in der Lage erhoben** und aktualisiert werden.
- Die für einen Stab für die jeweilige Lage zu betrachtenden relevanten Aspekte können für bekannte Szenarien **vorgedacht** und in gewissem Maße auch vorbereitet werden. Für andere Lagen ist das nicht immer möglich. In diesen Fällen ist es umso wichtiger, von Beginn der Lage an entsprechend **fachkundiges Personal** im Stab fest etabliert und beratend hinzuzuziehen zu haben. Zudem muss der für die Bevölkerung bzw. den Einsatz zuständige Stabsbereich personell so aufgestellt sein, dass er fähig ist, die Bevölkerungslage zu erheben, auszuwerten, ins Lagebild einfließen zu lassen und entsprechende Prognosen abzuleiten und Empfehlungen auszusprechen. Ergänzend können fest installierte und vorbereitete Strukturen zur Auswertung öffentlich kommunizierten Bevölkerungsverhaltens (z. B. Auswertung sozialer Medien) hilfreich sein.

Grundsätzlich gibt es verschiedene Möglichkeiten, Daten zu nutzen bzw. zu erheben, die Eingang in ein Lagebild finden können. Im LaBS-Projekt wurden unter anderem folgende Datenquellen identifiziert:

- Statistische Daten aus kommunalen (Gemeinde/Kreis) oder Landesbeständen
- GIS-basierte Daten
- Öffentlich zur Verfügung stehende Karten
- Daten aus (kollektiven) Kartierungsaktionen
- Weitere Daten aus zunächst nicht öffentlichen Zusammenhängen (z. B. zentrales Kataster für Patienten mit Kunstherzen des Deutschen Herzzentrums (Schmersal et al. 2020), Ladestandorte Stromnetz Hamburg, Nahversorgung, Standorte Kitas (Eichhorn 2021))
- Mobilitätsdaten
- Befragungen (Interviews, Fragebögen)
- Medienanalysen (klassische und soziale Medien)
- Weitere Daten

Viele der in einer Lage benötigten Informationen, durch die sich betroffene Bevölkerung in einer Lage bezüglich Verhalten, Reaktionen und Stimmungen beschreiben lässt, ergeben sich durch Aggregation, Analyse und Interpretation anderer Daten. Teilweise können diese bereits vor einer Lage gesammelt und bereitgestellt werden (soziodemografische Daten, geobasierte Daten). Teilweise müssen diese erst in der akuten Lage erhoben und ausgewertet werden. Mit diesen Tätigkeiten wären die meisten Stäbe angesichts der Ausstattung des Bereichs „Lage“ aktuell jedoch überfordert. Unterstützung leisten für den Bereich der Analyse sozialer Medien zu meist ehrenamtliche VOST-Teams, die den aktiven Stab online oder vor Ort unterstützen (s. o.). Informationen solcher Unterstützungsdienste müssen vom aktiven Stab allerdings in das Gesamtlagebild integriert und bewertet werden.

Praxisbeispiele

Hamburg verwendet im Rahmen der Digitalisierungsstrategie die sog. Urban Data Platform (UDP). Hier wird eine Vielzahl an vorhandenen Daten aus den Bereichen Ver- und Entsorgung, Verwaltung, Gesundheit, Bauwesen, Mobilität, Logistik, Transport und Wirtschaft miteinander vernetzt.

Die Daten sind über die UDP individuell konfigurierbar, auswertbar und in Echtzeit abrufbar, je nach den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer. Datensätze, die in der Stadt verfügbar sind, sollen häufig mit anderen geteilt werden. Um dies möglichst einheitlich und maschinenlesbar zu bewerkstelligen, werden die Daten in die UDP importiert. Je nach Anwendungsfall werden die Daten gefiltert, neue Berechnungen angestellt und schließlich für die Kartendarstellung visualisiert. Bereitgestellt werden dann sogenannte Schnittstellen, die jeder benutzen kann. Häufig werden Daten in verschiedene Apps eingebunden, manchmal werden sie mit anderen Daten kombiniert und so neue Erkenntnisse erzeugt (Urban Data Platform Hamburg, o.J.b, o.J.c). Die georeferenzierten Daten werden tagesaktuell auf den Karten des Geo-Portals des Hamburg-Atlas (Freie und Hansestadt Hamburg, o.J.) dargestellt. Die UDP des Hamburg-Atlas ist öffentlich zugänglich (Urban Data Platform Hamburg, o.J.a); bestimmte Datensätze sind über Zugriffsrechte nur für Behörden verfügbar. Beispielsweise sind für Evakuierungsplanungen oder die Planung von Flüchtlingsunterkünften u.a. Infrastruktur- und Versorgungsanalysen nutzbar. So können Wegezeiten von bestimmten Orten zu Haltestellen in der Nähe oder zu Nahversorgungseinrichtungen ausgewertet werden. Neben vielen anderen können auch Informationen über soziale Strukturen und Einrichtungen gewonnen werden; etwa wo Alleinerziehende leben, die tagsüber arbeiten, wo Tagespflegeeinrichtungen etc. sind. Auf diese Art können Gruppen bzw. Gebiete mit vermutetem Unterstützungsbedarf identifiziert werden.

Dortmund baut seit 2021 ein kommunales Lagezentrum auf, das fünf bis sechs Stellen erhält. Seit 2017 hatte sich der Bedarf dafür immer deutlicher herausgestellt. Das Lagezentrum soll nicht nur Daten für den Bevölkerungsschutz erheben, sondern auch als Monitoring für die Stadt (z. B. Zielerreichungen) dienen. Da der Bevölkerungsschutz im Einsatzfall höchste Priorität hat, ist es bei der Stabsstelle für die Geschäftsführung des Krisenstabs angesiedelt und nicht beim Büro des Oberbürgermeisters. Personal und Informationen kommen u. a. aus den Geowissenschaften, der Feuerwehr, dem Bereich soziale Medien und dem Bevölkerungsschutz sowie der Statistikstelle der Stadt. Die Statistikstelle kann auf alle wesentlichen und verfügbaren Daten der Stadtverwaltung zugreifen und diese in aggregierter Form datenschutzkonform dem Lagezentrum zur Verfügung stellen.

Mehrere Praxispartner betonten, dass eigentlich genügend Daten vorhanden sind, diese aber zusammengeführt, ausgewertet und zu einem Lagebild verdichtet werden müssten. Reine Datensammlungen, wie sie in der Covid-19-Pandemie von einigen Stäben erstellt wurden, können eine Grundlage für das Lagebild sein, sind aber nicht ausreichend.

Generell gibt es das Problem, dass veröffentlichte bzw. geteilte Lagebilder und -berichte kaum Situationsbewertungen und Zusammenfassungen enthalten, sondern sich auf „Zahlen, Daten, Fakten“ beschränken. In der Regel begründet sich dies darin, dass diese Zusammenfassungen Datenauswertungen und Darstellungen von überwiegend quantitativen Fakten sind, die zur Verdeutlichung und Klarstellung eines komplexen Sachverhaltes gedacht sind und u. a. die Inanspruchnahme und Reserven von Ressourcen verdeutlichen sollen. Diese Lagebilder kommen in Lagebesprechungen zur Präsentation/Berichterstattung der Lage zur Anwendung oder werden als reine Auswertung von Informationen an andere involvierte Stellen mit dem Ziel der Information übersandt. Dieses Lagebild soll die Basis für dann zu treffende Bewertungen in den jeweiligen Stäben bilden und stellt sicher, dass in allen Stäben von denselben Lageinformationen ausgegangen wird. Ohne Bewertungen und Einordnungen ist allerdings ein gemeinsames Lageverständnis schwerer zu erreichen.

Im Folgenden werden einige potenzielle Datenquellen vorgestellt, die nach Erfahrung der Autorinnen in Stäben noch wenig genutzt werden. Die Aufzählung ist nicht vollständig oder abschließend. Anzumerken ist, dass individuelle Daten von Einzelpersonen, die den Verwaltungen vorliegen, nicht einbezogen werden, da der Datennutzung datenschutzrechtliche Hürden entgegenstehen.

4.10.1 Offene Daten von Kommunen, Kreisen, Regionen oder Ländern

Im Rahmen der Open Government Partnership (OGP) gibt es seit 2016 Bestrebungen in Deutschland, offene Verwaltungsdaten unter den Kriterien der Transparenz, Partizipation und Kooperation, z. B. auf Plattformen zu veröffentlichen (Bundesministerium des Innern [BMI] 2021). Beispielsweise stellt das Land Nordrhein-Westfalen auf seinem Open-Data-Portal verschiedenste Daten zur Verfügung. So ist es z. B. möglich, ausgeschriebene Stellen in Behörden von Kommunen und des Landes über die Website Karriere NRW zu suchen (Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen [MWIKE] 2021a). Auch ganze Datensätze können im Open-Government-Bereich gesucht und heruntergeladen werden (MWIKE 2021b).

Für alle Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen besteht die Möglichkeit, diese Daten unentgeltlich und lizenzfrei zu nutzen, aber auch, sie als Grundlage für weitere Bearbeitungen weiterzuverarbeiten. So können digital abrufbare geografische Informationen, z. B. gemeinnützige Geo-Portale, wie QGIS, oder kommerzielle Geo-Portale, wie ArcGIS, um weitere Datenlayer erweitert werden, die einzelne Datensätze beinhalten (z. B. zu Hause gepflegte Menschen, Familien mit kleinen Kindern, Verzeichnis NGOs usw.).

Diese könnten lagespezifisch kombiniert, mit den unterliegenden Geo-Informationen zusammengeführt und entsprechend angezeigt werden. Eine gezielte Suche bzw. Auswertung wäre über Filterfunktionen möglich (z. B. Anzeige auf der Karte, wo zu Hause gepflegte Menschen sind; E. Huber, persönl. Mitteilung, 19.04.2021). Es gibt bereits Ansätze, die diese Herangehensweise verfolgen. Auf der UDP Hamburg gibt es beispielsweise die Möglichkeit, sich adressgenau die Mietpreisspanne für eine Wohnung nach dem geltenden Mietpreisspiegel in verschiedenen Stadtbereichen anzeigen zu lassen (Hamburg.de 2021). Die UDP Hamburg visualisiert eine Übersicht zu den verfügbaren Datensätzen (das sogenannte UDP Cockpit, s. Abb. 2):

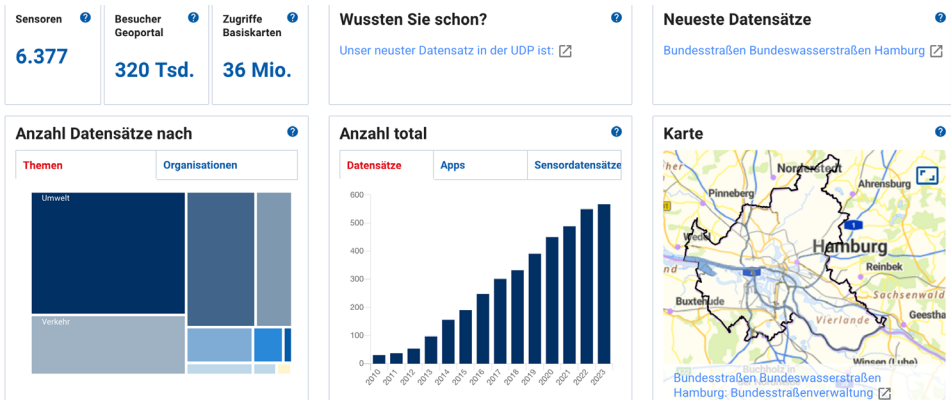


Abbildung 2: Beispiel der Datensätze in der Urban Data Platform Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg 2021)

Die angezeigte Seite ist aufgeteilt in z. T. interaktive Felder und die darin hinterlegten Daten. In der oben gezeigten Ansicht sind meist nicht die tatsächlichen Daten hinterlegt, sondern es handelt sich überwiegend um Metadaten, also Beschreibungen der Datensätze, die über das Portal zur Verfügung stehen. Auch die Information darüber, ob es sich um freie oder zugangsbeschränkte Datensätze handelt, wird dort aufgeführt. Neben der eigenen Informationssuche besteht auch die Möglichkeit, selbst mitzuwirken, d. h. eigene Daten in dieses Portal einzubringen (Freie und Hansestadt Hamburg 2021).

Ein weiteres Beispiel für die Nutzung von Datensätzen ist der britische Stromanbieter WDP, der seinerseits adressgenaue soziodemografische Daten des Datenbrokers Experian nutzt, um Personen zu identifizieren, die im Falle eines Stromausfalls besondere Unterstützung brauchen (Priority Service Register). Auch hier werden Daten mit zugrunde liegenden Geo-Daten verknüpft, um Gefährdungswahrscheinlichkeiten zu berechnen bzw. Einsätze planen zu können (Bridgeman 2017).

Praxisbeispiele

Die LaBS-Praxispartner hatten in unterschiedlichen Lagen in sehr unterschiedlichem Maß Zugriff auf Daten über die Bevölkerung. Meldedaten, Geo-Daten (s. o.) und Daten zu einzelnen Bevölkerungsgruppen (z. B. in öffentlich-rechtlichen Flüchtlingsgemeinschaftsunterkünften) sind bereits vor konkreten Lagen verfügbar und werden teils lageunabhängig ausgewertet. Während laufender Lagen wurden von Stäben der Praxispartner bevölkerungsspezifische Daten, teils auch mit Personenbezug, erhoben. Beispiele hierfür sind:

- Daten (Anzahl, personenbezogenes Datum) evakuierter Menschen aus einem Warn-/Evakuierungsgebiet mit Unterbringungsbedarf in einer Notunterkunft (bei Sturmflut)
- Personenbezogene Daten im Rahmen der Erfassung in der Personenauskunftsstelle (PAST)
- Personenbezogene Daten im Rahmen der Räumung/Evakuierung der Überflutungen Ahrtal 2021 und Aufnahme sowie weitere Versorgung in Notunterkünften und Folgeversorgung
- Personenbezogene Daten im Rahmen der Krisenintervention (KIT/PSNV) nach Unglücken zwecks Erstversorgung und Nachsorge
- Erfassung von Personengruppen und -bewegungen mittels u. a. Luftaufnahmen (Helikopter), Verkehrskameras und Übertragung in den Einsatzstab der Polizei im Rahmen von (gewalttätigen) Aufzügen (z. B. Gruppe der 20 (G-20-Gipfel Hamburg))
- Einbeziehung, aber keine systematische Erhebung bei der Polizei von Daten u. a. zu politischen Einstellungen, sozialen Strukturen, Ethnien, psychologischen Faktoren (z. B. Stress), Sicherheitsgefühl, Solidarisierungseffekten. Datenquellen sind dabei auch soziale Medien und regionale Kriminalanalysen.

Die LaBS-Praxispartner vermissen eine übergreifende Rechtsgrundlage für die Verwendung der in der jeweiligen Verwaltung in „Silos“ vorhandenen Daten für den Bevölkerungsschutz (im BHKG in NRW ist dies vorgesehen). Auch die Integration von Daten, die an nicht staatlichen Stellen vorliegen, wurde gewünscht. Beispielsweise wären Informationen über bettlägerig oder hochgradig hilfbedürftige Pflegebedürftige, die bei den Krankenkassen vorliegen, für Lagen wie Stromausfall, Evakuierung, Impfkampagnen sinnvoll.

Exkurs: Soziale Kartierung/Kollektive Kartierung

Mit dem Projekt ResOrt: Resilienz durch sozialen Zusammenhalt (Biegert et al. 2020) verfolgt das Deutsche Rote Kreuz (DRK) mit der Universität Wuppertal einen alternativen Ansatz: Dabei geht es darum, in Stadtplänen wichtige Faktoren oder Gruppen, die zur Resilienz der Bevölkerung beitragen können, systematisch zu erfassen. Bei der Kartierung wichtiger Faktoren in Stadtkarten in Zusammenhang mit der Stärkung von Zusammenhalt und Widerstandskraft von Quartieren sollen projektweise Stakeholder und wichtige Akteurinnen und Akteure identifiziert werden, die dann an einem runden Tisch verschiedene Katastrophenszenarien durchgehen. Auf diese Weise sollen mögliche vulnerable Gruppen sowie Selbsthilfe- und Nachbarschaftshilfepotenziale identifiziert werden. Die Ergebnisse solcher Workshops, z. B. unter Leitung des DRK, könnten in eine entsprechende Lagebildsoftware eingegeben werden (Biegert et al. 2020).

Auch organisationsunabhängige kollektive Kartierungen, bei denen die Eingabe von Daten durch Bürgerinnen und Bürger selbst erfolgt (Orangotango 2012), könnten zur Datengewinnung bzw. zur Erweiterung der Datenbasis beitragen (Kreutz 2009) und so Ressourcen erschließen, die sonst womöglich nicht in Erscheinung getreten wären. Allerdings wären in diesen Zusammenhängen Validität und Reliabilität von Daten zu hinterfragen. Ebenso wären datenschutzrechtliche Fragen zu klären.

Nach rechtlicher Abklärung und Absicherung durch professionelle Datenrisikoabschätzungen könnten auch geschützte Daten wie z. B. die Adressen von Personen mit künstlichen Herzen aus dem Herzkataster der Deutschen Herzstiftung in eine Karte überführt und mit ausgewertet werden. Hier besteht jedoch ein hohes Schadensrisiko durch einen möglichen Datenmissbrauch. Risiken müssen für den Einzelfall jeweils mit dem konkreten Schadensrisiko einer Notfall-Lage abgewogen werden. Ebenso müssen höchste Datensicherheitsprotokolle und Authentifizierungsroutinen gelten.

Mobilitätsdaten

Google stellte für die Forschung während der Covid-19-Pandemie Mobilitätsberichte durch das Mitprotokollieren der Standorteinstellungen von Anwendungen (wie z. B. bei der Nutzung von Google Maps) zur Verfügung. Dabei registriert der Betreiber im Hintergrund die Anzahl der Besuche bestimmter Orte in einer Region inklusive Zeitprotokollierung. So können die Bewegungsverläufe von Userinnen und Usern gesammelt und aggregiert werden. Diese Mobilitätsprofile werden anonymisiert zur Verfügung gestellt, um sie statistisch weiter zu verarbeiten. Auf diese Weise kann beispielsweise analysiert werden, inwieweit und zu welchen

Zeigen sich Mobilität z. B. vom öffentlichen Nahverkehr auf die Nutzung des Autos verlagert hat (Pirsit, Ermes und Hölscher 2021). Die Berichte stellen die Bewegungstrends in Diagrammform, aufgeschlüsselt nach geografischen Regionen und Kategorien von Orten – beispielsweise Einzelhandel und Freizeit, Läden des täglichen Bedarfs, Parks, Bahnhöfe und Haltestellen, Arbeitsstätten und Wohnorte – dar (Google 2021).

Die Mobilitätsberichte können Informationen dazu liefern, inwieweit sich durch die Regelungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Bewegungsprofile in der Bevölkerung geändert haben. Inwieweit solche Informationen im Krisenfall nützlich sind und in ein Lagebild einfließen könnten, müsste separat eruiert und erforscht werden.

Praxisbeispiel

In Dortmund kommen über 600 Buslinien verschiedenster Verkehrsbetriebe an. Diese werden u. a. von Einpendlerinnen und Einpendlern aus der Region, aber auch von Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus ganz Europa genutzt. Die Analyse, wer in einer Pandemie aus Risikogebieten einreist, würde durch die Kenntnis der Linien und ihrer Belegung erleichtert werden.

4.10.2 Befragungen

Stimmungen bzw. Emotionen und daraus abgeleitete Bedarfe lassen sich nicht aus soziodemografischen Daten oder Mobilitätsprofilen herauslesen. Hierfür ist es erforderlich, zum einen systematisiert Rückmeldungen aus dem psychosozialen Handlungsfeld zu erheben und auszuwerten (Karutz 2020). Zum anderen bieten sich explorative Befragungen als empirische Basis für Aussagen zur psychischen Situation der Bevölkerung an (ebd.). Diese Befragungen sind allerdings relativ aufwendig, zeit- und personalintensiv. Zudem ist es nicht immer möglich, in der zur Verfügung stehenden Zeit repräsentative Querschnitte der Bevölkerung zu erreichen. Insofern ist es nützlich, weitere, z. B. digitale Quellen zur Interpretation heranzuziehen.

Praxisbeispiel

In der Covid-19-Pandemie wurden im COSMO-Projekt (COSMO 2022) regelmäßig repräsentative Stichproben aus der Bevölkerung in Deutschland (teilweise auch in Österreich), befragt nach Einstellungen, Risikobewertung und selbst berichtetem Verhalten, gesammelt. Die Ergebnisse wurden als snapshots regelmäßig veröffentlicht. Für Stäbe können solche übergreifenden Befragungen wertvoll sein, wenn keine Daten aus der eigenen Gebietskörperschaft vorliegen, um im Sinne eines *educated guess* plausiblere Annahmen über die Bevölkerung treffen zu können als nur aufgrund eigener Erfahrungen oder Meinungen.

Übergreifende Daten zu Verhalten und Erleben der Bevölkerung waren den Praxispartnern kaum bekannt. Auch die COSMO-Studie (s. o.) wurde den meisten erst durch Diskussionen in der Fokusgruppe bekannt.

4.10.3 Medienanalyse

Zur Unterstützung und ergänzend zu der Analyse von Befragungen ist es sinnvoll, verschiedene Medien und das Internet in die Recherche einzubeziehen. Zunächst besteht die Möglichkeit, klassische Print-, Funk- und TV-Medien auszuwerten (Karutz 2020). Eine Schlüsselrolle dürfte mittlerweile allerdings die digitale Lageerkundung bilden (Tutt 2019). Über Stimmungseinschätzungen in der Bevölkerung, aber auch bei Einsatzkräften können durch die Beobachtung sozialer Medien eventuelle Diskrepanzen zwischen der Lagewahrnehmung im Krisenstab und in der Bevölkerung entdeckt werden. Außerdem können Initiativen zur Lagebewältigung durch die Bevölkerung identifiziert werden, wodurch die Selbsthilfefähigkeit und Hilfsbereitschaft der Bevölkerung eingeschätzt werden können (ebd.). Psychosoziales Online-Monitoring wird auch an anderer Stelle vorgeschlagen, um die Analyse der psychischen Situation der Bevölkerung zu leisten bzw. zu unterfüttern. Dieses Monitoring wird von einem VOST geleistet, welches in einem eigenen Social Media Command Center (SMCC) arbeitet und die Daten für die Einbringung in das Lagebild aufbereitet (Karutz 2020). Die Beobachtung der enormen Menge an Daten – beispielsweise wurden nach einem Erdbeben in Neuseeland 2011 pro Stunde 7.500 Tweets abgesetzt – überbeansprucht die Möglichkeiten eines normalen Stabs bei Weitem (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg 2021). So wurde die Gründung von Virtual Operations Support Teams in Deutschland bereits 2015 vorgeschlagen (Martini et al. 2015) und unter anderem in Baden-Württemberg umgesetzt (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg 2021). Die Aufgabe eines VOST ist es, einen Stab beim Umgang mit digitalen Informationen zu unterstützen, indem es

diese Informationen in Form von Bildern, Filmclips, Textbeiträgen usw. sammelt, sichtet, aggregiert, verifiziert und für das Lagebild nutzbar macht (Martini et al. 2015). Das Konzept eines VOST besteht aus der Verknüpfung von professioneller Stabsarbeit mit der Hilfe von ehrenamtlichen Helfenden, die dezentral ausgewählte Aufgaben oder Fragestellungen bearbeiten (z. B. Sortieren von Bildern) (ebd.). Die ehrenamtlichen Helfenden können zu einem festen Team gehören (Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg 2021) oder durch Crowdsourcing als Spontanhelfende gewonnen und durch eine Teamleiterin oder einen Teamleiter koordiniert werden. Dadurch, dass die Mitglieder eines VOST überall da arbeiten können, wo es Internet gibt – d. h., sie sind nicht örtlich gebunden –, können sie sehr flexibel und schnell eingesetzt werden. Die reibungslose Zusammenarbeit mit dem Stab kann durch Verbindungspersonen vor Ort gewährleistet werden (Martini et al. 2015). Dies sind allerdings neuere Entwicklungen, die aktuell erprobt und evaluiert werden.

Die Verknüpfung der Information aus der und über die Bevölkerung mit Kommunikation an die Bevölkerung wird ebenfalls bereits erprobt:

„Eine anhaltende Energiemangellage führt unweigerlich zu einem enormen Informationsbedürfnis der Bevölkerung. Deshalb sollte die Bewertung der ‚Medienlage‘ in den klassischen und sozialen Medien immer ein Teil des Gesamtlagebildes sein – besonders für strategisch-politische Krisenstäbe. [...] Eine wesentliche Erkenntnis, die auch in der LÜKEX 2018 deutlich geworden ist, ist die Einsatzmöglichkeit von Kommunikation als Steuerungsinstrument. In der Übung haben z. B. Baden-Württemberg, Sachsen, Brandenburg, Berlin und das BMWi die Möglichkeiten genutzt, gezielte Handlungsempfehlungen an die Bevölkerung zu streuen und durch soziale Medien Lageinformationen zu sammeln oder zu verifizieren“ (BBK 2019a: 35).

4.10.4 Exkurs: Crowd Management und Crowd Simulation

Neben der Methode der klassischen Befragungen, die erst im Laufe einer Krise durchgeführt und ausgewertet werden können, könnte bezüglich der Eruiierung von Stimmungen bzw. Emotionen der Bevölkerung ein Exkurs in die Forschung zu **Crowd Management** und Crowd Simulation lohnenswert sein. Unter Crowd Management versteht man „alle Maßnahmen, die Voraussetzung für die Steuerung und Überwachung des sicheren Ablaufs einer Veranstaltung sind“ (Künzer und Hofinger 2021: 520). In den Sicherheitskonzepten von Veranstaltungen werden bereits im Vorhinein die Ergebnisse von u. a. Risikoanalysen und durchgespielten möglichen Szenarien festgehalten, die durch eine enge Zusammenarbeit vieler verschiedener Akteurinnen und Akteure zustande kamen (ebd.). Für die Einschätzungen bezüglich der Beschaffenheit von Besuchergruppen werden ähnliche Daten wie

für die herangezogen, wie sie für die Erstellung eines Lagebilds der Bevölkerung nützlich sein könnten:

- Demografische Informationen, z. B. Alters- und Geschlechtsverteilung, Nationalitäten
- Anforderungen bezüglich Barrierefreiheit (z. B. Menschen mit körperlichen Einschränkungen, Geh- oder Sehbehinderung, Gehörverlust etc.)
- Erwartete emotionale und physiologische Zustände (z. B. Erschöpfung bei einer Veranstaltung)
- Mögliche Informationsbedarfe bezüglich des Veranstaltungsverlaufs, des Gebäudes oder Geländes (ebd.)

Methodisch kommen die Daten in ähnlicher Weise zustande, wie bei dem oben genannten Konzept des Projekts ResOrt des DRK vorgesehen: Für die geplante Veranstaltung kommen wichtige Akteurinnen und Akteure zusammen, diskutieren hypothetische Situationen bzw. gehen gedanklich verschiedene Szenarien durch, versuchen sich in die (auch psychische und emotionale) Lage von Personen bzw. Gruppen zu versetzen und schätzen körperliche, emotionale und psychische Zustände, Bedürfnisse und Reaktionsweisen ab. Dies sind einerseits wertvolle Daten, andererseits basieren sie auf subjektiven Schätzungen und können daher in Bezug auf Validität und Reliabilität nicht unbedingt einen wissenschaftlichen Anspruch erfüllen.

Eine Möglichkeit, Vorhersagen über die Bewegungen von Menschenmengen bzw. -gruppen zu treffen, sind die computergestützten Personenstromsimulationen, die zunehmend in der Lage sind, z. B. Bewegungen von Gruppen auf Geländen oder in Gebäuden zu modellieren. **Crowd Simulation** unterstützt bereits heute in der Planungsphase von Veranstaltungen dabei, Planungsfehler oder die Konsequenzen kritischer Entscheidungen aufzudecken respektive besser abzuschätzen (Kneidl und Simon 2021). Bei komplexer Gebäudegeometrie oder unterschiedlichen Nutzungen von Veranstaltungsorten können sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Restrisiko zu verringern (ebd.). Dafür werden Erkenntnisse aus der Sozialpsychologie und Techniken zur Modellierung von Verhalten aufeinander bezogen. So können beispielsweise „Abläufe veranschaulicht und optimiert, ‚Was-wäre-wenn‘-Szenarien durchgespielt, Kapazitätsgrenzen definiert und Räumungszeiten ermittelt werden“ (Kneidl und Simon 2021: 556). Obwohl die Simulationen auf theoretischen Erkenntnissen beruhen, zeigt eine Simulation jedoch immer nur eine mögliche Realität. Auch ist der Bedienungsaufwand höher, je komplexer ein Tool ist, weshalb der Einsatz einer Simulation wohlüberlegt sein sollte.

Die möglichen Quellen, aus denen Daten für ein Lagebild Bevölkerungsverhalten geschöpft werden können, sind vielfältig. Dabei gibt es Daten, die bereits vor einer Lage zur Verfügung stehen sollten, wie statistische oder kartenbasierte Informationen aus öffentlichen Quellen. Und es gibt Daten, die während einer Lage abgerufen bzw. erhoben werden müssen, wie ein Verzeichnis von Patientinnen und Patienten mit Heimdialysegeräten (z. B. bei Stromausfall) oder Befragungen zu Ängsten und psychischen Belastungen. Viele dieser Daten sind zugänglich, werden aber oft nicht abgefragt. Bei anderen Daten bestehen Unsicherheiten bezüglich des Datenschutzes. In vielen Fällen verharrt die Informationssammlung bei Fakten und Zahlen, statt diese hinsichtlich der Einsatzziele zu aggregieren und zu interpretieren. Unter Umständen mangelt es in Stäben an Personen, die diesbezügliche Kompetenzen aufweisen.

Daher sollte zum einen versucht werden, Datenverfügbarkeit und rechtliche Sicherheit bereits vor einer krisenhaften Situation herzustellen. Zum anderen sollten personelle Ressourcen sichergestellt werden, entweder in Form von Mitarbeitenden im Lagezentrum oder durch Kontakte zu unterstützenden Gruppen wie z. B. VOST-Teams.

Etliche der oben genannten bevölkerungsbezogenen Daten liegen in Verwaltungen bereits vor; weitere Daten sind öffentlich frei einsehbar oder können von spezialisierten Anbietern zugekauft werden. Die Verknüpfung dieser Datenquellen wäre zur Erstellung eines Lagebilds Bevölkerung nützlich. Für einige Datenarten ist die Zusammenführung einfach umsetzbar: Zum Beispiel können über die Lagekarte eines Schadensgebietes Karten(ebenen) mit kritischer Infrastruktur, Religionsstätten, Kitas etc. gelegt werden. Für etliche Datenarten ist die gewünschte Zusammenführung allerdings faktisch und rechtlich nicht einfach umsetzbar:

- **Zugriffsrechte bzw. Beschränkungen des Zugriffs** im Rahmen des **Datenschutzrechtes**: Unter Datenschutzaspekten ist ein Zugriff auf Daten rollenbezogen beschränkt. In Datenbanken erfasste personenbezogene Daten dürfen ausschließlich zum ursprünglichen Zweck der Erhebung der Daten eingesehen und weiterverarbeitet werden. Zwar gibt es für die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten mit § 17 des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes bereits eine Ermächtigungsgrundlage für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und damit für den Bund (Bundesministerium der Justiz und Bundesamt für Justiz 1997). Allerdings müssten zum einen für einen erfolgreichen und schnellen Zugriff auf Daten bereits im Vorhinein viele Daten erhoben und abgespeichert werden. Zum anderen müssten regions- bzw. ortsspezifische Daten auch auf Landesebene und auf der Ebene des unteren Katastrophenschutzes, d.h. auf Kreisebene, verarbeitet werden können, um sie in ein digitales Lagebild vor Ort einspeisen zu können. Inwieweit eine solche Datenerhebung bzw. -verarbeitung rechtlich gedeckt ist, wäre zu überprüfen. Gegebenenfalls müsste die bestehende rechtliche Grundlage überarbeitet und erweitert werden (Desoi 2018). Die Auslegung bisheriger Maßgaben in Errichtungsanordnungen ist ausgesprochen restriktiv und sensibel. Damit muss der Krisenstab entweder eine Berechtigung für den Zugriff erhalten (z. B. für die Funktion Lage) oder es müssen Personen im Stab zugreifen können.
- **Wissen um die Existenz der Daten**: Da die Krisenstabsmitglieder unterschiedlichen Fachlichkeiten und Bereichen entstammen, wissen sie häufig gar nicht, welche Daten in welchem Format in den verschiedenen Bereichen ihrer Behörden vorhanden sind. Daten und Ergebnisse aus Forschungsprojekten sind grundsätzlich recherchierbar. Ohne Wissen bzw. Kenntnis über die Existenz möglicher Datenarten ist jedoch davon auszugehen, dass diese nicht gesucht

bzw. genutzt werden. Es gibt nach Wissen der Autorinnen keinen übergeordneten „Datendienst“, der Verwaltungsstäben z. B. auf relevante Forschungsprojekte zu einer aktuellen Lage hinweisen könnte. Die wenigsten Behörden haben einen eigenen wissenschaftlichen Dienst. Von daher ist es der Vernetzung der Stabsmitglieder oder dem Zufall ihrer persönlichen Lesegewohnheiten überlassen, ob ein Stab von bestimmten Daten erfährt.

- **Übertragung** auf den betroffenen Bereich: Viele relevante Daten liegen nicht für die jeweils betroffene Gebietskörperschaft vor. Dies gilt für wissenschaftliche Daten wie z. B. die o. g. COSMO-Studie. Es muss also im Stab jeweils überprüft werden, inwieweit die Ergebnisse für die eigene Gebietskörperschaft zutreffen bzw. relevant sein könnten.
- **Schnittstellen:** Die erforderlichen Schnittstellen für die Datenpakete, die Datenformate und die Aufwände, entsprechende Daten einzugeben und aktuell zu halten, stellen teilweise große Hürden dar (E. Huber, persönl. Mitteilung, 19.04.2021). Damit der Zugriff auf Daten und Komponenten sowie Prozesse möglichst störungsfrei funktioniert, müssen die Schnittstellen eindeutig definiert sein. Damit zusammenhängend gibt es in Bezug auf Datenformate im öffentlichen Bereich mittlerweile zwar Anforderungen bzw. Eingrenzungen auf bestimmte Formate wie z. B. das in öffentlichen Verwaltungen genutzte Format XöV, aber tatsächlich liegen viele Daten der öffentlichen Hand nicht in entsprechenden Formaten vor (E. Huber, persönl. Mitteilung, 19.04.2021). Abbildung 3 zeigt unten stehend ein mögliches Schema, wie Inhalte verschiedener Datenpakete über eine Schnittstelle in eine Datenbank eingespeist werden, die wiederum als Grundlage für eine Plattform dient, auf der die Visualisierung eines Lagebilds basiert. Liegen diese Datenpakete nicht in kompatiblen Formaten vor, wird die Überführung in ein solches per Schnittstelle u. U. sehr aufwendig. Ähnliches gilt für die ständige Aktualisierung der Daten. Auch die Eingabe von Daten in eine vorhandene Maske, die dann in einem Standardformat abgespeichert wird, kostet viele Ressourcen und scheint daher in den meisten Fällen für eine konkrete Notlage nicht zielführend. Das Beispiel der Software SORMAS, mit der u. a. die Kontaktnachverfolgung in Gesundheitsämtern digital unterstützt werden soll, zeigt, dass selbst bei Verfügbarkeit die Hürden für eine breitflächige Verwendung vielfältig und hoch zu sein scheinen.

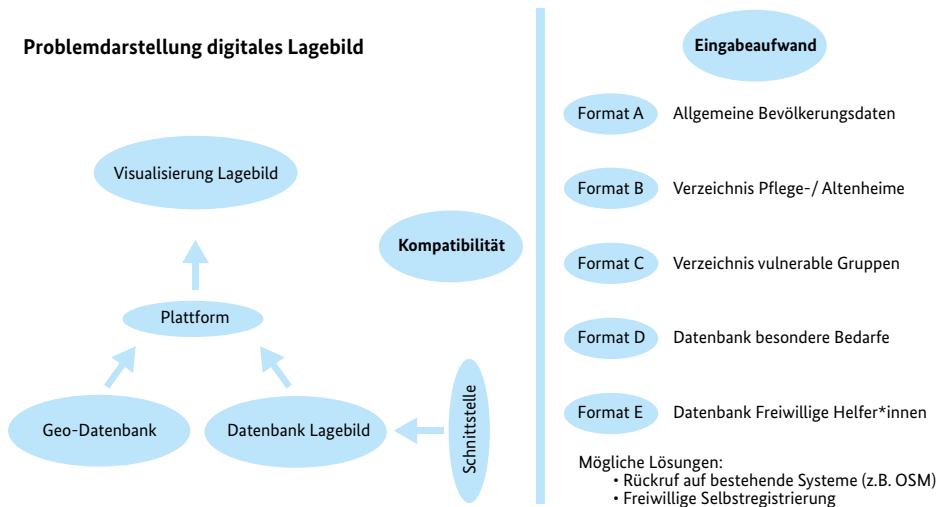


Abbildung 3: Problemstellung Datenmodell des digitalen Lagebilds (Erstellerin: Cleo Becker)

Die Verknüpfung von Daten ist noch wenig umgesetzt und viele zugehörige rechtliche Fragestellungen sind bislang ungeklärt. Dies zeigte sich auch in den Fokusgruppen mit den Praxispartnern. Datenquellen lagen bei den Praxispartnern meist nicht verknüpft vor und mussten von den Stäben in Beziehungen zueinander gesetzt werden. Die Praxispartner wünschten sich mehrheitlich einen elektronischen Abruf und eine automatisierte Verknüpfung und Verschränkung von Daten zur Erstellung eines nutzerspezifischen Lagebilds. Neben der Verknüpfung behördenintern vorliegender Daten war ein weiterer Wunsch der nach einem behördenübergreifenden Lagebild. Darunter fällt auch die Teilhabe der PSNV an den Informationen der Einsatzorganisationen, z. B. darüber, wo sich Bevölkerung versammelt.

Ausdrücklich wünschenswert ist für die Praxispartner die bundesweite Umsetzung der Digitalisierungsstrategie sowie die damit verbundene Verknüpfung vorhandener und weitestgehend auch uneingeschränkt nutzbarer Daten im Alltag und in der Krise. Die gewünschten Datenverknüpfungen und Automatisierungsschritte stehen teils in Konflikt mit dem Datenschutzrecht oder müssen überhaupt erst rechtlich abgeklärt werden. Dies wurde im vorliegenden Projekt nicht weiter betrachtet.

Wenn Stäbe vorliegende Daten und Datensammlungen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten nutzen wollen, sollten sie dies organisatorisch und rechtlich abklären lassen.

Praxisbeispiel

Im Bundesland eines Praxispartners wird mit großer Anstrengung die Datenauswertung über eine regulär vom IT-Dienstleister zur Verfügung gestellte Softwarelösung durchgeführt. Damit gelingt die Verknüpfung aller in unterschiedlichen Datenformaten vorliegenden (bisher Controlling-)Daten und die Visualisierung und Auswertung dieser Daten sowie die Historisierung von tagesaktuellen Daten in der gesamten Behörde. Damit erschließen sich vollkommen neue Horizonte bei der Nutzung von Daten, die bisher bereits vorhanden, jedoch teilweise nicht bekannt waren und in Datensilos der jeweiligen Abteilungen vorgehalten wurden. So können Daten zu Auswertungen und Beziehungen miteinander verknüpft und Ableitungen wie z. B. Prognosen erstellt werden. Auch für das Lagebild Flüchtlinge des Bundeslandes kommt dieses Produkt zum Einsatz und wird künftig die bisher aus einer Vielzahl von Behörden und Ämtern in unterschiedlichen Formaten und über unterschiedliche Wege (E-Mail, Internet) übermittelten Daten für das Lagebild über Schnittstellen automatisiert auslesen, miteinander verknüpfen und visualisieren. Unter Anbindung des Produkts an die Datenplattform und die Einbindung weiterer Schnittstellen werden diese Daten wiederum in anderen (kartenbasierten) Anwendungen weiterverwendet werden können.

Wenn Stäbe ein Lagebild oder Lagefeld Bevölkerungsverhalten erstellen, sollte dies ein Bestandteil der behördlichen Kommunikation sein, sowohl zu anderen Behörden als auch gegenüber der Bevölkerung:

Verschiedene an der Lagebewältigung beteiligte Behörden benötigen ein gemeinsames Lagebild (*common operational picture* (Wolbers und Boersma 2013)). Dies entspricht auch der Idee der Multiagency Coordination Systems (MACS), die gemeinsame, abgestimmte, strukturierte Lagebilder verlangt (z. B. FEMA Emergency Management Institute 2017, Firescope California 2018). Aus Sicht der Autorinnen sollte das gemeinsame Lagebild Aussagen zum Bevölkerungsverhalten umfassen. Aktuell kommen in Lagebild-Meldungen an andere Stäbe oder übergeordnete Behörden jedoch Informationen zur Bevölkerung nach Kenntnis der Autorinnen nicht vor; die entsprechenden Meldevordrucke sehen das Thema nicht vor. Damit kann keine Kommunikation zwischen Behörden über Status, Verhalten, Bedürfnisse und Ressourcen der Bevölkerung stattfinden und die Bevölkerung bleibt Objekt behördlichen Handelns.

Wenn Stäbe damit beginnen, das Lagebild Bevölkerungsverhalten zu erstellen, sollte dies begleitet sein von einer Änderung der Vorgaben für Lagemeldungen zwischen Stäben und zu übergeordneten Behörden. Dies wird ohne Initiative der oberen Behörden (Länder, Regierungspräsidien) kaum umzusetzen sein.

Praxisbeispiel

Während der Covid-19-Pandemie wurden vom Stab eines Praxispartners die Informationen, die zur Bevölkerung erhoben worden waren (z. B. bezüglich Impfbereitschaft) in das Lagebild an die übergeordnete Behörde eingeschlossen. Diese verlangte jedoch ein Lagebild ohne die zusätzlichen Informationen, da Informationen über die Bevölkerung offensichtlich nicht eingeordnet bzw. verwendet werden konnten.

Das Lagebild Bevölkerungsverhalten könnte nicht nur in der Kommunikation zwischen Behörden nützlich sein, sondern auch der Bevölkerung zurückgespiegelt werden. Für das behördliche Lagebild generell (nicht explizit auf Bevölkerungsverhalten bezogen) wird dies in Österreich im Rahmen des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) angestrebt. Das übergreifende behördliche Lagebild soll als gesamtheitliche, auf die Schadenslage fokussierte, gefilterte Version mittels einer Plattform bzw. Homepage aufbereitet werden (Wahl 2020: 122). So wäre es möglich, die Bevölkerung mit einheitlichen und abgestimmten Informationen zu versorgen. Die Notwendigkeit der Einsatzkommunikation aus Stäben heraus wurde auch auf einem Workshop mit Expertinnen und Experten zur Stabsarbeit 2021 betont und wie folgt zusammengefasst: Medialität als Ergebnis von Digitalität erfordert zunehmend einen Fokus auf Wahrheit, Stimmung sowie Bevölkerungslage und kann die Wichtigkeit der Einsatzkommunikation (weiter) steigen lassen. Dies muss mit entsprechenden personellen Strukturen unterlegt werden (Gißler und Fiedrich 2021: 5).

Gastbeitrag: Psychosoziale Lageberichte im Corona-Krisenmanagement der Stadt Mülheim an der Ruhr von Prof. Dr. Harald Karutz

Einführung

In Mülheim an der Ruhr wurde während der Covid-19-Pandemie – angegliedert an die dortige Berufsfeuerwehr – eine Stabsstelle eingerichtet, deren Aufgabe die Unterstützung der städtischen Krisenkommunikation sowie die Etablierung eines kommunalen Psychosozialen Krisenmanagements war. Um den Krisenstab über psychosoziale Aspekte des Pandemiegeschehens zu informieren und im Hinblick auf erforderliche Entscheidungsprozesse eine fundierte Grundlage zu liefern, wurden von dieser Stabsstelle anfangs täglich, später in größeren Abständen (einmal pro Woche, 14-tägig bzw. alle vier Wochen) ausführliche psychosoziale Lageberichte erstellt.

Eine schematische Gesamtübersicht zu den verwendeten Erkenntnisquellen sowie zur Erarbeitung der psychosozialen Lagebilder in Mülheim an der Ruhr wird in Abbildung 4 dargestellt.

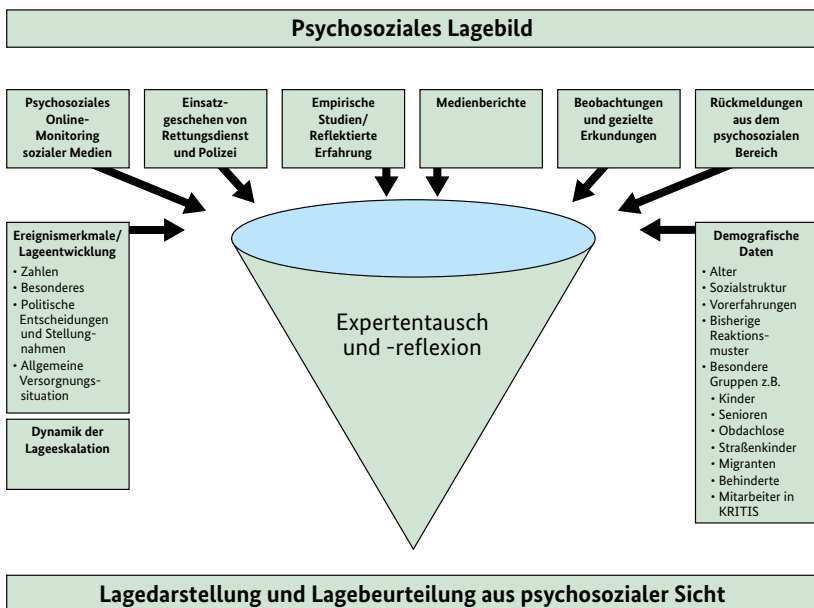


Abbildung 4: Informationsquellen für psychosoziale Lageberichte (Ersteller: Harald Karutz)

Psychosoziale Lageberichte als Handlungsgrundlage

Von März 2020 bis Juli 2022 sind insgesamt 75 solcher Berichte entstanden. Sie enthielten jeweils Informationen zur aktuellen Situation, zu möglichen Entwicklungen, zu bereits etablierten und geplanten psychosozialen Versorgungsangeboten sowie zu Handlungsempfehlungen für die Krisenkommunikation und zum Psychosozialen Krisenmanagement. Als inhaltliche Grundlage der Berichte wurde regelmäßig eine Vielzahl unterschiedlicher Quellen herangezogen und ausgewertet (s. Abb. 4):

- Ein psychosoziales Online-Monitoring der sozialen Medien (POMSoM),
- die polizeiliche und rettungsdienstliche Einsatzlage (Karutz et al. 2022),
- verfügbare empirische Studien,
- reflektierte Erfahrungen,
- die Berichterstattung in den Medien,
- eigene Beobachtungen und Erkundungen,
- systematisiert erfasste Rückmeldungen aus dem psychosozialen Handlungsfeld,
- relevante Einzelfallschilderungen sowie
- diverse weitere Erkenntnisquellen wie z. B. der Krisenverlauf an sich sowie allgemeine Informationen zur Bevölkerung in Mülheim an der Ruhr.

Diese Quellen werden nachfolgend in einem kurzen Überblick dargestellt. Eine kritische Reflexion und ein Resümee der mit den psychosozialen Lageberichten in Mülheim an der Ruhr gesammelten Erfahrungen schließt sich an. Die Ausführungen basieren auf geringfügig modifizierten Passagen aus dem Abschlussbericht zur Dokumentation des kommunalen Psychosozialen Krisenmanagements in Mülheim an der Ruhr, der 2022 im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe entstanden ist.

Psychosoziales Online-Monitoring der sozialen Medien

Als ein Pilotprojekt, das es in dieser Form bislang noch nicht gegeben hat, wurde in Mülheim an der Ruhr ein psychosoziales Online-Monitoring sozialer Medien (POMSoM) etabliert (ausführlich s. Karutz et al. 2022). Zu diesem Zweck wurden User-Postings bzw. Kommentare auf verschiedenen Facebook-Seiten manuell – mithilfe eines eigens dafür programmierten Dashboards – in vorgegebene Kategorien einsortiert.

Im Einzelnen ausgewertet wurden neben der eigenen Facebook-Seite der Stadt Mülheim an der Ruhr noch zwölf weitere, die Stadt betreffende Facebook-Gruppen sowie vier Facebook-Seiten lokaler Medien. Im Zeitraum vom 30.03.2020 bis zum 31.03.2021 wurden insgesamt 207.896 Facebook-Postings bzw. Kommentare

inhaltsanalytisch kategorisiert, das sind rein rechnerisch rund 570 Postings bzw. Kommentare pro Tag; rund 17.000 Postings bzw. Kommentare pro Monat.

Zunächst wurden zwölf Kategorien, von denen angenommen wurde, dass sie für den Auswertungsprozess relevant sein würden, theoretisch hergeleitet (beispielsweise „Freude“, „Angst bzw. Sorge“, „Traurigkeit“, „Wut und Aggression“ usw.). Aufgrund der hohen Anzahl an Zuordnungen zur Kategorie „Sonstiges“ wurden im weiteren Verlauf der Pandemie sechs und später nochmals vier weitere Kategorien ergänzt. Anschließend wurden absolute und relative Häufigkeiten dieser Kommentare tabellarisch und in Form von unterschiedlich skalierten Grafiken bzw. Kurvendiagrammen mit Microsoft Excel® aufbereitet, sodass auch Verläufe wie z. B. die Zunahme von aggressiven Äußerungen, häufigere Hilfeersuchen, der zunehmende Ausdruck von Ratlosigkeit, Ohnmacht und Verzweiflung usw. sichtbar geworden sind.

Für eine etwas anschaulichere Darstellung des Stimmungsbildes wurden verschiedene Kategorien später zusammengefasst. Teilweise haben schon einzelne Kurvenverläufe relevante Hinweise gegeben, die im Psychosozialen Krisenmanagement berücksichtigt werden konnten. Teilweise mussten Kurvenverläufe aber auch im Vergleich mit anderen und erst über größere Zeiträume hinweg betrachtet werden, um verwertbare Informationen daraus abzuleiten. Insbesondere für die Formulierung von Bevölkerungsansprachen des Krisenstabs-Leiters hat sich das POMSoM bewährt, wenngleich der Zeit- und Arbeitsaufwand zweifellos enorm gewesen sind und sich im Verlauf der Pandemie verschiedene methodische Schwierigkeiten herausgestellt haben. Der angemessene Umgang mit Ironie und Sarkasmus sowie die Bewertung von Redundanzen durch das „Teilen“ von Beiträgen oder „Re-Postings“ bedarf beispielsweise noch einer genaueren Analyse (ausführlich s. Karutz und Poth 2022). Darüber hinaus ist zu beachten, dass das POMSoM ohnehin nur Äußerungen von Social-Media-Usern, d. h. allenfalls einen Teilbereich der psychosozialen Gesamtlage abbilden kann.

Polizeiliche und rettungsdienstliche Einsatzlage

Ebenfalls ausgewertet wurde die polizeiliche und rettungsdienstliche Einsatzlage. Mit der Polizei in Mülheim an der Ruhr war hierzu vereinbart worden, dass etwaige Auffälligkeiten im Einsatzgeschehen über einen Verbindungsbeamten per Mail an das Psychosoziale Krisenmanagement gemeldet würden. Regelmäßig standen auf diese Weise Fallzahlen zu Einsätzen im Kontext häuslicher Gewalt zur Verfügung. Gleiches gilt für Statistiken zu sogenannten Aggressionsdelikten, denen im gesamten Pandemieverlauf auf kommunaler Ebene aber keine Auffälligkeiten entnommen werden konnten.

Die Rettungsleitstelle der Berufsfeuerwehr Mülheim an der Ruhr stellte einmal im Monat eine Übersicht zur Verfügung, in der die Häufigkeiten bestimmter Einsatz- bzw. Alarmierungsstichworte verzeichnet gewesen sind; unter anderem wurden hier Einsätze des städtischen Rettungsdienstes bei Suiziden und Suizidandrohungen sowie bei „hilflosen Personen hinter verschlossenen Türen“ in den Blick genommen.

Verfügbare empirische Studien

Über empirische Untersuchungen wurde in den Lageberichten berichtet, wenn sie Hinweise enthalten haben, die auch für das kommunale Krisenmanagement von Bedeutung gewesen sind. Regelmäßig wurden zum Beispiel die Erhebungswellen des Corona-Snapshot-Monitorings (COSMO; Betsch et al. 2020) ausgewertet und stark komprimiert in die psychosozialen Lageberichte aufgenommen. Aber auch auf andere Studienergebnisse wurde hingewiesen, etwa auf die von Hamburger Wissenschaftlern durchgeführte COPSYS-Studie zum Pandemieerleben von Kindern und Jugendlichen (Ravens-Sieberer et al. 2021), die Arbeiten von Andresen, Lips und Möller (2020a, 2020b), in denen ebenfalls die Situation von Kindern und Jugendlichen untersucht wurde, oder die Studie von Horn und Schweppe (2020) zum Krisenerleben hochbetagter Menschen, um hier nur eine kleine Auswahl relevanter Studien anzuführen.

Mehrfach wurden außerdem Berechnungen vorgenommen, um Erkenntnisse, die in bundesweiten Untersuchungen gewonnen wurden, auf die Situation in Mülheim an der Ruhr zu beziehen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass zugrunde liegende Stichproben nicht immer exakt vergleichbar waren, wurden Studienergebnisse dabei auf die Bevölkerung bzw. einzelne Bevölkerungsgruppen in Mülheim an der Ruhr übertragen. Diese Berechnungen wurden in die psychosozialen Lageberichte eingefügt und waren außerordentlich wichtig, um den Zahlen zum Infektionsgeschehen (Infizierte, Erkrankte, Genesene, Getestete, Inzidenzen usw.) weitere Zahlen aus einer psychosozialen Perspektive gegenüberzustellen.

Eigene empirische Erhebungen innerhalb der Stadt Mülheim an der Ruhr wurden seitens des kommunalen Psychosozialen Krisenmanagements zwar mehrfach angestrebt, ließen sich aus personellen Gründen jedoch kaum verwirklichen. Eine Ausnahme stellte eine explorative Ad-hoc-Befragung von rund 200 Kindern und Jugendlichen dar, die am ersten Unterrichtstag nach den ersten Schulschließungen, d. h. am 20.04.2020, zu ihrer Einschätzung der Pandemiesituation befragt wurden (Karutz et al. 2020).

Reflektierte Erfahrungen

Sofern diese relevant und übertragbar schienen, wurde in den psychosozialen Lageberichten auch auf Erfahrungen hingewiesen, die in anderen Krisen- und Katastrophensituationen bzw. anderen Handlungsfeldern gewonnen werden konnten (s. z. B. Blank-Gorki et al. 2018, Helmerichs et al. 2020).

Die Bedarfe und Bedürfnisse von Betroffenen bei Amokläufen und Terrorakten sind sicherlich nicht mit denen in einer Pandemie identisch. Sorgfältig reflektierten Erfahrungen aus der Praxis der Psychosozialen Notfallversorgung bzw. des Psychosozialen Krisenmanagements konnten aber durchaus auch einige Hinweise für die Gestaltung von Hilfsangeboten in der Covid-19-Pandemie entnommen werden.

Berichterstattung in den Medien

Medienberichte zur Pandemie sowie zum Krisenmanagement wurden ebenfalls ausgewertet. Aus diesem Grund wurden lokale Print- und Onlinemedien sowie verschiedene überregionale Online-Nachrichtenplattformen im gesamten Pandemieverlauf aufmerksam beobachtet.

Dabei ging es nicht etwa um die Gewinnung von Fachinformationen, sondern um die Frage, ob eine bestimmte Berichterstattung sich in psychosozialer Hinsicht auswirken, bestimmte Reaktionen verursachen oder eine Reaktion seitens des Krisenmanagements erforderlich machen könnte. Mehrfach wurde in den psychosozialen Lageberichten beispielsweise auf Berichte zu öffentlichen Suiziden hingewiesen, die im Hinblick auf einen möglichen Werther-Effekt als problematisch betrachtet wurden. Dies hat dann u. a. den Anlass gegeben, in Videoansprachen und in den sozialen Medien (erneut) „suizidpräventiv“ auf die zur Verfügung stehenden Hilfsangebote in Mülheim an der Ruhr hinzuweisen.

Eigene Beobachtungen und Erkundungen

In einigen Fällen wurden auch Beobachtungen aufgegriffen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Psychosozialen Krisenmanagements selbst gemacht hatten. Teilweise handelte es sich dabei um Situationen, die rein zufällig in den Blick geraten sind und die in einigen Fällen auch Anlass zu vertiefenden bzw. objektivierenden Recherchen gegeben haben. Teilweise wurden aber auch gezielte Erkundungen vorgenommen, um eine konkrete (Teil-)Lage im Stadtgebiet – beispielsweise das Verhalten von Jugendlichen in einem „Skatepark“ – besser einschätzen zu können.

Rückmeldungen aus dem psychosozialen Handlungsfeld

Unterschiedlichste Fachkräfte aus Beratungsstellen, aus der Sozialarbeit, aus der Psychotherapie, aus der Seelsorge, aus städtischen Ämtern und Einrichtungen sowie aus den Wohlfahrtsverbänden, die an Netzwerktreffen für das kommunale Psychosoziale Krisenmanagement teilgenommen haben, schilderten im Pandemieverlauf immer wieder ihre Beobachtungen und wiesen auf besondere Problemstellungen hin. Durch die Ausführungen dieser Kolleginnen und Kollegen konnte eine umfangreiche, interdisziplinäre bzw. multiprofessionelle Expertise in die Ausarbeitung der psychosozialen Lageberichte einbezogen werden.

Relevante Einzelfallschilderungen

Über Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten psychosozialen Handlungsfeld, aus Schulen und Kindertagesstätten, aus Kinderarztpraxen sowie nicht zuletzt auch aus der Bevölkerung selbst wurden im gesamten Pandemieverlauf immer wieder Einzelfallschilderungen an das Psychosoziale Krisenmanagement herangetragen – meist verbunden mit einer konkreten Unterstützungsbitte, der dann in der Regel – sofern möglich – auch entsprochen wurde. Viele dieser Einzelfallschilderungen wurden aber auch gezielt aufgegriffen, um in den psychosozialen Lageberichten auf besondere Problemstellungen aufmerksam zu machen. Selbstverständlich sind Einzelfallschilderungen nicht geeignet, um daraus Pauschalisierungen abzuleiten bzw. Verallgemeinerungen vorzunehmen. Sie sind aber exemplarisch relevant, machen Probleme oftmals erst konkret nachvollziehbar und können durchaus ebenfalls wichtige Hinweise für die Gestaltung psychosozialer Unterstützungsangebote bzw. Hinweise auf andere Handlungsbedarfe seitens des Krisenmanagements liefern.

Weitere Erkenntnisquellen

Als weitere „Informationslieferanten“ für die psychosozialen Lageberichte wurden verschiedene „graue Quellen“ herangezogen. Hier sind v. a. Positionspapiere, Stellungnahmen und Empfehlungen von Fachgesellschaften und -verbänden, relevanten Institutionen wie z. B. der Leopoldina sowie einzelnen Expertinnen und Experten anzuführen. Zurückgegriffen wurde ebenfalls auf statistische Angaben zur Alters- und Sozialstruktur in den einzelnen Mülheimer Stadtteilen (s. z. B. Stadtverwaltung Mülheim Ruhr 2020a, 2020b). Berücksichtigt wurden ferner diverse übergeordnete Einflussfaktoren. Insbesondere politische Entscheidungen, die auf Landes- und Bundesebene getroffen wurden, waren oftmals mit erheblichen psychosozialen Auswirkungen verbunden. Exemplarisch ist hier die ausgesprochen problematische Krisenkommunikation des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums anzuführen: Kurzfristig umzusetzende Maßnahmen in den Schulen, die teilweise spätabends mitgeteilt worden sind, dann aber bereits ab dem folgenden

Morgen gelten sollten, haben bei allen Beteiligten in erheblicher Weise für Irritationen, Unmut und Verärgerung – d. h. eindeutig für eine Verstärkung der psychosozialen Belastung gesorgt (ausführlich s. Karutz et al. 2022). Auf solche Aspekte wurde in den psychosozialen Lageberichten dementsprechend hingewiesen.

Ableitung von Handlungsempfehlungen

Aus der Betrachtung aller verfügbaren Erkenntnisse konnten im Rahmen eines regelmäßigen Expertenaustauschs schließlich zahlreiche Handlungsempfehlungen für die Krisenkommunikation sowie zu einzelnen Hilfebedarfen abgeleitet werden. Insbesondere konnten individuelle Belastungsfaktoren bzw. besonders stark betroffene Personengruppen identifiziert werden, für die im Rahmen des Psychosozialen Krisenmanagements dann zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote entwickelt wurden (ausführlich s. Karutz et al. 2022).

Kritische Reflexion und Schlussbetrachtung

Von einigen Mitgliedern des Krisenstabs in Mülheim an der Ruhr wurde an den psychosozialen Lageberichten sehr rasch und deutlich Kritik geübt. Bemängelt wurde, dass die Lageberichte zu umfangreich seien, zu abstrakt bzw. fachsprachlich formuliert, zu kleingliedrig und auch nicht immer unmittelbar handlungsrelevant. Vereinzelt wurde auch die Frage aufgeworfen, was mit den enthaltenen Informationen zur psychosozialen Lage denn nun (konkret!) „angefangen“ werden sollte.

Stufe	Anzahl der Betroffenen	Art und Ausprägung lagebezogen problematischer Kognitionen, Emotionen und Verhaltensweisen	Psychosozialer Handlungsbedarf
1	niemand	 Angst, Sorge, Wut, Frust, Verzweiflung usw.	
2	einzelne		
3	wenige		
4	wenige		
5	mehrere		
6	mehrere		
7	viele		
8	viele		
9	fast alle		
10	alle		

Abbildung 5: Stark vereinfachtes Kategoriensystem zur Einschätzung der psychosozialen Lage (Ersteller: Harald Karutz)

Um auf diese Kritik zu reagieren, wurde der Umfang der psychosozialen Lageberichte deutlich limitiert und zeitweise wurde den ausführlichen Schilderungen für besonders interessierte Leserinnen und Leser eine konkretisierende Kurzfassung vorangestellt. Darüber hinaus wurde ein stark vereinfachendes Kategoriensystem (Abb. 5) eingeführt, in dem die psychosoziale Lage mit einem numerischen Wert von 1 bis 10 beziffert und wiederum in ein Kurvendiagramm eingetragen wurde.

Eine hochkomplexe, differenziert zu betrachtende psychosoziale Lage mit vielen einzelnen Facetten in eine Ziffer zu übertragen, ist in methodischer Hinsicht zweifellos hochproblematisch und lässt sich auch mit dem Argument einer „didaktischen Reduktion“ nur eingeschränkt rechtfertigen. Die Abbildung kam jedoch dem Bedürfnis vieler Krisenstabsmitglieder entgegen, kurz, knapp und sehr leicht verständlich darüber informiert zu werden, „wie denn nun die Lage ist“.

Der Rückgriff auf möglichst viele Informationsquellen, die in der Gesamtbetrachtung einen fundierten Lageüberblick ermöglichen, hat sich bei der Erarbeitung psychosozialer Lageberichte eindeutig bewährt. Die Aufbereitung der Lageberichte in einer Form, die von sämtlichen, sehr unterschiedlich ausgebildeten und beruflich ebenso unterschiedlich sozialisierten Krisenstabsmitgliedern adäquat verstanden und im Krisenmanagement effektiv genutzt werden kann, stellt jedoch ebenso wie die Bewertung psychosozialer Lageaspekte eine ganz eigene Herausforderung dar.

Besonders problematisch ist, dass bereits bei der Zusammenfassung von Informationen zur psychosozialen Lage gewisse Vereinfachungen vorgenommen werden müssen, sodass zwangsläufig die Gefahr von Informationsverlusten, u. U. auch von Verzerrungseffekten besteht. Darüber hinaus ergeben sich Handlungsempfehlungen im psychosozialen Bereich meist nicht zwingend und eindeutig, sondern sie bedürfen theoretisch sorgfältig begründeter Transferleistungen (ausführlich s. Karutz et al. 2022). Die möglichst nachvollziehbare Begründung und Durchführung ebendieser Transferleistungen sollte in vertiefenden Untersuchungen unbedingt noch näher betrachtet werden.

Darüber hinaus zeigt eine systematische Auswertung der in den psychosozialen Lageberichten enthaltenen Handlungsempfehlungen auf, dass bei Weitem nicht alle Überlegungen realisiert werden konnten: Von 193 Handlungsempfehlungen, die im Zeitraum von März 2020 bis Juli 2022 gegeben wurden, sind lediglich 57 vollumfänglich realisiert worden. 39 Handlungsempfehlungen wurden teilweise umgesetzt und 97 nicht (ausführlich s. Karutz et al. 2022). Hier sind weiterführende Analysen angebracht, woran die geringe, doch etwas ernüchternde Umsetzungsquote in Mülheim an der Ruhr gelegen hat.

Insgesamt sind die im kommunalen Psychosozialen Krisenmanagement gesammelten Erfahrungen dennoch eindeutig positiv zu bewerten. Sowohl der deutsche Städte- und Gemeindebund (2021) als auch das nordrhein-westfälische Kompetenzteam zur Zukunft des Katastrophenschutzes (2022) weisen inzwischen ausdrücklich auf die Bedeutung psychosozialer Aspekte der Krisenbewältigung hin. Perspektivisch bleibt zu wünschen, dass ein standardisiertes Verfahren für die Etablierung und Nutzung psychosozialer Lageberichte in Krisenstäben entwickelt wird. Die in Mülheim an der Ruhr geleistete Pionierarbeit kann dazu sicherlich einen Beitrag leisten.

Gastbeitrag: Das Lagebild Bevölkerungsverhalten im Rahmen der Fachberatung PSNV im Verlauf der Covid-19-Pandemie von Angela Hammerl

Einführung

Der Landkreis Aichach-Friedberg (Bayern) berief mit Beginn des ersten Katastrophenfalles aufgrund der Covid-19-Pandemie im März 2020 einen Fachberater PSNV in die Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK).

Im Katastrophenfall hat der Fachberater PSNV-B die Aufgabe, die Führungsgruppe Katastrophenschutz in allen Fragen der PSNV zu beraten. Dazu zählt beispielsweise die Beratung bezüglich der Auswirkungen möglicher psychosozialer Folgen für alle Betroffenen, die Beratung zu möglichen Vorgehensweisen sowie die Informierung der FüGK über potenzielle psychosoziale Risiken, auch über das Ereignis hinaus.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, ist es notwendig, ein Lagebild Bevölkerungsverhalten zu erstellen, um die Bedarfe der Bevölkerung in der aktuellen Situation zu eruieren. „Das Lagebild Bevölkerungsverhalten erfasst Status, Bedarfe und Bedürfnisse, Ressourcen und Resilienzpotenziale sowie das Verhalten der jeweils betroffenen bzw. involvierten Bevölkerung. Dabei umfasst Bevölkerung die Menschen, die sich in einem Wirkungsbereich eines Szenarios aufhalten oder von diesem betroffen sein könnten“ (s. Kap. 4.2). Eine daraus folgende, wichtige Erkenntnis für die Fachberatung PSNV war in der aktuellen Lage, dass also auch alle Pflegekräfte, Mitglieder der Führungsgruppe Katastrophenschutz, Mitarbeitende in den Verwaltungsapparaten, Entscheidungsträger etc. in ihrer Rolle zeitgleich Helfende und Betroffene waren. Die Erkenntnis bezüglich dieser janusköpfigen Rollen war essenziell für das Vorgehen der Fachberatung PSNV.

Zu Beginn der Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten erfolgt eine Unterteilung der Bevölkerung in verschiedene Gruppen, um die unterschiedlichen Bedürfnisse analysieren zu können. Um diese Bedürfnisse herauszufiltern, benötigt es zielgruppenorientierte Methoden und Wege, um an diese Informationen zu gelangen.

Grundlage zur Einschätzung der Bedarfe der Bevölkerung und zur Wahl der Methoden zur Datenerhebung ist stets das Wissen über bestimmte Eckdaten der örtlichen Strukturen. So ergeben sich bei ländlichen Strukturen andere Bedarfe als bei städtischen Strukturen. Der Landkreis Aichach-Friedberg verfügt über eine Fläche von 780,23 km², auf welcher 135.538 Personen beheimatet sind (Wikipedia

2023a). Während der nördliche Landkreis sehr ländlich geprägt ist und viele kleinere Gemeinden und Ortschaften aufweist, grenzen Städte wie Friedberg direkt an Augsburg und haben deshalb eine andere Anbindung und Bevölkerungsstruktur. Der Landkreis verfügt des Weiteren über die Kliniken an der Paar, ein Kreiskrankenhaus mit zwei Filialen, eine davon in Aichach, die andere in Friedberg.

Aufgrund der dynamischen Lage waren manche Methoden zur Gewinnung eines Lagebilds zeitlich begrenzt, andere konnten durch die gesamte Pandemie hindurch genutzt werden. Der Zeitstrahl soll einen Überblick über die Phasen geben. Die Gesamtdauer der Erhebung des Lagebilds kann in vier Phasen unterteilt werden (s. hierzu Abb. 6). Die Unterteilung in Phasen läuft parallel zu den ausgerufenen Katastrophenfällen. Ein Fachberater PSNV wird nur im Katastrophenfall selbst berufen und muss zu jedem Katastrophenfall neu berufen werden. Aus diesem Grunde wurde der Fachbereich Psychosoziale Notfallversorgung/ Psychosoziales Krisenmanagement bis zum Ende des letzten Katastrophenfalles am 11.05.2022 dreimal mit einem Fachberater PSNV besetzt.

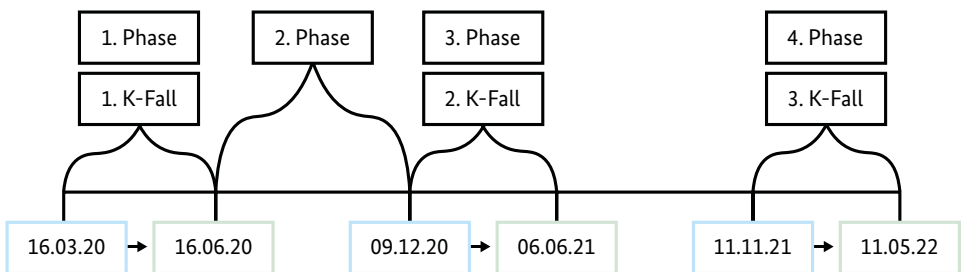


Abbildung 6: Zeitstrahl und Phasenverlauf der Corona-Pandemie für das Lagebild Bevölkerungsverhalten (Erstellerin: Angela Hammerl)

Das Lagebild Bevölkerungsverhalten im Rahmen der Fachberatung PSNV

Phase 1: Aufbau psychosozialer Strukturen

Der Auftrag zur Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten lautete: Wie kann der Landkreis wann und wen in welcher psychosozial schwierigen Lage unterstützen? Um diese Fragestellung zu beantworten, wurden zunächst (vulnerable) Gruppen aus der Bevölkerung herausgebildet, inklusive Problemschwerpunkt und zeitlich gestaffelter (Erst-)Maßnahmen (Hammerl et al. 2023), siehe Tabelle 3 und siehe auch Karutz (2022).

Tabelle 3: Beispiele für eine erste Zielgruppenanalyse

Zielgruppen	Problemschwerpunkt	Im Laufe des Tages	In den nächsten Tagen	In den nächsten Wochen
Eltern	Sachlich	Bürgertelefon	Bürgertelefon	Bürgertelefon
Menschen der Risikogruppe	Sachlich	Bürgertelefon	Bürgertelefon	Bürgertelefon
Menschen der Risikogruppe	Psychosozial	Bürgertelefon	Telefonseelsorge	Unterstützungsangebote der Einrichtungen der bleibenden Aufmerksamkeit; dazu zählen alle Einrichtungen in ihrem Bereich, die sich mittel- und langfristig um Betroffene kümmern und diese unterstützen können. zum Beispiel: Caritas, Diakonie, Jugendamt ...
Kinder	Unwissenheit/ Unsicherheit	Informationen zusammenstellen: Wie können Eltern adäquat mit ihren Kindern über die Thematik sprechen?	Kontakt zum Jugendamt, zu Kinderstiftungen, ... für Unterstützungsmöglichkeiten	Sensibel im Umgang bleiben
PSNV-B-Kräfte	Laufende Einsätze -> Gefahr der Ansteckung		Gibt es Möglichkeiten, bspw. zumindest teilweise eine telefonische Beratung anzubieten?	
Kräfte der kritischen Infrastruktur (KRITIS)	Unsicherheit		Telefonseelsorge/ Krisentelefon PSNV-E-Systeme aktivieren und sensibel werden lassen	PSNV-E-Systeme aktiviert lassen
Entscheidungs-träger	Entscheidungslast	beraten		Stimmung kippt?

Der Führungskreislauf der FwDV 100 (AFKzV 1999) gab beim Vorgehen innerhalb der Fachberatung PSNV die Struktur vor. Die Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten fällt im Führungskreislauf auf die Erkundung im Rahmen der Lagefeststellung.

Dazu wurden in der ersten Phase der Pandemie Erkenntnisse aus Erfahrungen des Bürgertelefons, des Krisentelefons, aus Medienberichten und sozialen Medien, aus Erfahrungen von Fachkräften unterschiedlicher Fachstellen und aus Erkenntnissen reflektierter Gespräche gezogen.

Das daraus resultierte Lagebild Bevölkerungsverhalten wurde in der Führungsgruppe Katastrophenschutz vorgestellt und mögliche, sich daraus ergebende Maßnahmen vorgeschlagen (s. Abb. 7).

Lagevortrag am 11.11.2020

- » Auftrag:
 - o Reaktivierung des FB PSNV-B am 26.10.2020.
 - » Eigene Lage: Allgemeine psychosoziale Lage
 - o Weiterhin nehmen psychosoziale Belastungen erheblich zu.
 - Die Lage ist insgesamt weitaus schwieriger, beunruhigender und komplexer einzuschätzen als im März dieses Jahres!
 - Dies resultiert nicht nur aus der aktuellen Lage an sich, sondern vor allem daraus, dass nun schon viele angespannte Krisenmonate ausgehalten worden sind.
 - Persönliche Ressourcen (Geduld, Kraft, Flexibilität, innere Ruhe) sind inzwischen bei vielen Menschen aufgebraucht. (Karutz, 2020)
 - o Unter Sozialwissenschaftlern ist man sich einig, dass es dauerhafte, psychosoziale Auswirkungen geben wird.
 - o Lösung: JETZT müssen wir die Lage von innen nach außen, für die Mitarbeiter und die Bevölkerung optimieren, um von innen nach außen eine gute Arbeit leisten zu können.
 - o Wunsch der Bevölkerung:
 - Keine Verbote mehr → Kreativität zeigen und trotzdem an die gegebenen Regelungen halten
 - Setzen von **positiven Aspekten**
 - o Dies alles ist möglich durch: **psychosoziales Krisenmanagement!**
 - Der strategische Fokus liegt auf:
 - **Transparenter Krisenkommunikation,**
 - **Psychoedukation,**
 - **Partizipation bzw. Empowerment** sowie
 - der **Schaffung von konkreten Hilfsangeboten.**
 - o Prävention / psych. KM von innen nach außen:
 - Mitarbeiter im LRA, Gesundheitsamt und der Kliniken
 - Erstellen und Auslegen von Flyern
 - Video zur Psychoedukation zur Verfügung stellen
 - Zusammenarbeit mit dem Personalrat
 - Informationsmanagement für die Bevölkerung:
 - » Gegebenheiten die bedacht werden müssen:
 - o Grundaggressive Stimmung
 - o Unsicherheiten
 - o Ängste
 - o Ratlosigkeit
 - o Dauerbeschallung der Thematik
 - o ...
- ➔ Lösung: Informationsmanagement auf unterschiedlichen Ebenen
- o ...

Im Rahmen der Lagebesprechung wurden Handlungsschwerpunkte definiert, geklärt, wie neue Richtlinien und Gesetze umzusetzen sind, und Bedürfnisse der Bevölkerung herausgearbeitet. So wurde beispielsweise zu Beginn der Pandemie die Maskenpflicht und das Nähen von Masken durch Freiwillige allerorten thematisiert. Zur Information der Bevölkerung wurde eine Pressekonferenz einberufen, in welcher sich der Landrat, der Pressesprecher des Landratsamtes, der Leiter des Gesundheitsamtes und die Fachberaterin PSNV den Fragen der Öffentlichkeit stellen und fachliche Erklärungen liefern konnten.

Durch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Einrichtungen, Abteilungen oder Dienste konnten aktuelle Tendenzen der Bevölkerung erkannt und darauf reagiert werden. In der Führungsgruppe Katastrophenschutz waren folgende Bereiche vertreten: der Landrat, der Leiter FüGK (Abteilungsleiter 3), die Leitung des Gesundheitsamtes, der Geschäftsführer der Kliniken an der Paar, die Abteilungsleitung 1 – Zentrale Angelegenheiten, die Abteilungsleitung 2 – Kommunales und Soziales, die Abteilungsleitung 6 – stellv. Leiter FüGK, verschiedene weitere Abteilungsleitungen nach Bedarf, verschiedene Sachgebiete wie beispielsweise das Sachgebiet 30 – Sicherheit, Katastrophenschutz, das Sachgebiet 31 – Personenstandswesen, das Sachgebiet 13 – Senioren, Pflege, Menschen mit Behinderung, Sachgebiet 10 – Personalverwaltung, das Schulamt, die Pressestelle des LRA, der berufene Versorgungsarzt, die berufene Obfrau Zahnmedizin, die Fachberaterin PSNV, das Bayerische Rote Kreuz – Sanitätsdienst, Rettungsdienst, Vertreter der Bundeswehr sowie ein Verbindungsbeamter der Polizei. Ergänzt wurde diese Runde nach Bedarf von verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern wie beispielsweise von Vertreterinnen und Vertretern des Jugendamtes und der Freiwilligenagentur.

Durch Lagevorträge der unterschiedlichen Stellen konnte die Fachberaterin PSNV unterschiedliche Bedürfnisse der Bevölkerung erkennen und in Kooperation mit dem spezifischen Fachbereich Lösungsstrategien entwickeln. So wurde beispielsweise häufig mit dem Sachgebiet 13 (Senioren, Pflege, Menschen mit Behinderung) nach psychosozialen Unterstützungsmöglichkeiten für Pflegeeinrichtungen, Pflegenden und Familien mit pflegebedürftigen Menschen gesucht. In Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer der Kliniken an der Paar wurde ein System entwickelt, das es trotz strenger Regelungen Angehörigen von Verstorbenen (an oder mit Covid-19) ermöglicht, sich zu verabschieden. Eine Taskforce Seelsorge wurde eingerichtet, um die Klinikseelsorgerinnen und -seelsorger zu unterstützen und eine Brückenfunktion zwischen (trauernden) Angehörigen und Patientinnen und Patienten in der Klinik zu bilden.

Als fachliche Rückfallebene wurden Fachstellen und Expertinnen und Experten auf unterschiedlichen Gebieten hinzugezogen, um die aktuelle Situation immer wieder zu reflektieren und die Handlungsrichtung stets fachlich zu untermauern.

So bestand in Phase 1 unter anderem ein regelmäßiger Austausch mit anderen Fachberaterinnen und -beratern PSNV sowie mit der Landeszentralstelle PSNV Bayern.

Phase 2: Die Phase der Entspannung – wachsam bleiben

In Phase 2 wurde in Abständen mit dem Leiter der Koordinierungsgruppe Pandemie Kontakt aufgenommen, in welche die FüGK nach Ende des Katastrophenfalles übergang. Vereinzelt Betreuungsanfragen wurden über eine in Phase 1 eingerichtete Hotline bearbeitet und weitervermittelt. Ab September 2020 war ein deutlicher Stimmungswandel in der Bevölkerung bemerkbar. Hier wurde die Unzufriedenheit vieler Menschen durch Medienberichte und persönliche Gespräche deutlich.

Die Stimmung in der Bevölkerung war zu Beginn von Phase 1 durch Angst und Unsicherheiten einerseits, andererseits aber auch durch ein Zusammengehörigkeitsgefühl und den Wunsch geprägt, sich gegenseitig zu helfen. Im Sommer lockerte sich die Stimmung auf, Hoffnung auf den gewohnten Alltag keimte auf. Am Ende von Phase 2 kippte dieses Gefühl in eine grundaggressive Stimmung. So begann die Arbeit innerhalb der Fachberatung PSNV bereits Ende Oktober 2020, einige Wochen vor dem Ausruf des Katastrophenfalles.

Phase 3: Der Übergang in ein Psychosoziales Krisenmanagement

In Phase 3 wurden bereits etablierte Systeme aus Phase 1 wieder aktiviert, wie beispielsweise die Taskforce Seelsorge. Das System in den Kliniken an der Paar zur psychosozialen Unterstützung der Angehörigen und Patientinnen und Patienten wurde der aktuellen Lage angepasst und optimiert. Besonders auffällig war zu Beginn der Phase 3, dass bestimmte Berufsgruppen diese Entspannungsphase in Phase 2 – zumindest beruflich gesehen – nicht wahrnehmen konnten. Pflegekräfte in Krankenhäusern und Altenheimen, Angestellte und Beamtinnen und Beamte der Verwaltungsapparate sowie Entscheidungsträgerinnen und -träger waren nun seit knapp neun Monaten im „Krisenmodus“. Dies hinterließ bei allen Beteiligten Spuren, sodass die Aufgabe der Fachberatung PSNV zunächst war, die aktuelle Lage von innen nach außen zu optimieren (s. Abb. 8). Zu Beginn dieser Phase konnte die Fachberatung PSNV durch einen engen Austausch mit dem Psychosozialen Krisenmanagement in Mülheim an der Ruhr eigene Beobachtungen und Entwicklungen bestätigen, sodass stellenweise gemeinsam über das weitere Vorgehen diskutiert und dieses weiterentwickelt werden konnte.

Lagevortrag FB-PSNV am 24.03.20

1. Auftrag:
 - a. FB-PSNV zur psychosozialen Unterstützung und Beratung in sämtlichen Belangen
2. Eigene Lage: Psychosozialer Schutzschirm mit Stand 23.03.20
 - a. Kontakt und Zusammenarbeit mit Bürgertelefon
 - b. Aktivierung und Kontakt zum Krisentelefon
 - i. Stand: Anrufe eher sporadisch, noch zu wenig bekannt
 - ii. Bei Telefonseelsorge zwar mehr Anrufe also sonst, aber nicht übermäßig wie es oft dargestellt wird, → gut bewältigbar
 - c. Kontakt zum zuständigen Kriseninterventionsteam und gegenseitige Informationsweitergabe
 - d. Einrichtung einer Helpline seit gestern für Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in Zusammenarbeit mit SFR Bistum Augsburg, BRK und weiteren Kreisbrandinspektionen
 - e. Erstellung einer Liste mit Angeboten von Einrichtungen der Regelversorgung
 - i. Unterschiedliche Zielgruppen haben unterschiedliche Bedürfnisse
 - ii. Weitergabe an das Bürgertelefon und später auch noch an die Pressestelle des Landratsamtes
 - f. Eruiieren neuer Zielgruppen:
 - i. Apotheken
 1. Ansprechpartner für viele Menschen, da die Apotheke einer von wenigen Orten ist, an den man „noch gehen“ und Fachpersonal antreffen kann.
 2. Zurzeit: Klärung des bestmöglichen Zugangs zu den Apotheken für einen Infobrief und einen Infolyer zur Unterstützung.
3. Anträge, Vorschläge:
 - a. Informieren der Bevölkerung über Möglichkeiten und Angebote in Zusammenarbeit mit der Pressestelle des LRA
 - b. Weitere Überlegungen zur psychosozialen Lageentwicklung bei Verschärfung der Situation werden angestellt
 - c. Vorgehen bei und Unterstützung von gesonderten Einrichtungen:
 - i. Schulen und Kindergärten
 - ii. Einrichtungen der Regelversorgung

Abbildung 8: Auszug aus dem Lagevortrag vom 11.11.2020 (Erstellerin: Angela Hammerl, Ergänzungen aus: Karutz 2022)

Das Bürgertelefon nahm in Phase 3 als konsequente Informationsquelle langsam ab, da dieses Angebot von der Bevölkerung nicht mehr so intensiv genutzt wurde. Relevanter wurden Medienberichte und persönliche Gespräche, die sich unter anderem aus der Arbeit in einem Familienstützpunkt ergaben.

Phase 4: Unterstützung der Kliniken an der Paar und der Ethikkommission

Das Lagebild Bevölkerungsverhalten ergab sich in Phase 4 automatisch durch die Dynamik, die diese eineinhalb Jahre lang andauernde Krise mittlerweile hatte. Die

Pandemie hinterließ ihre Spuren und führte in diesem Abschnitt zunehmend zu einer Polarisierung zwischen Geimpften und Ungeimpften. Corona-Leugnerinnen und -Leugner taten sich schwer mit der medizinischen Behandlung ihrer Angehörigen oder waren teilweise sogar dagegen – eine grundaggressive Stimmung, die zu bedrohlichem Verhalten gegenüber Klinikpersonal führte. Auch auf der Straße konnte solches Verhalten von der Polizei wahrgenommen werden. Die sog. Montagsspaziergänge etablierten sich, Demonstrationen hielten die Behörden in Schach. Hier konnte das Psychosoziale Krisenmanagement nur bedingt deeskalierend unterstützen. So entstanden beispielsweise Flyer für Angehörige von Patienten, welche auf Hilfsstrukturen hinwiesen und Unterstützung gaben.

In Phase 4 war das Psychosoziale Krisenmanagement bereits so etabliert, dass die Informationen automatisiert ankamen und so direkt auf die Lage reagiert werden konnte. Informationen mussten folglich nicht mehr wie bis dato nur aktiv eingeholt werden.

Die Ethikkommission musste sich mit der Thematik der Triage auseinandersetzen und involvierte das Psychosoziale Krisenmanagement in die Planungen und Überlegungen. Die Fragen, die psychosozial beleuchtet werden mussten, bezogen sich darauf, wer die Maßnahmen durchführen würde und welche Unterstützungsangebote für die Angehörigen angedacht waren.

Des Weiteren wurden Kleeblattverlegungen von Covid-Patienten durchgeführt. Dieses System wurde zu dem Zeitpunkt aktiviert, zu dem die meisten Kliniken in Bayern im Ampelsystem auf Rot standen. So wurden stabile Patienten, die auf der Intensivstation verschiedener bayerischer Krankenhäuser lagen, mit einem Flugzeug (Airbus A310 MedEvac) der Bundeswehr deutschlandweit auf andere Kliniken verteilt.

Im Rahmen des Psychosozialen Krisenmanagements des Bezirks Schwaben war auch die Fachberaterin PSNV-B des Landkreises in die Planungen und Unterstützung des Systems eingebunden. Die Angehörigen der Patienten wurden wenige Stunden vor der Verlegung über diese informiert. Eine Verabschiedung war nicht möglich. Bei sieben von zehn Patientinnen und Patienten, die über einen der zwei Lufttransporte verlegt wurden, wurde von den Angehörigen eine telefonische, psychosoziale Beratung gewünscht. Die Beratung der Angehörigen wurde sowohl von diesen als auch vom Klinikpersonal als entlastend empfunden und als solches auch verbalisiert. Im Rahmen der Beratung wurde auch – nach Absprache – die Klinikseelsorge des Zielkrankenhauses informiert, sodass diese direkt von Beginn an einbezogen werden konnte. Angehörige konnten so zeitnah mit dieser in Kontakt treten und hatten dadurch direkt seelsorgerliche Unterstützung vor Ort. Psychosoziale Fachkräfte erkannten bei dieser neuen Art der Betreuung und Beratung

neue Herausforderungen, die mit weiteren Expertinnen und Experten reflektiert wurden.

Neben diesen Aktionen hielten Protestaktionen die FÜGK und somit auch das Psychosoziale Krisenmanagement auf Trab. So bekamen Führungskräfte verschiedener Einrichtungen nach Todesandrohungen aus der Bevölkerung und Verleumdungen im Internet konkrete Unterstützung der Fachberaterin PSNV.

Schlussbetrachtung

Das Lagebild Bevölkerungsverhalten ist eine große Hilfe zur Klärung konkreter Bedarfe und zur Entwicklung der passenden Maßnahmen. Zur bewussten Erstellung eines solchen Lagebilds benötigt es allerdings klare Vorgehensweisen und eine wegweisende Struktur, sodass dieses gleich zu Beginn der Chaosphase ein Mittel sein kann, um die Situation schnellstmöglich zu strukturieren und wieder ins Handeln zu kommen. Auch die Bewertung unterschiedlicher Quellen sollte im Vorhinein bedacht werden, sodass eine falsche oder einseitige Bewertung nicht zu falschen Schlussfolgerungen führt.

Bevölkerungsverhalten in
Krisen und Katastrophen,
Bedürfnisse und
Resilienzpotenziale

5



In diesem Kapitel wird das vorhandene, aber in verschiedenen Disziplinen als „Inseln“ existierende Wissen über das **Verhalten und die Reaktionen der Bevölkerung in verschiedenen Krisen und Katastrophen** zusammengefasst. Zudem wird es für die Anwendung im Bevölkerungsschutz nutzbar aufbereitet.

Für diesen Stand des Wissens (State of the Art) wurden zwei Fragestellungen in einer Literatur- bzw. qualitativen Dokumentenanalyse adressiert. Insgesamt wurden 68 Quellen einbezogen, die zwischen 1999 und 2021 publiziert wurden. Wo möglich wurden Bücher, Übersichtsarbeiten und (Meta-)Studien, die mehrere Lagen beinhalten, als Quellen genutzt, die nicht älter als 20 Jahre waren. Für die Literatur- und Dokumentenanalyse wurde eine Auswertungstabelle mit deduktiven und induktiven Kategorien zur „Bevölkerung nach Statistischem Bundesamt“ und „Bevölkerungsverhalten“ entwickelt (s. Abb. 10 und 11) und alle Quellen anhand der Auswertungstabelle analysiert. Die Ergebnisse der Analyse werden in diesem Kapitel zusammenfassend dargestellt.

Für diesen Bericht wurden, u. a. aufgrund der Aktualität der Hochwasserlage in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Sommer 2021, zusätzlich elf weitere Quellen aus dem Jahr 2021 und 2022 einbezogen.

Alle für diese Publikation analysierten Quellen waren in englischer oder deutscher Sprache verfasst.

Fragestellung 1: Bevölkerungsverhalten in ausgewählten Krisen und Katastrophen

- Welche Erkenntnisse über das Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen aus zusammenfassenden internationalen und nationalen wissenschaftlichen Publikationen, Praxisberichten sowie Forschungsprojekten liegen vor?
- Wie kann „Bevölkerungsverhalten“ in ausgewählten Krisen und Katastrophen beschrieben werden?

Dafür wurden **folgende Lagen** einbezogen:

- (Lokale) Brandereignisse
- Buschfeuer/Waldbrand
- Hitze
- (Großflächiger) Stromausfall
- Hochwasser/Überschwemmung/Überflutung
- Zusätzliche Analyse von Hilfeverhalten von ungebundenen Helfenden am Beispiel Hochwasser
- Erste Phase der Covid-19-Pandemie (zum Stand Dezember 2020)

Die Lagen und die Dauer der Lagen finden sich in folgender Abbildung:

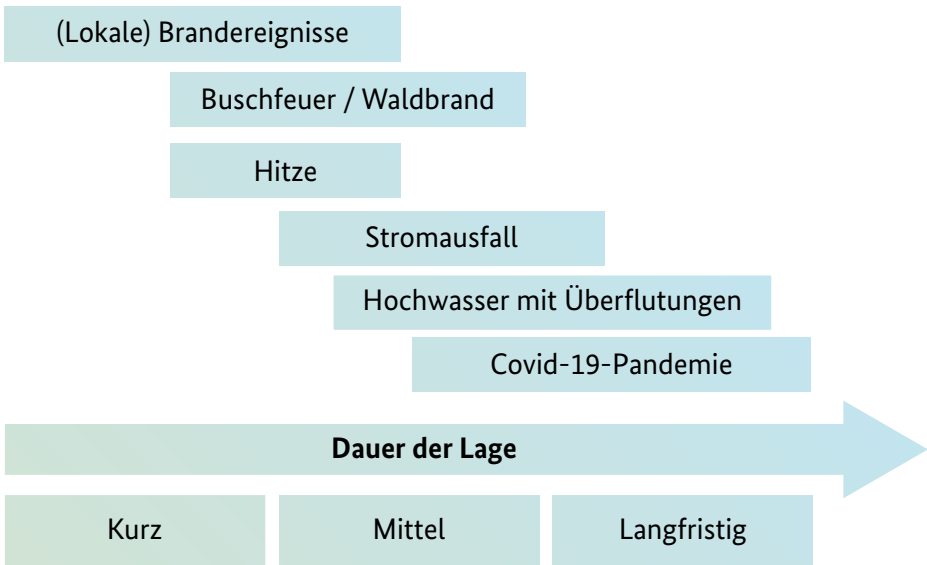


Abbildung 9: Exemplarische Einteilung der ausgewählten bzw. analysierten Krisen und Katastrophen in kurz-, mittel- und langfristige Lagen (Erstellerin: Laura Künzer)

- Welche Erkenntnisse lassen sich spezifisch aus den ausgewählten Krisen und Katastrophen für Stäbe ableiten?

Fragestellung 2: Analyse der Bedürfnisse und des Verhaltens besonderer Bevölkerungsgruppen in Krisen und Katastrophen

- Welche besonderen Bedürfnisse und Resilienzpoteziale gibt es bei Bevölkerungsgruppen wie z. B. Menschen unterschiedlicher kultureller Hintergründe, Menschen mit Unterstützungs- und Betreuungsbedarfen oder weiteren besonderen Personengruppen?
- Welche Erkenntnisse lassen sich für Stäbe ableiten?

Fragestellung 3: Zusammenfassung der Erkenntnisse zu Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen aus der Analyse

- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich des Bevölkerungsverhaltens lassen sich übergreifend bei den ausgewählten Krisen und Katastrophen feststellen?

5.1

Ergebnisse zu Bevölkerungsverhalten in ausgewählten Krisen und Katastrophen

In der Literatur- und Dokumentenanalyse wurde analysiert, ob verschiedene Merkmale von Bevölkerung in den einbezogenen Dokumenten bzw. Lagen beschrieben werden. Diese Merkmale zum Thema Bevölkerung wurden von der Internetseite des Statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt [Destatis] 2023) abgeleitet. In keiner der analysierten Quellen wurde Bevölkerung vollständig oder systematisch anhand dieser Merkmale betrachtet. Dennoch wurde analysiert, welche einzelnen Merkmale der Bevölkerung in den Quellen erwähnt wurden. Meist waren eher Beschreibungen als Definitionen der Merkmale auffindbar. Abbildung 10 zeigt die erwähnten Merkmale zum Thema Bevölkerung aus der Literatur- und Dokumentenanalyse. Diese Merkmale können dabei helfen, Bevölkerung systematischer zu beschreiben.



Abbildung 10: Merkmale zur systematischen Beschreibung von Bevölkerung (Ersteller: Sven Olaf Nix)

Für die weitere systematische Analyse des Bevölkerungsverhaltens über die ausgewählten Lagen hinweg wurden verschiedene Kategorien gebildet, z. B. Selbsthilfe oder Verhalten bei Evakuierungen. Die folgende Abbildung 11 zeigt im Überblick die sowohl deduktiv wie induktiv abgeleiteten in den Quellen analysierten Kategorien zu Bevölkerungsverhalten:

Alle ausgewählten Quellen wurden somit anhand der in Abbildung 10 und 11 dargestellten Merkmale und Kategorien analysiert. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammenfassend dargestellt und jeweils eine Zusammenfassung für Verwaltungsstäbe gegeben.

Bevölkerungsverhalten		
Gaffer	Panik	Reaktanz
Suche nach Vermissten	Lagespezifisches Verhalten	Aggression und Gewalt
Sonstiges: wie sich die Organisation auf Katastrophen vorbereitet; Gerüchte	Vertrauen in staatl./Organisationen/Institutionen versus „scapegoating“, d. h. Schuldzuweisungen anstatt Ursachensuche	Stressoren und Stressreaktionen sowie Angst/Ängste
Verwundbarkeit/Vulnerabilität und Resilienzpotenziale	Vertrauen/Akzeptanz der Schutzmaßnahmen	Risikowahrnehmung und gefühltes Risiko
Krisen- und Risikokommunikation	Versorgung sicherstellen	Demonstrationen
Impfbereitschaft	Gerüchte	Selbsthilfe
Hilfverhalten	Verhalten allgemein	Plünderungen
Mediennutzung	Emotionale Betroffenheit/Affekt	Koordination der Bevölkerung intern
Vorerfahrungen/Wissen/Awareness	Betreuung Social Media seitens Behörden	Spontanhelfer*Innen/ Ungebundene Helfer*Innen/ Nachbarschaftshilfe
Verhalten in Gruppen sowie Ebenen des sozialen Verhaltens	Betreuungsbedarfe sowie Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) und Nachsorge	Vorbereitungen und präventives Verhalten, Schutzmaßnahmen
Verhalten bei Evakuierungen	Medienberichterstattung	Informationen

Abbildung 11: Überblick über verschiedene Kategorien für die Analyse des Bevölkerungsverhaltens in Krisen und Katastrophen (Ersteller: Sven Olaf Nix)

5.1.1 (Lokale) Brandereignisse

Brandereignisse, z. B. in Gebäuden, U-Bahnsystemen oder Sonderbauten, sind bezüglich des Verhaltens und möglicher Reaktionen von Menschen bei Räumungen und Evakuierungen gut untersucht. Im Folgenden wird hauptsächlich der Begriff „Evakuierung“ verwendet, da dieser in der Forschungsliteratur sowohl für geplante, oft langfristige Evakuierung wie auch kurzfristige Evakuierung aufgrund akuter Gefahr (in Deutschland meist Räumung genannt) verwendet wird.

Es besteht eine Vielzahl an Erkenntnissen aus mehr als 40 Jahren systematischer Analysen, u. a. in Canter 1980, Dynes und Tierney 1994, Tubbs und Meacham 2007, Kuligowski 2009, Fahy, Proulx und Aiman 2012, Kuligowski 2016, Künzer 2015, Künzer und Hofinger 2018. Die Ergebnisse zugehöriger Studien sind teilweise sehr detailliert und beziehen sich auf besondere Nutzergruppen. Bestimmte Fallbeispiele werden für verschiedene Anwendungsbereiche aufbereitet, z. B. Brandschutz, Simulationen, Barrierefreiheit. Obwohl vielfältige Erkenntnisse vorhanden sind und somit viele relevante Ergebnisse zu Verhalten und Reaktionen von Menschen in derartigen Ausnahmesituationen vorliegen, finden diese noch immer zu wenig Beachtung in der Praxis. Deshalb soll ein zusammenfassender Einblick für Stäbe zu Verhalten und Reaktionen von betroffenen Menschen gegeben werden.

Die untersuchten Literaturquellen beziehen Evakuierungen bei Brandereignissen in/ aus verschiedenen Gebäudearten ein, z. B. Wohngebäuden, Hochhäusern, Museen, U-Bahnsystemen oder Tunnelanlagen. Die Literaturquellen betrachten sowohl selbst berichtetes Verhalten, beobachtetes Verhalten und Analysen des Verhaltens im Nachhinein. Zudem werden Fallbeispiele zu Bränden betrachtet, z. B. in Tubbs und Meacham (2007) das Feuer im Beverly Hills Supper Club (1977), MGM Grand Fire (1980), wie auch Räumungs- bzw. Evakuierungsübungen oder Unglücke, bei denen Menschen aufgrund von Ausnahmesituationen kurzfristig einen gefährlichen Bereich verlassen mussten, z. B. Terroranschläge auf das World Trade Center (2001) oder das The Who Rock Concert (1979). Die Auslöser der Lagen sind nicht immer eindeutig als „Naturereignis“ oder „menschengemacht“ identifizierbar, z. B. stellt sich die Frage, ob ein Kabelbrand „menschengemacht“ ist. Zwar wurden die Kabel von Menschen verlegt, die Abnutzung und daraus folgende Brandentstehung ist eher Folge von Ursachen wie fehlender Wartung. Das räumliche und zeitliche Ausmaß der Ereignisse ist eher kurz, wobei die Auswirkungen durchaus längere Folgen haben können, wie Nutzungsverbote eines Gebäudes aufgrund von Brandschäden. Auch die Anzahl der betroffenen Menschen kann stark variieren, z. B. wenige Familienmitglieder bei einem Wohngebäude bis hin zu mehreren Tausend Menschen wie beim Unglück im World Trade Center.

Das Verhalten und die Reaktionen der betroffenen Menschen werden häufig in einem zeitlichen Verlauf betrachtet: Dabei wird unterschieden zwischen einer

„Pre-evacuation/Pre-movement“-Phase (Reaktionsphase), also die Zeit, bevor mit einer Evakuierung begonnen wird, und der „Movement“-Phase (Bewegungsphase), in der sich die Menschen in Bewegung setzen zu einem sicheren Bereich hin bzw. bis zum Erreichen dieses sicheren Bereichs.

Zusammenfassung für Verwaltungsstäbe

Brandschutz untersteht in Deutschland vielen (föderalen) Verordnungen, Regelungen und Gesetzen, die meist fern der Tätigkeitsschwerpunkte von Stäben liegen. In den meisten dieser Vorgaben wird das konkrete Bevölkerungsverhalten jedoch nicht berücksichtigt, wobei die (Selbst-)Rettung von Menschen zunehmend Aufmerksamkeit erhält, z. B. in den Bauordnungen der Länder.

Grundsätzlich können alle Menschen von Brandereignissen betroffen sein. Zum Verhalten und zu den Reaktionen von Menschen bei Brandereignissen bestehen eine Vielzahl an Erkenntnissen. Eine Verallgemeinerung ist schwierig: Die Analysen betrachten sehr unterschiedliche Szenarien und Situationen, in denen Menschen Bränden ausgesetzt waren, z. B. Universitätsgebäude oder Wohngebäude. Kuligowski (2016) merkt deswegen an: „people in fire rarely act similar“ (S. 2097), sondern dass eher individuelles, dynamisches und prozessbezogenes Verhalten auftritt. Dieses wird beeinflusst durch die Umgebung, die Art und den Aufbau des Gebäudes, die aktuelle Situation, den Anlass, zu dem sich Menschen in einem Gebäude aufhalten, die Tageszeit, die (wahrnehmbare) Gefahr an sich.

Das selbst berichtete Verhalten der Betroffenen und deren Wahrnehmung der Ereignisse unterscheiden sich häufig von dem tatsächlich ausgeführten Verhalten. Besonders deutlich wird dies am Beispiel Panik, – „Dann bin ich in Panik ausgebrochen, habe die Feuerwehr alarmiert, meine Familie informiert und wir sind zusammen aus dem Haus gerannt“, – wobei diese Beschreibung tatsächlicher Panik entgegensteht. Betroffene sind meist verängstigt und beschreiben ihre Angst mit dem Begriff „Panik“. Zudem nutzen Medien diesen Begriff, offensichtlich gilt dabei *panic sells*.

Stäbe sollten dem Begriff „Panik“ kritischer gegenüberstehen und den Begriff nicht inflationär oder ihn gewählt anwenden.

Stäbe werden zumeist erst aktiv, wenn das Brandereignis bereits unter Kontrolle ist. Von daher sind ihre Einflussmöglichkeiten auf das Verhalten in der akuten Lage eher beschränkt. Für Stäbe ist jedoch das Informationsbedürfnis der Bevölkerung – auch der nicht betroffenen – relevant. Sie können die Feuerwehr durch fortlaufende, zeitnahe Information unterstützen und entlasten.

5.1.2 Buschfeuer/Waldbrand

Eine Recherche zu wissenschaftlichen Studien zu Verhalten der Bevölkerung bei Waldbränden in Deutschland bzw. zu Verhalten bei Evakuierungen aufgrund von Waldbränden führte zu keinen Ergebnissen. Aufgrund dessen wurde das Verhalten der Bevölkerung bei Buschfeuer einbezogen, da dieses für die USA, Australien und Kanada gut untersucht ist. In der Literatur (z. B. Ronchi et al. 2021) wird zwischen *bush fires*, *wildland fires* und *wildland urban fires* unterschieden. Der hier verwendete Begriff bzw. die Übersetzung Buschfeuer fasst diese drei Begriffe zusammen.

Die einbezogenen Studien beschäftigten sich hauptsächlich mit Evakuierungsentscheidungen. Einige Studien behandelten für das Szenario Buschfeuer Fragen der Sicherheit in einer Gemeinde, während andere Studien beabsichtigtes Verhalten für zukünftige Brände untersuchten. Bei den untersuchten Fällen bzw. aufgetretenen Buschfeuern in den USA, Australien oder Kanada handelte es sich teils um ein Naturereignis, welches beispielsweise durch einen Blitzschlag zustande kam. Teils war das Ereignis menschengemacht. Im Falle der Buschfeuer in Victoria/Australien im Februar 2009 geht man beispielsweise als Ursache für das Feuer u. a. von Brandstiftung aus (Robinson 2009). Es gibt im deutschsprachigen Raum zum aktuellen Zeitpunkt keine empirischen Studien zum Verhalten der Bevölkerung bei Waldbränden. Lediglich wenige Publikationen widmen sich z. B. dem Stresserleben bei Waldbränden (Müller 2021).

Nachfolgend werden einige zentrale Aussagen aus den analysierten Dokumenten zusammengefasst, die auf Deutschland übertragbar scheinen:

Was die befragten Personen über Buschfeuer wissen und welche Maßnahmen für den Fall eines Buschfeuers sie beabsichtigen, sagt nicht notwendigerweise etwas darüber aus, wie sie sich im Falle eines echten Buschfeuers verhalten werden. Der Entscheidungsprozess, sich selbst zu evakuieren, läuft bei den meisten Menschen in fünf Stufen ab: Antizipation, Warnung, Abstand (*displacement*), Benachrichtigung, antizipierte Rückkehr nach Hause (*return*) und Erholung. Die benötigte Zeit, die Menschen für eine Entscheidung brauchen („Evakuieren Sie mich oder nicht?“), ist nicht gut untersucht.

Demografische Faktoren, bezogen auf das Verhalten von Menschen bei der Lage Buschfeuer, sind nicht gut untersucht. Was man aber weiß: Männer sterben eher bei dem Versuch, ihr Eigentum zu verteidigen, während Frauen und Kinder eher beim Versuch, sich zu evakuieren, zu Schaden kommen (McLennan et al. 2011, Ronchi et al. 2021).

Für andere Naturereignisse (meist Hurrikans oder Flut) wurde die Wahrscheinlichkeit, (längerfristig) zu evakuieren, im Zusammenhang mit einigen soziodemografischen Merkmalen untersucht: Weniger wahrscheinlich war das Evakuieren, wenn die Personen männlich waren, älter als 65, weiß und im Haushalt keine Kinder lebten bzw. im Haushalt Haustiere vorhanden waren. Der Hauptgrund für ein schnelles Evakuieren ist die Sorge vor dem eigenen Tod oder dem Tod von Familienmitgliedern. Die Gefahr bzw. Gefährdung sollte also klar benannt sein, z. B. in einer Warnung, oder bei einer Durchsage via Lautsprecher. Menschen, die nicht zu Hause sind, während die Warnung bzw. Evakuierungsaufforderung sie erreicht, könnten versuchen, zu ihrem Besitz zurückzugehen, um persönliche Dinge zu holen. Ebenso könnten sie versuchen, Kinder z. B. vom Kindergarten oder von der Schule abzuholen. Dies kann Auswirkungen auf die Wahl der Route bzw. Straßen bzw. spätere Verkehrssituation haben (McLennan et al. 2011, Ronchi et al. 2021, Kuligowski 2020). Dies sollte bei der Planung der Evakuierung durch Stabsmitarbeitende berücksichtigt werden. Menschen, die in ländlichen Gegenden leben, evakuieren weniger wahrscheinlich als Menschen in Städten und sollten bei einer bevorstehenden Evakuierung besonders in den Blick genommen werden.

Zusammenfassung für Verwaltungsstäbe

Zuständige für Evakuierungen aufgrund von Waldbränden sollten nicht davon ausgehen, dass Menschen sich sofort nach einer erhaltenen Warnung evakuieren. Menschen wollen sich sicher sein, dass die Evakuierung auch wirklich nötig ist, und werden zunächst wahrscheinlich versuchen, weiterführende Informationen zum Ereignis zu bekommen.

Menschen brauchen die explizite Anweisung für eine Evakuierung. Wenn die Evakuierung durch die Behörden verpflichtend ist bzw. von diesen angeordnet wird, verlassen die meisten Menschen das betroffene Gebiet. Die Gestaltung von Evakuierungswarnungen (Modalität, Zeit, Inhalt) kann Auswirkungen darauf haben, wie Betroffene auf ein Buschfeuer bzw. einen Waldbrand reagieren. Eine rechtzeitige Warnung, die die Gefahr klar benennt und aus der klar hervorgeht, was genau zu tun ist, führt eher dazu, dass einer Evakuierungsaufforderung Folge geleistet wird.

Eine Rolle für die Entscheidung, zu evakuieren, spielt die Erfahrung mit dem Ereignis, also z. B. ob die Person schon einmal einen Waldbrand erlebt hat. Ebenso ist es relevant, ob die Flucht-Routen, z. B. Straßen, als sicher wahrgenommen werden. Zudem sind die Vorbereitungen für eine Evakuierung (ist die Person auf eine Evakuierung vorbereitet oder nicht) und die wahrgenommene Gefahr durch das Feuer von Bedeutung. Dies sollten Stäbe in die Planung einer (lang anhaltenden) Evakuierung berücksichtigen.

5.1.3 Hitze

Während der Hitzewellen der vergangenen Jahre starben in Deutschland mehrere Tausend Menschen an den Folgen der Hitze. Die Anzahl der Krankenhauseinweisungen stieg während der Hitzewellen deutlich an. Die Anzahl der Tage mit extremer Hitze wird in Deutschland zukünftig voraussichtlich zunehmen (BBK 2020). Aufgrund dessen wurde das Szenario Hitze bzw. das Verhalten der Bevölkerung bei Hitze in die Literaturrecherche aufgenommen. **Zu konkretem Verhalten der Bevölkerung während einer Hitzewelle fanden sich nur wenige empirische Studien.** Einige wenige Publikationen beschreiben die körperlichen und psychologischen Auswirkungen des Klimawandels auf den Menschen (z. B. Hunecke 2022).

Es gibt keine allgemeingültige Definition der „Hitzewelle“. In der Regel wird darunter aber eine Abfolge von Hitzetagen (Tage mit Temperaturen über 30 °C), und Tropennächten (Nächte, in denen keine Abkühlung auf unter 20 °C stattfindet) verstanden, die mindestens fünf Tage lang anhält (Mittermüller 2019).

Hitzewellen kommen für viele Betroffene oft überraschend und können dadurch starke, teils lebensbedrohliche Auswirkungen haben. Mit der Hitze im Sommer 2003 werden in ganz Europa bis zu 70.000 Todesfälle in Verbindung gebracht; im Sommer 2018 wurden allein in Berlin 490 Todesfälle den Hitzetagen zugeschrieben (Heidenreich et al. 2020, Reiter et al. 2018). Wissenschaftliche Publikationen widersprechen sich teils in den Zahlen zu den Todesfällen, z. B. wird von 70.000 Toten gesprochen (Eisele 2022). Howarth et al. (2019) sprechen von 20.000 Toten europaweit.

Im Jahr 2022 gab es mindestens 15.000 Hitzetote in Europa (ZDF 2022), davon nach einer Schätzung des Robert-Koch-Instituts 4.500 Hitzetote in Deutschland (Spiegel Wissenschaft 2022). Die Klimakrise kann das Auftreten extremer Hitze fördern, insbesondere in Städten, in denen aufgrund der dichten und hohen Bebauung verstärkt Hitzeinseleffekte auftreten können (Mittermüller 2019). Städte heizen sich dabei stärker auf als die sie umgebenden ländlichen Regionen.

Hitzewellen unterscheiden sich von anderen Wetterereignissen in der Form, dass sie keinen genau definierbaren Beginn bzw. kein definiertes Ende haben. Es sind keine Flächen oder Infrastrukturen betroffen, wie z. B. bei einem Hochwasser. Es entstehen zudem keine sichtbaren Schäden, bei denen teils Monate später beispielsweise noch Aufräumarbeiten zu erledigen sind (Reiter et al. 2018).

Extreme Hitze beeinträchtigt also die menschliche Gesundheit und wird zunehmend zu einem ernst zu nehmenden Thema für die öffentliche Gesundheitsvorsorge. Hitze reduziert das allgemeine Wohlbefinden und hat Einfluss auf die geistige und körperliche Gesundheit. Hitze kann schwere gesundheitliche Folgen haben

und zu Dehydrierung, Herz-Kreislauf-Problemen, Atembeschwerden und zum Tod führen (Mittermüller 2019). Die Risikofaktoren können auch als intrinsische (Alter, Behinderung) und extrinsische (Wohnen, Verhaltensweisen) beschrieben werden; Letztere variieren je nach Standort der Person und Anpassungen der Wohnverhältnisse an das lokale Klima. Die Auswirkungen eines Hitzewellenereignisses hängen von einer Reihe von Faktoren ab, darunter das Ausmaß der Hitzewelle, der Zeitpunkt in der Jahreszeit Sommer, Erfahrungen der Bevölkerung mit Hitzewellen und die Reaktionen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge (Kovats und Hajat 2008).

Zusammenfassung für Verwaltungsstäbe

Menschen sind oft nicht auf Hitze vorbereitet oder nehmen diese als gefährlich wahr. Unter anderem stellen das Alter, bestimmte (Vor-)Erkrankungen und die Wohnsituation (Stadt, Land) Risikofaktoren bezogen auf die Vulnerabilität und Bewältigungskapazitäten der Bevölkerung dar. Zudem sollten Bevölkerungsgruppen, die sich in ihrem Tagesablauf nicht der Hitze anpassen können, z. B. berufstätige Eltern, Pendlerinnen und Pendler, Schulen und Kitas mit Ganztagsbetreuung, Berufe im Freien (Baustellen) vom Stab als möglicherweise vulnerable Gruppe in den Blick genommen werden.

Wissen zu strukturarmen Regionen ohne gute Anbindung an die Nahversorgung, älteren Menschen in der Fläche, die nicht mobil sind, sowie dem Vorhandensein von grünen Oasen (Schatten, Kühlung) in den Städten sollte im Stab vorhanden sein. Zudem sollte die Verkehrssituation (Staus auf Autobahnen, stehende Züge auch ohne Klimaanlage wie z. B. S-Bahnen) vom Stab im Blick behalten werden.

Hitzewarnungen und die Erhöhung des öffentlichen Bewusstseins dafür, wie man sich in Zeiten extremer Hitze verhält (z. B. die richtige Kleidung, Trinken, Ausruhen, Kühlen, Vorhänge geschlossen halten) können dazu beitragen, die gesundheitlichen Auswirkungen der Hitze zu reduzieren. Hitzeaktionspläne sollten, sofern vorhanden, genutzt werden. Hitzewarnsysteme, wie z. B. vom DWD, sollten genutzt werden, und Informationen darüber, wie diese funktionieren und was im Fall einer Warnung durch diese zu tun ist, sollten in der Bevölkerung verbreitet werden. Der DWD betreibt die Wetter-App „WarnWetter“, die neben vielen anderen Funktionen auch vor Hitze warnt. Die App steht jedem Bürger zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Notaufnahmen in Krankenhäusern im Zuständigkeitsbereich des Stabs könnten aufgrund der Auswirkungen der Hitze be- oder überlastet werden; freie Bettenkapazitäten müssten hier ggf. in angrenzenden Städten oder Landkreisen angefragt werden.

Verwundbarkeitskarten, die Informationen zu besonderer Hitzeexposition z. B. in Städten und Wohnstandorten der Bevölkerung kombinieren, könnten erstellt und für die Stabsarbeit genutzt werden.

Auch das Arbeiten im Stab selbst während einer Hitzeperiode sollte vorbereitet sein: Neben den räumlichen Gegebenheiten (ist z. B. Lüften und Abdunkelung möglich?) sollten genügend Getränke für die Stabsmitglieder bereitgestellt werden. Sonst ist ggf. mit schnellerer Ermüdung und Konzentrationsabfall zu rechnen.

5.1.4 (Großflächiger bzw. lang anhaltender) Stromausfall

Unter Stromausfall werden im Folgenden Lagen verstanden, die sich aus einer mangelnden Stromversorgung bzw. einer längeren Unterbrechung elektrischer Energie ergeben. Dies kann für Stunden, Tage oder Wochen geschehen (Paschotta 2023). Die Gründe für den Mangel, z. B. Überschwemmungen, starker Schneefall, Generatorschaden in einem Energiekraftwerk, werden dabei nur insofern berücksichtigt, wie sie für die Darstellung der Ergebnisse der Recherche relevant sind. Stromausfälle, in der Forschungsliteratur auch oft als „Blackouts“ bezeichnet, sind häufiger Forschungsgegenstand, da sie viele Sektoren, wie Telekommunikation, Transport und Verkehr, Wasser und Abwasser, Versorgung mit Lebensmitteln, das Gesundheitswesen, Finanzdienstleistungen u. v. m. betreffen. Blackout bezeichnet den unkontrollierten Zusammenbruch der Netze. Im Gegensatz dazu wird beim „Brownout“ eine kontrollierte Abschaltung der Stromversorgung für eine begrenzte Zeit in definierten Gebieten vorgenommen, um das Netz insgesamt stabil zu halten.

Die empirische Datenlage zum (tatsächlichen) Bevölkerungsverhalten während eines (langfristigen, großflächigen) Stromausfalls ist aktuell jedoch recht dünn, weil derartige Stromausfälle nicht häufig auftreten: „Es gibt aber keine empirisch validen Erkenntnisse zum Verhalten von Menschen angesichts der Folgen eines langandauernden Stromausfalls“ (Petermann 2011: 196).

Handlungsempfehlungen für Städte und Gemeinden für das Szenario „flächendeckender und lang andauernder Stromausfall“ sollen eine eigenständige Vorbereitung und Bewältigung der zuständigen Behörden ermöglichen (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2021). Allerdings thematisieren nur wenige dieser Handlungsempfehlungen sowie auch insgesamt nur wenige empirische Studien das (erwartbare) Verhalten der Bevölkerung bei (großflächigem, langfristigem) Stromausfall.

Stromausfälle stellen ein Problem mit Kopplungseffekten bzw. engen Kopplungen dar. In der Technikforschung wird unter engen Kopplungen eine Verbindung zweier Sys-

teme ohne „Pufferzone oder Elastizität“ verstanden (Lorenz 2010: 12–13). Das System Stromversorgung fällt dabei aus und die damit in Verbindung stehenden Systeme, z. B. Telekommunikation, Trinkwasserversorgung, Treibstoffversorgung etc., können nicht weiterlaufen. Ein (großflächiger) Stromausfall kann also in vielen Teilen von Deutschland weite Teile der Bevölkerung treffen. Lorenz (2010) unterteilt die Auswirkungen von Stromausfällen auf die Bevölkerung in drei Phasen: unmittelbare Reaktionen (Phase 1), mittelbare Reaktionen (Phase 2) und längerfristige Reaktionen (Phase 3).

In Phase 1 wird die Bevölkerung Auswirkungen eines Stromausfalls unmittelbar gewahr, sofern sich diese auf ihre alltäglichen Routinen auswirken. Während der Nachtzeit wird dieser weniger Menschen betreffen als beispielsweise während der Hauptpendlerzeit am Tag. Ein Stromausfall in Großstädten kann zu Pendlerzeiten beispielsweise viele Tausend Menschen gleichzeitig treffen (Lorenz 2010). Phase 2 ist stärker durch die Schwierigkeiten in Kommunikation und Informationsbeschaffung geprägt, auch weil sich die Bevölkerung an die allgegenwärtigen Informations- und Kommunikationsmittel der heutigen Zeit gewöhnt hat (ebd.). Neben der Infrastruktur-Problematisierung kann in Phase 2 der Informationsbedarf der Bevölkerung sehr hoch sein. Dies kann zu einer erhöhten Anfrage beispielsweise bei den Leitstellen der BOS führen. Phase 3 eines langanhaltenden Stromausfalls ist von kaskadierenden Vulnerabilitäten geprägt. Diese Phase kann Konflikte hervorbringen, die in Phase 2 eher unwahrscheinlich sind.

Das Informationsbedürfnis der Bevölkerung ist bei einem (langfristigen) Stromausfall hoch (Ohder et al. 2015). Die Informationsweitergabe durch die zuständigen Behörden dürfte erschwert werden oder unmöglich sein. Ausfälle bei Internet, sozialen Medien und Telefon, beim Empfang von Radio und Fernsehen und bei der Herstellung und dem Vertrieb von Printmedien sind zu erwarten. Menschen flächendeckend mit telekommunikativen Mitteln in ihren Wohnungen zu erreichen, wird zunehmend erschwert bis unmöglich. Eine Informationsverbreitung über Lautsprecherfahrzeuge und wo möglich über batteriegepufferte moderne Sirenenanlagen mit Durchsagefunktion können zur Information der Bevölkerung einbezogen werden.

Menschen suchen wahrscheinlich überwiegend Anlauf- und Hilfestellen in ihrem direkten Wohnumfeld auf, um weitere Hilfe und zusätzliche Informationen zu erhalten. Nur ein kleiner Teil würde trotz Hilfebedarfs zu Hause auf Hilfe warten. Es sollte kommuniziert werden, welche Anlaufstellen in der Lage sind, die gewünschte Hilfe, z. B. für das Abdecken von Grundbedürfnissen, anbieten zu können. Es ist wichtig, dass die Anlaufstellen im jeweiligen Stadtteil bzw. Wohnumfeld zentral gelegen und für die Menschen gut erreichbar sind, wie z. B. Katastrophenschutzleuchttürme (Ohder et al. 2015).

Batteriebetriebene Radios haben in der Regel längere Laufzeiten als mobile Rechner und Smartphones und sind netzunabhängig. Für die Verbreitung von Informationen

haben sie einen hohen Stellenwert. Gegebenenfalls sind diese jedoch nicht flächendeckend in den Haushalten vorhanden.

Ein (lang anhaltender) Stromausfall führt zu Einschränkungen bei der Telekommunikation und der räumlichen Mobilität jenseits des engeren Wohnumfeldes. Dies kann informelle Hilfestrukturen schwächen. Widerstandsfähiger können Hilfestrukturen sein, die von Personen getragen werden, die in geringer Entfernung zueinander leben. Die Hilfsbereitschaft ist auch gegenüber Personen besonders hoch, die im eigenen räumlichen Umfeld leben (Ohder et al. 2014). Bei der Entwicklung und Stärkung informeller Hilfestrukturen sollte dies beachtet werden.

Lösungsstrategien der Bevölkerung können aber zu einem erhöhten Aufkommen von Bränden oder anderen Schäden, z. B. Vergiftungen durch organische Wärmequellen im geschlossenen Aufenthaltsraum, führen, wenn die Menschen mit anderen Mitteln versuchen, ihr Bedürfnis nach Licht und Wärme zu stillen. Hier könnte es sinnvoll sein, alternative Varianten vorzudenken und an die Bevölkerung zu kommunizieren.

Getränkervorräte von Bewohnerinnen und Bewohnern (gerade der oberen Stockwerke in Häusern, vierte Etage und höher) sind oft gering. Der wahrscheinliche Ausfall der Wasserversorgung könnte ggf. nur unzureichend durch die Bewohnerinnen und Bewohner kompensiert werden. Durch den Ausfall von Fahrstühlen ist die Mobilität unter Umständen eingeschränkt und Hilfeleistungen könnten einen größeren Aufwand erfordern. Ab dem vierten Stockwerk kann die Wasserversorgung und in der Folge auch die Wasserentsorgung nicht mehr gegeben sein. Körperliche Beschwerden können eintreten, wenn die Medikamentenvorräte aufgebraucht sind und nicht ergänzt werden können. Ebenso kann eine regelmäßige ärztliche Betreuung notwendig sein oder die Stromversorgung von medizinisch-technischen Geräten, z. B. Beatmungsgeräten, die in der Wohnung genutzt werden.

In der ersten Phase eines Stromausfalls nimmt das solidarische Verhalten zu. Die Bereitschaft zur Leistung von Hilfe ist hoch. Allerdings bezieht sich diese Hilfsbereitschaft insbesondere auf Leistungen, die die eigene Ressourcenlage nicht verschlechtern (Lorenz 2010). Nach wenigen, durchschnittlich vier Tagen können erhebliche Versorgungslücken mit Lebensmitteln, Getränken, Bargeld und ggf. Medikamenten auftreten und Hilfeleistungen erforderlich sein. Ein großer Anteil an Haushalten könnte sich drei bis fünf Tage selbstständig mit Lebensmitteln und Getränken überbrücken. Jedoch sind diese Vorräte nicht als eine Notfallbevorratung anzusehen, da die Menge nicht ausreichend ist und viele Lebensmittel des Vorrats aus Produkten bestehen, die gekühlt oder tiefgekühlt gelagert werden müssen.

Ein (flächendeckender) Stromausfall hat unmittelbare Auswirkungen auf den Verkehr. Der Schienenverkehr wird zum Erliegen kommen. Beim motorisierten Straßenverkehr

kann es zu erheblichen Einschränkungen kommen. Fahrräder könnten zur Stabilisierung der Mobilität im Wohnumfeld beitragen. Private PKW, sofern sie noch funktionsfähig sind, könnten die Selbsthilfefähigkeit stärken, wenn damit hilfebedürftige Personen oder Hilfsgüter transportiert werden könnten. Auch die E-Mobilität ist bei längerem Stromausfall betroffen. Dies gilt insbesondere bei immer stärkerer Verbreitung entsprechender privater und öffentlicher E-Fahrzeuge. Eine Kompensation mit Verbrennerfahrzeugen wird künftig weniger umfangreich möglich sein.

In der letzten Phase eines lang anhaltenden Stromausfalls und wenn die Lösungsstrategien der Bevölkerung nicht mehr ausreichen, könnten Konflikte auftreten (Lorenz 2010). Fragen der Grundversorgung können aufkommen, die in der Planung und Vorbereitung bedacht werden sollten. Dazu gehört beispielsweise die Frage, bis zu welchem Grad der Kontinuität der Wirtschaft Vorzug vor der Versorgung vulnerabler Gruppen gewährt wird. Prinzipiell wird aber der Daseinsvorsorge Vorrang vor der Wirtschaft gegeben.

Zusammenfassung für Verwaltungsstäbe

Die Bevölkerung ist sich ihrer Abhängigkeit von einer flächendeckenden Stromversorgung in der Regel nicht bewusst. Die Bevölkerung könnte somit schlecht oder gar nicht auf einen (langfristigen) Stromausfall vorbereitet sein. Mit der Dauer eines Stromausfalls dürften auch die Auswirkungen des fehlenden Stroms auf das Bevölkerungsverhalten zunehmen. Über das Verhalten der Bevölkerung bei einem – kurzen – Stromausfall gibt es lediglich eine überschaubare Anzahl von empirischen Berichten und Analysen. Es liegen keine empirisch gesicherten Erkenntnisse zum Verhalten von Menschen angesichts der Folgen eines großflächigen, lang andauernden Stromausfalls vor.

Dennoch können einige Punkte in die Planung der Aufgaben des Stabs bei Stromausfall einbezogen werden:

Eine vor einem Stromausfall stattfindende Analyse der (Aufenthalts-)Bevölkerung im Zuständigkeitsbereich des Stabs in Bezug auf Ressourcen materieller Art (z. B. das Vorhandensein von eigenem Haus, Besitz eines Autos), Ressourcen wie Alter, Gesundheit, persönliche Ressourcen (z. B. Nachbarschaftshilfe) und Ressourcen wie Zeit, Geld und Wissen kann hilfreich sein. Eine solche Analyse kann helfen, Resilienzen der Bevölkerung aufzudecken. Als Beispiel sei die KriMaTab (Krisenmanagementtabelle) aus dem Forschungsprojekt TankNotStrom (Altenbrunn et al. 2012) erwähnt, die Informationen über Berliner Lebensräume sammelte und aufbereitete und somit eine Vulnerabilitätstopografie der Berliner Bevölkerung aufzeigte. In dieser Topografie finden sich mögliche Kriminalitätsschwerpunkte, Personengruppen mit besonderer Verletzbarkeit, soziale Problemverdichtungen sowie räumlich/topografische Besonderheiten.

Anlaufstellen, z. B. in Schulen oder religiösen Einrichtungen, können hier einen wichtigen Beitrag für die Koordinierung von Hilfe sowie die Verbreitung und ggf. auch die Gewinnung von Informationen leisten. Lokale Netzwerke, z. B. Hilfe innerhalb der Nachbarschaft, könnten dabei helfen, bei der Verbreitung von Informationen zu unterstützen (Ohder et al. 2015).

Die Bevölkerung sollte nicht als passive und auf Hilfe wartende Gruppe hilfsbedürftiger Menschen verstanden werden. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Bevölkerung selbst nach Lösungen sucht und diese findet. Dabei wird in der Regel auf lokale und bereits bestehende soziale Netzwerke, wie Nachbarschaften, zurückgegriffen. Auch private Stromerzeuger mit der Möglichkeit, Stromkleinmengen örtlich lokal anzubieten (für z. B. Handyladung, Radio, TV), könnten Hilfe bereitstellen. Es ist empfehlenswert, diese lokalen Netzwerke zu identifizieren und direkt anzusprechen, um sie in die Krisenbewältigung einzubeziehen.

Insgesamt sollte die Bekanntheit von Informationen zur privaten Notfallvorsorge, wie z. B. der Broschüren des BBK bzw. der Informationen auf der Homepage des BBK, erhöht werden.

5.1.5 Hochwasser/Überschwemmung/Überflutung

Unter Hochwasser/Überschwemmungen/Überflutungen werden hier Lagen verstanden, in denen eine Notlage in einem begrenzten Gebiet durch hohe Wasserstände ausgelöst wurde. Unter Hochwasser bzw. Überschwemmungen/Überflutungen werden Zustände verstanden, bei denen eine normalerweise trocken liegende Bodenfläche vollständig von Wasser bedeckt ist. Dabei wird der Grund für den hohen Wasserstand (andauernder Starkregen, Schmelzwasser, Dammbbruch) nicht näher betrachtet. Hochwasser bzw. Überschwemmungen/Überflutungen können zu weiter reichenden Infrastrukturausfällen führen, z. B. Stromausfällen, Ausfall der Kommunikations- und Verkehrsinfrastrukturen, wodurch mehrere Lagen gleichzeitig entstehen.

Hochwasser werden als relativ altbekannte Risiken eingestuft, die bei den Befragten keine übermäßigen Angstgefühle hervorrufen (Plapp 2002). Manche Menschen gehen bewusst in das Hochwasser hinein, um z. B. Tiere zu retten oder zu bergen, jemand anderem zu helfen oder das Hochwassergebiet zu beobachten. Andere bleiben in ihrem Zuhause bzw. an ihrem Standort, weil ihnen dies als sicherste Option erscheint, weil sie eine Evakuierung nicht durchführen können (da sie beispielsweise immobil sind) oder weil sie nicht wissen, dass eine Evakuierung stattfinden soll(te) (Diakakis 2020). Beim Elbehochwasser 2002 gab es Fehlinformationen über Plünderungen und Deichsprengungen. Dies führte zu aggressiven Reaktionen auf die Polizei, als Menschen zu ihren Häusern zurückkehrten (Heidt et al. 2017).

Zur Unwetterlage „Bernd“ im Juli 2021, die in der Folge insbesondere Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern mit Hochwassern besonders schwer betraf, und bei dem (nach bisherigem Wissen; Wikipedia 2023b) 184 Menschen starben, wurde zusätzlich eine Recherche aktueller Dokumente, Medienberichte und Literatur zum Verhalten der Bevölkerung durchgeführt.

Aus den Medienberichten ließ sich erkennen, dass Selbsthilfe und Hilfsbereitschaft eine große Rolle bei der Bewältigung der Lage spielten. Auch von (unbegründeter) Angst vor Plünderungen wurde berichtet (Stegmann 2021). Etliche Menschen starben, weil sie im Keller nach dem Rechten sehen wollten, z. B. durch Stromschläge oder Überflutung des Kellers (Wetzel 2021). Ebenso wurde von Gaffern (Himmelrath 2021) und sogenannten Querdenkerinnen und Querdenkern (Zeit Online 2021b) in den überfluteten Gebieten berichtet. Sogenannte Querdenker-Gruppierungen sind weder ein Verein noch eine Partei. Michael Ballweg gründete im Frühjahr 2020 das sogenannte Querdenken 0711 in Stuttgart. Deutschlandweit gibt es 68 Ableger von Querdenken 0711 in Form von lokalen Gruppen, die beispielsweise Demonstrationen gegen die sogenannten Corona-Maßnahmen der Bundesregierung organisieren (Oswald 2021).

Es wurde von Angriffen von Querdenkerinnen und Querdenkern und Menschen aus der sogenannten Prepper-Szene auf Einsatzkräfte berichtet. Prepper sind Menschen, die sich akribisch auf Krisen und Katastrophen vorbereiten, z. B. mit umfangreichen Notfallvorräten.

Zunehmend wurde die (fehlende rechtzeitige) Warnung der Bevölkerung vor dem Hochwasser thematisiert (Tagesschau 2021), die dazu führte, dass etliche Menschen, sich nicht rechtzeitig selbst in Sicherheit bringen konnten. Der Bedarf an PSNV, sowohl für Einsatzkräfte als auch für Betroffene, war hoch (Malteser Hilfsdienst e. V. 2021).

In den zusätzlich analysierten Dokumenten zur Hochwasserlage in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Sommer 2021 wurde das Verhalten der Bevölkerung nicht oder nur indirekt thematisiert.

In der Flächenlage „Unwetter Bernd“ stellte bereits die Ermittlung von (primärer und sekundärer) Betroffenheit der Bevölkerung eine wesentliche Herausforderung dar (Bundesministerium des Innern und für Heimat und Bundesministerium der Finanzen 2022). Die Ermittlung und Erfassung unmittelbarer körperlicher Betroffenheit und materieller, aber auch längerfristiger finanzieller Schäden wird sich vermutlich noch über mehrere Jahre erstrecken. Die (ersten) Schäden wurden über verschiedene kurzfristig erschaffene Portale und Hotlines zur Bedarfsermittlung und Antragstellung zur Unterstützung verschiedentlich ad hoc angegangen, etwa über Internetportale wie www.wiederaufbau.nrw oder www.handwerk-baut-auf.de, die neben der Betroffenheit auch Kapazitäten zur Unterstützung bündeln (Bundesministerium des Innern und für

Heimat und Bundesministerium der Finanzen 2022). Zwar stellte die PSNV-B bereits einen eigenen Lagebereich dar, dem mit Plattformen, dem Aufbau von Netzwerken zur Vermittlung von Bedarfen und Kapazitäten sowie einem längerfristigen Nachsorgekonzept Rechnung getragen wurde (ebd.). Tempo, Umfang und Logistik dieser Hilfestellungen erwiesen sich jedoch als verbesserungsfähig. Durch eine einschlägige Vorplanung und kommunenübergreifende Koordination wären Hilfestellungen effizienter zu gestalten gewesen (Beinlich 2021, Broemme 2022, Verband der Feuerwehren in NRW, Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in NRW und Arbeitsgemeinschaft der Leiter hauptamtlicher Feuerwachen in NRW 2021).

Zudem herrscht große Einigkeit, dass die Warnung der Bevölkerung auch deshalb nicht funktionierte, weil das Ausmaß der Gefahr nicht anschaulich verdeutlicht wurde und selbst dort, wo die Warnmeldung ankam, diese oftmals nicht verstanden oder nicht ernst genommen wurde. Ferner waren Handlungsempfehlungen oftmals nicht (oder nicht ausreichend) bzw. nicht eindeutig vermittelt. Ferner wurden sie von den Betroffenen oftmals nicht als relevant erachtet (Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. [DKKV] 2022).

Bereits vorhandene Ressourcen und Kapazitäten zur Rettung und Katastrophenhilfe in der Bevölkerung sollten besser und effizienter genutzt werden. Die immense Zahl an freiwilligen lokalen und überregionalen Spontanhelfenden – allein im Ahrtal bis zu 100.000 Personen –, für die eigene logistische Strukturen und Transportservices vonnöten waren, konnte teils nicht angemessen eingebunden werden. Dies führte zeitweise zu parallelen, selbst organisierten Strukturen, aber auch zu Frustration und Enttäuschung über die Kooperation mit den Hilfsorganisationen (Bundesministerium des Innern und für Heimat und Bundesministerium der Finanzen 2022). Ähnlich gestaltete sich diese Sachlage hinsichtlich des hohen Volumens an Sachspenden, die mangels koordinierter und bedarfsgerechter Verteilung oftmals nicht den gewünschten Effekt erzielen konnten.

Nicht zuletzt entstanden aufgrund der hohen medialen Sichtbarkeit dieser Sachlage erhebliche Imageschäden für die Einsatzorganisationen, die auch zu Anfeindung und Angriffen führten (Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes e.V. 2021, Zeit Online 2021a).

Auch die Kapazitäten zur Bereitstellung und Koordination von PSNV sollten verstärkte Beachtung finden: Die Befunde zeigen eine taktisch etablierte und verankerte Anbindung von PSNV-E. Allerdings wird der Einsatz unterschiedlich bewertet (Beinlich 2021, Bundesministerium des Innern und für Heimat und Bundesministerium der Finanzen 2022, Verband der Feuerwehren in NRW et al. 2021). Dahingegen ist es eindeutig, dass PSNV für die Spontanhelfenden nicht hinlänglich umsetzbar war (ebd.)

Zusammenfassung für Verwaltungsstäbe

Auch bei Hochwasser, Überschwemmungen und Überflutungen kommt es zu gesteigertem Hilfeverhalten von Menschen, teils sogar von Fremden.

Menschen begeben sich möglicherweise bewusst in Gefahr. Es muss damit gerechnet werden, dass etliche Menschen sich unwissentlich in Gefahr begeben, weil sie z. B. nicht wissen, wie schnell bei Starkregen Unterführungen oder Keller volllaufen. Erschöpfung, Unterkühlung, Durchwaten von überfluteten Bereichen mit der Gefahr von Löchern, Senken, unsichtbaren Schadensquellen unter Wasser oder Strömungen könnten die Folge sein.

Dadurch ist mit Toten und ggf. mit erhöhtem Bedarf an PSNV-B zu rechnen. Durch eine erhöhte Arbeitslast von (ehrenamtlichen) Einsatzkräften ist mit einem Bedarf an PSNV-E zu rechnen. Eine Fachberatung PSNV kann im Stab zur Koordination der PSNV und Information des Stabs über die Arbeit der PSNV hilfreich sein. Eine Vorplanung der PSNV-B, PSNV-E und PSNV für Spontanhelfende sollte stattfinden.

Beim Hochwasser in Deutschland im Juli 2021 gab es ein überwältigendes Hilfeverhalten in der Bevölkerung. Allerdings wurde auch von Angriffen auf Einsatzkräfte berichtet. Auch die (fehlende) Warnung der Bevölkerung wurde thematisiert. Diese führte 2022 zur Einführung des Cell Broadcast auch in Deutschland.

Bei Hochwassern, Überschwemmungen und Überflutungen ist das Informationsbedürfnis der Bevölkerung hoch. Soziale Medien können dabei positive, z. B. Helfenden-Koordination, als auch negative Auswirkungen, z. B. Streuung von Gerüchten, haben. Krisenkommunikation seitens der Behörden ist wichtig, um Gerüchten und Falschinformationen vorzubeugen oder gegenzusteuern. Informationen sollten möglichst nur geprüft an die Bevölkerung kommuniziert werden. Wenn etwas (noch) nicht bekannt ist, kann dies ebenso kommuniziert werden.

Innerhalb des Stabs sollten ebenso Ressourcen für die Auswertung von Informationen und die Betreuung auf/aus sozialen Medien vorgehalten werden.

5.1.6 Hilfeverhalten von ungebundenen Helferinnen und Helfern am Beispiel Hochwasser

Für die Analyse zu wissenschaftlichen Studien von Hilfeverhalten von ungebundenen Helferinnen und Helfern in Deutschland wurden v. a. Dokumente der Schriftenreihe der Sicherheitsforschung des Deutschen Roten Kreuzes einbezogen. Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit von BOS mit ungebundenen Helferinnen und Helfern beim Hochwasser 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wurden nicht in die Analyse einbezogen.

Im Folgenden werden Ergebnisse der Analyse von Teil 1 zur Rolle von ungebundenen Helferinnen und Helfern bei der Bewältigung von Schadensereignissen (Schorr et al. 2014) beschrieben, da diese wichtige Erkenntnisse zum Verhalten der ungebundenen Helferinnen und Helfer geben. Für weiterführende Erkenntnisse können aus der Schriftenreihe die Berichte für Führungskräfte (Teil 2: Ely et al. 2015) sowie Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen für den Einsatz von ungebundenen Helferinnen und Helfern (Teil 3: Biegert et al. 2016) empfohlen werden. Zur Motivation spontaner Hilfeleistungen im Krisen- und Katastrophenfall am Beispiel der Flutereignisse in Magdeburg 2013 sei auf Geißler und Sticher (2014) verwiesen.

Da sich Menschen aktiv und oft sehr erfolgreich an Rettungsmaßnahmen beteiligen, werden diese Spontanhelfenden (oder Ad-hoc-Freiwillige, Laienhelferinnen und -helfer) als eigenständiges Phänomen der Krisenbewältigung angesehen. Diese Spontanhelferinnen und -helfer bzw. ungebundenen Helferinnen und Helfer stellen besondere Herausforderungen an die Einsatzorganisation und sind abzugrenzen von organisierten/professionellen Einsatzkräften. Die Inhalte beziehen sich auf das Verhalten und die Bedürfnisse ungebundener Helferinnen und Helfer bei Hochwasserlagen und damit nur indirekt auf Betroffene. Eine Vielzahl an psychischen und physischen Belastungen kann auf die ungebundenen Helferinnen und Helfer einwirken. Um diese möglichst gering zu halten, sollten folgende Aspekte für ungebundene Helferinnen und Helfer – auch aus Fürsorge und für eine lange Einsatzfähigkeit – betrachtet werden, u. a.:

- Mobilisierung und Kontaktaufnahme zu/von ungebundenen Helferinnen und Helfern
- Ablauf der Helferregistrierung und Datenschutz, z. B. welche Daten von den Helferinnen und Helfern benötigt werden
- Schaffung von Infrastrukturen zur Koordination und Informationsaustausch, ggf. Festlegung einer Trägerschaft, Kommunikationswege und -medien, über die Helfende informiert werden, Sicherstellung der Vermittlung und das Erreichen von Einsatzorten

- Vermittlung von notwendigem Wissen über die aktuelle Lage und zugehörige Aufgaben, ggf. Vermittlung, wie bestimmte Aufgaben umzusetzen sind; Arbeitsmaterialien zur Verfügung stellen
- (Arbeits-)Schutz, Rechtsgrundlagen und Hygienemaßnahmen, wie Sonnenschutz, Waschmöglichkeiten, sanitäre Anlagen, aber auch Schutz vor/gegen Personen, die die Arbeit behindern können, z. B. Paparazzi
- Versorgung und Verpflegung, wie Aufenthaltsräume für Pausen und Schlafplätze, Dauer der Hilfe bzw. Ablösung
- Einsatznachsorge bzw. PSNV-E

Zusammenfassung für Verwaltungsstäbe

Ungebundene Helferinnen und Helfer bzw. Spontanhelfende sind als eigenständiges Phänomen der Krisenbewältigung zu betrachten. Besondere Maßnahmen müssen betrachtet werden, wenn ungebundene Helferinnen und Helfer tätig werden (von sich aus) oder diese in die Stabsarbeit bzw. Einsatzorganisation integriert werden sollen.

Grundsätzlich sind „alle Bevölkerungsgruppen“ bereit, tätig zu werden und zu helfen, unabhängig von Alter oder Gesellschaftsschicht. Sogar Helferinnen und Helfer, die nicht direkt aus den betroffenen Regionen kamen, sind bereit, überregional zu helfen. Die Zusammensetzung der ungebundenen Helferinnen und Helfer wird u. a. dadurch beeinflusst, wie zur Hilfe aufgerufen wird: Zum Beispiel können Aufrufe über eine Universität oder das soziale Netzwerk Facebook eher zur Mobilisierung von Studierenden oder jungen Erwachsenen führen. Andere Medien, wie Radio oder Zeitungen, können dabei unterstützen.

Sozialen Medien kommt insgesamt eine besondere Bedeutung zu: Neben Mobilisierung werden auch Hilfsangebote koordiniert und es erfolgen Vernetzungen und Warnungen an die Bevölkerung. Aufrufe über das Radio zeigen sich für bestimmte Sach- und Materialspenden als wirksam. Dadurch könnte eine gezieltere Steuerung der Sach- und Materialspenden ermöglicht werden.

Die ungebundenen Helferinnen und Helfer bringen hohe altruistische Motivation mit. Jedoch reicht diese allein nicht für längere oder belastende Hilfen aus. Eine Vielzahl an psychischen und physischen Belastungen kann auf die ungebundenen Helferinnen und Helfer einwirken. Ein Bedarf an PSNV ist ggf. gegeben.

Die Integration von ungebundenen Helferinnen und Helfern erfordert eine Einsatzorganisation, die sehr ähnlich der Aufbauorganisation von BOS ist. Da für ungebundene Helferinnen und Helfer jedoch eher selten Ressourcen eingeplant werden, erfordert die Einbindung zusätzlich Personal, Infrastrukturen sowie

finanzielle Mittel. Die ungebundenen Helfenden bilden eine eigene Organisationseinheit und -struktur. Diese Strukturwerdung sollte seitens der BOS und auch der eingesetzten Stäbe wohlwollend begleitet und eingebunden werden.

5.1.7 Erste Phase der Covid-19-Pandemie

Für die Literatur- und Dokumentenanalyse wurden Publikationen zur ersten Phase der Covid-19-Pandemie bis Dezember 2020 analysiert. Menschen mit anderen (als deutschen) Nationalitäten waren in den betrachteten Studien unterrepräsentiert. In der Analyse zum Wissensstand und zur Risikowahrnehmung während der Covid-19-Pandemie (Führer et al. 2020: 35) beträgt der Anteil der Befragten mit der Nationalität deutsch beispielsweise 97 %, der Anteil der Menschen mit anderen Nationalitäten nur 3 %.

Während der Covid-19-Pandemie wurden viele Studien durchgeführt, die Zusammenhänge zwischen beabsichtigten (Schutz-)Maßnahmen, der Risikowahrnehmung, dem Verhalten der Bevölkerung und der Pandemie selbst untersucht haben (z. B. Goersch und Knuth 2020, Blom et al. 2020, Gerhold 2020, Wise et al. 2020, Leuker et al. 2020).

Viele unterschiedliche Faktoren, wie auf der individuellen Ebene beispielsweise die wahrgenommene Selbstwirksamkeit oder auf der gesellschaftlichen Ebene das Vertrauen in die Wissenschaft, beeinflussen die Risikowahrnehmung der Bevölkerung in Pandemielagen. Deren Einflüsse sind beim Planen und Verordnen von Schutzmaßnahmen zu berücksichtigen.

Um zu gewährleisten, dass die Bevölkerung die Schutzmaßnahmen befolgt, die zur Eindämmung der Pandemie dienen, ist es wichtig, dass diese von der Bevölkerung akzeptiert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Toleranz und Akzeptanz je nach Schutzmaßnahme deutlich unterscheiden. Je höher die Risikowahrnehmung der Bevölkerung ist, desto wahrscheinlicher ist die Akzeptanz präventiver Maßnahmen und deren Einhaltung durch die Bevölkerung. Je nachvollziehbarer und plausibler Maßnahmen sind, desto größer ist die Bereitschaft der Umsetzung durch die Bevölkerung.

Menschen unterscheiden sich in Abhängigkeit von soziodemografischen Merkmalen wie Alter und Geschlecht bezüglich ihres Verhaltens in Pandemielagen. Ältere Personen akzeptieren und befolgen auferlegte Schutzmaßnahmen tendenziell eher als jüngere Personen. Risiko- und Krisenkommunikation sollte daher an die verschiedenen Personengruppen angepasst werden.

Bei Pandemielagen ist es wichtig, die Rolle der (sozialen) Medien zu berücksichtigen, da diese zugleich wichtige Informationen zur aktuellen Lage verbreiten, aber auch eine Quelle von Fehlinformationen und Verschwörungserzählungen sein können. Innerhalb des Stabs sollten Ressourcen für die Auswertung von Informationen und die Betreuung auf/aus sozialen Medien vorgehalten werden.

Es ist mit einer Belastung vieler Bevölkerungsgruppen, z. B. von Kindern oder sozial schwächer gestellten Menschen, durch die Maßnahmen zur Eindämmung einer Pandemie zu rechnen. Von einem erhöhten Bedarf an PSNV kann daher ausgegangen werden.

Ergebnisse aus wissenschaftlichen Analysen wie beispielsweise der COSMO-Studie können u. a. zu Risikowahrnehmung, Schutzverhalten, psychischer Belastung, Vertrauen u. v. m. in die Stabsarbeit einbezogen werden, um die Stimmung in der Bevölkerung im Lagebild des Stabs abzubilden. Eine Funktion im Stab für die Auswertung dieser Informationen sollte, wenn möglich, vorgehalten werden.

Zusammenfassung für Verwaltungsstäbe

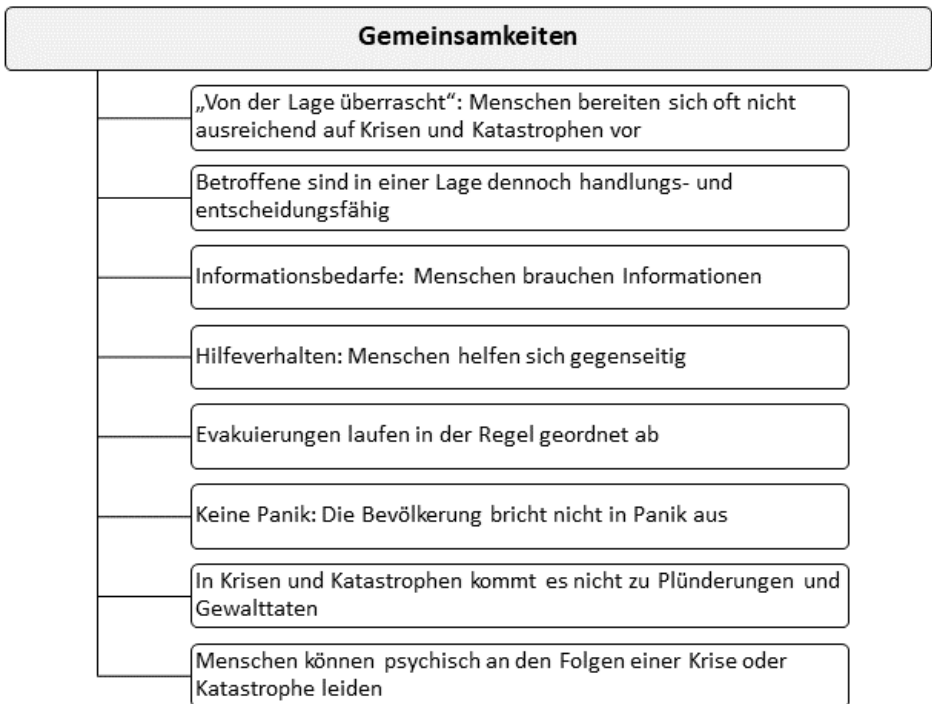
Während einer Pandemie laufende Studien bzw. Daten aus Befragungen, z. B. zur Akzeptanz der Schutzmaßnahmen, können bei der Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten einbezogen werden. Dafür muss Personal im Stab vorgehalten werden – ebenso für die ggf. gewünschte Auswertung von Beiträgen aus sozialen Medien zur Pandemie.

Während einer Pandemie kann von einem erhöhten Bedarf an PSNV ausgegangen werden. Eine Fachberatung PSNV in die Stabsarbeit einzubinden kann daher nützlich sein.

Während einer Pandemie benötigt die Bevölkerung Informationen, möglichst zielgruppengerecht aufgearbeitet. Je nachvollziehbarer und plausibler die Informationen z. B. über Schutzmaßnahmen sind, desto größer ist die Bereitschaft der Umsetzung durch die Bevölkerung.

Welches Verhalten kann meist erwartet werden?

Die im Folgenden zusammengefassten Ergebnisse aus der Analyse zu den Gemeinsamkeiten bzw. Unterschieden stellen übergreifendes, „allgemeines“ Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen dar. Die Darstellung stützt sich insbesondere auf die Überblicksartikel von Holenstein und Köng (2014), Quarantelli (1999), Fischer (2008), Richwin et al. (2019), Schulze et al. (2017) sowie das Buch von Gist und Lubin (1989). Abbildung 12 zeigt in einem Überblick die zusammengefassten Erkenntnisse aus der Analyse:



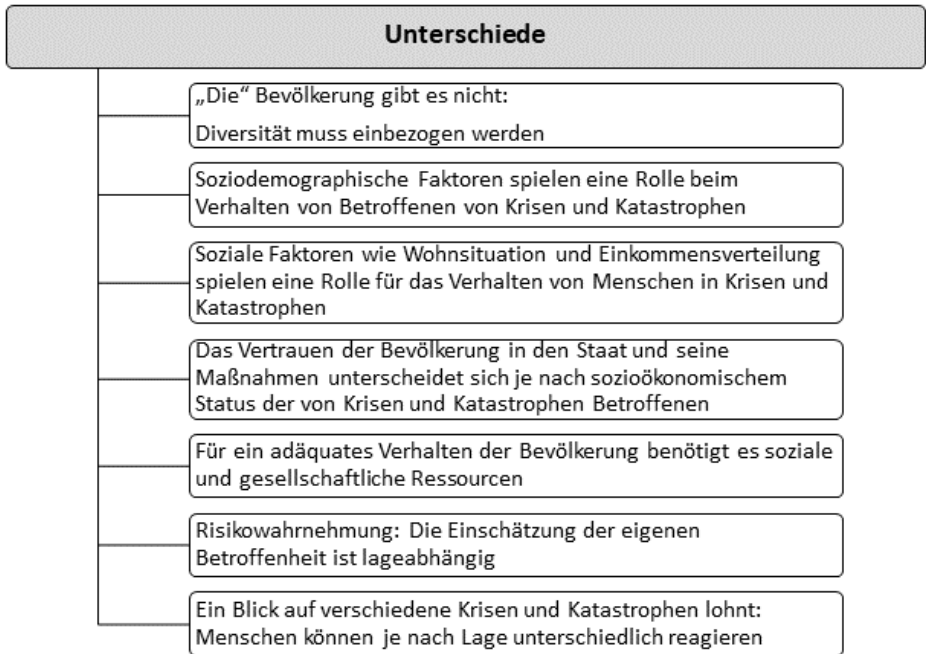


Abbildung 12: Zusammenfassende Erkenntnisse aus der Analyse – Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede von übergreifenden bzw. „allgemeinen“ Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen (Erstellerin: Laura Künzer)

5.2.1 Gemeinsamkeiten von Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen

„Von der Lage überrascht“: Menschen bereiten sich oft nicht ausreichend vor

Präventives Verhalten ist in Individual-Haushalten oft nicht gegeben. Menschen machen sich oft keine Gedanken über Vorsorge für den Fall einer Krise oder Katastrophe. Insgesamt wird die Wahrscheinlichkeit der eigenen Betroffenheit von Katastrophen von Menschen als gering eingeschätzt. Für den als unwahrscheinlich eingeschätzten Fall, doch von einer Krise oder Katastrophe betroffen zu sein, überwiegt bei vielen Menschen der Glaube, zurechtzukommen, auch wenn man nicht darauf vorbereitet ist. Es gibt allerdings sogenannte *disaster subcultures*. Das sind Menschen, die z. B. in Nähe eines Industrieparks wohnen oder schon von einer Katastrophe betroffen waren. Deren Vorsorge für Krisen und Katastrophen ist aber eher die Ausnahme.

In Vorsorgephasen erworbene Bewältigungskompetenzen können in Katastrophen angewendet werden. Deshalb sollten spezifische Informationen über Vorsorge-maßnahmen bei verschiedenen Krisen und Katastrophen noch stärker in die Bevölkerung getragen werden.

Betroffene sind in einer Lage meist handlungs- und entscheidungsfähig

Das Eintreten von Krisen und Katastrophen bedeutet nicht, dass Menschen gar nicht mehr wissen, was zu tun ist, dass sie zusammenbrächen, dauerhaft unter Schock stünden oder kopflos handeln würden. Viele Menschen wollen sich selbst und ihre Angehörigen schützen und für sich bzw. diese sorgen und sind durchaus handlungs- und entscheidungsfähig. Menschen wollen an Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden bzw. diese erklärt bekommen.

Soziale Ressourcen, wie beispielsweise die Familie, Freunde oder weitere Netzwerke bzw. Communities, können materielle und psychologische Hilfen bieten und Vorbildfunktion bezüglich des Verhaltens haben. Das Verhalten von Menschen in Krisen und Katastrophen kann sich an sogenannten Meinungsführenden ausrichten.

Stäbe sollten also davon ausgehen, dass Menschen in Krisen und Katastrophen durchaus handlungs- und entscheidungsfähig sind.

Menschen brauchen Informationen

Betroffene von Krisen und Katastrophen haben einen hohen Informationsbedarf. Informationen dienen nicht nur der eigenen Risikoeinschätzung, sondern auch als Grundlage für Entscheidungen, wie gehandelt wird. Informationen werden zwischen Menschen während einer Krise oder Katastrophe ausgetauscht und über die unterschiedlichsten Kanäle gesucht. Menschen nutzen in Krisen und Katastrophen u. a. Plattformen der sozialen Medien, um Informationen einzuholen und zu verbreiten. Die Art und Weise, wie Informationen zur Krise oder Katastrophe präsentiert und rezipiert werden, hat einen Einfluss auf das Verhalten von Menschen. Menschen sollten die Informationen über die Krise oder Katastrophe möglichst auf sich beziehen bzw. es sollte ihnen klar sein, dass sie betroffen sein könnten bzw. betroffen sind.

Stäbe sollten Betroffenen von Krisen und Katastrophen möglichst Informationen zur Lage bzw. zu Gefährdungen und zu möglichem Verhalten in der Lage bereitstellen. Hierfür sollten möglichst verschiedene Kanäle, z. B. Warn-App NINA, Lautsprecherwagen usw. genutzt werden.

Die Risiko- und Krisenkommunikation der Behörden ist zentral

Die Förderung von erworbenem Wissen der Bevölkerung über Krisen und Katastrophen begünstigt eine vertiefte Informationsverarbeitung im Ereignisfall. Vorsorgliche Ereigniskommunikation (= Risikokommunikation), möglichst mehrsprachige, kann einen Einfluss auf das Verhalten der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen haben. Die Förderung der Risikowahrnehmung ist wichtig, da es bei Laien zu Fehleinschätzungen von Risiken kommen kann.

Vertrauen in Behörden ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die kommunikativen Maßnahmen dieser Behörden. Informierte Menschen sind eher bereit, Anweisungen zu folgen. Je transparenter und verlässlicher die Informationen sind, desto stärker ist das Vertrauen der Bevölkerung in diese. Amtliche Warnungen werden eher beachtet, wenn der Absender den Menschen vertraut und bekannt ist. Vertrauen muss bereits im Vorfeld einer Krise oder Katastrophe aufgebaut worden sein.

Die Wahrnehmung und Bewertung von Krisen und Katastrophen kann sich zwischen Menschen unterscheiden. Werden von den Behörden Informationen darüber bereitgestellt, wo im Ereignisfall konkrete Informationen bezogen werden können, kann dies sicheres und schnelles Handeln in Katastrophen begünstigen. Eine frühzeitige Einbindung der Bevölkerung als Akteur ist sinnvoll, z. B. anhand der Kanäle der sozialen Medien der Behörden. Die Kommunikation der Behörden über soziale Medien kann die Resilienz und das Vorsorgeverhalten der Bevölkerung fördern.

Das Beobachten von Kanälen der sozialen Medien durch geschultes und extra dafür bereitgestelltes Personal kann aktuelle Bedürfnisse, Interessen und Gefühle der Bevölkerung identifizieren.

Hilfeverhalten: Menschen helfen sich gegenseitig

Gegenseitiges Hilfeverhalten der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen wurde empirisch vielfach bestätigt. Prosoziales Verhalten überwiegt in Krisen und Katastrophen. Hilfeverhalten besteht auch über Kulturgrenzen hinweg. Selbst- und Fremdhilfe wird vor dem Eintreffen von Einsatzkräften zum überwiegenden Teil von Überlebenden oder (nicht) betroffenen Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Neben Familienangehörigen und Freunden wird dabei durchaus auch Fremden geholfen. Der größte Teil der Suche und Rettung von Vermissten wird beispielsweise von Ersthelfenden in der Nähe betroffener Standorte durchgeführt.

Stäbe können also von gegenseitigem Hilfeverhalten der Betroffenen einer Krise bzw. Katastrophe ausgehen. Die Arbeit von freiwilligen Helfenden sollte als Ressource betrachtet werden.

Evakuierungen laufen in der Regel geordnet ab

Evakuierungen erfolgen in der Regel geordnet und sind gekennzeichnet von Affiliations- und Hilfeverhalten. Affiliation bezeichnet die Tendenz, die Gesellschaft anderer Personen zu suchen; dient der Stress- und Angstreduktion, dem Schutz und der Arbeitsteilung, z. B. Schulze, Lorenz und Voss (2017).

Es liegen nur wenige empirische Befunde zu Apathie bei Evakuierungen vor. Viele Menschen würden aber auf eine Anweisung, z. B. in Form einer amtlichen Warnung, warten. Je genauer eine amtliche Warnung verstanden wird, desto wahrscheinlicher ist eine (Selbst-)Evakuierung. Ein Mangel an Ressourcen und angemessener Vorsorge führt zum „Bleiben“ (z. B. zu Hause bleiben) in einer Katastrophensituation. In Krisen und Katastrophen erfahrene Menschen, z. B. solche, die bereits ein Hochwasser oder einen Sturm miterlebt haben, sind eher bereit, ihr Zuhause zu verlassen. Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Bewältigungskompetenzen, bereits getroffenen Vorsorgemaßnahmen und einer schnellen Evakuierung.

Da sich Menschen nicht ständig mit Vorsorge von Krisen und Katastrophen beschäftigen, können sie in einer Lage zunächst nicht verstehen, was passiert ist. Das kann dazu führen, dass sie zu Hause bleiben und sich zunächst nicht evakuieren. Für das Aufsuchen von Schutzeinrichtungen wird von Einsatzorganisationen oft angenommen, dass diese schnell überfüllt sein werden, obwohl diese meistens von den Menschen eher zögerlich aufgesucht bzw. angenommen werden.

Auch bei Evakuierungen brauchen die Betroffenen möglichst umfangreiche Informationen, z. B. wohin evakuiert werden soll, die geplante Dauer der Evakuierung usw. Diese Informationen sollten über möglichst vielfältige Kanäle zur Verfügung gestellt werden.

Keine Panik: Die Bevölkerung bricht nicht in Panik aus

Die Mehrheit der Menschen reagiert in unterschiedlichen Krisen und Katastrophen ruhig und rational. Empirisch bestätigt ist, dass Panik in Krisen und Katastrophen nur sehr selten auftritt. „Irrationales“ Verhalten bei Krisen und Katastrophen kann auftreten, ist aber sehr selten. Die Reaktion auf ein Ereignis ist bei den meisten Menschen, vor allem wenn es zuvor eine amtliche Warnung gab, rational und sozial. „Panik“ ist also ein viel zitierter, sich hartnäckig haltender Mythos. Das Auftreten von Panik bzw. Massenpaniken in Krisen und Katastrophen wird von manchen Stäben und Einsatzorganisationen massiv überschätzt und in der öffentlichen Wahrnehmung teils durch empirisch nicht belegte Dramatisierungen, z. B. in den Medien, geprägt. Nicht nur Kräfte von BOS nehmen panisches Verhal-

ten bei Krisen und Katastrophen an. Auch Teile der Bevölkerung erwartet Panik bei anderen Menschen. Bei sich selbst nehmen die Befragten jedoch nicht an, dass sie sich panisch verhalten würden.

Stäbe sollten also nicht von panischen Betroffenen in Krisen und Katastrophen ausgehen.

In Krisen und Katastrophen kommt es nicht zu Plünderungen und Gewalttaten

Plünderungen während Krisen und Katastrophen werden im Allgemeinen massiv überschätzt. Medien berichten z. B. von angeblichen Plünderungen und über Maßnahmen, um diese zu verhindern. Aus Angst vor Plünderungen weigern sich manche Menschen dann, ihre Häuser zu verlassen. Die Sorge davor steht nicht im Verhältnis zu tatsächlichem Auftreten von Plünderungen. In den meisten Krisen und Katastrophen kann sogar ein Rückgang der Kriminalität beobachtet werden. Die Regeln des Alltags gelten für den überwiegenden Teil der Menschen immer noch. Zu Plünderungen kommt es eher, wenn Menschen schlechte Ressourcen haben, das Krisenmanagement und die Krisenkommunikation schlecht sind und ein Ereignis lange andauert. Plünderungen in Krisen und Katastrophen sind also sehr selten. Plünderungen treten vor allem auf, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, z. B. wenn eine Gemeinschaft bereits tief gespalten ist oder wirtschaftliche oder politische Instabilität herrschen.

Es gibt nur wenige empirische Befunde zu Gewalt in Krisen und Katastrophen. Ein Anstieg häuslicher Gewalt ist bei Ereignissen wie einem Hurrikan, einem Hochwasser und Erdbeben möglich. Ein recht neues Phänomen, dessen Charakteristika, Hintergründe und Häufigkeit noch nicht ausreichend empirisch untersucht wurden, ist Gewalt gegen Einsatzkräfte. Da dieses Thema nicht Fokus der Dokumentenanalyse war, sei an dieser Stelle auf Oesterreich (2020) und Wegner et al. (2021) verwiesen.

Stäbe sollten also nicht von Plünderungen und Gewalttaten ausgehen, sondern eher von gegenseitigem Hilfeverhalten der Betroffenen.

Menschen können psychisch an den Folgen einer Krise oder Katastrophe leiden

Konsequenzen im Verhalten nach erlebten Krisen und Katastrophen können auf lange Sicht sein: Schlaflosigkeit, Appetitverlust, Angst, Reizbarkeit. Diese Symptome sind aber meist eher kurz anhaltend und nicht dauerhaft im Sinne einer klinischen Störung vorhanden. Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) treten eher bei Ersthelferinnen und -helfern als bei Betroffenen auf.

Die Stärkung von Selbsthilfefähigkeit und Selbstwirksamkeitserwartungen der Bevölkerung kann einen Einfluss auf die Auswahl der passenden Bewältigungsstrategie haben.

Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) ist wichtiger Bestandteil des Managements in Krisen und Katastrophen, kurz-, mittel- und langfristig, sowohl für Einsatzkräfte (PSNV-E) wie für Betroffene (PSNV-B).

Die Organisation der PSNV (E und B) durch die Fachberatung PSNV in Stäben sollte während der Stabsarbeit stattfinden.

5.2.2 Unterschiede im Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen

„Die“ Bevölkerung gibt es nicht: Diversität muss einbezogen werden

Verhalten in Krisen und Katastrophen ist komplex. Das Verhalten der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen ist schwer vorhersagbar und steuerbar.

Es gibt kein einheitliches Muster für das Verhalten „der“ Bevölkerung in Krisen und Katastrophen. Die Heterogenität und Diversität der Bevölkerung zeigen sich in den verschiedenen Lagen abhängig von Art, Dauer und Ausmaß der Bedrohungen. Die Heterogenität der Bevölkerung sollte in der Stabsarbeit eingebunden werden.

Soziodemografische Faktoren spielen eine Rolle beim Verhalten von Betroffenen von Krisen und Katastrophen

Je älter die Menschen sind, desto höher sind ihre Erfahrungswerte, so auch möglicherweise mit Krisen und Katastrophen. „Alt“ zu sein, bedeutet nicht unbedingt, hilflos zu sein. Oft ist nicht klar, was mit „alt“ gemeint ist, also ab welchem Alter eine Person als „alt“ gilt.

Kinder, Menschen ab einem bestimmten Alter und Menschen mit Behinderungen sind bei Krisen und Katastrophen häufig auf besondere Hilfestellungen angewiesen. Ältere Menschen scheinen ein höheres Informationsbedürfnis zu haben. Jüngere Menschen nutzen bei der Informationssuche beispielsweise eher das Internet, ältere Menschen eher das Fernsehen; unterschiedliche Medien zur Informationsgewinnung werden genutzt. Ältere Menschen evakuieren sich weniger oft selbst, möglicherweise, weil sie Hilfe bei der Evakuierung brauchen. Ältere Menschen scheinen in Krisen und Katastrophen eher in einem sicheren Bereich zu verbleiben

oder Schutz zu suchen. Jüngere Menschen tendieren dazu, sich eher selbst in Gefahr zu bringen. Ältere Menschen legen tendenziell eher Vorräte an und schützen ihr Eigentum. Um zu helfen, würden ältere Menschen eher Geld spenden, jüngere eher ihre Körperkraft nutzen, z. B. Sandsäcke füllen.

Frauen sind aber allgemein physisch, sozial und ökonomisch vulnerabler als Männer. Frauen haben im Allgemeinen eine höhere Risikowahrnehmung bzw. nehmen Gefahren eher wahr. In den Studien wird nur zwischen Männern und Frauen unterschieden; andere Geschlechtsidentitäten werden nicht berücksichtigt.

Wie sich dies auf das Verhalten in Krisen und Katastrophen auswirkt, ist noch nicht näher untersucht. Männer scheinen Gefahren in Krisen und Katastrophen eher zu ignorieren. Frauen suchen eher nach Informationen zur Lage und warnen andere eher. Auch scheinen Frauen eher einen Gefahrenbereich zu verlassen, Schutz zu suchen und sich um die Sicherheit anderer Personen zu kümmern. Männer dagegen scheinen bei Katastrophen eher aktiv zu werden und die Gefahrenquelle zu bekämpfen, z. B. Feuer löschen. Es wird vermutet, dass sich Männer eher für die direkte Intervention in Notfällen verantwortlich sehen. Männer scheinen sich eher wieder in den Gefahrenbereich zu begeben, z. B. indem sie durch Rauch gehen, die Gefahr bekämpfen oder anderen helfen. Frauen scheinen eher zu helfen, indem sie Verpflegung anbieten, Männer eher, indem sie ihre Körperkraft einsetzen. Es ist in seltenen Fällen möglich, dass Frauen eher ängstlich oder geschockt reagieren, Männer hingegen eher aggressiv sind und zu Plünderungen und Diebstahl neigen.

Ebenso kann für die Analyse des Verhaltens der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen der Anteil der Stadt- und Landbevölkerung eine Rolle spielen: Menschen in ländlichen Gegenden wissen sich oft besser selbst zu helfen als Menschen in urbanen Umgebungen. Jüngere, städtische Bewohner haben eine höhere Erwartungshaltung an den Staat, z. B. an Hilfemaßnahmen in Krisen und Katastrophen.

Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau scheinen höhere Angstlevel zu haben und eher Anweisungen der Rettungskräfte zu folgen bzw. auf diese zu warten. Menschen mit höherem Bildungsniveau scheinen Gefahren eher wahrzunehmen und eher rational und gelassen zu reagieren.

Menschen mit großem sozialen Netzwerk nutzen dieses, um Informationen zu gewinnen und amtliche Warnungen zu bestätigen. Sie evakuieren eher, da sie sich dabei gegenseitig unterstützen. Das Hilfeverhalten scheint in Abhängigkeit vom sozialen Netzwerk stattzufinden. Hilfe und Solidarität werden zwar auch Fremden gewährt, treten aber viel häufiger innerhalb bestehender sozialer Beziehungen auf; dies sind vor allem Nachbarschaftsbeziehungen.

Soziodemografische Faktoren sollten somit bei der Erhebung von Daten für das Lagebild Bevölkerungsverhalten berücksichtigt werden.

Sozio-ökonomische Faktoren wie Wohnsituation und Einkommensverteilung spielen eine Rolle für das Verhalten von Menschen in Krisen und Katastrophen

Mit steigendem Einkommen sinkt tendenziell die Bedrohungswahrnehmung. Die Hilfsbereitschaft ist tendenziell eher geringer ausgeprägt, die Personen reagieren aber gelassener bzw. rationaler. Sie sichern eher ihr Eigentum und warten eher nicht auf Rettungskräfte. Menschen, die im eigenen Eigentum leben, scheinen eher ihr Eigentum zu sichern, den Notruf zu nutzen, Feuer selbst zu löschen und nach anderen zu schauen. Menschen mit geringeren ökonomischen Ressourcen scheinen eher nicht zu evakuieren, da ggf. die Mittel für eine Evakuierung fehlen oder begrenzt sind.

Daten über sozio-ökonomische Faktoren sollten bereits vor einer Krise bzw. Katastrophe für den Stab erhoben werden und während der Stabsarbeit für die Stabsmitarbeitenden abrufbar sein.

Das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und seine Maßnahmen ist sehr unterschiedlich

Personen mit geringem sozio-ökonomischen Status haben eher ein geringes Vertrauen in die Behörden. Behördlicher Kommunikation wird somit möglicherweise weniger Beachtung geschenkt.

Das Vertrauen in den Staat ist bei Menschen, die schon Katastrophen erlebt haben, möglicherweise hoch. Das Vertrauen in die Behörden wird eher erschüttert, wenn das Ereignis menschengemacht ist. Das Vertrauen seitens der Bevölkerung in die Behörden kann durch Ereigniskommunikation gestärkt werden. Je transparenter und verlässlicher die Informationen dabei dargestellt werden bzw. sind, desto stärker ist das Vertrauen der Bevölkerung in diese.

Vertrauen in Behörden ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die kommunikativen Maßnahmen der Behörden und sollte im Vorfeld einer Krise bzw. Katastrophe aufgebaut werden.

Für ein adäquates Verhalten der Bevölkerung benötigt es soziale und gesellschaftliche Ressourcen

Einflussfaktoren für adäquates Verhalten in Krisen und Katastrophen sind u. a. gesellschaftliche Faktoren wie Zugang zu ökonomischen und sozialen Ressourcen,

Sprache, Einstellungen und Werte, Mediennutzung und Erfahrungen mit Krisen und Katastrophen. Mehrsprachige vorsorgliche Ereigniskommunikation kann einen Einfluss auf adäquates Verhalten in Krisen und Katastrophen haben.

Appelle an die Furcht der Menschen sollten seitens der Behörden vermieden werden, da unnötig Ängste bei den Menschen geschürt werden könnten.

Risikowahrnehmung: Die Einschätzung der eigenen Betroffenheit ist lageabhängig

Ob ein Ereignis menschengemacht oder ein Naturereignis ist, ist eine Determinante der Risikowahrnehmung und des Risikoverhaltens. Ein durch Naturgefahren hervorgerufenen Risiko wird von Menschen oft weniger hoch eingeschätzt als eine durch Menschen gemachte Gefahr. Naturereignisse werden von Menschen eher als Schicksal erlebt und von den Betroffenen „hingenommen“. Die Wahrnehmung und Bewertung von Ereignissen bzw. deren Risiken können sich zwischen Menschen unterscheiden. Es kann zu Fehleinschätzungen von Risiken kommen, beispielsweise des Risikos, während einer Pandemie an einem Virus zu erkranken, oder der Gefährlichkeit von Brandrauch. Je näher das Ereignis räumlich von den Menschen wahrgenommen wird, z. B. im Fall eines sichtbaren Hochwassers, desto stärker ist auch die Risikowahrnehmung bzw. die Einschätzung der persönlichen Betroffenheit. Die Vertrautheit mit dem Ort des Ereignisses kann die Evakuierungsrouten beeinflussen, da der bekannte Weg oft als der vertrauenswürdigere Weg scheint und nicht mit möglichen Risiken, z. B. Überschwemmung einer Straße, in Zusammenhang gebracht wird. Ebenso kann der Ereigniszeitpunkt relevant für die Risikowahrnehmung sein, also z. B., ob ein Ereignis am Tag oder in der Nacht eintritt.

Die Risikowahrnehmung der Betroffenen kann beispielsweise bei der Gestaltung der Warnung der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Ein Blick auf verschiedene Krisen und Katastrophen lohnt: Menschen können je nach Lage unterschiedlich reagieren

Je nach Lage kann es Unterschiede im Verhalten der Bevölkerung geben. Es kann sich lohnen, folgende Punkte bei der Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten zu berücksichtigen:

- Wissen über Vorerfahrungen mit einer Lage: Beispielsweise haben Menschen mit Vorerfahrungen bei einem Hochwasser anderes Wissen als Menschen, die eine solche Lage noch nicht erlebt haben.
- Präventives Verhalten: Beispielsweise treffen Menschen, die in einem durch Waldbrand bedrohten Gebiet leben, oft andere Vorkehrungen als Menschen, die nicht in einem solchen Gebiet leben.
- Risikowahrnehmung/Akzeptanz der Schutzmaßnahmen: Bei einer „unsichtbaren“ Lage wie einer Pandemie kann die Risikowahrnehmung und Akzeptanz von staatlichen Maßnahmen anders ausfallen als bei einer „sichtbaren“ Lage wie einem Hochwasser.
- Informationsbedarfe: Diese fallen je nach Lage unterschiedlich aus. Es ist anzunehmen, dass ein starkes Bedürfnis nach Informationen vor allem bei Ereignissen mit besonders hoch zu erwartendem Schweregrad vorhanden ist, z. B. radiologische Lagen, Spannungs- oder Verteidigungsfall, Pandemie.
- Handeln der Betroffenen: Dieses kann je nach Lage variieren, z. B. könnten Betroffene bei einem Hochwasser vermisste Personen suchen, während dies bei einer Pandemie keine Rolle spielt. Die Bereitschaft, sich selbst beim Fund einer Weltkriegsbombe zu evakuieren, kann sich von der Bereitschaft, sich bei einem sich nähernden Waldbrand zu evakuieren, unterscheiden.
- Räumliche und zeitliche Nähe der Lage: Je näher das Ereignis, z. B. ein Hochwasser oder ein Brand in der subjektiven Wahrnehmung der Betroffenen rückt, desto stärker ist die Risikowahrnehmung und ggf. auch die Intention zu handeln, sich beispielsweise zu evakuieren. Ein durch Naturgefahren hervorgerufenes Risiko wird von Betroffenen eher weniger hoch eingeschätzt als das Risiko menschengemachter Gefahren; Naturgefahren werden eher als Schicksal erlebt und von den Betroffenen hingenommen.

Die Rolle der Fachberatung PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

6



In diesem Kapitel werden die Rolle, die Kompetenzen und die Ressourcen sowie die Möglichkeiten der Einbindung des Fachberaters/der Fachberaterin PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben dargestellt.

Das Kapitel stellt die Ergebnisse dar aus:

- einer Dokumenten- und Literaturanalyse,
- drei Fokusgruppen,
- drei narrativen Interviews mit LaBS-Praxispartnern,
- einem narrativen Interview mit einem Gast,
- einem Round-Table-Workshop.

Folgende drei Fragestellungen wurden adressiert:

Fragestellung 1:

Welche Informationen kann der/die Fachberater/-in PSNV aufgrund eigener Kompetenzen und Ressourcen sowie denen der PSNV-Einsatzkräfte in das Lagebild Bevölkerungsverhalten des Stabs einbringen?

Fragestellung 2:

Welche Bereiche des Lagebilds Bevölkerungsverhalten können und welche können nicht durch die (Fachberatung) PSNV erstellt werden?

Fragestellung 3:

Welche konkreten Erfahrungen von Fachberaterinnen und Fachberater PSNV und Stabsleitungen zur Erstellung und Integration eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in die Stabsarbeit gibt es?

Ergebnisse zur Rolle des Fachberaters/der Fachberaterin PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben

In einer interdisziplinären Dokumenten- und Literaturanalyse wurde der aktuelle **Stand zur Einbindung von FB PSNV in Stäben bzw. zur Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten** aufgearbeitet. Die Ergebnisse der Dokumenten- und Literaturanalyse wurden zusammengefasst und werden im Folgenden anhand der drei Fragestellungen dargestellt. Zusätzlich fließen Ergebnisse aus den Fokusgruppen 2, 3 und 4 sowie aus Interviews zum Thema FB PSNV in Stäben mit drei LaBS-Praxispartnern ein. Zum Hintergrund, zur Durchführung und Methode der Dokumenten- und Literaturanalyse, zu den Fokusgruppen und den Interviews sei auf Kapitel 1.4 verwiesen.

Welche Informationen kann der/die Fachberater/-in PSNV aufgrund eigener Kompetenzen und Ressourcen sowie denen der PSNV-Einsatzkräfte in das Lagebild Bevölkerungsverhalten des Stabs einbringen?

Zur Thematik dieser Fragestellung konnten **lediglich wenige Dokumente bzw. wenig Literatur gefunden** werden. In Mähler et al. (2019) wird die Ausbildung der Fachberatung PSNV (FB PSNV) sowie deren Einbindung in Stäbe thematisiert; ebenso in Mähler et al. (2021) sowie in Mähler und Nuth (2022) und Leven (2021). In diesen Publikationen werden folgende Punkte angesprochen:

- die Voraussetzungen für die Ausbildung FB PSNV,
- die Aufgaben der FB PSNV,
- die Einbindung der FB PSNV in Einsatzstrukturen der BOS, z. B. als S7,
- die Evaluation der zwischen 2013 und 2016 stattgefundenen Ausbildung zur FB PSNV in verschiedenen Bundesländern in Deutschland,
- rechtliche Grundlagen sowie Erfahrungen der Einbindung der FB PSNV in Übungen.

Die Ausbildung der FB PSNV ist deutschlandweit noch sehr unterschiedlich geregelt. In vielen Bundesländern sind die Fachberatungen PSNV bereits in ausreichender Zahl ausgebildet (Mähler und Nuth 2022). Dennoch werden die FB PSNV manchmal nicht alarmiert und/oder in Übungen einbezogen (Abgeordnetenhaus von Berlin 2021).

Zu den Aufgaben der FB PSNV gehören u. a. (BBK 2012, Leven 2021, Mähler und Nuth 2022):

im politisch-administrativen Stab:

- Beratung und Unterstützung des Stabs in Fragen der PSNV,
- Aufbau von geeigneten und notwendigen PSNV-Strukturen,
- Integration der PSNV in die Einsatzabschnittsstruktur,
- Bedarfsermittlung PSNV-Kräfte,
- angemessene Umsetzung der PSNV-Strukturen;

im operativ-taktischen Stab:

- Pflegen von Übersichten für den Stab (Anzahl und Einsatzorte der PSNV-Kräfte),
- Alarmierung von Kräften der PSNV (je nach Gebietskörperschaft z. B. über die Leitstelle der Feuerwehr),
- Nachforderung von PSNV-Kräften,
- Definieren von Betreuungsplätzen für die PSNV,
- Kontakt halten mit den PSNV-Kräften,
- Sicherstellung der Versorgung von PSNV-Kräften,
- Organisieren der eigenen Ablösung sowie der Ablösung von PSNV-Kräften.

Das Erstellen eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten gehört folglich nicht zu den originären Zuständigkeiten der FB PSNV.

In den den Autorinnen bekannten Ausbildungsprofilen für die FB PSNV, beispielsweise in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, ist das Erstellen eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten nicht Teil der Ausbildung der FB PSNV (Mähler et al. 2019).

BOS-Mitarbeitende erwarten im Einsatz außerdem tendenziell ein aktuelles Lagebild PSNV (Mähler et al. 2019). Meist setzen Stäbe aber gar keine FB PSNV ein.

Sollte eine FB PSNV eingesetzt werden, ist davon auszugehen, dass eine einzelne Person zusätzlich zu den oben aufgelisteten Aufgaben kein Lagebild Bevölkerungsverhalten führen kann. Hier wäre es ggf. nötig, weitere Ressourcen, z. B. eine/n FÜAss PSNV bzw. weitere Fachberatungen PSNV einzubinden.

Aus dem Interview mit einem LaBS-Praxispartner aus Sicht eines Fachberaters PSNV ergaben sich folgende Ergebnisse für Fragestellung 1:

- FB PSNV muss sich selbst Informationen, die für die PSNV nützlich und relevant wären, holen. Daher gibt es auch die Bitte an die Notfallseelsorgerinnen und Notfallseelsorger, welche im Stab eingesetzt werden, beispielsweise Informationen aus dem Fernsehen zu aggregieren, zu filtern und an die FB PSNV weiterzugeben.

- Gleichzeitig hat die FB PSNV viele Informationsquellen, die sie (unter Vertraulichkeit) nutzen könnte. Informationen zum Thema Bevölkerung werden oft aber nicht vom Stab bei der FB PSNV abgefragt.
- In Stäben ist befürchtetes Verhalten von Teilen der Bevölkerung manchmal Thema, z. B. Angriffe auf Einsatzkräfte an Silvester durch Personen mit migrantischem Hintergrund. Allgemein spielt das Lagebild Bevölkerungsverhalten in den Stäben, in denen der LaBS-Praxispartner bisher als FB PSNV eingesetzt war, eine untergeordnete Rolle.
- Informationen über Bevölkerungsverhalten zu erheben, ist eine Frage der eigenen Ressourcen der PSNV: In Krisen und Katastrophen kann auch die PSNV nicht wie in einer „normalen“ PSNV-Lage agieren. Aus Sicht der PSNV sollten folgende Informationen erhoben werden: Wer genau ist betroffen? Wo sind diese Personen? Welche Bedarfe dieser Personen gibt es? Und: Müssen diese Bedarfe durch die PSNV gedeckt werden? Oder: Können die Menschen dazu ermutigt und befähigt werden, sich selbst und anderen zu helfen? Die PSNV-Struktur könnte hier als Coaching-Struktur zur Verfügung stehen, z. B. indem eine PSNV-Kraft vor Ort zu vorher festgelegten Zeiten unterstützt.
- Wichtig ist, dass die PSNV in die Informationsstrukturen der Einsatzorganisationen (Feuerwehr, Polizei) und der Verwaltung eingebunden ist, damit sie Informationen an diese weitergeben kann.
- Informationen über Bevölkerungsverhalten und Bedarfe der Bevölkerung könnten PSNV-Kräfte ggf. in Bereitstellungsräumen der Einsatzkräfte abfragen – dies wäre eine mögliche zusätzliche Informationsquelle.

Im Rahmen einer **Fokusgruppe** (LaBS-Fokusgruppe 4 vom 21.05.2021) wurde mit den LaBS-Praxispartnern und einem externen Gast folgende Frage mit Blick auf Fragestellung 1 diskutiert: Welche Informationen können die Fachberatungen PSNV den Stabsleitungen für das Lagebild Bevölkerung anbieten?

Die **Antworten** der LaBS-Praxispartner und des Gastes waren:

- Um Stimmungen in der Bevölkerung zu erfassen ist ein Monitoring der sozialen Medien nützlich. Aktuell wird dieses Monitoring und die Auswertung von Daten teils durch PSNV-Kräfte, teils durch Stabsmitglieder noch händisch vorgenommen (nicht automatisiert durch beispielsweise eine Software) bzw. ist in vielen Stäben noch nicht etabliert.
- Eine Mobile Führungsunterstützung (MoFüst) PSNV ist im BBK im Aufbau. Diese könnte bei der Erhebung von Informationen über die Bevölkerung unterstützen.
- Die FB PSNV sollte im Blick haben, welche Informationen Stabsleitungen gebrauchen könnten (z. B. könnte Kontakt zu Migrantinnen und Migranten oder zu Personen mit Pflegestufen gewünscht werden). Bei manchen Lagen wird die FB PSNV bisher kaum bis nicht eingesetzt, z. B. bei Flüchtlingslagen.

Welche Bereiche des Lagebilds Bevölkerungsverhalten können und können nicht durch die FB PSNV erstellt werden?

Zur Thematik der Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten durch die FB PSNV bzw. zur Erstellung von bestimmten Bereichen dieses Lagebilds konnten keine Dokumente bzw. Literatur gefunden und ausgewertet werden.

Dennoch soll an dieser Stelle der aktuelle Artikel von Karutz und Tinla (2021) zum Thema kommunales Psychosoziales Krisenmanagement in Mülheim an der Ruhr erwähnt werden (s. hierzu auch Kap. 4.13). Während der Covid-19-Pandemie wurde bei der Berufsfeuerwehr der Stadt Mülheim an der Ruhr eine Stabsstelle eingerichtet, die die PSNV sowie die Krisenkommunikation für rund 170 000 Einwohner koordinierte. Ein Netzwerk aus Beratungsstellen, niedergelassenen Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Notfallseelsorge, Wohlfahrtsverbänden, Hilfsorganisationen und Spontanhelferinitiativen etablierte Unterstützungsangebote und -maßnahmen für die Bevölkerung, z. B. Beratung von Pflegeheimen zu Hygienekonzepten, Bereitstellung von Telefonseelsorge. Zudem war das Erstellen eines psychosozialen Lagebilds für den kommunalen Krisenstab eine Aufgabe dieser Stabsstelle. Ein Lagebild, welches das Bevölkerungsverhalten thematisierte, wurde also erstellt, allerdings nicht durch eine einzelne Funktion Fachberatung PSNV, sondern durch ein Team von Expertinnen und Experten des Psychosozialen Krisenmanagements.

Fragestellung 2 wurde im Interview mit den drei LaBS-Praxispartnern und einem weiteren Interviewpartner nicht thematisiert, da diese aus ihrer Erfahrung als FB PSNV noch kein Lagebild Bevölkerungsverhalten für einen Feuerwehrstab bzw. Verwaltungsstab erstellt hatten bzw. hierfür von den jeweiligen Stäben nicht aufgefordert bzw. eingesetzt wurden.

Es sei an dieser Stelle daher auf die Ergebnisse des Round-Table-Workshops (s. Kap. 6.4) verwiesen.

Welche konkreten Erfahrungen von Fachberatern und Fachberaterinnen PSNV und Stabsleitungen zur Erstellung und Integration eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in die Stabsarbeit gibt es?

Bei der ergänzenden Recherche im Internet fanden sich lediglich **einige wenige Berichte, die die Fachberatung PSNV im Stab überhaupt thematisierten**. Hierbei wird die Funktion der Fachberatung PSNV zwar genannt, aber nicht, welche Erfahrungen es beim Einsatz dieser Funktion im Stab bzw. bei der Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten gibt. Oft wurde die FB PSNV genannt und dass diese zum Einsatz kam und auf welche Art diese in die Einsatzstrukturen eingebunden wurde.

Zur Erstellung eines (psychosozialen) Lagebilds bzw. eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten sowie zur Erstellung durch die FB PSNV konnten keine Informationen gefunden werden.

Im Folgenden werden Informationen dargestellt, die öffentlich zugänglich über eine Internetsuche gefunden werden konnten.

Ein Beispiel aus Baden-Württemberg:

„Aus allen Organisationen rekrutiert sich auch die Gruppe der ‚Fachberater/Leiter PSNV‘, die bei Großschadenslagen innerhalb und außerhalb des Landkreises die Leitung der PSNV bis Führungsstufe D übernehmen oder die Einsatzleitung/den Stab unterstützen können“ (Freiwillige Feuerwehr Backnang 2023).

Ein weiteres Beispiel aus Bayern zeigt die strukturelle Anbindung der Fachberatung PSNV:

„[...] hat [...] seinen Lehrgang zum Leiter/Fachberater PSNV über die Feuerwehrschule Geretsried [...] beendet. Dies war erst der dritte Lehrgang in Bayern. Die 96 Kreisverwaltungsbehörden in Bayern müssen Leiter PSNV bestellen. Diese leiten als Einsatzabschnittsleiter auf einer Ebene mit dem Einsatzleiter Rettungsdienst, also in direkter Unterstellung der Sanitätseinsatzleitung, alle PSNV-Kräfte bei größeren Schadensereignissen. Erkennbar sind die Leiter

PSNV an der magentafarbenen Weste. Der Fachberater PSNV sitzt dann in der Führungsgruppe Katastrophenschutz, der örtlichen Einsatzleitung oder im Polizeieinsatzstab“ (Bayerisches Rotes Kreuz, Kreisverband Rosenheim 2021).

Ein weiteres Beispiel aus Bayern zeigt die mögliche Einbindung der Fachberatung PSNV für den Landkreis Pfaffenhofen. Diese wird durch den Landrat für dieses Amt bestellt. Die Fachberatung PSNV wird bei Bedarf in die Führungsgruppe Katastrophenschutz oder in den Stab der örtlichen Einsatzleitung eingebunden. Auf Anforderung unterstützt sie auch die Polizei bei deren Belangen. Sie berät die jeweiligen Gremien dabei in allen Fragen der Psychosozialen Notfallversorgung (Landkreis Pfaffenhofen 2020).

Beim Havariekommando, einer gemeinsamen Einrichtung des Bundes und der fünf Küstenländer, um bei Unfällen im Bereich der Nord- und Ostsee zu unterstützen, kommen Fachberater PSNV der Deutschen Seemannsmission e. V., der Evangelischen Militärseelsorge und der Kirchen zum Einsatz. Sie sind in die Alarmierungsstrukturen des Havariekommandos eingebunden. Neben der Hilfe im Einsatzfall beraten die Fachberater PSNV bei der konzeptionellen Arbeit, sind in die Übungen involviert und stehen den Beschäftigten des Havariekommandos auch im Alltag als psychosoziale Ansprechpartner zur Verfügung. So soll es ermöglicht werden, den von Unglücken betroffenen Seeleuten psychosozial zu helfen (Deutsche Seemannsmission o. J.).

Im Neckar-Odenwald-Kreis kamen Fachberater PSNV während der Covid-19-Pandemie zum Einsatz. Die PSNV ist in diesem Landkreis eine Kooperation aus dem Deutschen Roten Kreuz, dem Kreisfeuerwehrverband, der Notfallseelsorge und dem Landratsamt (Rhein-Neckar-Zeitung 2020).

Die im Internet recherchierten Berichte thematisieren die Funktion, den Einsatz und lediglich flankierend die Ausbildung zur FB PSNV. Sie beinhalteten wenige bis keine Informationen zu Erfahrungen der Zusammenarbeit der FB PSNV mit dem Stab oder die Einbindung der FB PSNV bei Übungen. Erfahrungen bei der Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten durch die FB PSNV wurden nicht berichtet.

Im Rahmen der Literaturrecherche zu Fragestellung 3 fanden sich Artikel, Berichte und Vortragsdokumentationen (Foliensätze) mit Bezug zur FB PSNV in Stäben mit den folgenden Themen bzw. aus den folgenden Bereichen:

- PSNV in größeren Schadenslagen (Beerlage 2021)
- Gesetz über die Psychosoziale Notfallversorgung für das Land Berlin (Psychosoziales Notfallversorgungsgesetz – PSNVG)

- Sächsische Rahmenempfehlungen zur PSNV in größeren Schadenslagen
- Gemeinsame Qualitätsstandards und Leitlinien zu Maßnahmen der Psychosozialen Notfallversorgung für Überlebende, Angehörige, Hinterbliebene, Zeugen und/oder Vermisste im Bereich der psychosozialen Akuthilfe für Bayern
- Erkenntnisse einer PSNV-Führungskraft während der Hochwasserlage im Ahr-tal 2021
- Einsatz der Landeszentralstelle PSNV während der Hochwasserlage in Rhein-land-Pfalz 2021
- Positionspapier zu psychosozialen Aspekten im Krisenmanagement der Covid-19-Pandemie
- Weiterbildung zum Fachberater PSNV (Erstkonzept aus dem Land Berlin von 2014)
- Seelsorge und PSNV im Fall einer Überlastung der Krankenhäuser infolge der Covid-19-Pandemie
- Konzept zur Psychosozialen Notfallversorgung bei Großschadensfällen in München
- Koordinierungsstelle PSNV bei Katastrophen und Großschadensereignissen in München
- Katastrophen-Einsatzplan des Landkreises Ravensburg für Führungsgruppen und Führungsstäbe
- Psychische Unterstützung, Notfallseelsorge, Krisenintervention in größeren Schadenslagen in Deutschland
- PSNV im Öffentlichen Gesundheitsdienst Frankfurt am Main

Keines der gefundenen Dokumente thematisierte die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten bzw. die Erstellung dieses Lagebilds durch die FB PSNV.

In den folgenden Leitlinien, Konzeptionen und Checklisten wird die Aufgabe des Erstellens eines psychosozialen Lagebilds bzw. eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten durch die FB PSNV sowie die Qualifizierung bzw. die Erlangung der Kompetenz des Erstellens eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten nicht thematisiert. Dennoch fanden sich flankierend zur Einbindung der FB PSNV in den Stab sowie zur Erstellung eines (psychosozialen) Lagebilds durch die FB PSNV folgende Informationen:

In Leitlinien, Konzeptionen oder Checklisten für Stabsarbeit ist die FB PSNV oft vorgesehen, z. B.

- zur Beratung des Führungsstabs des Neckar-Odenwald-Kreises (Koordinationskreis PSNV NOK 2018),
- bei der PSNV in Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie (Van der Heyden o. J.),
- in den gemeinsamen Qualitätsstandards und Leitlinien zu Maßnahmen der

- PSNV des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration Bayern (Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration 2019),
- in der Konzeption zur PSNV bei Großschadensfällen in München (Ernst et al. o. J.),
- bei der PSNV bei Katastrophen und Großschadensereignissen in München (Referat für Gesundheit und Umwelt Stadt München 2018.),
- bei dem Katastrophen-Einsatzplan des Landkreises Ravensburg für Führungsgruppen und Führungsstäbe (Landratsamt Ravensburg 2018).
- Im PSNV-Gesetz Berlin werden die zugehörigen Aufgaben der FB PSNV und die Notwendigkeit zur Qualifizierung beschrieben, nicht aber, welche Qualifikationen genau die FB PSNV erhalten soll (Abgeordnetenhaus von Berlin 2021).
- Eine organisations- und länderübergreifende Qualifizierung und das Arbeiten nach einheitlichen Standards von Führungskräften PSNV erleichtern die Zusammenarbeit. Das Kennen von L PSNV, FüAss PSNV und FB PSNV ist hilfreich (Stüben 2021) → das Erstellen eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten ist jedoch nicht Teil dieser Qualifizierung (Manthei et al. 2014).
- Im Bundesland Berlin ist beispielsweise das Erstellen eines (psychosozialen) Lagebilds bzw. des Lagebilds Bevölkerungsverhalten (noch) nicht Teil der – sich an den BBK-Qualitätsstandards und -Leitlinien der PSNV ausgerichteten – Ausbildung zur FB PSNV (J. Münster, persönl. Mitteilung, 22.02.2022).

Folgende Dokumente thematisieren ein psychosoziales Lagebild:

- Die Sächsischen Rahmenempfehlungen zur PSNV in größeren Schadenslagen (Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Sachsen e.V. et al. 2021) schlagen vor, dass die FB PSNV ein psychosoziales Lagebild erstellt. Ein Lagebild Bevölkerungsverhalten wird allerdings nicht explizit thematisiert.
- Bei dynamischen Lagen ist von erschwertem Erstellen eines psychosozialen Lagebilds durch Kräfte der PSNV zu erwarten, dies war z. B. beim Ahrtalhochwasser der Fall (Stüben 2021).

Aus dem Interview mit einem LaBS-Praxispartner ergaben sich folgende Ergebnisse für Fragestellung 3:

Aus Sicht eines Fachberaters PSNV im Stab der Feuerwehr berichtete der LaBS-Praxispartner:

- Die Fachberatung PSNV bekommt Antworten auf ihre Fragen. Jedoch werden der Fachberatung PSNV nicht aktiv Informationen durch den Feuerwehrstab zur Verfügung gestellt.
- Einsatzorganisationen und ihre jeweiligen Stäbe verfolgen einen bestimmten Auf-

trag, z. B. bei der Feuerwehr Gefahrenabwehr, bei der Polizei die Strafverfolgung, bei einem Flughafen die Wiederherstellung des Betriebs. Die Logik der PSNV deckt sich daher nicht notwendigerweise mit den Logiken der anderen Stäbe.

- Die letzte Staberfahrung des befragten LaBS-Praxispartners war der Blackout in Berlin-Köpenick im Jahr 2019. Die FB PSNV war hier zweimal zwölf Stunden (mit Schichtwechsel) im Stab der Feuerwehr präsent. Die Befürchtung des Feuerwehrstabs war, dass die Bevölkerung „aufsässig“ werden und mit Angeboten, die zur Verfügung gestellt wurden (z. B. Anlaufpunkte für Informationen, Sicherstellung der Stromversorgung in den Krankenhäusern), unzufrieden sein könnte. Die PSNV war zwar anwesend, wurde aber nicht aktiv z. B. nach Informationen oder einer Meinung gefragt. Es gab keine Anforderung, ein psychosoziales Lagebild zu erstellen. Die FB PSNV wirkte eher im Hintergrund, die Verfügbarkeiten der PSNV-Kräfte wurden auf Stand gehalten, es gab aber keine PSNV-Einsätze.
- Der Stab der Feuerwehr erstellte und führte kein Lagebild Bevölkerungsverhalten.
- Bei einem anderen Einsatz des LaBS-Praxispartners als FB PSNV 2016 nach einem Terroranschlag in Nizza arbeitete die FB PSNV am Flughafen Tegel für rückkehrende Betroffene des Anschlags nicht in einem festen Stabsraum. Daher mussten alle Informationen auf Papier mithilfe eines Klemmbretts festgehalten werden. Das Führen eines Lagebilds (für die PSNV bzw. des Bevölkerungsverhaltens) war somit nicht im klassischen Sinne, z. B. an einer Lagewand, möglich.
- Einsatzkräfte der BOS sind manchmal nicht darüber informiert, welche Aufgaben die FB PSNV hat. Manche Einsatzkräfte von BOS denken beispielsweise, dass die FB PSNV einen Survey machen könnte (z. B.: Wie ist die Lage in der Bevölkerung? Was braucht die Bevölkerung? Sollte es Schwarze Bretter zur aktuellen Lage geben?). Kräfte der PSNV und der FB PSNV können diese Aufgabe aber oft nicht zusätzlich leisten.
- Einsatzkräfte von BOS sind aus Sicht des LaBS-Praxispartners manchmal nicht gut in Krisenkommunikation geschult und erwarten diese dann von der FB PSNV.
- Insgesamt wurde die FB PSNV nie für die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten vom Stab angefragt, da dieses oft im Stab gar nicht erstellt wird.

Aus dem Interview mit einem weiteren LaBS-Praxispartner ergaben sich weitere folgende Ergebnisse für Fragestellung 3:

Aus Sicht der Leitung eines Krisenstabs einer deutschen Großstadt berichtete der LaBS-Praxispartner:

- In der Stabsarbeit, bei der der LaBS-Praxispartner eingesetzt war, kam keine FB PSNV zum Einsatz.
- Bei der Fußballweltmeisterschaft der Männer (WM) im Jahr 2006 gab es eine Psychologin, die den Krisenstab zu PSNV beraten sollte, und die, wenn es benötigt worden wäre, in den Stab alarmiert worden wäre. Diese Stelle bzw. Aufgabe wurde nach der WM nicht nachbesetzt und war auch nicht schichtfähig.
- Bei einer Übung zum Thema „Terroranschlag“ im Vorfeld eines Evangelischen Kirchentags war die FB PSNV (eine Person) im Vorfeld der Übung eingebunden.
- Aus Sicht des LaBS-Praxispartners ist die PSNV allgemein und die FB PSNV von Bedeutung, um ggf. die Stimmung in der Bevölkerung in die Stabsarbeit aufnehmen zu können.
- Die PSNV und auch die FB PSNV sollte je nach Lage laut Meinung des LaBS-Praxispartners entweder über einen Feuerwehr-Führungsstab geführt werden, oder bei einer größeren Lage – wie z. B. die Betreuung von Angehörigen der Schülerinnen und Schüler in Haltern am See nach dem Absturz des Germanwings-Flugzeugs im Jahr 2015 – über einen Krisenstab.
- Der Krisenstab der Verwaltung bräuchte aus Sicht des LaBS-Praxispartners einen „Fachberater psychosoziales Lagebild“ mit eigener Ausbildung.

Ein weiterer Interviewpartner (Gast) berichtete zum Thema PSNV-Fachberatung, dass diese in Hamburg im Ministerium stattfindet (Innenbehörde), aber in den Krisenstäben der Bezirke nicht etabliert ist.

Durch den LaBS-Praxispartner der Polizei wurden zur Beantwortung von Fragestellung 3 17 Dokumente zur Verfügung gestellt. Diese gaben Einsichten in die polizeiliche Einsatzplanung sowie die PSNV bei der Polizei, dürfen für diese Publikation aber nicht zitiert werden. Der Eindruck, der aus den Dokumenten gewonnen werden konnte, deckt sich mit den mündlichen Aussagen des LaBS-Praxispartners (J. Münster, persönl. Mitteilung, 22.02.2022:

- Bei polizeilichen Spezialeinheiten findet sich in der Einsatzplanung (z. B. im Einsatzabschnitt Ereignisort oder Einsatzabschnitt Betreuung; oder im Unterabschnitt Koordinierende Betreuung) die PSNV mit einzuleitenden Erstmaßnahmen wieder. PSNV-Maßnahmen sind abzugrenzen von der sogenannten taktischen Betreuung der Polizei, die zum Ziel hat, Betroffene zu stabilisieren und damit die Zusammenarbeit der Betroffenen mit der Polizei zu ermögli-

chen. Für Einsatzkräfte der Polizei wird die PSNV-E oft noch als psychosoziale Unterstützung (PSU) bezeichnet.

- Auch in Besonderen Aufbauorganisationen (BAO) der Polizei sind Maßnahmen der PSNV vorgesehen, z. B. im Einsatzabschnitt Versorgung → Unterabschnitt psychosoziale Unterstützung.
- Die FB PSNV wird in polizeilichen Einsatz- und Führungsstäben bisher eher selten hinzugezogen.
- Die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten durch die FB PSNV findet in polizeilichen Stäben bisher nicht statt.

Im Rahmen einer **Fokusgruppe** (Fokusgruppe 4) wurde mit den LaBS-Praxispartnern und einem externen Gast Fragestellung 3 diskutiert.

Die **Antworten** der LaBS-Praxispartner und des Gastes waren:

- Das Verständnis für die PSNV ist in Stäben oft nicht vorhanden. Manche Stäbe haben die Fachberatung PSNV als Sachgebiet 7 (S 7 für Psychosoziale Notfallversorgung) etabliert, die meisten aber nicht.
- Es braucht ein Netzwerk, um ein Lagebild Bevölkerungsverhalten zu erstellen, z. B. aus Telefonseelsorge, Sozialamt, Stadtteilsozialarbeit.
- Das Lagebild Bevölkerungsverhalten bzw. ein psychosoziales Lagebild ist oft nicht vorgesehener Teil eines Lageberichts bzw. als eigenständiges Kapitel eines Lageberichts vorgesehen. Vorlagen von Lageberichten, z. B. solcher eines Krisenstabs an eine Bezirksregierung, müssten ggf. angepasst werden.
- Das Thema bzw. die Strukturen und Aufgaben der PSNV sollten Stabsmitgliedern, die diese (noch) nicht kennen bzw. dazu nicht ausgebildet wurden, kenntlich gemacht werden.
- Die PSNV sollte prinzipiell ein Teil des Regelkreises der Einsatzorganisationen bzw. der Stäbe sein.
- Gegebenenfalls könnte eine eigene Einsatzgruppe bzw. ein eigener Stab PSNV im Rahmen eines ganzheitlichen Psychosozialen Krisenmanagements für langfristige Lagen (wie z. B. bei einer Pandemie) angedacht werden. Hierfür braucht es Unterstützung auf politischer Ebene. Die PSNV ist hier nicht nur als einzelne Person, sondern als Thema bzw. Team zu sehen.
- Ist ein Psychosoziales Krisenmanagement für Stäbe vorgesehen, muss dieses ausgebildet werden. Zudem sollte das Psychosoziale Krisenmanagement eine feste strukturelle Anbindung an die Verwaltung bekommen, da die Anbindung der FB PSNV bei der Feuerwehr manchmal als irritierend empfunden wird.
- Die Fachberatung PSNV bzw. die PSNV selbst ist kein Experte bzw. keine Expertin für Bevölkerungsverhalten.
- Eine Großschadenslage aus PSNV-Sicht (sogenannter PSNV-MANV, z. B. die Betreuung der Betroffenen und Angehörigen der Schulkinder in Haltern am See

nach dem Absturz des Germanwings-Flugzeugs 2015) entspricht nicht immer einer Großschadenslage aus Sicht des jeweils eingesetzten Stabs.

- Von der FB PSNV wird oft erwartet, dass diese Krisenkommunikation beherrscht und sich mit Bevölkerungsdaten gut auskennt. Andererseits wird die FB PSNV als Seelsorgerin bzw. Seelsorger im Stab angesprochen – die Aufgaben der FB PSNV im Stab sind vielfältig.
- Teils wird die FB PSNV im Stab von den Stabsmitgliedern als störend empfunden.
- Die bisherige Ausbildung zur FB PSNV befähigt in den meisten Bundesländern die Anbindung der FB PSNV an einen operativ-taktischen Stab, jedoch nicht an einen administrativ-organisatorischen Stab.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es wenige bis gar keine konkreten Erfahrungen von Fachberaterinnen bzw. Fachberatern PSNV und Stabsleitungen zur Erstellung und Integration eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in die Stabsarbeit gibt. Die Einbindung von FB PSNV in kommunale Stäbe wird zwar empfohlen, um eine Koordination lageangepasster Maßnahmen der PSNV sicherzustellen (Deutscher Bundestag 2020, Kirschbauer und Teichert-Barthel 2011, Lamers et al. 2021). Die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten ist jedoch (noch) nicht Teil von Konzeptionen des Einsatzes der FB PSNV und der Ausbildung sowie Qualifizierung von FB PSNV. Es sollte eine Ausbildung im Bereich Psychosoziales Krisenmanagement geben.

Ein Psychosoziales Krisenmanagement darf nicht nur ein Teil der Stabsarbeit bzw. des Krisenmanagements sein, es sollte umfassender gedacht werden und bereits etabliert sein, bevor ein Stab aufgerufen wird. Nicht alle Stäbe können ein Sachgebiet Psychosoziales Krisenmanagement haben, aber alle Stäbe bzw. Stabsmitglieder sollten eine Anlaufstelle für die PSNV haben – mindestens eine Person der FB PSNV oder die zukünftige mobile Führungsunterstützung PSNV.

Round-Table-Workshop zum Thema Fachberatung PSNV und das Lagebild Bevölkerungsverhalten

Im Rahmen eines Round-Table-Workshops zum Thema Fachberatung PSNV und das Lagebild Bevölkerungsverhalten wurden folgende Fragen adressiert:

Fragestellung 1:

Welche Informationen kann der/die Fachberater/-in PSNV aufgrund eigener Kompetenzen und Ressourcen sowie denen der PSNV-Einsatzkräfte in das Lagebild Bevölkerungsverhalten des Stabs einbringen?

Fragestellung 2:

Welche Bereiche des Lagebilds Bevölkerungsverhalten können und können nicht durch die (Fachberatung) PSNV erstellt werden?

Fragestellung 3:

Welche konkreten Erfahrungen von Fachberaterinnen und Fachberatern PSNV und Stabsleitungen zur Erstellung und Integration eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in die Stabsarbeit gibt es?

Zur Beantwortung und Diskussion der Fragen durch die Teilnehmenden wurde der Workshop am 01.03.2022 von 9:00 bis 16:00 Uhr durchgeführt. Pandemiebedingt fand der Workshop online im Videokonferenzdienst Zoom statt.

6.4.1 Vorbereitung und Durchführung des Workshops

Insgesamt nahmen 23 Personen teil:

- zwölf Personen aus den Bereichen PSNV-Fachberatung und BOS,
- vier der fünf LaBS-Praxispartner,
- eine Person vom BBK,
- und das Team FSU mit sechs Personen.

Um den Workshop möglichst interaktiv zu gestalten, wurde im Vorfeld eine Homepage erstellt, auf welcher sich die Teilnehmenden zum Inhalt des Workshops informieren sowie Links abrufen konnten, z. B. zur Videokonferenz in Zoom.

Zudem wurde im Vorfeld eine Briefpost an die Teilnehmenden versendet. Diese beinhaltete einen Flyer mit Informationen und Hintergründen zum Workshop sowie einen Stift und einen Block.

Durch den Tag führte das Team FSU. Der Workshop wurde von zwei Grußworten seitens des BBK und der FSU eingeleitet.

Die Themen und Referentinnen und Referenten der Beiträge in Form von vier Vorträgen mit anschließender Frage und Diskussionsrunde lauteten:

- Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Stabsarbeit (LaBS): (Erste) Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt LaBS von Dr. Mareike Mähler und Dr. Gesine Hofinger
- „Dein Stecken und Stab trösten mich“: Erfahrungsbericht und Schlussfolgerungen der Notfallseelsorge (als Bestandteil der PSNV) aus der Stabsarbeit von Pfarrer Justus Münster
- Psychosoziales Krisenmanagement in der Covid-19-Pandemie: Erfahrungen aus dem kommunalen Bereich von Prof. Dr. Harald Karutz
- Ein psychosoziales Lagebild in der Akutsituation beim Hochwasser im Ahrtal – Vorgehen und Ausblick von Pascal Koffer

Am Nachmittag wurden die Forschungsfragen mit den Teilnehmenden in Kleingruppen diskutiert und die Ergebnisse auf einem interaktiven Whiteboard (mit der Software Miro-Board) festgehalten. Während des gesamten Workshops wurden Inhalte, Fragen und Diskussionspunkte „live“ von einem Mitglied des Teams FSU auf dem Miro-Board dokumentiert und als Grundlage für die Auswertung bzw. Zusammenfassung der Ergebnisse genutzt. Es entstand somit ein Handout des Workshops für die Teilnehmenden.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Workshops anhand der drei Fragestellungen dargestellt. Die Ergebnisse bestehen aus Beiträgen, Fragen und weiteren offenen, aus Sicht der Teilnehmenden in der Zukunft zu diskutierenden Punkten zum Thema Fachberatung PSNV und Lagebild Bevölkerungsverhalten. Die Aussagen werden den Fragestellungen zugeordnet, jedoch aus Gründen der Wahrung der Anonymität nicht den Personen, die die Aussagen getroffen haben. Die Aussagen beziehen sich größtenteils auf Einzelmeinungen der Teilnehmenden bzw. basieren auf deren persönlichen Erfahrungen. Die Aussagen werden daher nicht anhand von Häufigkeiten dargestellt.

6.4.2 Ergebnisse des Workshops zu Fragestellung 1

Welche Informationen kann der/die Fachberater/-in PSNV aufgrund eigener Kompetenzen und Ressourcen sowie denen der PSNV-Einsatzkräfte in das Lagebild Bevölkerungsverhalten des Stabs einbringen?

- Allgemein gibt es für das Bevölkerungsverhalten für die Fachberatung PSNV nur wenige Quellen, die die Fachberatung PSNV konsultieren kann.
- „Das Internet“ ist für die Fachberatung PSNV ein Ort der Begleitung, z. B. bei Kommentarspalten von Medien, und ein Ort, an dem Bedürfnisse der Bevölkerung deutlich bzw. sichtbar werden können.
- Die Daten für ein psychosoziales Lagebild wurden während der Covid-19-Pandemie beim Stab einer deutschen Stadt u. a. in Form von eigenen Erhebungen gewonnen, z. B. durch teilnehmende Beobachtung, Erkundung, Interviews mit Betroffenen, z. B. Schülerinnen und Schülern. Zudem wurden Rückmeldungen aus dem psychosozialen Bereich eingeholt und diese mit demografischen Daten und politischen Entscheidungen (in der Covid-19-Pandemie z. B. die Entscheidung der Politik für den Lockdown) in Bezug gesetzt. Hieraus wurden Probleme sowie Handlungsbedarfe für den Stab extrahiert. Rückmeldungen psychosozialer Akteurinnen und Akteure waren auch eine wichtige Datenquelle für das psychosoziale Lagebild. Ein Netzwerk aus 27 Akteurinnen und Akteuren wurde gebildet: Dieses bestand aus Akteurinnen und Akteuren aus Kirchen, dem Sozialamt bis hin zum Frauenhaus.
- Die Daten für ein psychosoziales Lagebild wurden während der Covid-19-Pandemie beim Stab einer deutschen Stadt weiterhin über den sogenannten Cov-Finder des Forschungsprojekts LaBeCo extrahiert (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit 2021; Hinweis: Der Cov-Finder kann nur mit einem Login bzw. Zugangsdaten genutzt werden) sowie vom Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (Konsortium für die Sozial-, Verhaltens-, Bildungs- und Wirtschaftswissenschaften [KonsortSWD] 2023) bezogen. Zusätzlich wurden fachliche Stellungnahmen, z. B. vom Bund deutscher Psychologinnen und Psychologen und von der Bundesvereinigung Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen e.V. ausgewertet.
- Eine Frage für Stäbe sollte sein: Wie zeitnah kann ein Lagebild Bevölkerungsverhalten überhaupt erstellt werden? Wie lange haben die Zuständigen Zeit, um Informationen zu sammeln, zu bewerten, zusammenzufassen und aufzubereiten? Für welchen Zeitraum (Stunden, Tage, Wochen, Monate ...) gilt es, um das Lagebild Bevölkerungsverhalten zu erstellen?
- Für die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten braucht die FB PSNV einen eigenen Arbeitsplatz mit entsprechender Ausstattung sowie die entsprechende Zeit, um Informationen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten zu erheben und aufzuarbeiten.

- Prof. Dr. Harald Karutz beantwortete in seinem Beitrag zum Workshop Fragestellung 1 wie folgt: Es ist wichtig, persönliche Erfahrungen, Erkenntnisse aus systematischen Einzelevaluationen, theoretisches Fachwissen und „psychosoziales“ Denken für die Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten einzubringen.

6.4.3 Ergebnisse des Workshops zu Fragestellung 2

Welche Bereiche des Lagebilds Bevölkerungsverhalten können und welche können nicht durch die (Fachberatung) PSNV erstellt werden?

- Während der Hochwasserlage im Ahrtal wurden für den Landkreis Ahrweiler zwei psychosoziale Lagebilder erstellt: eines aufgrund der Einsatzzrückmeldungen der PSNV-Kräfte sowie eine Erhebung, um mittelfristigen Unterstützungsbedarf zu erkennen. Mittels eines Fragebogens wurden die wichtigsten Themen der Gespräche der PSNV-Kräfte vor Ort erfasst („Was beschäftigt die Menschen?“). Eine Auswertung stand erst im Nachgang der Lage zur Verfügung. Unter anderem wurden in 30 Einsätzen zur PSNV-Lageerkundung am 28./29.07.2021 der Status, die Vulnerabilitäten und Ressourcen der Betroffenen erfasst. Ein Erhebungsbogen für ein psychosoziales Lagebild befindet sich gerade in der Entwicklung.
- Prof. Dr. Harald Karutz beantwortete in seinem Beitrag zum Workshop Fragestellung 2 wie folgt: Es hängt von der Ausbildung/Qualifikation ab, welche Informationen der/die Fachberater/-in PSNV in das Lagebild Bevölkerungsverhalten des Stabs einbringen kann. Die FB PSNV kann nicht gleichzeitig ein ganzer Fachbereich Psychosoziales Krisenmanagement sein. Die Referenten wurden vom Team FSU im Vorfeld des Workshops gebeten, Fragestellung 1 bis 3 in ihren Vorträgen zu beantworten. Dies konnte aus Zeitgründen nur von Prof. Dr. Harald Karutz umgesetzt werden.

6.4.4 Ergebnisse des Workshops zu Fragestellung 3

Welche konkreten Erfahrungen von Fachberaterinnen und Fachberatern PSNV und Stabsleitungen zur Erstellung und Integration eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in die Stabsarbeit gibt es?

- Die Psychosoziale Notfallversorgung und die Fachberatung PSNV müssen „breiter“ gedacht werden: Eine Fachberatung PSNV im Stab allein kann oft nicht alle Aufgaben erfüllen bzw. abarbeiten, die an die Fachberatung PSNV herangetragen werden. Ein größer gedachtes Psychosoziales Krisenmanagement braucht eine entsprechende Verortung bei bzw. innerhalb der Einsatzstrukturen der Stäbe bzw. BOS. Das Psychosoziale Krisenmanagement könnte hierbei als feste,

eigene Stabsstelle etabliert werden. Alternativ könnte es beim Gesundheitsamt, Sozialamt, als Stabsstelle beim Oberbürgermeister oder bei den BOS angegliedert werden. Die finanzielle Ausstattung dieser Stabsstelle gilt es festzulegen. Zudem gilt es, die Rolle und die Aufgaben der FB PSNV schriftlich, z. B. in Gesetzen und Erlassen, zu verankern.

- Eine Stabsstelle Psychosoziales Krisenmanagement braucht Personal, unter anderem auch für die PSNV für Mitarbeitende der Stäbe.
- Es ist zu beachten, dass oft Ehrenamtliche bzw. Freiwillige Teil des Psychosozialen Krisenmanagements sind.
- Es gibt nur wenige Beschreibungen dazu, was genau die Fachberatung PSNV im Stab können muss. Eine Fachberatung PSNV muss auch ihre eigenen Kompetenzen gut einschätzen können. Ein Curriculum für die vielfältigen Kompetenzen, die die Fachberatung PSNV jenseits der Koordination von PSNV-Kräften benötigt, wäre nötig bzw. ist in der Form noch nicht vorhanden. Es braucht folglich eine neue Form von Ausbildung.
- Jeder Stab hat seine eigene (Einsatz-)Logik, diese manifestiert sich auch in der Sprache. Die Fachberatung PSNV muss die jeweilige Stabs- bzw. Fachsprache verstehen, sie nicht unbedingt selber sprechen, aber sich verständlich machen können.
- Akteurinnen und Akteure der Stabsarbeit jenseits des Fachbereichs PSNV sollten ggf. zu ihren Bedarfen und Wünschen an die PSNV befragt werden.
- PSNV wird im operativ-taktischen Stab oft als Entlastung wahrgenommen, da sich die PSNV-Kräfte um Betroffene kümmern. Zugleich wird die Funktion der Fachberatung PSNV von Stabsmitgliedern als Seelsorge für den Stab genutzt. Dies erleben nicht nur ausgebildete kirchliche Seelsorger, sondern auch Mitarbeitende im Gesundheitsamt, d. h. also Personen, die keine Ausbildung im Bereich Seelsorge haben.
- Die Fachberatung PSNV wird als Experte bzw. als Expertin für Bevölkerungsverhalten angesehen. Diese Expertise wird aber oft nicht vom jeweiligen Stab abgefragt.
- Des Öfteren wird die FB PSNV von Stabsmitgliedern durchaus als „Bremse“ wahrgenommen.
- Fachberater PSNV sind oft als Netzwerker im Einsatz: Sie leisten Lobbyarbeit für die PSNV im Allgemeinen und machen sie bekannt. Somit wird Vernetzung gelebt und es werden Schnittstellen für die mittelfristige PSNV-E/B geschaffen.
- Fachberatung PSNV wird auch als Beratung eingesetzt. Planung und Lageberichte werden auf PSNV-Aspekte hin analysiert und es werden Maßnahmen empfohlen.
- Eine Fachberatung PSNV bedeutet Leitung und Koordination aus PSNV-taktischer Sicht. Es werden verschiedene Bedarfe erkannt, die an ein Ereignis gekoppelt sind – dieses kann „außerhalb des Flatterbandes“ sein.

- Die Fachberatung PSNV wird manchmal von Stabsmitgliedern als „hellsehend“ wahrgenommen, da sie vor der Lage denkt und Bedarfe und Entwicklungen absehen kann.
- Die Nützlichkeit der Fachberatung PSNV wird von Stäben vor allem darin gesehen, dass die Fachberatung PSNV einen Überblick haben sollte, Informationen aus anderen Stäben und aus den Einsatzstellen bezüglich der PSNV einbringen kann. Auch Krisenkommunikation wird implizit von der Fachberatung PSNV erwartet, und damit auch Textarbeit-Kompetenz, z. B. für das Erstellen von Pressemeldungen. Die FB PSNV ist zuständig für „alles Menschliche“.
- Die Fachberatung PSNV wird von Mitgliedern von Stäben auch als gedenk- und ritualverantwortlich wahrgenommen: Diese kennt die Bedürfnisse und Bedarfe von Menschen, politisch Handelnden und öffentlichen Institutionen.
- Stabsintern sind die Erfahrungen der Fachberatungen PSNV gemischt: PSNV wird oft als „tröstend“ und teils „esoterisch“ verstanden. Manche Stabsmitglieder sehen nicht Kompetenzen der Fachberatung PSNV in Kommunikation und den Konfliktmanagementkompetenzen. Oft wird die Expertise der FB PSNV nicht abgefragt – weder von Stabsmitgliedern noch von Entscheidungsträgerinnen und -trägern der Politik.
- Medial wird Psychosoziales Krisenmanagement bzw. die Fachberatung PSNV oft positiv wahrgenommen bzw. dargestellt. Gleiches gilt für Teile der Bevölkerung, denen mit Maßnahmen des Psychosozialen Krisenmanagements geholfen wurde – Menschen zeigen sich oft dankbar über die Hilfe des Psychosozialen Krisenmanagements.
- Ein „PSNV-MANV“ kann vorkommen: eine Einsatzlage, die nach Logik der Polizei und Feuerwehr keine Einsatzlage ist, aber für die PSNV eine Einsatzlage darstellt, wie beispielsweise die Rückkehr der Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer nach dem Anschlag in Nizza.

Zusammenfassend stellten sich der Austausch, die Fragen und Diskussionspunkte des Workshops wie folgt dar:

Ein Psychosoziales Krisenmanagement darf nicht nur ein Teil der Stabsarbeit bzw. des Krisenmanagements sein. Es sollte umfassender gedacht werden und bereits etabliert sein, bevor ein Stab aufgerufen wird.

Eine Standardisierung, Ressourcen und eine Finanzierung eines ganzheitlichen Psychosozialen Krisenmanagements sind nötig.

Es gibt einen Unterschied zwischen der Fachberatung PSNV und ihrer Rolle für das Lagebild Bevölkerungsverhalten und einem Psychosozialen Krisenmanagement.

Für die Arbeit in Stäben braucht es weitere einheitliche Vorgaben für die Rolle und Aufgaben der Fachberatung PSNV jenseits derer, die im Konsensusprozess des BBK zur Qualitätssicherung der PSNV verankert sind.

Es braucht eine weitere Professionalisierung der Fachberatung PSNV für die Stabsarbeit. Es wird ein „Stellenprofil“ Fachberatung PSNV benötigt.

Es benötigt Rollenklarheit für die FB PSNV im Stab (Wo wird die FB PSNV eingesetzt? Eher im operativ-taktischen Stab oder im administrativ-organisatorischen Stab? Oder in beiden? Wer erstellt das Lagebild Bevölkerungsverhalten? Usw.)

Zudem wird eine Sensibilisierung der Mitglieder von Stäben benötigt: Was kann die Fachberatung PSNV leisten und was nicht?

Die rechtliche Lage und das Thema Datenschutz müssen geklärt werden: Wer darf wann wie welche Daten über wen erheben und in der Lagebewältigung nutzen?

Mitglieder von Stäben sollten für die Einsatzlogik und Themen der PSNV sensibilisiert werden.

Eine mit gesetzlichen Grundlagen flankierte, abgestimmte Zuständigkeit für das Lagebild Bevölkerungsverhalten ist auch während einer „Nichtkrise“ nötig, um präventiv Daten zu erheben. Die Erhebung bzw. Nutzung von Daten über Bedarfe, Vulnerabilitäten und Ressourcen der Bevölkerung müssen vor einer Lage so weit wie möglich geklärt werden. In einer Lage ist dafür eher keine bis wenig Zeit.

Daten, z. B. aus sozialräumlicher Kartierung, die bereits für einige Städte vorliegen, sollten im Krisenmanagement bzw. bei den zuständigen Stäben bekannt gemacht werden.

Die Fachberatung PSNV sollte verstärkt in Übungen eingebunden werden. Hierbei sollte geklärt werden, wer entscheidet, ob die Fachberatung PSNV in Übungen eingebunden wird.

Die Übergänge zwischen den einzelnen Phasen der Fachberatung PSNV (akut/mittel/langfristig) sollten in der Stabsarbeit mitgedacht werden (Wer ist wann für was zuständig?).

Die Fachberatung PSNV sowie PSNV-Kräfte sind oft gut qualifiziert für „Brot und Butter“-Einsätze, nicht aber für Großschadenslagen. Somit kann durch die Fachberatung PSNV oft kein qualifiziertes Lagebild Bevölkerungsverhalten erstellt werden.

Gastbeitrag: Erfahrungsberichte aus der eschatologischen Existenz oder der qualitative Sprung in der Stabsarbeit von Pfarrer Justus Münster

Prolegomena zu den letzten Dingen und zur fröhlichen Stabsarbeit

Die letzten Dinge sollen hier den Anfang machen: Das griechische Wort ἔσχατος (és-chatos) bedeutet in zeitlicher als auch örtlicher Dimension „letzte, letztes oder letzter“. Damit ist zunächst einmal eine nähere Beschreibung eines beigefügten Wortes gemeint, das eben in diesen zeitlichen und/oder örtlichen Kontext gebettet wird. Im religiösen, speziell christlich-jüdischen Kontext bekommt das griechische Wort eine transzendente Dimension zu seiner zeitlichen und örtlichen hinzuge stellt. Aus „letzte, letztes und letzter“ wird dann die Rede von den letzten Dingen: τὰ ἔσχατα (tá és-chata). Das sind dann die Dinge, die am Ende von Zeit und Raum eintreten werden (Wißmann et al. 1982). „Die Lehren von den letzten Dingen sind aber nicht nur einfach Beschreibungen dessen, was den einzelnen Menschen oder die Menschheit nach ihrem Ende oder einem Ende schlechthin erwartet, sondern prägen entscheidend die Art und Weise, wie vor dem Tod gelebt wird oder werden soll“ (Wißmann et al. 1982: 152).

In der heutigen Zeit sind Einsatzstäbe in Not- und Katastrophenfällen Einrichtungen, mit denen versucht wird, das Geschehen rund um eine Einsatzstelle zu koordinieren, die Einsatzmaßnahmen zu führen, indem sie strukturiert werden und gefragt wird, ob diese Struktur zeitlich konsistent ist. Der Stab hat Aufgaben zu erledigen, die von den „üblichen“ Aufgaben abweichen. Die Dienstvorschriften aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sehen die Einrichtung von Einsatz- und Führungsstäben in den Fällen vor, in denen die Koordination vor Ort nicht mehr sinnvoll erscheint. Komplexe Einsatzsituationen mit einem erhöhten Koordinierungsbedarf in hohen Führungsstufen erfordern einen Einsatzstab. Mit seiner Einrichtung und der damit verbundenen Unterteilung der Maßnahmen in einzelne Themenbereiche soll eine Strukturierung erreicht werden, die einer gelingenden Ab- und Aufarbeitung der Lage zu dienen hat. Wenn der eingerichtete Stab nach der von Strohschneider erwünschten fröhlichen Demut (Strohschneider 2016) in der Haltung seiner Mitglieder arbeiten kann, wird die Aufgabe des bestmöglichen Schutzes von Menschenleben und Eigentum gelingen.

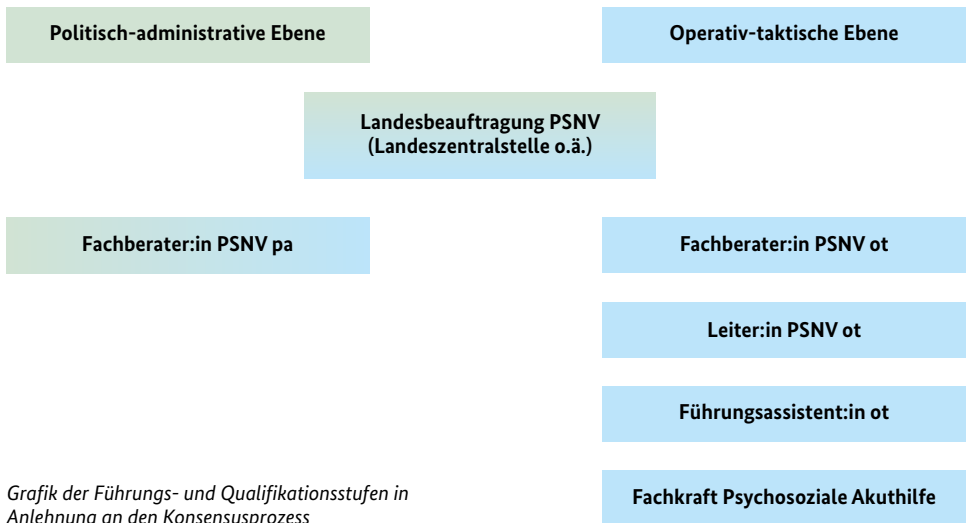
Einleitung

Der Konsensusprozess innerhalb des Feldes der Psychosozialen Notfallversorgung hat neben einer allgemeinen Definition der PSNV auch die einzelnen Gebiete, in denen sie tätig werden darf und soll, näher ausgeführt. So bleibt es nicht nur bei der konsensualen Einigung und Beschreibung von Tätigkeitsfeldern; es werden auch die handelnden Personen mit ihren Kompetenzen und Aufgabenfeldern in den Blick genommen und ihr Einsatz wird empfohlen.

„Auswertungen bisheriger PSNV-Einsätze in komplexen Gefahren- und Schadenslagen haben gezeigt, dass zur Vermeidung von Reibungsverlusten in der Koordination und von Fehl-, Unter- oder Überversorgung Betroffener ein Psychosoziales Krisenmanagement unerlässlich ist. Dazu gehört insbesondere der Einsatz von Fachberatern PSNV im Führungsstab (auf allen Ebenen: politisch-administrativ und operativ-taktisch) sowie der Einsatz eines Leiters PSNV und eines Führungsassistenten PSNV im Schadengebiet bzw. an der Einsatzstelle, die entsprechend qualifiziert vorbereitet und bereitgestellt werden müssen“ (BBK 2012: 33).

Die Fachberaterinnen und Fachberater PSNV sollen dem jeweiligen Einsatzstab in zwei Funktionen von Nutzen sein. Zum einen werden sie vor allem die Verbindung zu den eingesetzten Kräften der PSNV an den diversen Einsatzstellen der PSNV halten und dort generierte Informationen bündeln, bewerten und anschließend zur Verfügung stellen. Das beinhaltet daneben auch die gemeinsam mit den Einsatzstellen angedachte Planung des PSNV-Einsatzes auf mögliche Bedarfe hin, die erst zu einem späteren Zeitpunkt auftreten können oder werden. Die Informationen zu Stand und Planung fließen selbstverständlich in die Arbeit und Dokumentation des Einsatzstabes ein.

Die Fachberaterinnen und Fachberater PSNV bringen ihr spezielles Wissen um Vorgänge und Abläufe im Erleben von komplexen Schadenssituationen bei Menschen in den Einsatzstab mit hinein. Damit erweitern sie die spezifische Einsatzlogik des Stabes, in dem sie arbeiten, um ihr Fachgebiet, indem sie dieses auf die jeweilige Stabslogik hin transformieren und mittels Kommunikation transportieren.



Grafik der Führungs- und Qualifikationsstufen in Anlehnung an den Konsensusprozess

Abbildung 13: Führungs- und Qualifikationsstufen in Anlehnung an den Konsensusprozess
(Ersteller: Justus Münster)

Die Zugänge und Vorstellungen von Fachberaterinnen und Fachberatern PSNV zum eigenen Aufgabengebiet der Fachberatung PSNV sind in der Betrachtung sehr heterogen. Sie sind so heterogen wie die Grundprofessionen und Prägungen, aus denen die Fachberaterinnen und Fachberater in ihrem alltäglichen Leben stammen. Die Führungsqualifikation FB PSNV ist die höchste Weihe einer PSNV-Karriere im Ehrenamt. Einige Bundesländer bemühen sich, die Führungsqualifikationen untereinander abzugleichen, indem sie eine gemeinsame Qualifikation anbieten. So wird eine ungefähre Vergleichbarkeit des Wissensstandes erreicht; auch über Grenzen von Bundesländern hinweg. Die Ressource der oder des FB PSNV ist ein hohes Gut; einen oder mehrere Einsatzstäbe über Tage mit dieser Funktion hinweg zu besetzen ist nicht in allen Bundesländern ohne Weiteres möglich.

Beobachtungen in der PSNV-Stabsarbeit

Wichtig für die Arbeit der Fachberaterinnen und Fachberater PSNV ist die Erkenntnis, dass sie selbst einer bestimmten Einsatzlogik, nämlich ihrer eigenen folgen, die nicht unbedingt mit der des sie einsetzenden Stabes übereinstimmen muss und wird. Hier ist es wichtig, die Logik des operierenden Stabes zu kennen und dieser folgen zu können. Zugleich jedoch das Eigene der PSNV nicht aus dem Blick zu verlieren und in ihr weiterhin operieren zu können.

Wenn die Feuerwehr also beispielsweise mit einem Blackout zu tun hat und diesen Einsatz auch mittels eines Einsatzstabs koordinieren lässt, wird sie ein Augenmerk auf die „Feuerwehr-Dinge“ haben. Sie wird schauen, ob und wie Notfallmedizinische Hilfe geleistet werden kann. Sie wird technische Hilfe leisten, wenn ein Krankenhaus mit Strom versorgt werden muss. Sie wird die in diesem Gebiet ausgefallene Möglichkeit des Bedienens des Notrufs über eingerichtete „Spots“ für die Bevölkerung ermöglichen.

Die Polizei wiederum findet einen Aufgabenbereich in der Sicherung des Gebietes und der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung. So wird die Bevölkerung über Lautsprecherwagen informiert und schützenswerte Einrichtungen im Gebiet werden besonders beachtet.

Ein allgemeingültiges Lagebild zum angenommenen Verhalten der Aufenthaltsbevölkerung wird nur eine untergeordnete Rolle spielen, respektive lässt es sich schwer erheben, da die Kompetenzen, die dazu notwendig wären, im Stabsgeschehen per se nicht verfügbar sind. Jedenfalls zum angenommenen Verhalten der Aufenthaltsbevölkerung aus Sicht der PSNV nicht. Warum? Sowohl Polizei als auch Feuerwehr als Akteure der Gefahrenabwehr nehmen zwar ein Verhalten der Bevölkerung an; jedoch aus ihrem jeweiligen „Diskursfeld“ heraus. Dieses Diskursfeld hat mit der eigenen Organisation und den erlernten Handlungslogiken innerhalb dieser zu tun. Diese Diskursfelder, als Aushandlung des eigenen Kontextes betrachtet, brauchen immer einen spezifischen weiteren Kontext, der den Rahmen für die Diskussionen der einzelnen Diskursfelder setzt, wenn sie nicht für sich allein stehen sollen. Da, wie schon beschrieben, Schadenslagen jedoch als komplexe Ereignisse auftreten, ist es folgerichtig, dass verfügbare und für die Abarbeitung des Einsatzes nützliche Diskursfelder miteinander ins Gespräch gebracht werden; sie werden in eine Arena gesetzt. Im Einsatzstab nun, als Kommunikationsraum und somit Diskursarena, als dem Spielfeld, in dem die einzelnen Diskursfelder (Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr, Technisches Hilfswerk, kommunale Verwaltung, Rettungsdienst, Kirchen, Hilfsorganisationen usw.) aufeinandertreffen, tauschen sich die Felder performativ aus. Voraussetzung dabei ist, dass die Arena als Feld von Kommunikation gewünscht und eröffnet ist.

In der jetzigen Form sind Einsatzstäbe darauf ausgerichtet, vor allem das eigene Feld zu bespielen. Daneben nehmen Einsatzstäbe wenig darüber hinaus wahr. Beim angenommenen Szenario des Blackouts vermutete die Polizei, dem eigenen Diskurs folgend, dass es zu Unruhen, Plünderungen usw. kommen würde, obwohl belegt ist und es mittlerweile Common Sense der Katastrophenforschung ist, dass die Fähigkeit der Menschen, mit einer Krisensituation umzugehen, entscheidend davon abhängt, wie gut sie über die Situation informiert werden und auf welche Weise man mit ihnen kommuniziert. Schopp führt dazu aus, dass „der Mensch als

soziales Wesen bereit ist, persönliche Bedürfnisse auch zugunsten des Allgemeinwohls zurückzustecken“ (Schopp 2016: 9).

Für die PSNV ist es wichtig, dass eine gut vorbereitete und geplante Krisenkommunikation im Ereignisfall stattfindet. Die PSNV kann aus ihrem Diskursfeld zur Erarbeitung der hoffentlich gelingenden Strategien einer gelingenden Krisenkommunikation beitragen, indem sie beispielsweise Stimmungen, Situationserleben und Erfahrungswerte der PSNV-Kräfte eintragen kann. Das hat auch den Vorteil, dass derzeit nicht eingesetzte eigene PSNV-Kräfte schon mitlesen können, während sie sich auf ihren Einsatz vorbereiten. Damit sind sie „Teil“ des Einsatzes, ohne schon direkt am Geschehen zu partizipieren. In der Nachsorge müssen diese Kräfte ebenfalls berücksichtigt werden.

Dazu sind die Fachberaterinnen und Fachberater PSNV auf Akzeptanz angewiesen und darauf, dass ihre Sprache gehört und verstanden wird. Für die PSNV wird es elementar sein, auf einen gemeinsamen Pool an Informationen zugreifen zu können, in den die einzelnen Bereiche der PSNV alle Stichworte zum Einsatzgeschehen eintragen können. Daneben sind auch externe Informationen von Nutzen, wie sie beispielsweise über die Medien gesendet werden. Für den Einsatz aus psychosozialer Sicht ist es für die Einsatzkräfte gut, wenn sie über das Geschehen auskunftsfähig sind in einer Begleitung von Betroffenen.

Erwartungen an angenommene Kenntnisse von Fachberaterinnen und Fachberatern PSNV operativ-taktisch (ot) im Stab

In operativ-taktischen Stäben wird die Fachberaterin oder der Fachberater PSNV verschiedene Aufgaben erfüllen, die ihr oder ihm explizit oder implizit zukommen; manchmal auch nur als gefühlte Ahnung.

Die Fachberatung PSNV ot wird einen Überblick über die einzelnen PSNV-Einsatzgebiete haben. Bei der Fachberatung laufen Informationen zusammen. Die Fachberatung wird einen Kommunikationsraum ermöglichen und die Einsatzstellen mit ihren jeweiligen Leitungen koordinieren. Damit füllt die Fachberatung ihr Diskursfeld und bringt PSNV-Angelegenheiten und -Erfordernisse in den Stab ein. Dadurch ist die Fachberatung in der Lage, den Stab aus PSNV-Sicht zu beraten. Das bedeutet, dass die Fachberatung die einzelnen Stabsentscheidungen auf PSNV-Belange hin überprüfen kann und gegebenenfalls diese in der Einsatzplanung schärfen kann und an die Einsatzstelle steuert.

Die Fachberatung PSNV wird ein guter Netzwerker sein, weil die Fachberatung die PSNV-B kennt, ebenso die PSNV-E kennt, und weil die Fachberatung PSNV die PSNV im Stab und darüber hinaus bekannt machen möchte sowie darauf dringt,

dass die einzelnen Bereiche für die PSNV im Einzelfall im Interesse der Menschen zusammenarbeiten.

Gleichzeitig ist die oder der FB PSNV als mögliche Kristallkugel gehandelt. Bei ihr oder ihm wird vermutet, dass sie oder er um die Bedarfe und Bedürfnisse von Menschen weiß und diese mit den Bedarfen und Bedürfnissen der BOS in Einklang bringen kann. Zugleich wird sie oder er „vor der Lage“ sein und denken, proleptisch planen und handeln sowie prophetisch scheinen, wenn es um mögliche psychosoziale Folgewirkungen von Einsatzentscheidungen geht. Dazu wird sie oder er Seelsorgerin bzw. Seelsorger des Stabes sein, Expertin bzw. Experte für Bevölkerungsverhalten und zuweilen eine Bremse in den Entscheidungen des Stabes, um diese an beobachtetes oder zu erwartendes Verhalten anzupassen.

Erwartungen an angenommene Kenntnisse von Fachberaterinnen PSNV politisch-administrativ (pa) im Stab

Wenn angenommen wird, dass in operativ-taktischen Stäben die Kenntnis des Begriffs PSNV vorausgesetzt werden kann, gilt dies nicht unbedingt für Stäbe, die politisch-administrativ wirken. Hier sind die Fachberaterinnen und Fachberater PSNV pa durchaus mit ihrem Themengebiet eine unbekannte Größe, die unter Beobachtung steht. Geprüft wird, ob dieser Bereich in diesem Umfeld nützlich ist und welche Themen die PSNV eigentlich abdeckt.

Wie bei den Fachberaterinnen und Fachberatern ot gilt auch hier, dass bei ihr oder ihm Informationen zusammenlaufen. Sie oder er hat einen Kommunikationsraum mit den anderen PSNV-Koordinationsstellen eröffnet und macht die Erfahrungen und Berichte in ihren und seinen Beiträgen fruchtbar.

Vor allem die Ritual- und Gedenkkompetenz wird in diesem Stabsbereich in enger Zusammenarbeit mit den Protokollabteilungen der jeweiligen Verwaltungseinheiten einzutragen sein. Dabei werden hier vor allem die möglichen und angenommenen Interessen von Betroffenen, An- und Zugehörigen, Augenzeuginnen und Augenzeugen, Ersthelfenden, Vermissenden sowie am Einsatz beteiligten Mitarbeitenden von Rettungsdienst, Feuerwehr und Polizei usw. eine Rolle spielen.

Am Ende steht der Anfang

Die Ausbildungsstufen innerhalb der PSNV sehen vor, dass eine Person nur mit den nötigen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen die Qualifikationsstufe einer Fachberaterin bzw. eines Fachberaters PSNV ot oder pa erreichen wird. Quasi am Ende einer Laufbahn, am Eschaton (s. Einleitung dieses Gastbeitrags) der Tätigkeit als Notfallseelsorgerin bzw. Notfallseelsorger oder Kriseninterventions-

helfender, erlangt die Person möglicherweise die höheren Weihen der Stabsarbeit. Während die in der PSNV tätigen Organisationen Mindeststandards für die Ausbildung von PSNV-Kräften beschlossen und umgesetzt haben, fehlt es doch an vereinheitlichenden Standards und Kompetenzprofilen für die Berufung in höhere Qualifikationsstufen. Der Blick in das Abschlusspapier des Konsensusprozesses hilft hier leider nicht weiter:

„Der FB PSNV wird durch die zuständige Behörde berufen und hat beratende Funktion, aber keine Führungs- und Einsatzleitbefugnisse. Er sollte über einen einschlägigen (Fach-)Hochschulabschluss verfügen, die der PSNV dienlich ist. Weiterhin sollte er über fachlich fundierte Kenntnisse der PSNV aus PSNV-Fort- und Weiterbildungen, Erfahrungswissen (Feldkompetenz) aus aktivem Dienst in Gefahrenabwehr und PSNV sowie Kenntnisse und Übungserfahrung in der Stabsarbeit verfügen. In seiner Funktion als Fachberater ist er ehrenamtlich oder im Rahmen seiner dienstlich geregelten Aufgaben (z. B. im Öffentlichen Gesundheitsdienst, den Kirchen oder Hilfsorganisationen) tätig“ (BBK 2012: 50).

Hier sind die Bundesländer mit ihren Landeszentralstellen und Landesbeauftragungen gefragt, für eine adäquate Führungsausbildung zu sorgen. Wenn sie dafür sorgen, müssen sie sich zugleich fragen, wie eine gelingende Qualifikation aussehen kann, dass der Traum Strohschneiders von der „fröhlichen“ Verrichtung der Stabsarbeit in einem gelingenden Kontext geschehen kann. Es gehört die Einsicht dazu, „[d]ass komplexe Probleme prinzipiell nicht beherrschbar sind [...] und Erfahrungen des Scheiterns notwendig dazugehören. Gleichzeitig darf man, dies anerkennend, nicht in Lethargie und Pessimismus verfallen, sondern muss aktiv und positiv gestimmt bleiben“ (Strohschneider 2016: 21).

Der qualitative Sprung

Sören Kierkegaard beschreibt in seinem kleinen Büchlein „Der Begriff Angst“ eine irreversible Bewegung in der Erkenntnis des Menschen als sogenannten „qualitativen Sprung“. Diese Kategorie soll auch hier eingeführt werden, nachdem sie noch ein wenig Beleuchtung verdient hat. Während der Mensch im Paradies ein schuld- und sündenfreies Leben lebte, ist der Akt von Adams Biss in den Apfel der Erkenntnis genau jener qualitative Sprung. Danach erfolgt die Erkenntnis von Gut und Böse, Verlust der Unschuld, Vertreibung aus dem Paradies. Philosophisch-theologisch betrachtet bedeutet dies den Übergang von der Möglichkeit zur Wirklichkeit. Bevor es so etwas wie eine Wahl zwischen Gut und Böse geben kann, muss die Möglichkeit bestehen, den Unterschied von Gut und Böse zu erkennen.

Genau diesen qualitativen Sprung wird die weitere Entwicklung der Auswahl, Ausbildung, Einbindung und Begleitung von PSNV-Führungskräften sowie die Ausweitung der Möglichkeit und Beachtung von Diskursarenen in Einsatzstäben zu gehen haben, wenn übergreifend im Netzwerk die Effektivität der ergriffenen Maßnahmen gesteigert werden soll. Damit kann den Betroffenen der Übergang in die Normalität erleichtert werden (Neumann et al. 2021: 8).

Fördernde und hinderliche
Organisationsfaktoren für
die Erstellung eines Lagebilds
Bevölkerungsverhalten



Hintergrund dieses Kapitels ist eine organisationswissenschaftliche Analyse der temporären Verwaltungseinheit Krisenstab. Es soll untersucht werden, warum und wie ein Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben erstellt – oder nicht erstellt – wird. Ebenso soll das Thema „(Verwaltungs-)Stabskultur“ aufgegriffen und mit Blick auf eventuelle Hindernisse, aber auch Veränderungsmöglichkeiten für ein bevölkerungsnahes Krisenmanagement beleuchtet werden. Folgende Fragestellungen werden untersucht:

- Werden in der Stabsarbeit Lagebilder zum Bevölkerungsverhalten erstellt?
- Was sind mögliche Faktoren, die dies behindern oder ermöglichen?
- Veränderungsmöglichkeiten für ein bevölkerungsnahes Krisenmanagement

Hierzu wurden zum einen, soweit vorhanden bzw. zugänglich, Stabsdienstordnungen und ähnliche Dokumente auf die Behandlung von Bevölkerung bzw. ein Lagebild Bevölkerungsverhalten hin durchgesehen – die Ergebnisse wurden mit Erkenntnissen aus einschlägiger Literatur kontrastiert und hieraus Thesen abgeleitet. Zum anderen wurde weitere Forschungsliteratur gesichtet und aus den Erkenntnissen bezüglich der Fragestellungen Thesen abgeleitet. Da die Zusammenhänge zwischen Stabskultur, Lagebild Bevölkerungsverhalten und einer möglichen Kulturveränderung sehr komplex sind, können nicht sämtliche Aspekte der damit zusammenhängenden einzelnen Themen ausführlich hergeleitet und beleuchtet werden. Es soll daher aufgezeigt werden, wie Stabskultur aus Organisations-, Kultur- und Gruppenforschung hergeleitet werden kann, welche Besonderheiten sie kennzeichnet und wie sie erhoben werden könnte. Des Weiteren wird kurz die Rolle von Führungskräften in diesem Zusammenhang angesprochen. Die Fragestellungen wurden im Rahmen eines Fokusgesprächs mit den Praxispartnern sowie zweier Workshops im Frühjahr und Spätsommer 2022 adressiert und die jeweiligen Ergebnisse eingearbeitet.

Um festzustellen, ob bzw. inwieweit Bevölkerung(sverhalten) als Thema oder gar als Bereich (Lagefeld) in Lagebildern vorkommt, wurden zunächst exemplarisch verschiedene Stabsordnungen darauf hin untersucht, inwieweit Bevölkerung als Thema behandelt wird. Die folgenden, den Autorinnen vorliegenden Stabsdienstordnungen wurden analysiert:

- eines Landkreises in Baden-Württemberg
- zweier Landkreise in NRW
- zweier Großstädte in NRW
- eines Krankenhausverbundes
- eines Chemieunternehmens

In den durchgesehenen Dokumenten erscheint „Bevölkerung“ lediglich in Zusammenhang mit „Bevölkerungsinformation“ oder „Warnung“. In der „allgemeinen Lage“ wird die Versorgung der Bevölkerung und in der Gefahrenlage Verletzte bzw. Tote geführt. Das Verhalten der Bevölkerung wird in den Dokumenten nicht thematisiert. Auffällig ist allerdings, dass generell in den Dokumenten nicht definiert ist, was das Lagebild überhaupt beinhalten soll. Auch arbeiten viele Verwaltungsstäbe nach Erfahrung der Autorinnen ohne eine spezifische Ausbildung für Lagebilderstellung.

Neben den Stabsdienstordnungen wurden weitere Dokumente durchgesehen:

- Erlass Krisenmanagement NRW in der Fassung von 2016 (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2016)
- Dokument Lagedarstellung im Krisenstab AGBF 2007 (AGBF-NRW 2007)
- Musterhandbuch Krisenmanagement der BABZ des BBK (BBK 2021)

Auch in diesen Dokumenten kommt Bevölkerung so gut wie nicht vor bzw. erneut nur in Zusammenhang mit „Bevölkerungsinformation“, „Warnung der Bevölkerung“ sowie Versorgung der Bevölkerung (z. B. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2016). Im gesundheitlichen Kontext wird auf Infiziertenzahlen, Krankenhausbelegung und Impfquoten Bezug genommen.

Vonseiten des BBK bzw. der BABZ des BBK gibt es auf der Selbstlernplattform seit Juli 2021 Informationen zur Lagedarstellung für Verbandsführer (operativ), allerdings kein solches Angebot für Verwaltungsstäbe. Auch im dort zu findenden Muster-Lagebericht kommt Bevölkerung bei „Allgemeiner Lage“ nur in Zusammenhang mit dem Versor-

gungs-Thema vor (2.5 Versorgung der Bevölkerung) und bei Schadensereignis wiederum als „Personenschäden“.

Die Dokumente weisen insgesamt darauf hin, dass Bevölkerungsverhalten als Thema entweder nicht relevant oder durch die Sicht als passives Schutzgut geprägt ist, d. h., Bevölkerung muss geschützt werden, ihr werden jedoch weder Beteiligungsmöglichkeiten noch eigene Bewältigungsressourcen zuerkannt, was auf ein asymmetrisches Machtverhältnis zwischen Verwaltung und Bevölkerung hinweist.

Diese Interpretation findet sich auch in der Forschungsliteratur wieder: So argumentieren Lorenz und Voss (2013), dass der staatliche Katastrophenschutz sich auf den Schutz des Systems sowie auf technische Aspekte konzentriert und dabei der Bevölkerung mangelnde Kompetenz unterstellt wird. Das deutsche System des Katastrophenschutzes sei „tendenziell paternalistisch und obrigkeitstaatlich“ (ebd.: 82). Auch von anderen Forschenden wird auf einen vorherrschenden Ansatz des „*command and control*“ verwiesen (Ohder und Sticher 2013: 63), der dringend zu einem neuen Paradigma des „*coordinate and cultivate*“ wechseln müsste (Bayer et al. 2022, Lamers 2016: 292). Schopp (2016) stellt in ihrer Untersuchung fest, dass die Diktion der von ihr befragten Einsatzkräfte bzgl. der Zusammenarbeit mit Spontanhelfenden eher einem Erwachsenen-Kind-Verhältnis entspringt als einer symmetrischen Gesprächskultur und schließt insgesamt, dass weder in der Krisensituation selbst noch präventiv in der Risikokommunikation ein partizipativer Diskurs stattfindet: „Die Bevölkerung ist nicht Kooperationspartner, sondern eine zusätzliche Bedrohung, die es im Griff zu halten gilt“ (ebd.: 83). Kommunikation mit der Öffentlichkeit werde u. U. sogar als die eigentliche Arbeit und als störend empfunden. Als Beispiel für eine Handlungsfolge dieser Einstellung führt sie die Filterung von Informationen an, mit der Absicht, eine antizipierte Massenpanik zu verhindern, in der Überzeugung, dass Laien nicht beurteilen könnten, ob und welche Informationen gut für sie seien (ebd.).

Insgesamt führt die Sichtung diverser Dokumente sowie diesbezüglicher Literatur zu folgenden Thesen:

- 1. Die Rolle der Bevölkerung wird im Krisenmanagement der Verwaltung primär als passives Schutzgut ohne eigene Potenziale oder Ressourcen angesehen.**
- 2. Da es in den Stabsdokumenten keine Definition von Lagebild gibt, ist auch ein Lagebild Bevölkerungsverhalten nicht vorgesehen und wird daher nicht umgesetzt.**

Diese Thesen werden im Folgenden mit den Ergebnissen weiterer Forschungsliteratur bzw. Folgerungen aus diesen sowie mit Ergebnissen aus Fokusgesprächen und Workshops kontrastiert bzw. ergänzt. Da die besondere Sicht auf die Bevölkerung in einer tieferliegenden Verwaltungs- bzw. Stabskultur begründet sein könnte, wird jedoch zunächst der Frage nachgegangen, ob es eine solche gibt und was sie ausmacht.

Abgesehen von den fehlenden klaren Vorgaben in Stabsdienstordnungen könnte ein weiteres Hindernis zur Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten die Stabskultur sein. Um einem möglichen Zusammenhang zwischen Lagebild Bevölkerungsverhalten und (Verwaltungs-)Stabskultur nachzugehen, muss zunächst etabliert werden, **was Verwaltungstabskultur ist bzw. ob es ein solches Konstrukt überhaupt gibt**. Dazu wurden für einen ersten Überblick zum Thema Organisations- bzw. Stabskulturen in den Universitäts-Bibliotheken der Universität Jena sowie über den digitalen Katalog der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg die Datenbankbestände südwestdeutscher Hochschulen nach den Begriffen „Organisationskultur“ und „Stabskultur“ durchsucht. Relevante Literatur wurde durchgesehen und bei Bedarf exzerpiert. Da nur sehr wenig spezifische Literatur zu Stabskultur gefunden wurde, war es erforderlich, sich diesem Thema durch Herleitung über andere Wissenschaftsfelder anzunähern. Aufgrund der Begrenzung der Ressourcen im Projekt konnte dies lediglich skizzenhaft erfolgen. Ergebnisse dieser Recherchen wurden den Aussagen der Praxispartner sowie den Teilnehmenden zweier Workshops gegenübergestellt.

7.2.1 Ergebnisse der Literaturanalyse zur Kultur von Verwaltungsstäben

Die Veröffentlichungen bezüglich der Kultur von Verwaltungsstäben (Dombrowsky 2013, Lorenz und Voss 2013, Weitkunat 2020) können als erster Bezugsrahmen dienen, behandeln das Thema jedoch nicht erschöpfend und sollten um weitere Aspekte ergänzt werden.

Zunächst erfolgt eine Bestimmung des Konstrukts Verwaltungstabs als Organisation in Verbindung mit kulturellen Gesichtspunkten sowie eine kurze Diskussion des Stabs als Gruppe mit dynamischen Prozessen.

Der Verwaltungstabs als Organisation

Strukturell gibt es in Deutschland bundesweit Stäbe unter der Verantwortung des Hauptverwaltungsbeamten (HBV) der Katastrophenschutzbehörden, die sowohl die Verwaltungsebene als auch die Einsatzleitungen von Einsatzorganisationen sowie Fachberatende umfassen können (Gahlen 2022). Eine bundesweit einheitliche Struktur existiert jedoch nicht: Einige Länder arbeiten nach dem Zwei-Stabs-Modell der FwDV 100, bei dem der operativ-taktische und der administrativ-organisatorische Stab jeweils getrennt voneinander unter der Führung des HBV operieren.

In anderen Ländern finden sich andere Strukturen, in denen operativ-taktischen und administrativ-organisatorischen Aufgaben nachgekommen wird. Nur in einigen Bundesländern existieren Regelungen bezüglich des Einsatzes und der Arbeitsweise solcher Krisenstäbe. So werden bspw. in NRW auf Ebene der unteren Katastrophenschutzbehörde Stabsdienstordnungen oder Geschäftsanweisungen erstellt, die die Aufgaben und Arbeitsweise der jeweiligen Stäbe festlegen (ebd.). Da diese Krisenstäbe im Sinne einer Besonderen Aufbauorganisation (BAO) nur nach Bedarf durch den Hauptverwaltungsbeamten oder durch die Aufsichtsbehörde aktiviert werden (ebd.), bestehen sie nicht ständig, sondern zeitlich begrenzt (Heimann und Hofinger 2022). Begrifflich wird der zeitliche Faktor in der Regel nicht zur Definition von Organisationen herangezogen, d. h., die zeitliche Begrenzung einer BAO auf eine bestimmte Aufgabe ist kein Ausschlusskriterium für eine Organisation. Sie stellt jedoch eine Besonderheit von Krisenstäben gegenüber anderen Organisationen dar, was in Hinsicht auf eine festzustellende Stabskultur von Belang sein könnte, wie noch deutlich werden wird.

Aus der Vielzahl von Organisations-Definitionen, die in verschiedenen Ansätzen der Organisationsforschung mit teilweise sehr unterschiedlichen Forschungsparadigmen zu finden sind (Scherer und Pietsch 2007), passt zur Analyse von Stäben beispielsweise die von Vahs (2012). Demnach ist eine Organisation durch die folgenden Merkmale gekennzeichnet:

- „Merkmal 1: Organisationen sind zielgerichtet,
- Merkmal 2: Organisationen sind offene soziale Systeme,
- Merkmal 3: Organisationen weisen eine formale Struktur auf“ (Vahs 2012: 24).

Bei einer Organisation sind des Weiteren einerseits formale Aspekte wie z. B. die rechtliche Form, Struktur von Geschäftsbereichen etc. zu beachten, die bspw. durch ein Organigramm gekennzeichnet werden. Daneben gibt es jedoch auch informale Aspekte wie z. B. Machtverteilung, persönliche Beziehungen, Erwartungen usw., die in der Regel nicht in schriftlicher Form festgehalten sind (Vahs 2012), sondern Teil der Organisationskultur sind.

Stäbe werden in der Regel zur Bearbeitung von Krisenlagen einberufen (Heimann und Hofinger 2022), sind also per Definition zielgerichtet. Die grundlegende Aufgabe von Verwaltungsstäben besteht jeweils im Schutz vor zivilen Katastrophen bzw. in der Minderung eintretender Schäden (Gahlen 2022). Die Zugehörigkeit ist in der Regel zunächst ebenfalls durch Ordnungen oder Anweisungen geregelt und kann bei Bedarf erweitert werden. Auch die formale Struktur eines Stabs kann zwar variieren, weist jedoch grundlegend gleiche arbeitsteilige Bereiche wie z. B. Information oder Öffentlichkeitsarbeit auf und ist formal geregelt. Neben der zeitlichen Begrenzung stellt jedoch die Zusammensetzung eines Stabs insofern eine weitere

Besonderheit dar, als auch Mitglieder aus verschiedenen anderen Organisationen mit eingebunden sein können, sei es als Stabspersonal aufgrund besonderer Kompetenzen oder als Verbindungspersonen von Einsatz- oder Hilfsorganisationen in der Rolle als Fachberatende (Heimann und Hofinger 2022). Auch dieser Aspekt ist hinsichtlich der Bestimmung einer Stabskultur wichtig, da Mitglieder aus anderen Organisationen deren jeweilige Kultur mitbringen (Weitkunat 2020).

Stäbe sind demnach Organisationen, die bezüglich des zeitlichen Aspekts, des Auftrags und der Zusammensetzung Besonderheiten mit sich bringen.

Haben Verwaltungsstäbe eine eigene Organisationskultur?

Zum **Organisationskultur**begriff wurde in den letzten Jahrzehnten aus vielen verschiedenen Perspektiven geforscht und es wurden zahlreiche Definitionen erstellt. Einen großen Einfluss auf die Forschung hatte das Kulturmodell von Schein (1985/2004), der drei Ebenen identifizierte, auf denen sich Kultur manifestiert:

- Artefakte (z. B. Technologien, Objekte)
- Kollektive Werte (z. B. Verhalten, Normen)
- Grundlegende Annahmen (z. B. Verhältnis zur Umwelt, Weltbild)

In einer späteren Publikation zur Organisationskultur werden der dynamische Aspekt und das gemeinsame Entstehen von Kultur im gemeinsamen Lernen einer Organisation unterstrichen (E. Schein und Schein 2017). Um eine Kultur ermitteln zu können, können diese Ebenen durch Methoden wie Beobachtung, Befragung usw. untersucht werden. Ein entsprechendes Instrument, auf das später noch eingegangen wird, wurde beispielsweise von Kim Cameron und Robert Quinn entwickelt (Cameron und Quinn 2011).

Stäbe als Organisationen müssten eine eigene Kultur aufweisen oder entwickeln können, bei der Wertvorstellungen, Normen, Überzeugungen und Einstellungen von der Gruppe geteilt werden. Aufgrund der oben festgestellten Besonderheiten bezüglich zeitlicher Dauer und Zusammenstellung stellt sich allerdings die Frage, ob Zeit, Energie und Rahmenbedingungen die Entwicklung einer eigenen Stabskultur überhaupt erlauben. Um sich dieser Frage zu nähern, ist ein kurzer Exkurs in die Gruppenforschung angezeigt.

Kulturentwicklung und Phasen einer Gruppe

Nach Schein und Schein (2017) entwickelt sich **Organisationskultur** dadurch, dass erste Aufgaben bewältigt bzw. erste Ziele erreicht werden. Auf konkrete zeitliche

Faktoren gehen die Autoren jedoch nicht ein. Krisenstäbe enden eigentlich mit Bewältigung der Aufgabe, allerdings gibt es Aufgaben wie bspw. die Covid-19-Pandemie, die länger andauern, sodass abgesehen vom konkreten Ziel ein gruppenspezifischer Prozess entstehen kann, der zu einer Kulturentwicklung führt. Um diesen Prozess zu verstehen, ist es hilfreich, die Dynamik von Gruppen zu betrachten. Nach dem Modell von Tuckman (1965) durchlaufen kleine Gruppen einen grundlegenden Prozess, der in vier Phasen verläuft: Zunächst befinden sie sich in einer Phase des Forming, wenn sich die Mitglieder neu zusammenfinden. Diese ist geprägt von Unsicherheiten z. B. bezüglich der künftigen Arbeit, eigener Kompetenzen oder der Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen. Danach folgt eine Phase des Storming, während der sich die Gruppenmitglieder mit wichtigen Themen wie bspw. informeller Führung, Normen und Arbeitsweise auseinandersetzen und ihre Rolle bzw. ihren Status in der Gruppe finden. Mit Klärung dieser Konflikte tritt die Gruppe in die nächste Phase des Norming ein, die geprägt ist von der Eini-gung auf gemeinsame Regeln in der Gruppe wie z. B. bezüglich des Umgangs mit Begrüßung, Pünktlichkeit o. Ä. Da Auseinandersetzungen über derlei gruppenspezifische Themen Energien der Gruppe binden, wurde die darauffolgende Phase Performing genannt: Die Gruppe kann sich nach Ende der Norming-Phase voll auf Leistung konzentrieren (ebd.).

Wie durch Ardelt-Gattinger et al. (1998) dargelegt, wurde das Phasenmodell zum einen an offenen Selbsterfahrungs- und Trainingsgruppen und nicht an Arbeitsgruppen wie z. B. Projektteams, welche andere Rahmenbedingungen haben, entwickelt. Zum anderen legt die Darstellung der vier Phasen einen sequenziellen Ablauf nahe, was nicht notwendig der Fall ist, d. h., auch zu späteren Zeitpunkten können Unsicherheiten auftreten und Regeln und Normen können auch nach einer Leistungsphase neu verhandelt werden (ebd.). Dennoch bietet das Phasenmodell nach Tuckman eine interessante Perspektive: Das Aushandeln von gemeinsamen Regeln und Normen wird als gruppenspezifischer Prozess, der Zeit in Anspruch nimmt und Energie bindet verstanden. Becker und Huber (2009) argumentieren, dass es in diesen anfänglichen Gruppenphasen zu einer Kulturbildung kommt, die sich z. B. durch geteilten Jargon, bestimmte Rituale oder symbolische Icons wie z. B. ein Logo andeutet.

Auch ein Stab stellt eine kleine Gruppe dar, die, oft plötzlich zusammengestellt, einer meist in vielen Dimensionen unbekanntem Aufgabe gegenübersteht. Zwar sorgen die vorgesehenen Arbeitsbereiche und -abläufe im Stab für eine formale Struktur, über die offene Gruppen nicht verfügen und die dadurch Unsicherheiten in einer ersten Gruppenphase abbildern könnte, allerdings ist diese Struktur nicht immer allen im Stab bekannt. Auch sind die Rollen der einzelnen Mitglieder in einem Stab festgelegt, d. h., eigentlich müssten alle genau wissen, was sie zu tun haben und wo ihr Platz in der Gruppe ist. Teils wird allerdings selten geübt und nicht

selten gehen in Verwaltungsstäben Stabsangehörige davon aus, dass sie diese Tätigkeit niemals im Ernstfall ausüben müssen. Nicht immer kann die geübte Rolle auch eingenommen werden: Womöglich muss im Ereignisfall eine unbekannte Arbeit verrichtet werden. Nicht immer kennen sich alle Stabsangehörigen oder haben gemeinsam geübt. Zudem entspricht der Status eines Mitglieds in einer Gruppe nicht unbedingt seiner Rolle. Im Gegensatz zu offenen Gruppen sind die gemeinsamen Ziele eines Krisenstabs – Schaden zu verhindern oder zu begrenzen – durch seinen Aufruf eigentlich bereits festgelegt. Nicht immer werden allerdings konkrete Ziele der Stabsarbeit, auf die hingearbeitet werden soll, explizit formuliert. Zusammenfassend ist es also keinesfalls sicher, dass ein Stab zu Beginn seiner Arbeit über mehr Struktur und Orientierung verfügt als eine offene Trainingsgruppe. Auch im Stab ergäben sich demnach Unsicherheiten, Auseinandersetzungen und Gruppenwertungsprozesse, die in der Bildung gemeinsamer Verhaltensvorschriften, wirksamer Wertevorstellungen und Überzeugungen münden bis hin zum „Wir-Gefühl“ als Stab, also zu einer Stabskultur mit entsprechenden Artefakten, Ritualen usw. Diese Prozesse brauchen jedoch Zeit, binden Energie und werden durch die Herkunft von Stabsmitgliedern aus unterschiedlichen Organisationsbereichen, die u. U. eine jeweils andere Kultur mitbringen wie z. B. Personalbereich, Finanzbehörde, Sozialamt, Gesundheitsamt, IT-Abteilung usw., zusätzlich komplexer. Aufgrund unterschiedlich verwendeter Begrifflichkeiten und Abkürzungen oder verschiedener Auffassungen von Prozessabläufen kann dies zu Reibungen in den Prozessen und zu Fehlern führen. Hier wäre entsprechende Forschung wünschenswert.

Die Frage, ob, in welchem Zeitrahmen und unter welchen Bedingungen ein Stab eine eigene Kultur entwickelt, kann nicht allgemein beantwortet werden. Wenn Zeit und Randbedingungen gegeben sind, kann sich durchaus eine eigene Stabskultur bilden. Ist dies nicht der Fall, werden u. U. mehrere Kulturen parallel gelebt, was zu Konflikten im Stab z. B. mit Blick auf das Miteinander-Umgehen oder Entscheidungsprozesse führen kann.

Die Rolle der Führungskräfte bei der Entwicklung von Organisationskultur

Neben der Dynamik gemeinsamen Handelns tragen auch **Führungskräfte** nach Schein (1985/2004) maßgeblich zur Kulturbildung in Organisationen bei. Solange es (noch) keine gemeinsame Kultur gibt, sind es die Führungskräfte, die kulturelle Elemente vorgeben bzw. prägen. Ist es aufgrund organisationalen Wandels oder neuer Aufgaben erforderlich, umzusteuern, sehen Schein und Schein (2017) ebenfalls vor allem Führungskräfte in der Rolle, einen (kulturellen) Wandel durch Impulse bzw. eigenes Vorleben mit herbeizuführen. Als eine der Hauptaufgaben von Führungskräften wird demnach angesehen, Werte zu vermitteln und durch Interventionen die Kulturbildung zu ermöglichen: „the only thing of real impor-

tance that leaders do is to create and manage culture“ (ebd.: 11). Andererseits wird auch eingeräumt, dass Kultur das Ergebnis eines komplexen Gruppenprozesses ist, bei dem Führungsverhalten nur teilweise eine Rolle spielt (ebd.). Dennoch können **Führungskräfte bei der Kulturbildung wie auch bei Kulturwandel eine wichtige Rolle einnehmen**, indem sie Impulse geben und vorleben sowie dazu beitragen, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen (z. B. Schein 1985/2004, Scherm und Pietsch 2007). Speziell in Bezug zum Lagebild Bevölkerungsverhalten wäre die Einstellung der Stabsleitung diesem Thema gegenüber prägend für den Umgang damit – sowohl als potenzielles Hindernis wie auch als Ermöglichung. Auch hier wäre empirische Forschung notwendig.

Wie kann Stabskultur erhoben werden?

Wie oben dargestellt, wäre eine Möglichkeit, die Kultur eines Stabes zu untersuchen, die verschiedenen Ebenen nach Schein (1985/2004) zu beobachten oder in **Fragebögen bzw. Interviews** zu erheben. Auf der ersten Ebene der Artefakte könnten Dokumente wie z. B. Protokolle oder Einsatztagebücher von Stabesitzungen oder -übungen auf Aussagen bezüglich der Bevölkerung untersucht werden. Aus den dort getroffenen Sprechakten können Rückschlüsse auf zugrunde liegende Einstellungen gezogen werden. Auf der zweiten Ebene könnte das Verhalten im Stab zueinander und nach außen hin beobachtet und daraus Schlüsse auf die darunterliegende Kultur gezogen werden. Auch ein Fragebogeninstrument kommt hinsichtlich der Normen infrage, ebenso wie für die dritte Ebene der zugrunde liegenden Werte. Als Beispiel hierzu sei das Organizational Culture Assessment Instrument (OCAI) genannt (Cameron und Quinn 2011), welches in einer für die deutsche Sprache validierten und gekürzten Version vorliegt (Strack 2012). Das Instrument wurde konstruiert, um dazu beizutragen, die Kultur einer Organisation zu erheben und ggf. weiterzuentwickeln (Cameron und Quinn 2011). Als ausschlaggebende Dimensionen schlagen die Autoren Flexibilitäts- vs. formale Orientierung sowie interne vs. externe Orientierung als Kontinuen vor (ebd.). Das heißt, Organisationen werden z. B. dahingehend verortet, wie flexibel bzw. formal sie (re-) agieren, ob es fixe Regeln gibt, die für alle immer gelten (womöglich gar gesetzlich geregelt sind), oder ob aus dem Stand heraus eine Entscheidung getroffen werden kann/muss, weil etwas nicht geregelt ist. Diese Flexibilität vs. Formalität zieht sich durch verschiedene Bereiche der Organisation wie Arbeitsprozesse, Entscheidungen, Führungsstile, Kommunikationsstrukturen, Umgang mit Kundinnen und Kunden. Die zweite Dimension bezieht sich auf die Orientierung der Organisation nach außen oder innen. Ein Beispiel hierfür wäre die progressiv wettbewerbsbetonte (extern) vs. konservativ sicherheitsbetonte (intern) Ausrichtung einer Organisation. Auch diese Orientierung betrifft viele Bereiche und lässt sich beispielsweise an strategischen Entscheidungen, dem Verhalten von Mitarbeitenden untereinander oder der Bewertung von Erfolg festmachen. Das Instrument enthält Aussagen

in jeweils vier Gruppen (A, B, C, D) über sechs Bereiche, beispielsweise eine Aussage aus dem Bereich Vorherrschende Charakteristika [der Organisation] wie: „Die Organisation wird zusammengehalten durch Loyalität und gegenseitiges Vertrauen. Zugehörigkeit ist sehr wichtig“ (Strack 2012). Anhand solcher Aussagen können subjektive Einschätzungen zur eigenen Organisationskultur abgegeben werden, die schließlich gruppiert und eingeordnet werden können. Die Ausprägungen der zwei Dimensionen reichen aus, um vier grundlegende Organisationskulturen zu identifizieren und ggf. gegenüberzustellen (ebd.):

- Clan (z. B. Familienunternehmen)
- Adhokratien (z. B. Start-up-Firmen)
- Hierarchien (z. B. Behörden)
- Markt (z. B. Unternehmen wie Amazon)

Zu betonen ist, dass die Beobachtung lediglich einer Ebene für die Erfassung einer Kultur nicht ausreichend ist – allenfalls kann sie Hinweise auf eine Kultur geben. Auch diesbezüglich besteht hinsichtlich der Kultur von Stäben ein großer Forschungsbedarf.

Zusammenfassend lassen sich die folgenden Thesen ableiten:

- 1. Stäbe, als Organisation wahrgenommen, können eine eigene Kultur entwickeln.**
- 2. Falls ein Stab keine eigene Kultur hat, könnte eine kulturell diverse Situation vorliegen.**
- 3. Führungskräfte haben einen großen Einfluss auf die Kulturprägung eines Stabes.**

Die Ergebnisse und Folgerungen aus der Dokumenten- bzw. Literaturanalyse wurden im Rahmen zweier Workshops thematisiert und mit den Teilnehmenden diskutiert. Im Folgenden werden kurz wesentliche Aussagen aus den Workshops dargestellt und schließlich den oben getroffenen Folgerungen gegenübergestellt.

7.3.1 Round-Table-Workshop Fachberatung PSNV und das Lagebild Bevölkerungsverhalten

In Zusammenhang mit dem online durchgeführten Round-Table-Workshop zur Fachberatung PSNV und zum Lagebild Bevölkerungsverhalten (Ergebnisse s. auch Kap. 6) wurden insbesondere von einem Praxispartner sowie von zwei Teilnehmenden, die während des Covid-19-Lockdowns ein Psychosoziales Krisenmanagement bzw. während des Ahrtal-Hochwassers ein psychosoziales Lagebild führten, Aussagen getroffen, die für die vorliegenden Fragestellungen von Relevanz sind.

Die Aussagen des Praxispartners (J. Münster, persönl. Mitteilung, 22.02.2022) bezogen sich auf seine Erfahrungen mit Einsatzorganisationen, die aus seiner Sicht den Fachbereich PSNV als „Bremsen“ wahrnehmen. Er führte diese Einstellung darauf zurück, dass die Einsatzeinheiten eine „eigene Einsatzlogik“ aufgrund unterschiedlicher Ziele haben.

Ein Teilnehmer, der im Ahrtal ein psychosoziales Lagebild führte, erlebte unter Einsatzorganisationen, dass „Gespräche bei manchen weniger wichtig als zu organisieren und zu machen“ gewesen sei. Rückmeldungen psychosozialer Akteurinnen und Akteure wurden (auch von Führungskräften) nicht beachtet: „Es hat niemanden interessiert.“

Der Teilnehmer, der während der Covid-19-Pandemie ein Psychosoziales Krisenmanagement durchführte (Karutz 2022), erlebte, dass PSNV im Verwaltungsstab zuweilen wie „Querulanten“ behandelt wurden, als ob sie sich mit ihren teils kritischen Beiträgen illoyal verhielten. Oft wurde sein Bereich als „esoterisch“ abgelehnt bzw. abgetan mit Aussagen wie „Man muss sich halt zusammenreißen“. Er interpretierte diese Einstellung dahingehend, dass Verwaltungen „psychosoziales Denken fehlt“, weil sie eine andere Handlungslogik haben. Hinzu käme die berufliche Sozialisation: „Was heißt ‚Ängste‘ – so etwas weiß ein Jurist nicht.“ Als weitere

limitierende Faktoren gegenüber Psychosozialem Krisenmanagement sah er Geld und Einsicht: „Viele Stäbe wissen ja gar nicht, was ihnen fehlt.“ Er wies des Weiteren darauf hin, dass in einer Masterarbeit herausgefunden worden war, dass sozial-räumliche Kartierungen in zehn großen Städten durch „Sozialplaner“ vorhanden seien, diese jedoch im Krisenmanagement nicht abgerufen werden.

Diese Aussagen führten zu den folgenden Thesen:

1. **(Einsatz-)Stäbe sehen ihre Aufgabe primär im physischen Schutz von Menschen, ihnen fehlt das Bewusstsein für die Wichtigkeit psychosozialer Belange der Bevölkerung.**
2. **Physisches Handeln wird in Einsatzorganisationen höher bewertet als Reden.**

7.3.2 Workshop Kulturwandel in Stäben

Im Rahmen des Workshops zum Kulturwandel in Stäben in Jena mit insgesamt 21 Teilnehmenden aus verschiedenen Einsatzorganisationen, Verwaltungen und der Wissenschaft wurden unter anderem die Themen Stabskulturen, Kulturwandel sowie hinderliche und förderliche Faktoren für die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten adressiert.

Während des ersten Teils des Workshops sollte anhand der Methode Weltcafé vor allem den Fragen nachgegangen werden, ob die Teilnehmenden eine spezifische Kultur in Verwaltungsstäben erleben, wie diese beschrieben werden kann und inwieweit sie sich auf die Arbeit des Stabs auswirkt. Weitere Fragen waren die nach hinderlichen bzw. förderlichen Faktoren in Bezug auf die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten. Die Diskussionen an den Tischen wurden teils von den Teilnehmenden selbst, teils von den Moderatorinnen schriftlich festgehalten.

Folgende Teilnehmende brachten ihre Erfahrungen in die Diskussionen ein und wollen in dieser Publikation explizit genannt werden:

- Magdalena Binder
- Andy Dorroch
- Christian Duehrkop
- Matthias Gahlen
- Angela Hammerl
- Juergen Kalisch
- Uwe Kippnich
- Christoph Lamers
- Markus Medinger
- Simon Merkle

- Justus Münster
- Anja Rödiger-Erdmann
- Samuel Schickler
- Bo Tackenberg
- René Wauro

Stabskulturen

Während des Workshops sollte zunächst den Fragen nachgegangen werden, ob die Teilnehmenden eine spezifische Kultur in Verwaltungsstäben erleben, wie diese beschrieben werden kann und inwieweit sie sich auf die Arbeit des Stabs auswirkt. Die Diskussionen gaben gute Hinweise hinsichtlich der von uns aufgestellten Thesen und zeigten weitere Forschungsbedarfe auf.

Aufgrund der beruflichen Zusammensetzung der Teilnehmenden im Workshop musste davon ausgegangen werden, dass die meisten Teilnehmenden sich noch nie oder nicht näher mit dem Thema Organisationskultur auseinandergesetzt hatten, was eine kurze Heranführung an dieses Thema erforderte. Gleichzeitig bildeten sie als Gruppe eine große Diversität bzgl. Einsatz- und Hilfsorganisationen, Sozialwissenschaften, Veranstaltungsmanagement usw. ab. Einerseits sind Mitglieder von Einsatzorganisationen in der Lage, die Kultur eines Verwaltungsstabes zu beobachten, wenn sie als Verbindungsperson tätig sind. Andererseits wurden in länger andauernden Krisenlagen wie während der Flüchtlingskrise oder der Covid-19-Pandemie auch Mitglieder aus Einsatzorganisationen wie der Feuerwehr, DRK, PSNV usw. als Fachberatende oder mit einer grundlegenden Rolle im Stab berufen, sodass diese direkt im Stab arbeiteten und dort Kultur bzw. deren Entwicklung beobachten bzw. einschätzen konnten.

Die Teilnehmenden wurden zunächst darum gebeten, als Heranführung an das Thema „Organisationskultur“ mit Blick auf ihre eigene Organisation einen gekürzten Fragebogen in Anlehnung an Cameron und Quinn (2011) zu bearbeiten. Anschließend wurde in der Gruppe darüber diskutiert, wie sich Stabskultur beschreiben lässt und wie sie sich auf das Lagebild auswirkt.

In Bezug auf beobachtete Kultur(merkmale) im Stab waren die folgenden Aussagen und Beispiele von Teilnehmenden besonders interessant:

1. Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass sich über die Zeit der Covid-19-Pandemie ein gruppenspezifischer Prozess in dem Stab, in dem er mitgearbeitet hat, entwickelt habe.
2. Bezüglich der Auswirkungen auf die Stabsarbeit selbst erzählte ein Teilnehmer von einer Übungssituation, in der im Stab die Konkurrenz zweier Stabsangehöriger

riger um die Amtsleitung ausgetragen wurde, was zur Folge hatte, dass „effektive Stabsarbeit kaum möglich“ war.

3. „Stabsarbeit ist eine permanente interkulturelle Situation.“
4. Beobachtung während einer Übung mit mehreren Einsatzorganisationen, bei der sehr gut strukturierte auf „gar nicht strukturierte“ Arbeit im Stab traf: Die unterschiedliche Arbeitsweise führte zu Reibungen.
5. „[Der/Die] politisch Gesamtverantwortliche prägt [die] Kultur des Stabes.“
6. Beobachtung einer Teilnehmerin bei verschiedenen Stäben während Veranstaltungen: Je nachdem, wer die Führung innehat („den Hut auf“), herrscht eine andere Sprache und auch eine andere Risikobewertung vor.

Die Aussagen der Teilnehmenden unterstützen die oben getroffenen Folgerungen in Bezug auf die Kultur von Stäben: Die erste und zweite Aussage weisen darauf hin, dass Stäbe grundsätzlich einen gruppenspezifischen Prozess durchlaufen können. Die zweite und dritte bestätigen eine Situation im Stab, bei der mehrere (Organisations-)Kulturen aufeinandertreffen, was Auswirkungen auf das Arbeitsklima, die Arbeitsprozesse und Abläufe haben kann. Die Aussagen (5) und (6) bestätigen die Bedeutung von Führungskräften hinsichtlich der Prägung einer Kultur.

Neben Stabskultur wurde auch thematisiert, was aus Sicht der Teilnehmenden hinderliche bzw. förderliche Faktoren bezüglich der Erstellung eines Lagebilds Bevölkerung sind. Die Ergebnisse werden im Folgenden kurz dargestellt und in Beziehung mit den obigen Folgerungen gesetzt.

Hinderliche Faktoren für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

Als Gründe, warum ein Lagebild Bevölkerung nicht erstellt wird, wurden angegeben:

1. Es gibt keinen Leitfaden, keine Regelungen.
2. Es wird meist als sekundäre Aufgabe empfunden.
3. Ein Lagebild Bevölkerungsverhalten wird oft nur unbewusst erstellt.
4. Oftmals wäre dies erst nach „Einholen der Lage“ möglich.
5. Die Verarbeitung von Meldungen
6. Die „Datenlage“ stellt ein Problem dar: Der Stab weiß nicht, woher die Daten für ein LBV zu beziehen wären.
7. „Ausbildungsthema“ – Sensibilisieren für vielfältige Bevölkerung

Die ersten drei Aussagen decken sich mit der Interpretation der gesichteten Dokumente bzw. der Literatur im ersten Kapitel: Wenn es keine Dienstordnung gibt, die ein Lagebild Bevölkerungsverhalten vorschreibt, wird es nicht umgesetzt bzw. nicht priorisiert. Die Bedeutung des Bevölkerungsverhaltens ist in seinen Facetten nicht im Bewusstsein von Stabsmitgliedern verankert.

Die nächsten Aussagen deuten auf Ressourcenprobleme hin, sei es zeitlich aufgrund akuter prioritärer Handlungszwänge oder personaler/fachlicher/technischer Art. Zu viele Informationen müssen verarbeitet werden, gleichzeitig besteht Unsicherheit bezüglich Herkunft bzw. Zusammenführen von Daten und Rechtssicherheit.

Die letzte Aussage bezieht sich auf vorhandene Kompetenzen im Stab: Ein Lagebild Bevölkerungsverhalten ist nicht bekannt und sollte in der Ausbildung von Stäben thematisiert werden.

Die Antworten auf die Frage, was die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten erschwert, sind thematisch ähnlich zu den Hindernissen:

1. Keine klaren Definitionen
2. Zu schneller Sprung ins Operative
3. Ressourcenmangel
4. Immer mehr Aufgaben der BOS
5. Auswertung von Bürgertelefonen – wie?
6. Kompetenzmangel
7. Fixierungsfehler

Auch bei diesen Aussagen geht es zum einen um klare Definitionen und Priorisierung sowie Ressourcenmangel und fehlende Kompetenzen. Zum anderen wird noch die Möglichkeit erwähnt, dass falsche Annahmen u. U. später nicht korrigiert werden.

Förderliche Faktoren für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

Auf die Frage was für ein Lagebild Bevölkerungsverhalten förderlich sei, wurden die folgenden Faktoren genannt:

1. Klare Aufgabenstellung
2. Priorisierung von Aufgaben [damit man es überhaupt leisten kann]
3. Vorbereitung – Personal
4. Besitz georeferenzierter Daten
5. Statistikstelle mit Zugriffsrechten
6. Integration in Ausbildung (auch bei FB PSNV)
7. Eine zuständige Person (bei S2), braucht Schulung; gibt Informationen ins Lagebild

Auch hier beziehen sich die Aussagen auf eine rechtliche Grundlage des Lagebilds Bevölkerungsverhalten, entsprechende Ressourcenvorhaltung in Form von Rollen, Rechten und Ausbildung.

Ergebnisse der Workshop-Diskussionen:

1. Solange ein Lagebild Bevölkerungsverhalten nicht klar als Anforderung und mit Inhalten vorgegeben ist, wird es nicht umgesetzt.
2. In bisherigen Stäben fehlt es an Ressourcen und Kompetenzen, ein solches umzusetzen.
3. Die (unklare) Datenlage stellt ein großes Hindernis in Bezug auf ein LBV dar.
4. Das Lagebild Bevölkerungsverhalten sollte in der Ausbildung von Stabsmitarbeitenden thematisiert werden.

Die Ergebnisse weiterer Diskussionen zur Handreichung zur Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten oder zu Ausbildungs-Aspekten werden in separaten Kapiteln dargestellt (Anhang Handreichung Erstellung Lagebild Bevölkerungsverhalten und Kap. 8). Im folgenden Kapitel geht es darum, welche Veränderungsmöglichkeiten für ein bevölkerungsnahes Krisenmanagement sich aus Dokumenten, Literatur und Aussagen bei Workshops ergeben.

Ein Lagebild Bevölkerungsverhalten ist zentraler Bestandteil eines bevölkerungsnahen Krisenmanagements. Nach den verschiedenen Überlegungen, welche kulturellen oder anderweitigen Faktoren ein solches verhindern oder erschweren können, soll nun skizziert werden, welche Möglichkeiten der Realisierung bestehen. Dazu wird zum einen auf kulturelle Faktoren eingegangen, zum anderen sollen konkrete Empfehlungen zur Umsetzung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten gegeben werden.

Ob und wie Stäbe tatsächlich eine eigene Kultur entwickeln, wie lange derartige Prozesse dauern und inwieweit Verwaltungsstäbe eine charakteristische Prägung aufweisen, lässt sich derzeit aus Literatur und Dokumenten nicht beantworten und wäre zukünftiger Forschung zu überlassen. Entsprechende Beobachtungen realer Krisenstäbe und ggf. Interviews und/oder Fragebogenerhebungen könnten der weiteren Erforschung dieser Fragestellungen dienen. Auch die Realität möglicher interkultureller Situationen in einem Stab wäre zu untersuchen, da dies bedeutende Auswirkungen auf Funktion und Leistung eines Stabs haben und gleichzeitig durch entsprechende Sensibilisierung im Rahmen einer zusätzlichen Ausbildung gut bearbeitet werden kann.

Ferner müsste die Rolle von Führungskräften näher untersucht und vor allem in Hinsicht auf ihre Rolle als mögliche Innovationstreiber geklärt werden, inwieweit sie in einem anzustrebenden Veränderungsprozess einzubeziehen wären. Die oben genannte erste Recherche, aber auch Diskussionen in Workshops und auf Konferenzen weisen stark darauf hin, dass das Ausbildungs-Thema bislang nicht oder sehr selten thematisiert wird. Speziell Führungskräfte müssten hinsichtlich der Bedeutung und der Potenziale eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten sensibilisiert und ausgebildet werden. Es wäre zudem zu überlegen, ob eine spezifische Stabsrolle geschaffen und entsprechend ausgestattet bzw. ausgebildet wird, die ausschließlich das Lagebild Bevölkerungsverhalten bearbeitet.

Ein bedeutender Bereich in Hinsicht auf ein bevölkerungsnahes Krisenmanagement ist die Aus- und Weiterbildung. Hier müsste dringend geklärt werden, welche Möglichkeiten es in Verwaltungen bzw. in der Ausbildung von Verwaltungsmitarbeitenden gibt, die Themen Stabsarbeit und Krisenmanagement mit Bezug zur Bevölkerung zu etablieren.

7.5.1 Formalisierung und Legitimierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten

Bislang gibt es faktisch kein Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Breite. Um ein solches zu ermöglichen, sollten die folgenden konkreten Maßnahmen ergriffen werden:

1. Festlegung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsdienststörungen
2. Vorsehen einer Rolle im Stab, die für die Erstellung zuständig ist
3. Vorsehen von Schnittstellen im Stab, die bei der Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten unterstützen können (z. B. VOST-Teams, sozialwissenschaftliche Meinungserhebungen usw.)
4. Datenzugriff in Bezug auf technische und fachliche Möglichkeiten schaffen
5. Ausbildung und Schulung zu den verschiedenen Aspekten der Erhebung und Umsetzung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten
6. Sensibilisierung für die Bedeutung psychosozialer Belange der Bevölkerung
7. Sensibilisierung von Führungskräften bzgl. der Bedeutung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten

Zum Aspekt der Ausbildung ist noch anzumerken, dass Stabsarbeit generell in der grundständigen Ausbildung von Verwaltungsfachleuten eine untergeordnete Rolle spielt. Eine Recherche hinsichtlich der Curricula von Verwaltungshochschulen in Bezug auf Stabsarbeit ergab, dass in den wenigsten Fällen das Thema „Stabsarbeit“ oder Krisenmanagement“ explizit Teil des Portfolios ist. Lediglich in zwei von 17 recherchierten Hochschulen werden Studiengänge zum Thema „Sicherheits- bzw. Krisenmanagement“ angeboten, an einer weiteren sind vereinzelt Projekte bzw. ein Ausflug an die BABZ des BBK möglich und weitere zwei ermöglichen die (kostenpflichtige) Weiterbildung im Thema „Stabsarbeit“. Die Vermittlung von Themen in Zusammenhang mit Stabsarbeit und Lagebildern sollte also auf eine deutlich breitere Basis gestellt werden.

Der folgende Abschnitt thematisiert kulturelle Aspekte hinsichtlich des Lagebilds Bevölkerungsverhalten.

Organisationaler Wandel im Stab

Wenn organisationskulturelle Aspekte eines Stabs die Erstellung bzw. Führung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten behindern, müssen mögliche Veränderungen unter dem Blickpunkt des organisationalen Wandels betrachtet werden. Ein Faktor, der das Verhältnis von Verwaltungen zur Bevölkerung zu kennzeichnen scheint, ist vor allem durch eine Machtasymmetrie geprägt und als Einstellung Teil der Verwaltungskultur. Indem Bevölkerung als passives Schutzobjekt angesehen und deren Entscheidungsfähigkeit sowie Ressourcen negiert werden, werden zugleich viele Potenziale nicht gesehen. Um dies auf der Ebene der Organisationskultur zu ändern, müsste ein Organisationswandel herbeigeführt werden. Die Publikationen in Bezug auf organisationalen Wandel sind zahlreich, ebenso die verschiedenen Ansätze, einen solchen anzugehen. Im Folgenden werden einige Aspekte aufgegriffen.

Eine Ansicht innerhalb der Organisationsforschung ist beispielsweise, dass Handlungen in Organisationen über deren Ziele geleitet werden und diese durch Anpassungen nachhaltig verfolgt werden (Vahs 2012). Ziele wiederum wirken zurück auf die Kultur einer Organisation: „Die Kultur beantwortet die Fragen des ‚Warum‘ und des ‚Wie‘ der Zielerreichung und garantiert die Orientierung aller beteiligten Organisationsbereiche und Akteure an dem gemeinsamen Oberziel“ (Weitkunat 2020: 270). Die Zielvorstellung, dass auch psychosoziale Belange von Menschen zum Bevölkerungsschutz gehören, müsste z. B. durch Gesetze und Verwaltungsvorschriften einen klaren gesetzgeberischen Auftrag widerspiegeln, der sich z. B. in den Stabsdienstordnungen und letztlich in den Stäben selbst niederschlägt. Zusätzlich müsste auch das Ziel, die Bevölkerung an der Krisenbewältigung aktiv zu beteiligen, mit aufgenommen und entsprechend umgesetzt werden. Schein und Schein (2017) weisen darauf hin, dass eine Organisationskultur nicht gegen deren kulturelle DNA verändert werden kann. Die systematisch steigende Anzahl von Bürgerbeteiligungsverfahren weist darauf hin, dass ein Veränderungsprozess hinsichtlich der Einstellung von Verwaltungen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern im Gange ist, hin zu einem partnerschaftlicheren, symmetrischeren Verhältnis. Dies stellt eine wichtige Grundlage für die Betrachtung von Bürgerinnen und Bürgern als entscheidungsfähige Menschen in Krisensituationen dar, welche in Krisen und Katastrophen auch auf eigene Ressourcen zur Schadensbewältigung zurück greifen können.

Ein weiterer Aspekt ist die Rolle der Führungskraft. Die Rolle der Führungskraft wird in der Forschungsliteratur organisationalen Wandels in der Regel als eine wichtige betrachtet: Sie wird als „Treiber des Wandels“ herausgestellt und als „erfolgskritischer Faktor“ (Vahs 2012: 331). Auch Spisak (2018) sieht mögliche Innovationsimpulse aufseiten der Führungskräfte, die als institutionalisiertes System von Promotoren u. a. zur Überwindung von Innovationsbarrieren dienen könnten. Durch eine entsprechende Weiterbildung könnten organisationskulturelle bzw. -interkulturelle Themen hierbei zu einem tieferen Verständnis und dadurch zu erweiterten Handlungsmöglichkeiten beitragen.

Führungskräfte in Verwaltungen, speziell aber Verantwortliche bzw. Stabsleitende müssen nicht nur in Hinsicht auf Themen der Stabsarbeit, sondern gezielt auch auf die Bedeutung und die Umsetzung eines Lagebilds Bevölkerungverhalten hin sensibilisiert und ausgebildet werden.

Das Lagebild
Bevölkerungsverhalten in
Aus- und Weiterbildung
und Übungen



In diesem Kapitel werden die Ergebnisse einer Literaturanalyse zur Einbeziehung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in die Aus- und Weiterbildung von Stäben bzw. (Übungs-)Beobachtungen und Nachbesprechungen vorgestellt. Aus den Ergebnissen werden Empfehlungen zur Ergänzung vorhandener Stabsschulungen und Anregungen für die Erstellung eines Beobachtungsleitfadens für die Beobachtung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten abgeleitet.

In fast allen Quellen zur Stabsarbeit wird auf das Thema Aus- und Weiterbildung und insbesondere auf Übungen eingegangen. Jedoch ist die Betrachtungstiefe unterschiedlich. Die meisten spezifischen Inhalte zur Aus- und Weiterbildung von Stäben wurden in Hofinger und Heimann (2016, 2022b) und Gißler (2019b) gefunden. Mitschke und Karutz (2017) betonen die Fort- und Ausbildung als wesentliche Voraussetzung für einen effektiven und effizienten Bevölkerungsschutz. Die Autorinnen und Autoren sehen jedoch Herausforderungen im Bildungssystem, da z. B. extrem heterogene Zielgruppen ausgebildet werden müssen. Eine weitere Herausforderung diesbezüglich ist ressourcenbezogen: Stabsausbildungen werden als sinnvoll erachtet, erfordern jedoch eine strukturierte Durchführung, Auswertung und Nachbereitung. Damit sind sie i. d. R. mit einem beträchtlichen organisatorischen und personellen Aufwand verbunden (Bruns et al. 2022, Thieme und Hofinger 2012).

Das Thema „Lagebild Bevölkerungsverhalten“ bzw. auch „psychosoziales Lagebild“ konnte in deutschsprachigen Publikationen zum Thema Aus- und Weiterbildung von Stäben bzw. Übungen in der Stabsarbeit nicht gefunden werden. Gesichtet wurden zunächst Bücher, insbesondere Gahlen und Kranaster (2008), Schicht und Sticher (2013), Lamers (2016), Spielvogel und Reissig-Hochweller (2018), Gißler (2019a, 2019b), Hofinger und Heimann (2022b) sowie Buchbeiträge oder Artikel, z. B. Garrecht, Birkhäuser und Friedrich (2012), Thieme und Hofinger (2012), Lamers (2012), Sticher (2016), Heumüller et al. (2014), Hofinger et al. (2021). Nicht nur bezogen auf Übungen, sondern generell behandelt die „Grundlagenliteratur“ das Thema Lagebild Bevölkerungsverhalten gar nicht (s. Kap. 4). Die Erstellung eines psychosozialen Lagebilds nennen einzig Karutz und Tinla (2021) als Aufgaben- bzw. Handlungsfeld im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie als Teil des Psychosozialen Krisenmanagements in Mülheim an der Ruhr. Allerdings wird nicht konkret auf die Aus- und Weiterbildung von Stäben eingegangen (s. dazu auch den Gastbeitrag in Kap. 4.13). Der Schutz der Bevölkerung bzw. der auf diesen bezogenen (indirekten) Nutzen von Stabsübungen wird zwar genannt, aber es wird nicht spezifiziert, wer als „die Bevölkerung“ betrachtet wird (z. B. in Haritz 2022, Karutz et al. 2017).

Eine Frage des Projekts war, wie das Lagebild Bevölkerungsverhalten in bestehende Übungen oder Weiterbildungen von Verwaltungsstäben eingebunden werden könnte. Dazu wurde zunächst recherchiert, welche Ausbildungsangebote es für Verwaltungsstäbe gibt. Da das LaBS-Projekt einen Fokus auf Verwaltungsstäbe legte, wurden die

Module von Studiengängen deutscher Verwaltungshochschulen gesichtet, soweit dies über Internetrecherche möglich war. In Studiengängen wie Public Management, Allgemeine Verwaltungslehre usw. werden Sicherheits-/Risiko-/Krisenmanagement oder Stabsarbeit in den meisten Fällen nicht gelehrt. Entsprechend kommt das Thema Lagebild Bevölkerungsverhalten nicht vor. Die durchgeführte Recherche erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Studiengänge, die an anderen Hochschulen angeboten werden, wurden nicht detailliert betrachtet, z. B. Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement an der Universität Bonn oder Management in der Gefahrenabwehr an der Akkon Hochschule für Humanwissenschaften.

Vom Auftraggeber BBK wurden zur internen Sichtung exemplarische Seminarpläne der BABZ des BBK zur Verfügung gestellt (Stand 2022/2023), in denen Stabsübungen z. B. „lang anhaltender, flächendeckender Stromausfall“, Alarmierungs- und Aufbauübung vorkamen. Themen der angebotenen Seminare sind u. a. Zivilschutz und zivile Verteidigung, Krisenmanagement, Stabsarbeit, Aufbau und Ablauforganisationen in einem (Verwaltungs-)Stab sowie Methoden in einem Stab. Ziele sind ein übergeordnetes Grundverständnis von Stabsarbeit, gemeinsame Kommunikation und Entscheidungsfindung etc. Ausdifferenzierte, verschriftlichte Schulungskonzepte bestehen nicht. Die Inhalte der Seminare werden an die jeweiligen Bedarfe und Bedarfsträger angepasst. Die Zielgruppen der Veranstaltungen sind Kreise, kreisfreie Städte, Mittelbehörden und Landesministerien. Ähnliche Pläne gibt es für kreisangehörige Kommunen, Bundesbehörden oder für Seminare für Einzelpersonen (Landräte, Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen etc.). **Aus den gesichteten Angeboten lässt sich festhalten, dass Verwaltungsstäbe in Weiterbildungen eher nicht mit dem Thema „Lagebild Bevölkerungsverhalten“ in Berührung kommen.** Seminare kommerzieller Anbieter wurden nicht einbezogen.

Dies entspricht der Erfahrung der Autorinnen, dass in vielen Verwaltungsstäben kaum Ausbildung jenseits einer Grundlagenschulung stattfindet. Der Lagebereich wird häufig nicht spezifisch geschult. Entsprechend ist das Konzept der Lagefelder in Verwaltungsstäben häufig nicht bekannt. Das bedeutet, dass z. B. eine Schulung zum Lagebild Bevölkerungsverhalten auf Unkenntnis bei den Stabsmitgliedern bezüglich der Elemente eines Lagebilds oder Formen der Visualisierung stoßen würde. **Es müssten also allgemeine Konzepte und Kompetenzen zu Lagebildern vermittelt werden, ehe die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten behandelt werden kann.**

Unabhängig vom Thema Lagebild sollte Wissen über die Bevölkerung(sgruppen) und ihr Verhalten Bestandteil der Stabsausbildung sein. Dies ist nach dem oben dargestellten Wissensstand bislang nicht der Fall. In vielen Verwaltungsstäben gibt es daher kein fundiertes Wissen über Bevölkerungsverhalten, sodass Annahmen und Mythen anstelle empirisch begründeten Wissens (s. Kap. 5) handlungsleitend sein können.

Berücksichtigung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Übungen, (Übungs-)Beobachtungen und Nachbesprechungen

Auch wenn grundlegende Ausbildung für Stäbe vorhanden ist, sind **regelmäßige Fortbildungen und Übungen** wichtig. Ihr Nutzen wird übereinstimmend betont (z. B. in Thieme und Hofinger 2012, Hofinger et al. 2021, Beckers 2021), u. a. für das Sammeln von Erfahrungen oder die (Um-)Bildung von Routinen in Stäben. Ebenso kann eine Übertragung bestehender Planungen auf andere Szenarien geübt werden. Lasogga und Gasch (2011) sowie Lasogga und Ameln (2010) betonen die hohe Relevanz von Übungen bezüglich der lernenden Organisation, insbesondere für die Kooperation in Großschadenslagen oder der Personalentwicklung, z. B. von psychosozialen Notfallhelferinnen und -helfern. Kern und Mertens (o. J.) zeigen den Nutzen von grenzüberschreitenden Übungen zwischen den Ländern Deutschland, Schweiz und Österreich auf.

Übungen bieten, ergänzend zu theoretischen Aus- und Weiterbildungen, die Möglichkeit, praktische Handlungskompetenz zu erwerben und Pläne, Verfahren oder das Zusammenspiel von Organisationen zu erproben (Mitschke und Karutz 2017). Stabsübungen können in verschiedenen Formen, etwa als Teil- oder Vollübung, Planbesprechung, Fachübung oder auch Stabsrahmenübung durchgeführt werden (Hofinger et al. 2016). Heumüller et al. (2014) beschreiben, wie ein konzeptionelles Stabsmodell für die Entwicklung und Durchführung von Stabsrahmenübungen hilfreich sein kann.

Was für die Literatur und Angebote zu Aus- und Fortbildungen gilt, findet sich auch beim Thema Übungen: Das Lagebild Bevölkerungsverhalten wird bislang nicht thematisiert.

Die Ausbildung und Weiterbildung von Stäben insbesondere durch Übungen wird in der deutschsprachigen Literatur zu Stabsarbeit als besonders relevant eingestuft. Betont wird die Notwendigkeit, regelmäßig zu üben, Lernziele konkret zu formulieren, verschiedene Übungsarten zu nutzen – in der eigenen Organisation sowie organisations- und länderübergreifend zu üben – und die Aus- und Weiterbildung als einen fortlaufenden Prozess zu sehen.

Das Thema Lagebild Bevölkerungsverhalten bzw. psychosoziales Lagebild wird jedoch in der untersuchten deutschsprachigen Literatur zum Thema Übungen in der Stabsarbeit bisher nicht betrachtet.

Um das Thema Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Stabsarbeit zu verankern, wäre es wünschenswert, es auch in Übungen zu thematisieren, z. B. durch entsprechende Übungseinlagen und durch Beteiligung der Fachberatung PSNV an Übungen.

Übungen sollten stets **ausgewertet und nachbesprochen** werden, um den oben aufgezeigten Nutzen zu generieren (Hofinger und Heimann 2022a). Entsprechend sollten die Ergebnisse der Übungsbeobachtung in die Auswertung und Nachbesprechung systematisch einfließen. Strott und Demel (2015) betonen die Wichtigkeit von Nachbesprechungen und nennen als Hilfe dafür einen Beurteilungsbogen, mit Fragen wie: „Was war gut?“ „Was kann verbessert werden?“ „Wurde der Auftrag erfüllt?“ Jedoch wird nicht beschrieben, wie dieser Beurteilungsbogen konkret in eine Nachbesprechung einfließen sollte. Osarek und Künzer (2022), Bédé und Hofinger (2022) sowie Kern und Mertes (o. J.) zeigen die Integration von Übungsbeobachtungen in die Auswertung und eine Nachbesprechung mit Übungsteilnehmenden auf. Dabei wird u. a. die Nutzung von Beobachtungsleitfäden betont, z. B. zur Fokussierung und Objektivierung einer Beobachtung, Zusammenführung verschiedener Beobachtungsorte, Stabsfunktionen, Trennung einer Beobachtung von einer Bewertung.

Was für Übungen gilt, gilt auch für **Einsatznachbesprechungen**. Sie liefern die Möglichkeit für praxisnahe Einblicke, z. B. für unerfahrene Stabsmitglieder, Fortbildung und einen Erfahrungsaustausch. Allerdings werden Auswertungen und Nachbesprechungen von Einsätzen noch nicht ausreichend in der Literatur zu Stabsarbeit berücksichtigt, so z. B. in Schicht und Sticher (2013), Lamers (2016) oder Spielvogel und Reissig-Hochweller (2018).

Übungen, Übungsbeobachtungen und -nachbesprechungen werden also in der Forschungsliteratur thematisiert, aber kaum inhaltlich spezifiziert. Entsprechend kommt die Einbeziehung von Lagebildern, von Bevölkerungsverhalten oder gar eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Übungen oder ihre Auswertung nicht vor.

Wenn das Bewusstsein für die **Rolle der Bevölkerung** generell und konkret das Lagebild Bevölkerungsverhalten gestärkt werden soll, kann das Thema in **Übungen adressiert werden**, gerade auch im Hinblick auf die Wissensvermittlung und die Weiterentwicklung von Organisationskulturen. Hierbei könnte jeweils eher der Prozessaspekt (Erstellung eines Lagebilds, Integration von Datenquellen) oder eher der inhaltliche Aspekt (Haltung gegenüber der Bevölkerung, Wissen über Bevölkerungsverhalten) adressiert werden.

Dazu sollten entsprechende Einlagen im Übungsdrehbuch vorgesehen werden, mit denen das Bevölkerungsverhalten lagespezifisch einbezogen werden kann.

Beispielsweise können Aktivitäten von Spontanhelfenden eingespielt werden oder unerwartete Hilfebedarfe von Bevölkerungsgruppen sowie besondere Verhaltensweisen wie Demonstrationen. Hilfreich können für maßgeschneiderte Übungseinlagen positive wie negative Erfahrungen bezüglich besonderer Merkmale, Bedarfe und Verhaltensweisen verschiedener Bevölkerungsgruppen aus Lagen sein, die der übende Stab schon bearbeitet hat. Auch Informationen für die Warnung der Bevölkerung können durch gezielte Einspielungen geübt werden.

Die Einbindung der Fachberatung PSNV in die Konzeption, Durchführung und Auswertung der Stabsübung ist wichtig, um die Etablierung psychosozialer Aspekte in Stäben zu fördern. Aber auch für die Fachberaterinnen und Fachberater ist eine Stabsübung eine gute Gelegenheit, „ihren“ Stab kennenzulernen. Welche Informationen die Fachberatung PSNV geben kann und welche sie benötigt, kann in Übungen gelernt werden. Anregungen zur Integration des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsübungen werden in der Handreichung thematisiert (s. Anhang A), z. B. bezüglich der Übungsziele, Übungseinlagen oder der Einbindung der PSNV in die Übung.

8.2.1 Exkurs: Übungsbeobachtungen

Übungsbeobachtungen dienen der Evaluation von Übungen, d. h., Übungsbeobachtungen sind eine Methode zur Bewertung und Überprüfung, z. B. ob bestimmte Ziele einer Übung erreicht werden (Kern und Mertes o. J., Osarek und Künzer 2022, Ruoslahti und Lonka 2022, Scriven 1972). Die Beobachtung einer Stabsübung muss **methodisch kontrolliert und zielgerichtet** stattfinden. Systematische Beobachtungen können nur im Gesamtkontext einer Stabsorganisation (Welcher Stab wird beobachtet?) und unter Berücksichtigung der konkreten Übung (Welches Szenario wird durch wen wie wann und wo geübt?) erfolgen. Sie umfassen auf Grundlage der **Übungsziele** die Umsetzung der Beobachtung, z. B. mithilfe von Beobachtungsleitfäden, und vor allem die Auswertung der Beobachtung (z. B. in Bruns et al. 2022, Gißler und Fiedrich 2018). Nur so ergeben Übungsbeobachtungen und deren Ergebnisse einen Mehrwert für Stäbe, z. B. für die Weiterentwicklung von Stabsprozessen oder Veränderung von Verhalten und Einstellungen von Stabsmitgliedern. Trotz der übereinstimmenden Forderung nach systematischer Übungsbeobachtung und -auswertung fehlt bislang eine wissenschaftliche Basis dafür in der Stabsliteratur. Die Übertragbarkeit von Quellen zu systematischer Beobachtung in anderen Kontexten (z. B. Assessment Centern oder Schulunterricht) müsste geprüft werden.

Beobachtungen als Methode zur Übungsauswertung werden in der Literatur zur Stabsarbeit nur selten systematisch beschrieben, finden sich aber z. B. in Bruns et al. (2022) und Garbe und Schütte (2019). Bücher zur Stabsarbeit (z. B. Gahlen und

Kranaster (2008), Lamers (2016) oder Spielvogel und Reissig-Hochweller (2018)) gehen nicht konkret auf Übungsbeobachtungen ein. Im Folgenden werden in der Literatur gefundene Bezüge zu (Übungs-)Beobachtungen in Stäben aufgeführt:

- Bruns et al. (2022) beschreiben einen methodologischen Rahmen für Beobachtungen bei Übungen im Bereich Zivilschutz.
- Bharosa et al. (2010) nennen den Nutzen von Beobachtungen von Übungen im Zusammenhang mit Informationsverteilung, u. a. die Sammlung von Daten aus verschiedenen Führungsebenen oder die Nähe zu den handelnden Personen. Betont wird zudem ein systematisches Vorgehen anhand eines Beobachtungsleitfadens.
- Bédé und Hofinger (2022) empfehlen auch die Erstellung von checklistenartigen Beobachtungsbögen im Vorfeld zur Fokussierung der Beobachtung und zur Erhöhung der Vergleichbarkeit. Die Beobachtungsbögen sollten auf die Übungsziele bezogen sein, welche den Beobachtenden ebenfalls klar kommuniziert sein müssen.
- Garbe und Schütte (2019) beschreiben den Nutzen von sog. Behavioral Marker(-Systemen) bei einer Krisenstabsübung. Diese werden in der Luftfahrt standardmäßig genutzt, um nicht technische Fertigkeiten zu bewerten. Ein Behavioral Marker stellt ein beobachtbares Verhalten dar, das als Indikator für eine bestimmte Fertigkeit, z. B. Verhalten im Zusammenhang mit Informationsgewinnung, gelten kann.
- Osarek und Künzer (2022) betten Beobachtungen in Konzepte zur systematischen Evaluation von Übungen ein. Die Methoden der Datenerhebung müssen an die Evaluationsziele angepasst sein. Neben systematischen Beobachtungen kommen z. B. Befragungen, Dokumentenanalyse und Methoden der Evaluation vor.
- Drews et al. (2019) beschreiben einen systematischeren Zugang einer Übungsevaluation, in der auch eine Übungsbeobachtung als qualitative Methode integriert wird. Anhand von Dokumentationsbögen werden sowohl das Vorgehen bzw. die Taktik der Einsatzkräfte bei einer Feldübung wie auch die Zusammenarbeit mit Spontanhelfenden beobachtet. Die Beobachtenden berichten über Aspekte zur Betreuung von Spontanhelfenden oder der Erfassung von Patientinnen und Patienten bei einer MANV-Lage.
- Lamers (2012) berichtet von Schiedsrichtern in Übungen und dass diese Beobachtungen einbringen können. Eine genauere Erklärung, wie dies erfolgt, wird nicht genannt.
- Groenendaal und Helsloot (2018) nennen Beobachtungen als Hilfsmittel, um die Arbeit einzelner Stabsmitglieder zu analysieren oder zu vergleichen.
- Houghton et al. (2006) sehen Beobachtungen als Hilfsmittel für soziale Netzwerkanalysen.

Stabsübungen können in der Bandbreite von Teil- bis Vollübungen wie Planbesprechungen, Fachübungen oder Stabsrahmenübungen durchgeführt werden. Um Stabsübungen sinnvoll zu nutzen, ist eine systematische Auswertung nötig.

Die Auswertung und Nachbesprechung sollten stets als fester Bestandteil von Übungen stattfinden. Ebenso liefern Einsatznachbesprechungen, z. B. anhand von ausgewählten Fällen, eine gute Möglichkeit für praxisnahe Einblicke, Fortbildung und einen Erfahrungsaustausch.

(Übungs-)Beobachtungen dienen einer Bewertung und Überprüfung von bestimmten Übungszielen. Diese Bewertung muss strukturiert und systematisch erfolgen. Nur so können Ergebnisse einen Mehrwert für Stäbe bzw. die Stabsmitglieder aufzeigen.

Beobachtungsleitfäden helfen bei der Fokussierung und Objektivierung einer Beobachtung, der Zusammenführung verschiedener Beobachtungsorte oder Stabsfunktionen und der Trennung einer Beobachtung von einer Bewertung. Zudem können sie als Rahmen für bestimmte Themen einer Auswertung oder Nachbesprechung dienen.

8.2.2 Exkurs: Hilfreiche Fragen für die Durchführung von Beobachtungen

Eine praktische Einführung zu verschiedenen Aspekten der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Beobachtungen liefern Döring und Bortz (2016) sowie Greve und Wentura (1997).

Bestimmte Verhaltensweisen, Vorgänge oder Kommunikationen können schwer beobachtbar sein. Zudem empfiehlt es sich, gerade bei unerfahrenen Beobachterinnen und Beobachtern, die Anwendung des Beobachtungsleitfadens zu üben. Beobachtungen von Stabsübungen erfordern ein „geschultes Auge“ und Wissen über Stabsarbeit.

Ein Beobachtungsleitfaden hilft dabei, eine zielgerichtete Beobachtung bezüglich der Übungsziele durchzuführen („Validität“ der Beobachtung). Rein subjektive Eindrücke sollten ebenso reduziert werden wie eine vorschnelle subjektive Interpretation („Objektivität“ der Beobachtungen).

Folgende Fragen können bei der Planung der Beobachtung bzw. der Erstellung des zugehörigen Beobachtungsleitfadens für die Aus- und Weiterbildung von Stäben bedacht werden:

- Wo und wie werden Ort, Datum und Dauer der Beobachtung sowie die beobachtende Person festgehalten?
- Welche Übungsziele sollen beobachtet werden?
- Wer erfasst die Beobachtungen?
 - Gibt es eine Trennung von Übungssteuerung, -beobachtung und -bewertung?
 - Sind Beobachterinnen und Beobachter zugleich Trainerinnen und Trainer, sollen sie also während einer Übung den Teilnehmenden helfen bzw. bei Fragen zur Verfügung stehen?
 - Wie werden Beobachtungen verschiedener Beobachtender zusammengeführt?
 - Beobachten verschiedene Beobachtende das Gleiche oder jede beobachtende Person bestimmte Aspekte?
- Wie werden Beobachtungen „technisch“ dokumentiert? Schriftlich, per Videoaufnahme, Sprachaufnahme?
- Wie werden Beobachtungen protokolliert? Chronologisch, mit Skalen, Ankreuzkästchen, Freitext?
- Was kann (z. B. durch Ja-/Nein-Antworten) standardisiert werden?
- Wie werden positive oder negative Aspekte der Beobachtung hervorgehoben?
- Wie erfolgt die Auswertung der Beobachtung?
- Wie werden verschiedene Beobachtungen gewichtet?
- Wie und wann sollen Beobachtungen in eine Nachbesprechung integriert werden?
- Soll ein Auswertungsbericht zu den Beobachtungen erstellt werden?

Bei der Vorbereitung bzw. Planung und Durchführung von Übungen hilft ein zielgerichteter Beobachtungsleitfaden. Eine Nachbesprechung bzw. Auswertung von Übungen muss immer integriert werden. Neben der Ausrichtung an den inhaltlichen Zielen der Übung müssen für eine sinnvolle Beobachtung notwendige personelle oder auch technische Ressourcen mit bedacht und geplant werden.

Anregungen für die Erstellung eines Leitfadens für die Beobachtung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsübungen

Für eine strukturierte Beobachtung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsübungen ist ein Beobachtungsleitfaden sinnvoll und hilfreich. Auswertung und Nachbesprechung können sich an einem solchen Leitfaden orientieren. Der Leitfaden kann zudem für Einsatzauswertungen und zugehörige Nachbesprechungen genutzt werden. Hier werden Anregungen für die Erstellung eines solchen Beobachtungsleitfadens gegeben.

8.3.1 Rahmen und „Gesamtlagebild“ sowie Etablierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten

Die Beobachtung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten ist nur im Zusammenhang sinnvoll: Der Kontext, in dem die Beobachtung stattfindet, also die Zusammensetzung des Stabs, das Szenario, der Stabsraum etc. helfen dabei, Abläufe einzuordnen und Abhängigkeiten für die Auswertung besser zu verstehen. Das Lagebild Bevölkerungsverhalten ist ein Teil des Gesamtlagebilds, das ebenfalls Teil der Beobachtung ist. Eine Auswahl an Fragen sollte sich an den Übungszielen ausrichten.

Für die Beobachtung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten ist es notwendig, den Kontext und das Gesamtlagebild einzubeziehen. Nur dann kann das Lagebild Bevölkerungsverhalten sinnvoll beobachtet und ausgewertet werden.

Rahmen

- In welchem Stab und in welcher Lage findet die Beobachtung statt?
- Stab bzw. beteiligte/anwesende Funktionen/Stabsrollen inkl. Führung; Fachberatung weiterer Stellen
- Lage/Szenario bzw. echte Lage oder Übung (ggf. Übungskünstlichkeiten erheben)
- Gegebenenfalls Ort/Datum
- Dauer der Beobachtung (Start/Ende)

- Besonderheiten der Örtlichkeit/Raum, z. B. Sitzordnung, Lagewände, technische Ausstattung etc.
- Sonstiges/besondere Vorkommnisse/Klima/Stimmung
- Schichtwechsel/Übergaben)

(Gesamt-)Lagebild

- Wie wird das Gesamtlagebild geführt?
 - Allgemeine Lage
 - Schadensereignis/Gefahrenlage
 - Schadensabwehr/Gefahrenabwehr
 - Prognose der Lageentwicklung
 - Presse-/Medienlage
 - Besondere Vorkommnisse
- Gegebenenfalls Art der Visualisierung, z. B. Lagewand, Zeitstrahl o. Ä.
- Dokumentation durch ein Einsatztagebuch, Fotos etc.
- Nutzung der Lagedarstellung während Lagebesprechungen?
- Aktualität der Lagedarstellung immer vorhanden?

Etablierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten

Die Beobachtung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten kann anhand der Orientierungshilfen der in LaBS erstellten Handreichung erfolgen (s. Anhang A). Als Anregungen zur Beobachtung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsübungen und als Hilfestellung dienen die folgenden Fragen:

- Welche Fragen aus den Orientierungshilfen dienen den Übungszielen?
- Welche Bevölkerungsgruppen werden im Übungsdrehbuch durch Einlagen berücksichtigt?
- Welche Daten über die Bevölkerung werden eingeholt und genutzt?

Forschungsbedarfe und Ausblick

9



Empfehlungen zur Etablierung und Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten (LBV) wurden auf Basis der Ergebnisse aus allen Arbeitspaketen (AP) des Forschungsprojekts „Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Stabsarbeit (LaBS)“ erstellt und praxisnah für unterschiedliche Arten von Stäben aufbereitet. Sie finden sich im Anhang A dieser Publikation. Wie ein LBV etabliert werden kann, welche Informationen es enthalten kann und welche Fragen hilfreich für einen zuständigen Stab sein können, ist dort Thema der Handreichung und Orientierungshilfen aus LaBS.

Die **Übertragbarkeit der Projektergebnisse** auf weitere Stabsstrukturen, z. B. operativ-taktische Stäbe oder Stäbe von Hilfsorganisationen, wurde im Rahmen verschiedener Feedbackschleifen, bezogen auf die Handreichung und Orientierungshilfen, geprüft. Unter anderem gaben alle LaBS-Praxispartner Rückmeldung zur Handreichung und zu den Orientierungshilfen. In einer weiteren Feedbackschleife wurden diese einem interessierten Fachpublikum zur Verfügung gestellt. Dieses bestand aus Personen aus Hilfsorganisationen, Stäben und Universitäten, welche auf der Fachtagung Katastrophenvorsorge des DRK zur Kommentierung gewonnen werden konnten. **Die bis Projektende eingegangenen fünf Rückmeldungen flossen in die Finalisierung der Handreichung und Orientierungshilfen ein. Die Themen der Handreichung scheinen auch für Führungsstäbe nützlich zu sein.** Für die Anwendung in Führungsstäben sollte die Handreichung allerdings stärker auf deren Themen und Arbeitsweisen zugeschnitten werden.

Im Folgenden wird zunächst auf allgemeine Empfehlungen zur Entwicklung eines LBV eingegangen. Hiernach werden Forschungsfragen aus den Ergebnissen aus LaBS abgeleitet.

Allgemeine Empfehlungen zur Entwicklung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten

Seit einigen Jahren wird im Rahmen der Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes zunehmend das Schlagwort „bevölkerungsnahes Krisenmanagement“ verwendet. Mit der Bevölkerung soll sich im Rahmen dessen differenzierter beschäftigt werden als bisher. Bislang gibt es in Deutschland faktisch jedoch kein Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Stabsarbeit.

Um ein LBV zu ermöglichen, sollten die folgenden konkreten Maßnahmen ergriffen werden:

- Sensibilisierung von Führungskräften im Krisenmanagement bzgl. der Bedeutung eines LBV
- Sensibilisierung von Stabsmitarbeitenden für die Bedeutung psychosozialer Belange der Bevölkerung
- Erstellung, Standardisierung, Ausstattung mit Ressourcen und Finanzierung eines ganzheitlichen Psychosozialen Krisenmanagements für Stäbe
- Psychosoziales Krisenmanagement für Stäbe breiter denken und bereits etabliert haben, bevor ein Stab aufgerufen wird
- Festlegung des Führens eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten, z. B. in Erlassen und nachfolgend in Stabsdienstordnungen
- Festlegen einer Rolle im Stab, die für die Erstellung des LBV zuständig ist
- Vorsehen von Schnittstellen im Stab, die bei der Erstellung eines LBV unterstützen können, z. B. VOST-Teams
- Datenzugriff für Stabsmitarbeitende in Bezug auf technische und fachliche Möglichkeiten klären bzw. schaffen
- Erstellung von Ausbildungs-Curricula und Schulungen zu den verschiedenen Aspekten der Erhebung und Umsetzung des LBV

Aus den Ergebnissen aller Arbeiten in LaBS wurden **weiterführende Forschungsbedarfe** abgeleitet.

Das Forschungsprojekt konnte **Grundlagenarbeit** zu möglichen Inhalten, der Etablierung und Erstellung eines LBV leisten. Aus Forschungsperspektive können auf Grundlage dieser Arbeit weitere Fragen an den Themenkomplex Lagebild Bevölkerungsverhalten (LBV) formuliert werden. Da sich das Themenfeld des LBV gerade erst in Forschung und Anwendung etabliert und somit kontinuierlich weiterentwickelt, erheben die hier formulierten Forschungsfragen und -bedarfe keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sind als forschungsleitende Implikationen zu verstehen, die sich aus dem Forschungsprojekt LaBS ergeben.

9.2.1 Forschungsbedarfe zur Konzeptualisierung und Konkretisierung des LBV

Zur **Konzeptualisierung und Konkretisierung des Konstrukts des LBV ergaben sich zu vertiefende Forschungsbedarfe**, die im Folgenden ausgeführt und mit möglichen allgemeinen Forschungsfragen hinterlegt werden.

In Teilen ist noch unklar, in welchen Lagen mit welcher Stabsart ein LBV geführt werden würde. Eine Hitze-/Dürre-Lage in einer Großstadt könnte z. B. mit einem Verwaltungsstab geführt werden. Hätte diese Großstadt aber beispielsweise ein 24/7 besetztes Lagezentrum, könnte das LBV dort geführt werden. Zudem basiert die Definition des LBV auf einzelnen Szenarien bzw. Lagen. Die in LaBS betrachteten Szenarien werden beispielsweise parallel stattfindenden Lagen, wie Pandemie und Spannungsfall, nicht zwingend in vollem Umfang gerecht.

- Welche Art des LBV braucht welcher Stab auf welcher Ebene (Bundesregierung, Bezirksregierung, Landkreis, Stadt, Kommune etc.)?
- In welchen Lagen sollte von welchem Stab ein LBV zu welchen Lagen geführt werden?
- Soll ein oder sollen mehrere einzelne LBV, z. B. zu unterschiedlichen parallel laufenden Lagen, geführt werden?
- Wer führt das LBV? (Stichwort: Ausbildung und Ressourcen im Stab?)
- Wie kann ein LBV bei parallel stattfindenden Lagen, z. B. Pandemie und Spannungsfall, geführt werden?
- Kann ein VOST oder die MoFüSt in die Erstellung des LBV eingebunden werden?

Ein LBV ist dynamisch, da es fortwährend an die aktuelle Situation angepasst werden muss:

- Wie kann ein dynamisches Gesamtlagebild im Stab, welches ein LBV enthält, während einer Lage konkret geführt werden, z. B. anhand welcher Lagefelder in welchen Szenarien?
- Für welchen Zeitraum (Stunden, Tage, Wochen, Monate etc.) gilt es in welchen Lagen das LBV zu erstellen?
- Inwieweit verändern bzw. erweitern sich die Grundfragestellungen des LBV im Falle einer länger andauernden Lage?
- Die Dynamik eines LBV stellt besondere Herausforderungen an die Etablierung und Visualisierung des LBV im Stab dar.
- Wie sollte ein Rahmenkonzept zur Visualisierung eines LBV als integralem Bestandteil der raumbezogenen Darstellung von Gesamtlagebildern gestaltet werden?
- Wie kann die Visualisierung des LBV gelehrt werden? Wer lehrt die Visualisierung des LBV?
- Welche technische Unterstützung ist für das Erstellen, Führen und Visualisieren eines LBV hilfreich?

Die Anzahl (potenziell) Betroffener hängt von der konkreten Lage ab. Die voraussichtliche Dauer einer Lage ist bei der Erstellung des LBV zu beachten, da sie die Menge der aufzunehmenden Informationen, aber auch ihre Organisation und Darstellung des LBV bestimmt:

- Welche thematische Unterteilung, z. B. in Form von Themen- oder Lagefeldern, des LBV ist für welche Szenarien hilfreich?
- Bei welchen Szenarien bzw. unterschiedlichen Lagen (z. B. Pandemie, Starkregen, Dürre/Hitze) sollten welche Inhalte eines LBV geführt werden, z. B. Bedarfe der Betroffenen in welchen Bereichen?

Die Aufenthaltsbevölkerung soll in Krisen und Katastrophen geschützt bzw. zum Selbstschutz befähigt werden. Es gibt direkt und indirekt betroffene Teile der Aufenthaltsbevölkerung. Außerdem gibt es vulnerable Gruppen, die auf Hilfe besonders angewiesen sind. Teile der Bevölkerung können ggf. Selbst- oder Nachbarschaftshilfe leisten.

- Wie müssen Risikoanalysen durchgeführt werden, um sich auf bestimmte Lagen und damit betroffene Bevölkerungsgruppen vorzubereiten, z. B. bei Hitze: Wo wohnen Hochbetagte in Dachgeschosswohnungen ohne Klimaanlage?
- Welche Bevölkerungsgruppen sind von welchen vulnerablen Situationen besonders betroffen, z. B. Wohnungslose bei einer Kältewelle?

- Welche Bevölkerungsgruppen haben in welchen vulnerablen Situationen bzw. in welchen Lagen, z. B. Pandemie, Hitze/Dürre, Stromausfall, welche konkreten Selbsthilfe- und Resilienzpotenziale?

Um Daten für das LBV zu erheben bzw. Daten in das LBV zu integrieren, benötigt es **Rechtssicherheit für die Stabsmitarbeitenden**. Die Erstellung und die Pflege eines LBV brauchen also auch gesetzliche und rechtliche Rahmenbedingungen. Das LBV sollte Teil von Leitlinien, Stabsdienstordnungen und/oder Erlassen sein. Wer gestaltet wie diese Rahmenbedingungen? Wer erstellt als Basis ein Rechtsgutachten (z. B. zur Verwendung von Daten über die Bevölkerung)?

- Vor dem Hintergrund welcher Rechtsgrundlage können und dürfen Daten für das LBV über unterschiedliche Bevölkerungsgruppen von Stäben abgerufen und verwendet werden? (Rechtsgutachten?)
- Wer kann ein Rechtsgutachten für welche Arten von Stäben erstellen (Stichwort Föderalismus in Deutschland)?
- Wer darf bei der derzeitigen Rechtslage welche Daten wie verwenden?
- Welche rechtlichen Grundlagen in Form von z. B. Gesetzen müssen geschaffen werden, um Rechtssicherheit für den Katastrophenschutz zu schaffen, ohne die grundlegenden Rechte von Bürgerinnen und Bürgern zu gefährden?

Neben der Rechtssicherheit können unterschiedliche **Datenformate** das Zusammenführen verschiedener Daten bei der Erstellung eines LBV behindern:

- Wie steht es um die tatsächliche Kompatibilität von Datenformaten durch die verschiedenen Verwaltungsebenen in Bund und Ländern?
- Wie sieht „good practice“ bei der Erstellung von Plattformen aus, die für eine Stadt oder eine Region die Hinterlegung und bedarfsorientierte Zusammenführung von Daten ermöglicht (Beispiel: Hansestadt Hamburg mit dem „Hamburg Atlas“/Geoportal Hamburg)?
- Welche Digitalisierungsmaßnahmen sind erforderlich, um die Grundlagen für die Erstellung eines LBV datenseitig zu schaffen?
- Wie kann die prognostische Validität unterschiedlicher Varianten des LBV unter den Bedingungen unterschiedlicher Lagen erfasst und dargestellt werden, z. B. Prognosen und die Güte von Prognosen, die sich aus einem LBV ergeben kann?
- Wie könnte die Pilotentwicklung einer Lagebildsoftware auf Basis von GIS-Software wie QGIS oder ArcGIS in Zusammenarbeit mit einem statistischen Landesamt, einer Katastrophenschutzbehörde, einer größeren Stadt mit Quartiersentwicklung und einem Zentrum für Digitalisierung aussehen?

Um das LBV zu erstellen und zu pflegen, benötigt es eine **zusätzliche Funktion im Stab**. Diese Funktion muss für die Erstellung des LBV ausgebildet sein. Welche Funktion im Stab kann diese übernehmen oder braucht es eine einzelne nur für das LBV zuständige Person im Stab?

- Welche Funktion für welche Art von Stab (z. B. administrativ-organisatorisch, operativ-taktisch) kann welche Daten über welche unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen erheben, zusammenführen, auswerten und in das LBV einfließen lassen?
- Welche Kompetenzen braucht diese Funktion für die Erstellung des LBV?
- Wie sollte diese Funktion ausgebildet werden?
- Welche Einrichtung(en) sollte diese Funktion ausbilden, z. B. Landesfeuerwehrschulen, Bundesakademien?

Das Geokompetenzteam im BBK bietet u. a. Geoinformations-Unterstützung für die Aufgaben im BBK, z. B. bei der Warnung der Bevölkerung und der Risikoanalyse Bevölkerungsschutz Bund.

- Wie können die Kompetenzen des Geokompetenzteams des BBK für die Umsetzung von Ergebnissen des LaBS-Forschungsprojekts genutzt werden, bspw. durch die Schaffung einer Plattform für bestimmte Fragestellungen mit Nutzungsrechten für Stäbe?

9.2.2 Forschungsbedarfe zum Verhalten der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen

Aus dem Themenspektrum Verhalten der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen ergaben sich folgende weitere, zu vertiefende Forschungsbedarfe.

Bisherige Forschung zu Verhalten der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen hat unterschiedliche (Forschungs-)Ziele und verwendet unterschiedliche Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung. Dadurch wird eine Mischung von qualitativen und quantitativen Daten unterschiedlicher Güte produziert. In den für AP 2 gesichteten Studien wurden tatsächlich erlebte Erfahrungen, beispielsweise bei bzw. nach einer Naturkatastrophe, oder Einstellungen zu beabsichtigtem Verhalten, z. B. im Falle eines Feuers in einem Gebäude, erhoben. Empirische Daten zum Bevölkerungsverhalten wurden häufig in den USA, Australien und Kanada erhoben. Bei manchen der für AP 2 untersuchten Lagen, z. B. MANV, fanden sich nur wenige Ergebnisse zum Bevölkerungsverhalten in den wissenschaftlichen Dokumenten. Bei anderen Lagen, z. B. Buschfeuer/Waldbrand fanden sich reichlich Ergebnisse, da Buschfeuer bzw. die damit in Zusammenhang stehenden (langfristigen) Evakuierungen empirisch gut untersucht sind.

Es ist folglich nicht trivial, die von einer Lage direkt oder indirekt betroffene Bevölkerung sowie deren Verhalten (für/in Deutschland) zu bestimmen bzw. zu beschreiben.

Folgende Forschungsbedarfe ergaben sich:

- Aktuell sind Einflussfaktoren, wie z. B. Alter, Geschlecht, Bevölkerungsdichte, Familienstand/Lebensformen, Wohnsituation, Migrationshintergrund, Bildungsstand, Erwerbstätigkeit, Gesundheitszustand, Behinderungen, und ob und wie sich diese auf Verhalten in Krisen und Katastrophen auswirken, nicht hinreichend untersucht.
- Ebenso gibt es mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland (BRD) nur unzureichende Daten für unterschiedliche Lagen zum Verhalten der Bevölkerung in Krisen und Katastrophen, z. B. für MANV, besondere Gefahrenlagen wie schwere Gewalttaten/Terrorlagen, Waldbrände und Hitze/Dürre.
- Dazu ist, mit Blick auf die BRD, das Verhalten von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in einer Krise oder Katastrophe noch unzureichend untersucht.
- Gleiches gilt für vulnerable Gruppen wie hilfs- und pflegebedürftige Menschen, Kinder und junge Teenager, Personen mit akuten Einschränkungen (z. B. einer temporären Verletzung/mobilitätsbeeinträchtigte Personen), psychisch erkrankte Personen, (ehemalige) Wohnungslose u. v. m.
- Wie und in welcher Form können Stabsmitarbeitende für das Wissen aus der Forschung zum Verhalten von Menschen in Krisen und Katastrophen sensibilisiert werden, z. B. in Aus- und Fortbildungen, Workshops?

9.2.3 Forschungsbedarfe zu psychosozialen Aspekten im LBV

Es bedarf weiterer (sozialwissenschaftlicher) Forschung, um Mitarbeitende von Stäben für das Verhalten der Bevölkerung und dessen Hintergründe zu sensibilisieren sowie Informationen über das Verhalten im LBV abbilden zu können.

Um ein Lagebild Bevölkerungsverhalten erfolgreich zu führen, müssen psychosoziale Themen als integraler Bestandteil der Stabsarbeit verstanden werden.

Das Erstellen eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten gehört jedoch nicht zu den originären Zuständigkeiten der Fachberatung (FB) PSNV. Sollte die FB PSNV im Stab eingesetzt werden, ist davon auszugehen, dass er/sie als einzelne Person zusätzlich zu den originären Aufgaben kein LBV führen kann. Die Erstellung eines LBV ist (noch) nicht Teil von Konzeptionen des Einsatzes der FB PSNV und der Ausbildung sowie Qualifizierung der FB PSNV. Es gibt zudem einen Unterschied zwischen der Fachberatung PSNV und ihrer Rolle für das Lagebild Bevölkerungsverhalten und einem Psychosozialen Krisenmanagement.

Es ergaben sich daher folgende weitere Forschungsbedarfe bzw. Fragen:

- Wie können Fachberatungen PSNV im Bereich LBV ausgebildet werden?
- Welche neuen Formen von Aus- und Fortbildung im Bereich Führungskräfte PSNV benötigt es hierfür?
- Wie kann die FB PSNV aktiver in Übungen von Stäben einbezogen werden?
- Wie kann ein Netzwerk für die Erstellung eines LBV, z. B. bestehend aus FB PSNV, Telefonseelsorge, Sozialamt, Stadtteilsozialarbeit, für unterschiedliche Stabsarten aussehen und aufgebaut werden?
- Wie können Stabsmitarbeitende dazu motiviert werden, das vorhandene Wissen der FB PSNV in die Stabsarbeit einzubinden bzw. abzufragen?
- Wie und von wem kann ein psychosoziales Online-Monitoring der sozialen Medien (POM) durchgeführt werden?

9.2.4 Forschungsbedarfe zu Stabskulturen als Basis des Führens eines LBV

Stäbe bringen bezüglich des zeitlichen Aspekts, des Auftrags und der Zusammensetzung Besonderheiten mit sich. Einige davon können aus der Perspektive der Organisationskultur beschrieben werden, auch wenn nicht klar ist, ob und wie (Verwaltungs-)Stäbe eine eigene Stabskultur ausbilden. Es ergaben sich daher folgende weitere Forschungsbedarfe bzw. Fragen:

- Ob und wie entwickeln Stäbe eine eigene Kultur, wie lange dauern derartige Prozesse? Wie lassen sich solche Prozesse untersuchen und beschreiben?
- Wie können Stabskulturen für welche Arten von Stäben, z. B. operativ-taktisch, administrativ-organisatorisch, beschrieben werden?
- Wie können mögliche Veränderungen organisationskultureller Aspekte eines Stabs gestaltet werden, sodass ein LBV geführt werden kann/geführt wird?
- Welche Arten von Stabskulturen wirken sich wie auf die Erstellung und Pflege eines LBV aus?
- Welche Rolle können Führungskräfte in und von Stäben als mögliche Innovationstreiber eines LBV einnehmen?
- Welche Möglichkeiten in Verwaltungen bzw. in der Ausbildung von Verwaltungsmitarbeitenden gibt es, um die Themen Stabsarbeit und Krisenmanagement mit Bezug zur Bevölkerung zu etablieren?

9.2.5 Forschungsbedarfe zum LBV in Übungen und Übungsbeobachtungen

Stabsübungen können helfen, Themen des Psychosozialen Krisenmanagements zu befördern und das Lagebild Bevölkerungsverhalten zu üben. Vorhandene Stabschulungen fokussieren die Prozesse der Stabsarbeit und fachliche Perspektiven. Psychosoziale Aspekte werden in Stabsschulungen oft nicht adressiert. Das LBV

bzw. der Ausdruck LBV oder psychosoziales Lagebild in (Übungs-)Beobachtungen konnte in der Forschungsliteratur nicht gefunden werden. Es ergaben sich daher folgende weitere Forschungsbedarfe bzw. Fragen:

- Das LBV sollte in die Konzeption, Durchführung, Beobachtung und Auswertung von Stabsübungen einbezogen werden. Wie kann dies im jeweiligen Zuständigkeitsbereich des Stabs realisiert werden?
- Das Thema der systematischen Beobachtung von Stabsübungen wird in der Forschungsliteratur besprochen. Für Ausbildungen und Seminare, wie sie z. B. an der BABZ des BBK durchgeführt werden, können Beobachtungsdurchführungen mit zugehörigen Beobachtungsleitfäden einen „Beobachtungsstandard“ ermöglichen. Darauf aufbauend kann das Thema LBV integriert werden. Wie können Beobachtungsstandards für Ausbildungen und Seminare etabliert werden?
- Die Entwicklung und Überprüfung der Nutzbarkeit eines konkreten Beobachtungsleitfadens LBV während einer Übung bzw. der Auswertung und Nachbereitung sollte durchgeführt werden. Gegebenenfalls muss die Durchführung der Beobachtung durch externe Beobachtende (nicht die Stabsmitglieder) umgesetzt werden. Wie nutzbar sind LBV-spezifische Beobachtungsleitfäden?
- Die Nützlichkeit eines Beobachtungsleitfadens LBV für die Weiterbildung der Stabsmitglieder kann bei der Auswertung und Nachbereitung einer Übung überprüft werden. Dies liefert Hinweise darauf, wie ein LBV innerhalb des Stabs für zukünftige Lagen weiterentwickelt und geführt werden sollte, z. B. welche Daten vorab abgerufen werden sollten. Wie nützlich ist ein Beobachtungsleitfaden LBV für die Erstellung eines LBV in zukünftigen Lagen?
- Die Erstellung eines LBV könnte länderübergreifend in der LÜKEX geübt werden bzw. das Drehbuch einen Schwerpunkt auf das Bevölkerungsverhalten mit einbeziehen. Wie kann dies realisiert werden?

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das LBV ein wichtiges Werkzeug auf dem Weg zu einem bevölkerungsnahen Krisenmanagement ist und es weiterführender Forschung in den oben genannten Bereichen bedarf.

Schlusswort der Autorinnen

10



Die hier vorgestellten Befunde und Empfehlungen sind eine Momentaufnahme in einem sich dynamisch entwickelnden Forschungs- und Anwendungsgebiet. Das Forschungsprojekt hatte die Aufgabe, Grundlagenarbeit zu möglichen Inhalten, der Etablierung und Erstellung eines LBV zu leisten und diese Erkenntnisse für die Anwendung aufzubereiten. Parallel zu unserem Projekt wurden vom BBK weitere Forschungsprojekte gefördert, die Facetten des Lagebilds Bevölkerungsverhalten bearbeiten. Damit ist eine wissenschaftliche Diskussion angestoßen, deren Fortgang wir engagiert begleiten werden.

Wir konnten aus dem Forschungsprojekt heraus bereits konkrete Anregungen zum Thema Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Stabsarbeit geben. Diese wurden von uns als „Handreichung für Stäbe“ formuliert. Auch wenn hier noch weitere Anpassungen zu leisten sind, zeigen erste Rückmeldungen aus der Praxis, dass solche Handreichungen nötig und gewünscht sind.

Einige Ergebnisse unseres Projekts fanden bereits Eingang in die Fachlage Bevölkerungsverhalten des BBK, die seit 2022 lageabhängig geführt wird.

Wir schließen mit dem Wunsch, dass sich die Erkenntnis durchsetzt: Psychosoziale Themen müssen integraler Bestandteil der Stabsarbeit sein, um ein bevölkerungsnahes Krisenmanagement zu gewährleisten.

Wir wünschen dem Feld des Lagebilds Bevölkerungsverhalten, welches sich weiterhin im Aufbau befindet, weiterhin eine so positive Entwicklung. Wir hoffen, wir haben den Leserinnen und Lesern dieser Publikation Hinweise und Anregungen für die Etablierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in ihrer Stabsarbeit mit auf den Weg geben können.

Literaturverzeichnis





Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.) (2021): Gesetz über die psychosoziale Notfallversorgung für das Land Berlin – Psychosoziales Notfallversorgungsgesetz – PSNVG. Abrufbar unter: <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-PsychNotVersGBErahmen>, abgerufen am: 03.02.2022.

Allen, M. (Hrsg.) (2017): The SAGE encyclopedia of communication research methods. Los Angeles: SAGE reference. DOI: 10.4135/9781483381411.

Altenbrunn, F., Böttche, C., Kacmarek, S., Kircher, F., Hartog, P., Holl, F., Lubert, M., Morcinek, P., Kob, T., Boehme, K., Geißler, S., Ohder, C., Schweer, B., Sticher, B., Belusa, T., Becker, A., Leitert, T. und Schwenzien, I. (2012): in: **Berliner Feuerwehr (Hrsg.):** Forschungsprojekt TankNotStrom – Energie- und Kraftstoffversorgung von Tankstellen und Notstromaggregaten bei längerfristigem Stromausfall. Berlin. Abrufbar unter: https://www.berliner-feuerwehr.de/fileadmin/bfw/dokumente/Forschung/tanknotstrom/Forschungsprojekt_TankNotStrom.pdf, abgerufen am: 10.02.2023.

Andresen, S., Lips, A., Möller, R., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S. und Wilmes, J. (2020a): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen – Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. Abrufbar unter: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1078>, abgerufen am: 10.02.2023.

Andresen, S., Lips, A., Möller, R., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S. und Wilmes, J. (2020b): Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim. Abrufbar unter: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1081>, abgerufen am: 09.02.2023.

Antonovsky, A. (1997): Salutogenese – Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Forum für Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, Band 36. Tübingen: dgvt Verlag.

Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Sachsen e.V., Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Sachsen e.V., Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Landesverband Sachsen, Malteser Hilfsdienst e.V. Diözesen Dresden-Meißen und Görlitz, Landes-

feuerwehrverband Sachsen e.V. und Landesverband PSNV Sachsen e.V. (2021). Sächsische Rahmenempfehlungen zur Psychosozialen Notfallversorgung in größeren Schadenslagen.

Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Hamburg e.V. (Hrsg.) (2023): HAMBURG-SCHOCKT rettet Leben – Machen Sie mit! Abrufbar unter: <https://www.hamburg-schockt.de/nc/home/>, abgerufen am: 10.08.2023.

Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Hessen e.V. Regionalverband Frankfurt (Hrsg.) (2018): FRANKFURT-SCHOCKT - Einfach Leben retten. Machen Sie mit! Abrufbar unter: <https://www.frankfurt-schockt.de/start/>, abgerufen am: 10.08.2023.

Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2007): Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Lagedarstellung im Krisenstab“. Bonn.

Ardelt-Gattinger, E., Lechner, H. und Schlägl, W. (Hrsg.) (1998): Gruppendynamik – Anspruch und Wirklichkeit der Arbeit in Gruppen. Göttingen: Hogrefe.

Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung (Hrsg.) (1999): Feuerwehr-Dienstvorschrift 100 – Führung und Leitung im Einsatz – Führungssystem.

Bayer, F., Fiedrich, F., Gißler, D., Hofinger, G., Karsten, A. und Lamers, C. (2022): Thesen zur Zukunft der Stabsarbeit – Formuliert für die Arbeitsgruppe. Abrufbar unter: https://plattform-ev.de/wp-content/uploads/2023/03/Thesen-zur-Zukunft-der-Stabsarbeit_Stand240522.pdf, abgerufen am: 19.08.2023.

Bayerischer Rundfunk (Hrsg.) (2021): Querdenker: Wer sie sind - und wie sich die Bewegung entwickelt. Abrufbar unter: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/die-querdenker-eine-heterogene-protestbewegung,SO9TvdX>, abgerufen am: 10.08.2023.

Bayerisches Rotes Kreuz Kreisverband Rosenheim (2021): Abgeschlossene Ausbildungen in der PSNV – Vier neue Hospitanten, zwei Ausbilder und einen Leiter / Fachberater PSNV trotz Lockdown. Abrufbar unter: <https://www.brk-rosenheim.de/aktuell/presse-service/meldung/abgeschlossene-ausbildungen-in-der-psnv-vier-neue-hospitanten-zwei-ausbilder-und-einen-leiter-fachberater-psnv-trotz-lockdown.html>, abgerufen am: 10.08.2023.

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (Hrsg.) (2019): Psychosoziale Notfallversorgung bei besonders belastenden Ereignissen

und Katastrophen in Bayern. München. Abrufbar unter: https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/sus/katastrophenschutz/d2_31e_03_ks_psnv_grundsatz_ims_mit_anl_qualitaetsstandards_leitlinien_20190107.pdf, abgerufen am: 03.02.2022.

Becker, C. und Huber, E. (2009): Entstehung von Projekt- und Teamkulturen und deren Einfluss auf den Projekterfolg. In: Dorn, K.-H., Engstler, M., Fitzsimons, C. J., Kerber, G., Wagenhals, K. und Wagner, R. (Hrsg.): Projekte als Kulturerlebnis – Beiträge zur Konferenz interPM. Heidelberg: dpunkt. Verlag.

Bédé, A. und Hofinger, G. (2022): Stabsrahmenübungen für Krisenstäbe. In: Hofinger G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 379–386.

Beerlage, I. (2009): Qualitätssicherung in der Psychosozialen Notfallversorgung – Deutsche Kontroversen – Internationale Leitlinien. In: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): Schriften der Schutzkommission, Band 2. Bonn.

Beerlage, I. (2015): Psychosoziales Belastungs- und Handlungsverständnis für Interventionen nach Notfallereignissen und für belastende Einsatzsituationen. In: Perren-Klingler, G. (Hrsg.): Psychische Gesundheit und Katastrophe. Internationale Perspektiven in der psychosozialen Notfallversorgung. Berlin: Springer. S. 1–36.

Beerlage, I. (2016): Community Resilience. In: Fekete, A. und Hufschmidt, G. (Hrsg.): Machbarkeitsstudie für einen Atlas der Verwundbarkeit und Resilienz (Atlas VR) – Wissensmanagement im Bevölkerungsschutz. Bonn, Köln. S. 30–31.

Beerlage, I. (2017): Voraussetzungen zur Stärkung der gemeinschaftlichen Vorsorge. In: Karutz, H., Geier, W. und Mitschke, T. (Hrsg.): Bevölkerungsschutz – Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 148–151.

Beerlage, I. (2018): Der Setting-Ansatz in der Bevölkerungsschutzbildung – Ein Beitrag zur nachhaltigen Förderung der Resilienz der Bevölkerung. In: Bevölkerungsschutz, Heft 4. S. 8–12.

Beerlage, I. (16.10.2020): Begriff „psycho-sozial“ (E-Mail).

Beerlage, I. (2021): Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV). In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden.

Beinlich, W. (2021): Konzeptionsanalyse BayZBE – Lesson Learnt des Ahrtal Hochwassers Juli 2021. Abrufbar unter: https://dkkv.org/wp-content/uploads/2023/03/Konzeptionsanalyse_BayZBE_Lesson_Learnt_des_Ahrtal_Hochwassers_Juli_2021.pdf, abgerufen am 20.09.2021.

Betsch, C., Wieler, L., Bosnjak, M., Ramharter, M., Stollorz, V., Omer, S., Korn, L., Sprengholz, P., Felgendreff, L., Eitze, S. und Schmid, P. (2020): Germany COVID-19 Snapshot MOnitoring (COSMO Germany) – Monitoring knowledge, risk perceptions, preventive behaviours, and public trust in the current coronavirus outbreak in Germany. DOI: 10.23668/PSYCHARCHIVES.2776.

Bharosa, N., Lee, J. und Janssen, M. (2010): Challenges and obstacles in sharing and coordinating information during multi-agency disaster response – Propositions from field exercises. In: Information Systems Frontiers, Band 12, Heft 1. S. 49–65. DOI: 10.1007/s10796-009-9174-z.

Biegert, A., Schmersal, E., Dahremöller, C., Schulze, M. und Max, M. (2020): Resiliente Nachbarschaften Teil 1 – Wissenschaftliche Erkenntnisse zu sozialem Zusammenhalt und Nachbarschaftshilfe in Krisen und Katastrophen. Schriftenreihe des Kompetenzzentrums Forschung und Innovationstransfer, Band 8. Berlin.

Biegert, A., Schneider, L., Schulze, M., Moll, A. & Max, M. (2016): Die Rolle von ungebundenen HelferInnen bei der Bewältigung von Schadensereignissen – Teil 3. Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen für den Einsatz ungebundener HelferInnen. Schriften der Sicherheitsforschung, Band 1. Abrufbar unter: https://www.drk.de/fileadmin/user_upload/Forschung/schriftenreihe/band_1/Schriften_der_Forschung_1.3_Handlungs-und_Umsetzungsempfehlungen_fuer_den_Einsatz_ungebundener_HelferInnen.pdf, abgerufen am: 28.08.2020.

Bischoff, N. (2020): Das Rätsel Ödipus – Die biologischen Wurzeln des Urkonfliktes von Intimität und Autonomie. Überarbeitete Neuauflage der Ausgabe von 1985. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Blank-Gorki, V., Karutz, H. und Helmerichs, J. (2018): Evaluation PSNV-Einsatz Amoklauf Winnenden/Wendlingen. Wissenschaftsforum, Band 13. Bonn.

Blom, A., Wenz, A., Rettig, T., Reifenscheid, M., Naumann, E., Möhring, K., Lehrer, R., Krieger, U., Juhl, S., Friedel, S., Fikel, M. und Cornesse, C. (2020): Die Mannheimer Corona-Studie: Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand. Bericht zur Lage vom 20. März bis 09. Juli 2020.

Bonn, A., Richter, A., Vohland, K., Pettibone, L., Brandt, M., Feldmann, R., Goebel, C., Grefe, C., Hecker, S., Hennen, L., Hofer, H., Kiefer, S., Klotz, S., Kluttig, T., Krause, J., Küsel, K., Liedtke, C., Mahla, A., Neumeier, V., Premke-Kraus, M., Rillig, M. C., Röller, O., Schäffler, L., Schmalzbauer, B., Schneidewind, U., Schumann, A., Settele, J., Tochtermann, K., Tockner, K., Vogel, J., Volkmann, W., von Unger, H., Walter, D., Weisskopf, M., Wirth, C., Witt, T., Wolst, D. und Ziegler, D. (2020): Grünbuch Citizen Science Strategie 2020 für Deutschland. Abrufbar unter: https://www.buergerschaftenwissen.de/sites/default/files/assets/dokumente/gewiss-gruenbuch_citizen_science_strategie.pdf, abgerufen am: 05.07.2021.

Bowen, G. A. (2009): Document Analysis as a Qualitative Research Method. In: Qualitative Research Journal, Band 9, Heft 2. S. 27–40. DOI: 10.3316/QRJ0902027.

Bridgeman, T. (2017): Mapping customer vulnerability: Methodology – Report to Western Power Distribution. Abrufbar unter: <https://www.nationalgrid.co.uk/downloads/42493>, abgerufen am: 30.08.2023.

Broemme, A. (2022): Unwetterereignisse – Strategien für Nordrhein-Westfalen zur Vorbeugung, Vorbereitung, Koordinierung, Nachbereitung und zur verbesserten Resilienz. Vorlage 17/6729.

Bruns, H., Celikler, J. und Jonitz, H. (2022): D2.2 A Framework for Evaluation Concepts WP2 – Methodology & SOP. Inegma-E² report. Abrufbar unter: <https://civil-protection-knowledge-network.europa.eu/system/files/2022-12/D2.2%20A%20framework%20for%20evaluation%20concepts.pdf>, abgerufen am: 27.01.2023.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (o. J.a): Glossar. Bevölkerungsschutz. Abrufbar unter: https://www.bbk.bund.de/DE/Infothek/Glossar/_functions/glossar.html?nn=19742&cms_lv2=19804, abgerufen am: 11.08.2023.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (o. J.b): Psychosoziales Krisenmanagement – Ausbildung. Abrufbar unter: <https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Akademie-BABZ/BABZ-Angebot/Studium-Ausbildung-im-BeVS/Psychosoz-KM-Ausbildung/psychosoz-km-ausbildung.html>, abgerufen am: 10.08.2023.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2012): Psychosoziale Notfallversorgung – Qualitätsstandards und Leitlinien Teil I und II. 2. Auflage. Praxis im Bevölkerungsschutz, Band 7. Bonn.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2018a):

BBK-Glossar. Ausgewählte zentrale Begriffe des Bevölkerungsschutzes. Praxis im Bevölkerungsschutz, Band 8. Bonn.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2018b):

Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen (6. Aufl.). Bonn.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2018c):

Tagungsband LÜKEX 2018 – 3. Thementag: Risiko- und Krisenkommunikation. Bonn.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2019a):

Auswertungsbericht LÜKEX 2018 – Gasmangellage in Süddeutschland. Bonn.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2019b):

Psychosoziales Bundeslagebild – LÜKEX-Übung. Bonn.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2020):

Hitze – Vorsorge und Selbsthilfe. Abrufbar unter: https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Flyer/flyer_hitze-vorsorge-und-selbsthilfe.pdf?__blob=publicationFile&v=7, abgerufen am: 01.05.2023.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2021):

Handbuch Krisenmanagement Allgemeiner Teil. Doku.-Nr.: KM-AT-2-02. Bonn.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2022):

Bevölkerungsschutz. In: Bevölkerungsschutz, Band 2, Heft 2.

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (Hrsg.) (2023):

Business Continuity Management – BSI-Standard 200-4. Köln.

Bundesministerium der Justiz und Bundesamt für Justiz (Hrsg.) (1997):

Gesetz über den Zivilschutz und Katastrophenhilfe des Bundes. (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz – ZSKG. Abrufbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/zsg/BJNR072610997.html>, abgerufen am: 12.09.2022.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.) (2021):

Teilnahme an der Open Government Partnership (OGP). Abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/moderne-verwaltung/open-government/ogp/open-government-partnership-node.html>, abgerufen am: 21.04.2021.

Bundesministerium des Innern und für Heimat und Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2022): Bericht zur Hochwasserkatastrophe 2021 – Katastrophenhilfe, Wiederaufbau und Evaluierungsprozesse. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2022/abschlussbericht-hochwasserkatastrophe.pdf?__blob=publicationFile&v=3, abgerufen am: 01.05.2023.

Bundesministerium für Gesundheit (2021): Pflegebedürftigkeit. Abrufbar unter: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/p/pflegebeduerftigkeit.html>, abgerufen am: 10.08.2023.

Cameron, K. S. und Quinn, R. E. (2011): Diagnosing and Changing Organizational Culture – Based on the Competing Values Framework. San Francisco: Jossey-Bass.

Cannon-Bowers, J. A., Salas, E. & Converse, S. (1993): Shared mental models in expert team decision making. In: Castellan, N. (Hrsg.): Individual and group decision making. Hillsdale: Lawrence Erlbaum. S. 221–246.

Canter, D. (Hrsg.) (1980): Fires and human behaviour. Hoboken, New Jersey: John Wiley & Sons.

Clark, H. (1996): Using Language. Cambridge: Cambridge University Press.w

Clausen, L. (1983): Übergang zum Untergang. In: Clausen, L. und Dombrowsky, W. R. (Hrsg.): Einführung in die Soziologie der Katastrophen. Bonn: Osnang. S. 41–79.

CORDIS (2017): Human behaviour in crisis situations: A cross cultural investigation to tailor security-related communication. Abrufbar unter: <https://cordis.europa.eu/project/id/218324>, abgerufen am: 10.08.2023.

Desoi, B. U. (2018): Big Data und allgemein zugängliche Daten im Krisenmanagement – Exemplarische technische und normative Gestaltung von Analysen zur Entscheidungsunterstützung. Wiesbaden: Springer Vieweg. DOI: 10.1007/978-3-658-21292-6.

Deutscher Städte- und Gemeindebund (2021): Bevölkerungsschutz in Städten und Gemeinden – DStGB Dokumentation N° 162. Berlin: Deutscher Städte- und Gemeindebund.

Deutsche Seemannsmission (o.J.): Psychosoziale Notfallversorgung der deutschen Seemannsmission. Abrufbar unter: <https://seemannsmission.org/psnv/>, abgerufen am: 10.08.2023.

Deutscher Bundestag (2011): Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende. SGB II. Abrufbar unter: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/BJNR295500003.html, abgerufen am: 10.08.2023.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2020): Unterrichtung durch die Bundesregierung – Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2019. Drucksache 19/23825.

Deutsche Welle (Hrsg.) (2022): Was wissen wir über den Hitzetod? Abrufbar unter: <https://www.dw.com/de/was-wissen-wir-%C3%BCber-den-tod-durch-hitze/a-62553177>, abgerufen am: 10.08.2023.

Deutsches Institut für Normung (Hrsg.) (2021a): DIN EN ISO 22361 – Sicherheit und Resilienz – Krisenmanagement – Leitlinien für die Entwicklung einer Strategie. Berlin: Beuth. DOI: 10.31030/3296228.

Deutsches Institut für Normung (Hrsg.) (2021b): DIN 13050:2021-10 – Begriffe im Rettungswesen. Berlin: Beuth. DOI: 10.31030/3286353.

Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e. V. (Hrsg.) (2022): Die Flutkatastrophe im Juli 2021 in Deutschland – Ein Jahr danach: Aufarbeitung und erste Lehren für die Zukunft. DKKV-Schriftenreihe 62. Bonn.

Diakakis, M. (2020): Types of Behavior of Flood Victims around Floodwaters – Correlation with Situational and Demographic Factors. In: Sustainability, Band 12, Heft 11. DOI: 10.3390/su12114409.

Dollmann, J. und Kogan, I. (2021): COVID-19-associated discrimination in Germany. In: Research in Social Stratification and Mobility, Band 74. DOI: 10.1016/j.rssm.2021.100631.

Dombrowsky, W. R. (2013): Der Mensch als Risiko – Geht alle Gefahr vom Volke aus? In: Hempel, L., Bartels, M. und Markwart, T. (Hrsg.): Aufbruch ins Unversicherbare – Zum Katastrophendiskurs der Gegenwart. Bielefeld: transcript. S. 29–52.

Döring, N. und Bortz, J. (2016): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften. 5. vollständige, überarbeitete und aktualisierte Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag. DOI: 10.1007/978-3-642-41089-5.

Dörner, D. (1999): Bauplan für eine Seele. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Dorsch, F., Häcker, H., Stapf, K. H. und Ries, H. (1987): Psychologisches Wörterbuch – Über 10000 Stichwörter. 11. ergänzte Auflage. Bern, Stuttgart, Toronto: Verlag Hans Huber.

Drews, P., Sautter, J. und Kübel, M. (2019): Realitätsnah oder genau? Triangulative Übungsevaluation Erfahrungen aus dem REBEKA-Projekt. In: Kröling, S. und Gerhold, L. (Hrsg.): Konzepte zur Steigerung der Resilienz von Einsatzkräften – Ergebnisse aus dem Forschungsverbund REBEKA. Schriftenreihe Sicherheit des Forschungsforums Öffentliche Sicherheit, Band 26. Berlin: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, Freie Universität Berlin. S. 175–191.

Dynes, R. R. und Tierney, K. (Hrsg.) (1994): Disasters, collective behaviour, and social organisation. Newark: University of Delaware press.

Eichhorn, T. (2021): Urban Platform – Urban Data Hub – Hamburg. Abrufbar unter: https://www.interreg-nordsee.de/_Resources/Persistent/89235f3cc56fc84b77ae286769bc868cde8cbbc7/Thomas-Eichhorn---Urban-Plattform--Urban-Data-HUB.pdf, abgerufen am: 14.05.2021.

Ely, B., Biegert, A., Weber, T., Schulze, M. und Max, M. (2015): Die Rolle der ungebundenen HelferInnen bei der Bewältigung von Schadensereignissen – Teil 2. Die Perspektive der DRK-Einsatz- und -Führungskräfte. Schriften der Sicherheitsforschung, Band 1. Berlin.

Ernst, T., Ell, R., Albrecht, R., Gallas, J., Gröger, A., Hörmann, G. und Huber, F. (o. J.): Konzept zur Psychosozialen Notfallversorgung bei Großschadensfällen in München – Dargestellt am Modell FIFA WM 2006.

Fahy, R., Proulx, G. und Aiman, L. (2012): Panic or not in fire – Clarifying the misconception. Fire and Materials, Band 36, Heft 5–6. S. 328–338. DOI: 10.1002/fam.1083.

FEMA Emergency Management Institute (Hrsg.) (2017): National Incident Management System (NIMS) 2017 – Learning Materials. Abrufbar unter: <https://training.fema.gov/nims/docs/nims.2017.instructor%20student%20learning%20materials.pdf>, abgerufen am: 01.05.2023.

Finney, N. (2008): Human Terrain Team Handbook. Fort Leavenworth, KS.

Firescope California (Hrsg.) (2018): MACS Group Procedures Guide. MACS 410-1.

Fischer, H. W. (2008): Response to disaster – fact versus fiction and its perpetuation. Lanham, MD: University Press of America.

Flick, U. (2007): Qualitative Sozialforschung – Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Focus Online (Hrsg.) (2021): Fukushima-Atomunfall – „Zeugen der Katastrophe“: Darum tötet ein japanischer Bauer seine verstrahlten Rinder nicht. Abrufbar unter: https://www.focus.de/panorama/welt/fukushima-atomunfall-zeugen-der-katastrophe-darum-toetet-ein-japanischer-bauer-seine-verstrahlten-rinder-nicht_id_13071128.html, abgerufen am: 09.03.2022.

Forschungsforum Öffentliche Sicherheit (2021): Die Projekte Zukunftslabor Sicherheit und LaBeCo bereiten den Workshop zur Corona-Pandemie vor. Abrufbar unter: https://www.sicherheit-forschung.de/forschungsforum/newsletter/36_nl/projekte/20_09_21_zlab_C_Szenario.html, abgerufen am: 10.08.2023.

Frankfurter Rundschau (Hrsg.) (2021): Hochwasser-Katastrophe: Warum der Keller zur Todesfalle wird. Abrufbar unter: <https://www.fr.de/panorama/hochwasser-katastrophe-keller-todesfalle-gefahr-gefarngnis-stromschlag-unwetter-1t-90865962.html>, abgerufen am: 10.08.2023.

Freie und Hansestadt Hamburg (o. J.): Geoportal Hamburg. Abrufbar unter: <https://geoportal-hamburg.de/geo-online/>, abgerufen am: 10.08.2023.

Freie und Hansestadt Hamburg (Hrsg.) (2021): Urban Data Platform Hamburg. Abrufbar unter: <http://www.urbandataplattform.hamburg/>, abgerufen am: 03.05.2021.

Freiling, J. und Reckenfelderbäumer, M. (2005): Markt und Unternehmung. Wiesbaden: Gabler.

Freiwillige Feuerwehr Backnang (2023): Fachberater PSNV-E. Abrufbar unter: <https://ff-backnang.de/abteilungen/fachberater-psnv-e/>, abgerufen am: 10.08.2023.

Friedrich, S. und Schreiner, P. (Hrsg.) (2013): Nation – Ausgrenzung – Krise – Kritische Perspektiven auf Europa. Münster: edition assemblage.

Führer, A., Frese, T., Karch, A., Mau, W., Meyer, G., Richter, M., Schildmann, J., Steckelberg, A., Wagner, K. und Mikolajczyk, R. (2020): COVID-19: Wissensstand, Risikowahrnehmung und Umgang mit der Pandemie. In: Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen, Band 153. S. 32–38. DOI: 10.1016/j.zefq.2020.06.002.

Gabler Wirtschaftslexikon (Hrsg.) (2018): Community. Abrufbar unter: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/community-51940>, abgerufen am: 10.08.2023.

Gahlen, M. (2022): Aufgaben und Struktur von Verwaltungsstäben. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 69–74.

Gahlen, M. und Kranaster, M. (2008): Krisenmanagement – Planung und Organisation von Krisenstäben. Stuttgart: Deutscher Gemeindeverlag.

Galea, E. R., Deere, S., Sharp, G. und Filippidis, L. (2015): Investigating the impact of culture on evacuation response behaviour – Human Behaviour in Fire Proceedings of the 6th International Symposium. S. 351–360.

Garbe, S. und Schütte, M. (2019): Wie sich mit „Behavioural Markers“ das Krisenmanagement von Organisationen verbessern lässt – Teamprozesse in der Stabsarbeit. In: BrandSchutz, Band 73, Heft 6. S. 448–454.

Garrecht, A., Birkhäuser, B. und Friedrich, F. (2012): Störfaktoren in der Stabsarbeit. In: Bevölkerungsschutz, Band 1. S. 9–11.

Geenen, E. M. (2010): Bevölkerungsverhalten und Möglichkeiten des Krisenmanagements und Katastrophenmanagements in multikulturellen Gesellschaften. Forschung im Bevölkerungsschutz, Band 11. Bonn.

Geißler, S. (2015): Vulnerable Menschen in der Katastrophe – Hilfebedarfe von vulnerablen Bevölkerungsgruppen und Möglichkeiten der Unterstützung bei anhaltendem Stromausfall in Berlin. Analyse im Rahmen des Forschungsprojekts „Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen“ (Kat-Leuchttürme). Berlin: Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Geißler, S. und Sticher, B. (2014): Hilfeverhalten in Katastrophen und die Folgen für das Katastrophenmanagement am Beispiel des Hochwassers 2013 in Magdeburg. In: Polizei & Wissenschaft, Band 4. S. 53–70.

General-Anzeiger (Hrsg.) (2021): Bürger unterstützt Polizei im Einsatz gegen Plünderer. Abrufbar unter: https://ga.de/region/voreifel-und-vorgebirge/rheinbach/rheinbach-buerger-patrouilliert-gegen-pluenderer_aid-61705653, abgerufen am: 10.08.2023.

Gerhold, L. (2020): COVID-19: Risk perception and Coping strategies. Berlin. DOI: 10.31234/osf.io/xmpk4.

Gerhold, L., Stelzmann, D., Lüttschwager, N. und Sterl, S. (2022): Psychosoziales Lagebild der Bevölkerung während der Corona-Pandemie (LaBeCo). Berlin.

Giebel, D., Groneberg, C., Mangold, B. und Neuhaus, C. (Hrsg.) (2011): Working Paper – Medienanalyse im Projekt SiKomm. Abrufbar unter: [https://www.uni-siegen.de/infme/start_ifm/downloads/working_paper_medienanalyse_2011_formatiert\[1\].pdf](https://www.uni-siegen.de/infme/start_ifm/downloads/working_paper_medienanalyse_2011_formatiert[1].pdf), abgerufen am: 01.05.2023.

Gißler, D. (2019a): Erfolg der Stabsarbeit – Arbeit, Leistung und Erfolg von Stäben der Gefahrenabwehr und des Krisenmanagements im Gesamtkontext von Einsätzen. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Gißler, D. (2019b): Führung und Stabsarbeit trainieren. Stuttgart: Kohlhammer.

Gißler, D. und Fiedrich, F. (2018): Stabsarbeit beurteilen – Objektive Erfassung, Einschätzung und Einordnung der Arbeit von Stäben in Übung und Einsatz mit einem Beobachtungsleitfaden. In: Crisis Prevention, Band 3. S. 54–58.

Gißler, D. und Fiedrich, F. (2021): Bericht zum Workshop „Quo vadis Stabsarbeit? Die Zukunft der Einsatzführung“ am 19.03.2021. Wuppertal: Universität Wuppertal.

Gist, R. und Lubin, B. (Hrsg.) (1989): Psychosocial Aspects of Disaster. New York: Wiley & Sons.

Goersch, H. G. und Knuth, D. (2020): Akkon-Bevölkerungsstudien zu Verhalten, Erleben und Bewältigung der deutschen Bevölkerung in der Corona-Krise – Zwischenbericht. Berlin: Akkon-Hochschule für Humanwissenschaften.

Google (Hrsg.) (2021): Mobilitätsberichte zur Coronakrise. Abrufbar unter: <https://www.google.com/covid19/mobility/>, abgerufen am: 03.05.2021.

Groenendaal, J. und Helsloot, I. (2018): A closer examination of command and control practices by incident commanders during realistic operational exercises in the Netherlands. In: International Journal of Emergency Management, Band 14, Heft 1. S. 51–71. DOI: 10.1504/IJEM.2018.10010174.

Hamburg.de (Hrsg.) (2021): Mietenspiegel Karte. Abrufbar unter: <https://www.hamburg.de/karte-online-mietenspiegel/>, abgerufen am: 03.05.2021.

Hammerl, A., Wollenweber, D. und Saur, H. (2023): Die Zielgruppenmethode zur Strukturierung des Vorgehens für Fachberater PSNV.

Hansen, P. (2014): Psychosocial Interventions. A Handbook (International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, Hrsg.). Copenhagen.

Haritz, M. (2022): Wer führen will, muss üben – Die LÜKEX-Übungsserie. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 387–393.

Heidenreich, A., Köhler, S., Seebauer, S. und Masson, T. (2020): Schutzhandeln bei Hochwasser, Hitze und Co. – Umweltpsychologische Theorien für die Naturrisikoforschung. In: Umweltpsychologie, Band 24, Heft 2. S. 92–109.

Heidt, V., Groneberg, C., Knoch, T. und Helmerichs, J. (2017): Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen – Eine Auswertung naturbedingter Großschadenslagen der letzten fünfzig Jahre in Deutschland. Bericht des Teilprojektes Sozialwissenschaftliche Aspekte und Nutzerakzeptanz. Abrufbar unter: https://smarter-projekt.de/wp-content/uploads/2017/12/Auswertung_Bev%C3%B6lkerungsverhalten_Krisen_Katastrophen_Dezember_2017.pdf, abgerufen am: 21.08.2023.

Heimann, R. (2012): Teamkompetenzen herbeiführen und erhalten – Visualisierung zur Komplexitätsreduktion. In: Felsenreich, C. und Waleczek, H. (Hrsg.): Teamkompetenzen für sicheres Handeln. Schriftenreihe der Plattform Menschen in Komplexen Arbeitswelten e.V. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft. S. 11–32.

Heimann, R. (Juni 2022): Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Polizeibehörden (mündliche Mitteilung).

Heimann, R. (2022): Einsatzlehre der Polizei – Beurteilung der Lage. Die Methode.

Heimann, R. und Hofinger, G. (2022): Stabsarbeit – Konzept und Formen der Umsetzung. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 3–10.

Helmerichs, J. (2018): Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen – Präsentation für den Katastrophenschutz Steiermark. Abrufbar unter: https://www.katastrophenschutz.steiermark.at/cms/dokumente/12645019_4018299/9616ae23/Bev%C3%B6lkerungsverhalten%20in%20Krisen%20und%20Katastrophen%20Pr%C3%A4sentation%20Helmerichs%2021.04.18%20Graz.pdf, abgerufen am: 21.04.2021.

- Helmerichs, J., Fröschke, K. und Hanh, T. (2020):** Anliegen Betroffener von Terroranschlägen oder Katastrophen gegenüber behördlichen Ansprechstellen für Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe. In: *Kriminalistik*, Band 4. S. 217–224.
- Helmerichs, J., Karutz, H. und Geier, W. (2017):** Psychosoziales Krisenmanagement. In: Karutz, H., Geier, W. und Mitschke, T. (Hrsg.): *Bevölkerungsschutz – Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis*. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 285–300.
- Heumüller, E., Richter, S. und Lechner, U. (2014):** Ein konzeptionelles Stabsmodell für die Entwicklung von Stabsrahmenübungen. In: Kundisch, D., Suhl, L. und Beckmann, L. (Hrsg.): *MKWI 2014 – Multikonferenz Wirtschaftsinformatik*. Paderborn: Universität Paderborn. S. 322–334.
- Hobfoll, S. E., Watson, P., Bell, C. C., Bryant, R. A., Brymer, M. J., Friedman, M. J., Gersons, B. P. R., Jong, J. de, Layne, C. M., Maguen, S., Neria, Y., Norwood, A. E., Pynoos, R. S., Reissman, D., Ruzek, J. I., Shalev, A. Y., Solomon, Z., Steinberg, A. M. und Ursano, R. J. (2007):** Five Essential Elements of Immediate and Mid-Term Mass Trauma Intervention – Empirical Evidence. In: *Psychiatry*, Band 70, Heft 4. S. 283–315.
- Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.) (2016):** *Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen*. Berlin: Springer.
- Hofinger, G. und Heimann, R. (2022a):** Ausbildung und Training von Stäben. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): *Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen*. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 369–377.
- Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.) (2022b):** *Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen*. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Hofinger, G., Heimann, R. und Kranaster, M. (2016):** Ausbildung und Training von Stäben. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): *Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen*. Berlin: Springer. S. 235–242.
- Hofinger, G. und Künzer, L. (2020):** Gefahrensituationen – Stress und Panik? In: *Brandschutzbeauftragter*, Band 3. S. 36–39.
- Hofinger, G., Künzer, L., Mähler, M. und Zinke, R. (2021):** Stabsarbeit aus Sicht der Human-Factors-Psychologie. In: Freudenberg, D. und Kuhlmeier, M. (Hrsg.): *Krisenmanagement, Notfallplanung, Zivilschutz – Festschrift anlässlich 60 Jahre Zivil-*

und Bevölkerungsschutz in Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot. S. 187–208.

Hofinger, G., Mähler, M., Zinke, R. und Künzer, L. (2013): Interorganisationale Kooperation und Kommunikation in Großschadenslagen. In: Unger, C., Mitschke, T. und Freudenberg, D. (Hrsg.): Krisenmanagement – Notfallplanung – Bevölkerungsschutz – Festschrift anlässlich 60 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz, dargestellt von Partnern, Freunden und Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Berlin: Duncker & Humblot. S. 211–234.

Holenstein, M. und Köng, A.-L. (2014): Das Verhalten der Bevölkerung in Katastrophen und Notlagen – Literaturstudie im Auftrag des BABS. Zürich: Stiftung Risiko-Dialog.

Horn, V. und Scheppe, C. (2020): Die Corona-Pandemie aus der Sicht alter und hochaltriger Menschen. Abrufbar unter: https://www.sozialpaedagogik.fb02.uni-mainz.de/files/2020/11/Die-Corona-Pandemie-aus-der-Sicht-alter-Menschen_Nov_2020.pdf, abgerufen am: 09.02.2023.

Houghton, R. J., Baber, C., McMaster, R., Stanton, N. A., Salmon, P., Stewart, R. und Walker, G. (2006): Command and control in emergency services operations – a social network analysis. In: Ergonomics, Band 49, Hefte 12–13. S. 1204–1225. DOI: 10.1080/00140130600619528.

Howarth, C., Kantanbacher, J., Guida, K., Roberts, T. und Rohse, M. (2019): Improving resilience to hot weather in the UK – The role of communication, behaviour and social insights in policy interventions. In: Environmental Science & Policy, Band 94. S. 258–261. DOI: 10.1016/j.envsci.2019.01.008.

Huber, E. (19.04.2021): Probleme und Schwierigkeiten bei der Digitalisierung in Behörden (mündliche Mitteilung).

Hunecke, M. (2022): Psychologie und Klimakrise – Psychologische Erkenntnisse zum klimabezogenen Verhalten und Erleben. Berlin, Heidelberg: Springer. DOI: 10.1007/978-3-662-66260-1_4.

Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2020): Infodienst – Nachrichten aus Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement.

Inter-Agency Standing Committee (Hrsg.) (2007): IASC Guidelines on Mental Health and Psychosocial Support in Emergency Settings. Genf: IASC.

James, R. K. und Gilliland, B. E. (2001): Crisis Intervention Strategies. 4. Auflage. Belmont, CA: Wadsworth/Thomson Learning.

- Johnson-Laird, P. N. (1983):** Mental Models – Towards a Cognitive Science of Language, Inference, and Consciousness. Cambridge: Cambridge University Press.
- Juen, B. (2021):** Partizipation vulnerabler Gruppen in der Pandemiebekämpfung – 2. Symposium Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen, virtuell.
- Karutz, H. (2013):** Kinder, Krisen und Katastrophen – Kindgerechte Notfallvorsorge- und Hilfeleistungsstrategien in Deutschland. In: Bevölkerungsschutz, Heft 2. S. 6–9.
- Karutz, H. (2020):** Coronavirus-Pandemie – Psychosoziales Krisenmanagement in Mülheim an der Ruhr. 3. Symposium Psychosoziales Krisenmanagement, online.
- Karutz, H. (2022):** Dokumentation des kommunalen psychosozialen Krisenmanagements während der Coronavirus-Pandemie in Mülheim an der Ruhr (Doko-Psy) – Abschlussbericht für eine Forschungs- und Entwicklungsleistung im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Bonn [unveröffentlichtes Dokument].
- Karutz, H., Fegert, A.-K. und Blank-Gorki, V. (2020):** Kind und Katastrophe (KiKat). Psychosoziale Notfallversorgung für Kinder und Jugendliche in komplexen Gefahren- und Schadenslagen. Faktenblatt zu Handlungsempfehlungen. Hamburg: MSH Medical School Hamburg.
- Karutz, H., Geier, W. und Mitschke, T. (Hrsg.) (2017):** Bevölkerungsschutz. Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis. Berlin, Heidelberg: Springer. DOI: 10.1007/978-3-662-44635-5.
- Karutz, H. und Blank-Gorki, V. (Hrsg.) (2020):** Wege zur Psychosozialen Notfallversorgung – Begegnungen – Erfahrungen – Erinnerungen. Festschrift für Jutta Helmerichs. Edewecht: Verlagsgesellschaft Stumpf & Kossendey mbH.
- Karutz, H., Göntgen, S. und Schwarz, S. (2020):** Schulöffnungserleben bei Jugendlichen – Ergebnisse einer explorativen Studie im Rahmen des kommunalen psychosozialen Krisenmanagements der Coronavirus-Pandemie, Mülheim an der Ruhr.
- Karutz, H., Posingies, C. und Dülks, J. (2022):** Vulnerabilität und Kritikalität des Bildungswesens in Deutschland – Eine Betrachtung aus Sicht des Bevölkerungsschutzes. Forschung im Bevölkerungsschutz 31. Bonn.
- Karutz, H. und Poth, S. (2022):** Daten und Auswertungen zum Psychosozialen Online-Monitoring Sozialer Medien – Anlage 9.6 zur Dokumentation des kommu-

nenal psychosozialen Krisenmanagements während der Coronavirus-Pandemie in Mülheim an der Ruhr (DokoPsy). Hamburg: MSH Medical School Hamburg.

Karutz, H. und Tinla, M. (2021): Kommunales Psychosoziales Krisenmanagement im Rahmen der Coronavirus-Pandemie. In: Trauma & Gewalt, Band 15, Heft 3. S. 222–231.

Karutz, H., Tinla, M., Posingies, C. und Karutz, A. (2022): Dokumentation des kommunalen psychosozialen Krisenmanagements während der Coronavirus-Pandemie in Mülheim an der Ruhr – Abschlussbericht für eine Forschungs- und Entwicklungsleistung im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Hamburg: MSH Medical School Hamburg.

KATRETTTER (o.J.): KATRETTTER – Jede Hilfe hilft! Abrufbar unter: <https://katretter.de/>, abgerufen am: 10.08.2023.

Kern, E.-M. und Mertes, A. (o.J.): Interreg-Projekt – Grenzüberschreitende Krisenbewältigungskapazitäten. Standardisierte Evaluation von Übungen Deutschland – Schweiz – Österreich. Evaluationsinstrument. Abrufbar unter: https://www.zhaw.ch/storage/sml/institute-zentren/ivm/Performance_Management/Interreg/Evaluationsinstrument_ABH099_final.pdf, abgerufen am: 25.01.2023.

Kirschbauer, H. J. und Teichert-Barthel, U. (2011): „Sind Sie noch zu retten?“ – Psychosoziale Notfallversorgung im ÖGD. Positionspapier des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. In: Gesundheitswesen, Band 73. S. 756–760.

Kleinschmidt, H. und Rückheim, S. (2009): Der polizeiliche Planungs- und Entscheidungsprozess im Vergleich – Forschungsbericht. Berlin: Hochschule für Wirtschaft und Recht.

Knauer, G. und Beerlage, I. (2020): Stärkung der Psychosozialen Notfallkompetenz – Gemeinsame Aufgabe für PSNV und Notfallvorsorge. In: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): Bevölkerungsschutz, Heft 1. S. 24–29.

Kneidl, A. und Simon, S. (2021): Crowd Simulation als Planungswerkzeug für Veranstaltungen – Von der psychologischen Theorie in die Praxis. In: Ronft, S. (Hrsg.): Eventpsychologie. Wiesbaden: Springer. S. 543–568.

- Knigge, I., Künzer, L. und Hofinger, G. (2014):** Gemeinsame Lagebilder und inter-organisatorische Kommunikation von Stäben in Großschadenslagen. In: Jenki, M., Ellebrecht, N. und Kaufmann, S. (Hrsg.): Organisationen und Experten des Notfalls – Zum Wandel von Technik und Kultur bei Feuerwehr und Rettungsdiensten. Münster: LIT Verlag. S. 85–106.
- Knox, C. C. und Haupt, B. (Hrsg.) (2020):** Cultural competency for emergency and crisis management – Concepts, theories and case studies. New York, NY: Routledge.
- Konsortium für die Sozial-, Verhaltens-, Bildungs- und Wirtschaftswissenschaften (2023):** Alle Datenzentren. Abrufbar unter: <https://www.konsortswd.de/datenzentren/alle-datenzentren/>, abgerufen am: 10.08.2023.
- Koordinationskreis PSNV NOK (Hrsg.) (2018):** Konzeption der Psychosozialen Notfallversorgung im Neckar-Odenwald-Kreis – Aufbau und Struktur der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) im Neckar-Odenwald-Kreis (PSNV-NOK).
- Kovats, R. S. und Hajat, S. (2008):** Heat stress and public health – a critical review. In: Annual Review of Public Health, Band 29. S. 41–55. DOI: 10.1146/annurev.publhealth.29.020907.090843.
- Kreutz, C. (2009):** Kartierung durch Bürger und Nonprofits im Internet. Abrufbar unter: <http://blog.nonprofits-vernetzt.de/kartierung-durch-burger-und-nonprofits-im-internet-gastbeitrag-von-christian-kreutz>, abgerufen am: 03.05.2021.
- Kreutzer, R. und Allianz Global Corporate & Specialty AG & AZT Risk & Technology GmbH. (Hrsg.) (2008):** Katastrophenschutz auf dem Prüfstand – Analysen, Prognosen und Empfehlungen für Deutschland. München.
- Kuligowski, E. D. (2009):** The process of human behavior in fires – NIST Technical Note 1632, National Institute of Standards and Technology. Abrufbar unter: <http://fire.nist.gov/bfrlpubs/fire09/PDF/f09027.pdf>, abgerufen am: 12.03.2012.
- Kuligowski, E. D. (2016):** Human Behavior in Fire. In: Hurley, M. J., Gottuk, D., Hall, J. R., Harada, K., Kuligowski, E. D., Puchovsky, M., Torero, J., Watts, J. M. und Wiecek, C. (Hrsg.): SFPE Handbook of Fire Protection Engineering. New York, NY: Springer New York. S. 2070–2114.
- Kuligowski, E. D. (2020):** Evacuation decision making and behavior in wildfires – past research, present challenges and a future research agenda. In: Fire Safety Journal, Band 120. S. 1–9.

Künzer, L. (2015): Mythen der Räumung und Evakuierung. In: FeuerTRUTZ Magazin, Heft 4. S. 44–47.

Künzer, L. und Hofinger, G. (2018): Psychologische Einflussfaktoren in Räumungen und Evakuierungen und Hinweise zu Flucht- und Rettungswegen. In: Battran, L. und Mayr, J. (Hrsg.): Handbuch Brandschutzatlas – Grundlagen - Planung – Ausführung. 4. aktualisierte Auflage. Köln: FeuerTrutz.

Künzer, L. und Hofinger, G. (2020): Panic and Fire Protection – Current Insights, Risk factors and Prevention. In: FeuerTrutz International, Heft 1. S. 10–13.

Künzer, L. und Hofinger, G. (2021): Veranstaltungen und Besuchersicherheit – Eine Einführung aus Sicht der Human Factors-Psychologie. In: Ronft, S. (Hrsg.): Eventpsychologie. Wiesbaden: Springer. S. 515–542.

Künzer, L. und Tomczyk, S. (Hrsg.) (2022): Sozialwissenschaftliche Aspekte der Warnung der Bevölkerung – Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt SAWaB. Forschung im Bevölkerungsschutz, Band 29. Abrufbar unter: https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/FiB/FiB-29-sozialwissenschaftliche-aspekte-warnung.pdf?__blob=publicationFile&v=8, abgerufen am: 01.07.2022.

Lamers, C. (2012): Ausbilden im Feuerwehrdienst. In: Rotes Heft, Band 2. 16. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer.

Lamers, C. (2016): Stabsarbeit im Bevölkerungsschutz – Historie, Analyse und Vorschläge zur Optimierung. Edewecht: S+K.

Lamers, C., Röseler, S. und Thielsch, M. T. (2021): Der Corona-Marathon – Was war für Krisenstäbe in der COVID-19-Pandemie hilfreich? In: Notfallvorsorge, Band 2. S. 4–12.

Landkreis Pfaffenhofen (2020): Angelika Stolz und Norbert Ziegler neue Fachberater Psychosoziale Notfallversorgung. Abrufbar unter: <https://www.landkreis-pfaffenhofen.de/alle-meldungen/angelika-stolz-und-norbert-ziegler-neue-fachberater-psycho-soziale-notfallversorgung/>, abgerufen am: 10.08.2023.

Landratsamt Ravensburg (Hrsg.) (2018): Katastrophen-Einsatzplan 2019/2020. Teil 2 Führungsgruppen u. Führungsstäbe (KEP II). Brand- und Katastrophenschutz.

Lasogga, F. und Ameln, F. von (2010): Kooperation bei Großschadensereignissen. In: Gruppendynamik und Organisationsberatung, Band 41, Heft 2. S. 157–176. DOI: 10.1007/s11612-010-0109-4.

Lasogga, F. und Gasch, B. (Hrsg.) (2011): Notfallpsychologie – Lehrbuch für die Praxis. 2. überarbeitete Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. DOI:10.1007/978-3-642-15308-2.

Leuker, C., Hertwig, R., Gumenik, K., Eggeling, L. M., Hechtlinger, S., Kozyreva, A., Samaan, L. und Fleischhut, N. (2020): Wie informiert sich die Bevölkerung in Deutschland rund um das Coronavirus? Umfrage zu vorherrschenden Themen und Gründen, dem Umgang mit Fehlinformationen sowie der Risikowahrnehmung und dem Wissen der Bevölkerung rund um das Coronavirus. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. DOI: 10.17617/2.3247925.

Leven, F.-J. (2021): Stabsarbeit bei Großveranstaltungen – Planung, Durchführung, Nachbereitung von sanitätsdienstlichen Großeinsätzen. Edewecht: Verlagsgesellschaft Stumpf + Kossendey mbH.

Lorenz, D. (2010): Kritische Infrastrukturen aus Sicht der Bevölkerung. Schriftenreihe Sicherheit, Band 3. Berlin: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Lorenz, D. und Voss, M. (2013): „Not a political problem“ – Die Bevölkerung im Diskurs um Kritische Infrastrukturen. In: Hempel, L., Bartels, M. und Markwart, T. (Hrsg.): Aufbruch ins Unversicherbare – Zum Katastrophendiskurs der Gegenwart. Bielefeld: transcript. S. 53–94.

Mähler, M., Hofinger, G., Künzer, L., Zinke, R. und Kather, F. (Hrsg.) (2019): Führungskräfte PSNV. Anforderung und Qualifizierung. Forschung im Bevölkerungsschutz, Band 21. Frankfurt a. M.: Zarbock.

Mähler, M., Hofinger, G., Zinke, R. und Künzer, L. (2021): Psychosoziale Notfallversorgung in komplexen Schadenslagen. In: Freudenberg, D. und Kuhlmeier, M. (Hrsg.): Krisenmanagement, Notfallplanung, Zivilschutz: Festschrift anlässlich 60 Jahre Zivil- und Bevölkerungsschutz in Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot. S. 475–491.

Mähler, M. und Nuth, G. (2022): Fachberater der Psychosozialen Notfallversorgung in Stäben – Hintergründe und praktische Erfahrungen. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 471–478.

Malteser Hilfsdienst e.V. (2021): Hochwasser-Bilanz: Psychosoziale Hilfe rückt in den Vordergrund. Abrufbar unter: https://www.malteser-im-norden.de/news-listenansicht/news-detailansicht/news/hochwasser-bilanz-psycho-soziale-hilfe-rueckt-in-den-vordergrund.html?utm_source=https://www.google.de/, abgerufen am: 10.08.2023.

Manthei, G., Böhlik, U. und Münster, J. (2014): Weiterbildung zum Fachberater PSNV – Erstkonzept. Berlin: Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie.

Martini, S., Fathi, R., Voßschmidt, S., Zisgen, J. und Steenhoek, S. (2015): Ein deutsches VOST? Ein deutsches Virtual Operations Support Team – Potenziale für einen modernen Bevölkerungsschutz. In: Bevölkerungsschutz, Heft 3. S. 24–26.

Mayring, P. (2016): Einführung in die qualitative Sozialforschung – Eine Anleitung zu qualitativem Denken. 6. überarbeitete Auflage. Weinheim, Basel: Beltz.

McLennan, J., Elliot, G. und Omodei, M. (2011): Issues in Community Bushfire Safety – Analyses of Interviews Conducted by the 2009 Victorian Bushfires Research Task Force. Bundoora: La Trobe University.

Mews, A.-L. (2016): Identifikation besonderer Nutzer – Projektinternes Memorandum Nr. 8 im Forschungsprojekt ORPHEUS Optimierung der Rauchableitung und Personenführung in U-Bahnhöfen: Experimente und Simulationen. Ludwigsburg: Team HF.

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2021): Krisenmanagement ohne Strom – Handlungshilfe. Düsseldorf: Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2022): Katastrophenschutz der Zukunft – Abschlussbericht des vom Minister des Innern berufenen Kompetenzteams Katastrophenschutz. Abrufbar unter: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/berkompetenzteam2_0.pdf, abgerufen am: 09.02.2023.

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (Hrsg.) (2016): Krisenmanagement durch Krisenstäbe im Lande Nordrhein-Westfalen bei Großeinsatzlagen, Krisen und Katastrophen. Abrufbar unter: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=62020161021103137880, abgerufen am: 25.01.2023.

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021): VOSTbw. Virtual Operations Support Team. Abrufbar unter: <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/krisenmanagement/virtual-operations-support-team/>, abgerufen am: 23.04.2021.

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2021a): Karriere. NRW. Ein Land. Viele Möglichkeiten, MWIDE NRW. Abrufbar unter: <https://open.nrw/open-government/opennrw-projekte/stellenmarktnrw>, abgerufen am: 03.05.2021.

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2021b): Open Government, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. Abrufbar unter: <https://open.nrw/open-government>, abgerufen am: 03.05.2021.

Mitschke, T. und Karutz, H. (2017): Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bevölkerungsschutz. In: Karutz, H., Geier, W. und Mitschke, T. (Hrsg.): Bevölkerungsschutz – Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 153–166.

Mittermüller, J. (2019): Kultur und Hitze – Anpassungspraktiken im Kontext migrantischer Lebenswelten – Eine soziokulturelle Studie in einer Münchner Neubausiedlung. München: Ludwig-Maximilians-Universität.

Müller, T. (2021): Psychische Folgen des Klimawandels – Öko-Angst und Hitze-stress. In: InFo Neurologie + Psychiatrie, Band 23, Heft 6. DOI: 10.1007/s15005-021-1988-3.

Münster, J. (22.02.2022): Die Fachberatung Psychosoziale Notfallversorgung und das Lagebild Bevölkerungsverhalten (mündliche Mitteilung).

Neumann, O., Leuschner, V., Besser, G. und Sommer, F. (2021): Psychosoziale Notfallversorgung nach einem Terroranschlag – Ein praxisorientierter Leitfaden für Einsatzkräfte. Abrufbar unter: <https://nbn-resolving.org/html/urn:nbn:de:kobv:b1533-opus-3608>, abgerufen am: 22.07.2022.

Nohl, A.-M. (2017): Interview und Dokumentarische Methode – Anleitungen für die Forschungspraxis. 5. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-16080-7.

OECD (2020): Die Coronakrise darf nicht zur Integrationskrise werden. Abrufbar unter: <https://www.oecd.org/berlin/presse/die-coronakrise-darf-nicht-zur-integrationskrise-werden.htm>, abgerufen am: 14.03.2022.

Oesterreich, K. (2020): Gewalt gegen Einsatzkräfte – Grundlagen einer strukturierter Eigensicherung. Stuttgart: Kohlhammer.

Ohder, C. (2018): KatLeuchttürme – Bevölkerungsnaher Katastrophenschutz. Hilfebedarfe, Hilfeerwartung und Hilfsbereitschaft der Bevölkerung in Katastrophensituationen. In: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): Tagungsband LÜKEX 2018 – 2. Thementag: Bedeutung einer längerfristigen Unterbrechung der Gasversorgung für den Bevölkerungsschutz. Bonn. S. 68–77.

Onder, C., Röpcke, J., Sticher, B., Geißler, S. und Schweer, B. (2014): Hilfebedarf und Hilfsbereitschaft bei anhaltendem Stromausfall – Ergebnisse einer Bürgerbefragung in drei Berliner Bezirken. Berlin: Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Onder, C. und Sticher, B. (2013): Ansätze für ein bevölkerungsnahes und aktivierendes Krisen- und Katastrophenmanagement. In: Unger, C., Mitschke, T. und Freudenberg, D. (Hrsg.): Krisenmanagement – Notfallplanung – Bevölkerungsschutz – Festschrift anlässlich 60 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz, dargebracht von Partnern, Freunden und Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Berlin: Duncker & Humblot. S. 53–70.

Onder, C., Sticher, B., Geißler, S. und Schweer, B. (2015): Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen – Teilprojekt: Bürgernahes Krisenmanagement aus sozialwissenschaftlicher und rechtlicher Perspektive. Berlin: Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Orangotango (Hrsg.) (o. J.): Handbuch Kollektives Kritisches Kartieren – Ein Wegweiser für gemeinschaftliche Betrachtung und Veränderung unserer Territorien des Alltags. 2. Auflage. Abrufbar unter: https://orangotango.info/wp-content/uploads/Handbuch_Kollektives_Kritisches_Kartieren__Auflage_2_kollektiv_orangotango.pdf, abgerufen am: 21.08.2023.

Osarek, K. und Künzer, L. (2022): Evaluation von Stabsübungen. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 419–428.

PDV 100 (2012): Polizeidienstvorschrift 100 – Führung und Einsatz der Polizei. Verchlussache – Nur für den Dienstgebrauch. Nur teilweise veröffentlicht.

Perren-Klingler, G. (Hrsg.) (2015a): Psychische Gesundheit und Katastrophe – Internationale Perspektiven in der psychosozialen Notfallversorgung. Berlin: Springer.

Perren-Klingler, G. (2015b): Salutogenese und Ressourcenarbeit als Basis der PSNV. In: Perren-Klingler, G. (Hrsg.): Psychische Gesundheit und Katastrophe – Internationale Perspektiven in der psychosozialen Notfallversorgung. Berlin: Springer. S. 37–53.

Petermann, T. (2011): Was bei einem Blackout geschieht – Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls. Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Band 33. Berlin: edition sigma.

Pirsit, T., Ermes, B. und Hölscher, J. (2021): Regionalentwicklungsbericht. Schriftenreihe Verband Region Stuttgart, Band 35. Bonn: Verband Region Stuttgart.

Plapp, T. (2002): Erdbeben, Stürme, Hochwasser – unvorhersehbar, unkontrollierbar, schrecklich? Zur Wahrnehmung und Bewertung von Risiken aus extremen Naturereignissen. Bonn: Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV).

Projekt COVID-19 Snapshot MOnitoring (2022): COSMO – COVID-19 Snapshot Monitoring. Ergebnisse aus dem wiederholten querschnittlichen Monitoring von Wissen, Risikowahrnehmung, Schutzverhalten und Vertrauen während des aktuellen COVID-19 Ausbruchsgeschehens. Abrufbar unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web>, abgerufen am: 10.08.2023.

Projektgruppe LÜKEX (Hrsg.) (2007): Auswertung der dritten länderübergreifenden Krisenmanagementübung „LÜKEX 2007“ der Projektgruppe LÜKEX. Bonn. Abrufbar unter: https://www.dkkv.org/fileadmin/user_upload/Covid-19/2007_LUEKEX_Pandemie_Auswertung.pdf, abgerufen am: 17.04.2021.

Quarantelli, E. L. (1999): Disaster Related Social Behavior: Summary of 50 Years of Research Findings. University of Delaware: Disaster Research Center. Abrufbar unter: <https://udspace.udel.edu/handle/19716/289>, abgerufen am: 21.08.2023.

Ravens-Sieberer, U., Kaman, A., Otto, C., Adedeji, A., Napp, A.-K., Becker, M., Blanck-Stellmacher, U., Löffler, C., Schlack, R., Hölling, H., Devine, J., Erhart, M. und Hurrelmann, K. (2021): Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSY-Studie. In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, Band 64. S. 1512–1521. DOI: 10.1007/s00103-021-03291-3.

Referat für Gesundheit und Umwelt Stadt München (Hrsg.) (2018): Koordinierungsstelle Psychosoziale Notfallversorgung bei Katastrophen und Großschadensereignissen in München. München: Referat für Gesundheit und Umwelt.

Reiter, J., Dittmer, C., Lorenz, D. F. und Voss, M. (2018): Katastrophen und Katastrophenvorsorge in Jena aus Sicht der Bevölkerung. Berlin: Katastrophenforschungsstelle (KFS). DOI: 10.17169/refubium-1322.

Rezabek, R. J. (2000): Online Focus Groups – Electronic Discussions for Research. In: Forum: Qualitative Social Research Sozialforschung, Band 1, Heft 1. Abrufbar unter: <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1128/2510>, abgerufen am: 05.02.2021.

- Rhein-Neckar-Zeitung (2020):** Coronavirus-Quarantäne. So hilft die Psychosoziale Notfallversorgung den Isolierten. Abrufbar unter: https://www.rnz.de/region/neckartal-odenwald/buchen_artikel,-coronavirus-quarantaene-so-hilft-die-psycho-soziale-notfallversorgung-den-isolierten-_arid,502999.html, abgerufen am: 10.08.2023.
- Richwin, R., Schopp, N. und Helmerichs, J. (2019):** Der blinde Fleck – Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen. In: Bevölkerungsschutz, Band 3. S. 29–31.
- Robinson, G. (2009):** Arson suspects arrested. Abrufbar unter: <https://www.smh.com.au/national/arson-suspects-arrested-20090212-850t.html>, abgerufen am: 09.02.2023.
- Ronchi, E., Wong, S., Suzuki, S., Theodori, M., Wadhwani, R., Vaiciulyte, S., Gwynne, S., Rein, G., Kristoffersen, M., Lovreglio, R., Marom, I., Ma, C., Antonellis, D., Zhang, X., Wang, Z. und Masoudvaziri, N. (2021):** Case studies of large outdoor fires involving evacuations. DOI: 10.5281/zenodo.4504853.
- RP-Energie-Lexikon (Hrsg.) (2023):** Stromausfall. Abrufbar unter: <https://www.energie-lexikon.info/stromausfall.html>, abgerufen am: 10.08.2023.
- Ruoslahti, H. und Lonka, H. (2022):** D2.3 Evaluation Methods. INEGMA-E². Abrufbar unter: <https://civil-protection-knowledge-network.europa.eu/system/files/2022-12/D2.3%20Evaluation%20methods.pdf>, abgerufen am: 22.01.2023.
- Samad, A., Douglas Revell, K. und Emel Ganapati, N. (2020):** Diversity During a Storm – Accommodating Religious Minorities in an Evacuation Shelter. In: Knox, C. C. und Haupt, B. (Hrsg.): Cultural competency for emergency and crisis management – Concepts, theories and case studies. New York, NY: Routledge. S. 143–161.
- Schein, E. und Schein, P. (2017):** Organisationskultur und Leadership. 5. Auflage. München: Verlag Franz Vahlen.
- Schein, E. H. (2004):** Organizational Culture and Leadership. 3. Auflage. San Francisco: Jossey-Bass.
- Scherm, E. und Pietsch, G. (2007):** Organisation – Theorie, Gestaltung, Wandel. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag. DOI: 10.1524/9783486844009.
- Schicht, G. und Sticher, B. (2013):** Nach der Übung ist vor der Krise – Modulares Krisenstabstraining. Human factors, Band 4. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.

- Schmersal, E., Dahremöller, C., Oschmiansky, H., Schulze, M. und Max, M. (2020):** Dokumentation von Einsatzlagen – Teil 2: Der Stromausfall in Berlin-Köpenick im Februar 2019. Dokumentationen von Einsatzlagen – Schriftenreihe der Forschung, Band 7. Berlin.
- Schmersal, E., Oschmiansky, H., Wilson, J., Scharf, L., Kippnich, U., Schulze, M. und Max, M. (2019):** Dokumentation von Einsatzlagen – Teil 1: Die Schneelage in Bayern 2019 aus Sicht des Bayerischen Roten Kreuzes. Dokumentationen von Einsatzlagen – Schriftenreihe der Forschung, Band 7. Berlin.
- Schmidt, S. und Galea, E. (Hrsg.) (2013):** Behaviour – Security – Culture (BeSeCu). Lengerich: Pabst Science Publishers.
- Schmidt, S., Hannig, C., Kietzmann, D. und Knuth, D. (2018):** Interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz. Forschung im Bevölkerungsschutz, Band 20. Bonn.
- Schmidt, S., Hulse, L. und Galea, E. (2013):** Background. In: Schmidt, S. und Galea, E. (Hrsg.): Behaviour – Security – Culture (BeSeCu). Lengerich: Pabst Science Publishers. S. 11–26.
- Schmidt, S., Knuth, D. und Hannig, C. (2013):** Die Psychologie im Bevölkerungsschutz – Grundlagen und aktuelle Forschungsthemen. In: Unger, C., Mitschke, T. und Freudenberg, D. (Hrsg.): Krisenmanagement – Notfallplanung – Bevölkerungsschutz – Festschrift anlässlich 60 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz, dargestellt von Partnern, Freunden und Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Berlin: Duncker & Humblot. S. 341–352.
- Schopp, N. (2016):** Bevölkerungsverhalten im Krisenfall – Deutungsmuster und Handlungsfolgen aus Sicht der Feuerwehren. Salzgitter, Suderburg, Wolfsburg: Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften.
- Schorr, C., Biegert, A., Weber, T., Max, M. und Schulze, M. (2014):** Die Rolle von ungebundenen HelferInnen bei der Bewältigung von Schadensereignissen – Teil 1. Untersuchung am Beispiel Hochwasser 2013 in Sachsen. Schriften der Sicherheitsforschung, Band 1. Abrufbar unter: <https://www.drk.de/forschung/schriftenreihe/schriften-der-forschung-band-i/>, abgerufen am: 28.08.2020.
- Spiegel Panorama (Hrsg.) (2021):** Gaffer in Flutgebieten. »Die wollen sich das Elend anderer Leute anschauen«. Abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/flutkatastrophe-gaffer-veraergern-die-betroffen-wir-sind-alle-stinksauer-a-5b8e5697-c4da-4b6c-812c-a142e312983f>, abgerufen am: 10.08.2023.

Spiegel Wissenschaft (2022): Schätzung des RKI: 4500 Menschen könnten im Sommer in Deutschland an Hitze gestorben sein. Abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/hitzewelle-rki-schaetzt-4500-todesfaelle-im-sommer-2022-in-deutschland-a-bf8c5cc8-9a47-4a74-ae1-095652bbaf43>, abgerufen am: 10.08.2023.

Schulz, M. (2012): Quick and easy!? Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft. In: Schulz, M., Mack, B. und Renn, O. (Hrsg.): Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft – Von der Konzeption zur Auswertung. Wiesbaden: Springer. S. 9–23.

Schulze, K., Lorenz, D. und Voss, M. (2017): Menschliches Verhalten bei Katastrophen. In: Schuchardt, A., Peperhove, R. und Gerhold, L. (Hrsg.): Situationsbezogene Helferkonzepte zur verbesserten Krisenbewältigung. Ergebnisse aus dem Forschungsverbund ENSURE, Band 22. Berlin. S. 1349.

Schulze, K., Schander, J., Jungmann, A. und Voss, M. (2019): Bedarfe und Ressourcen in Extremsituationen mit Fokus auf hilfs- und pflegebedürftige Menschen – Deskriptive Darstellung der Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung. KFS Working Paper, Band 15. Berlin: Freie Universität Berlin. Abrufbar unter: http://edocs.fu-berlin.de/docs/receive/FUDOCS_document_000000028751, abgerufen am: 18.06.2019.

Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2011): Vierter Gefahrenbericht. Schriften der Schutzkommission, Band 4.

Scriven, M. (1972): Die Methodologie der Evaluation. In: Wulf, C. (Hrsg.): Evaluation – Beschreibung und Bewertung von Unterricht, Curricula und Schulversuchen. München: R. Piper & Co. S. 60–91.

Sims, C. J. (2015): The Human Terrain system – Operationally relevant Social Science research in Iraq and Afghanistan. Carlisle Barracks, PA: United States Army War College.

Sonnenmoser, M. (2013): Psychologische Erste Hilfe – Traumatisierungen wird vorgebeugt. In: Deutsches Ärzteblatt PP, Band 11, Heft 7. S. 306 f. Abrufbar unter: <https://www.aerzteblatt.de/archiv/142801/Psychologische-Erste-Hilfe-Traumatisierungen-wird-vorgebeugt>, abgerufen am: 25.04.2021.

Spektrum Akademischer Verlag (Hrsg.) (2001): Bevölkerung. Abrufbar unter: <https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/bevoelkerung/897>, abgerufen am: 18.08.2020.

- Spielvogel, C. und Reissig-Hochweller, R. (Hrsg.) (2018):** Taschenbuch Stabsarbeit. 2. überarbeitete Auflage. Stuttgart: Boorberg.
- Spisak, M. (2018):** Kultursensitive Führung – Was Sie über die Organisationskultur wissen müssen, um erfolgreich zu führen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Stadt Mülheim an der Ruhr (Hrsg.) (2020a):** Daten, Fakten, Aktuelles – Arbeitsmarkt und SGB II-Leistungsbezug am 31.12.2019. Abrufbar unter: https://www.muelheim-ruhr.de/cms/shared/datei_download.php?uid=8f94eee6c6e9f89700aa0a14f3aacfa8, abgerufen am: 24.08.2020.
- Stadt Mülheim an der Ruhr (Hrsg.) (2020b):** Daten, Fakten, Aktuelles – Bevölkerungsbestand am 31.12.2019. Abrufbar unter: https://www.muelheim-ruhr.de/cms/shared/datei_download.php?uid=112c4901c12ef6f6fc8b2d3a73650a9b, abgerufen am: 24.08.2020.
- Statistisches Bundesamt (2023):** Gesellschaft und Umwelt. Bevölkerung. Abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/_inhalt.html, abgerufen am: 10.08.2023.
- Sticher, B. (2016):** Psychologische Aspekte des Krisenmanagements und der Krisenstabsarbeit. Berlin: Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.
- Stout, R. J., Cannon-Bowers, J. A., Salas, E. und Milanovich, D. M. (1999):** Planning, Shared Mental Models, and Coordinated Performance – An Empirical Link Is Established. In: Human factors, Band 41, Heft 1. S. 61–71. DOI: 10.1518/001872099779577273.
- Strack, M. (2012):** Organisationskultur in Competing Values Model – Messeigenschaften der deutschen Adaption des OCAI. In: Journal of Business and Media Psychology, Band 3, Heft 12. S. 30–41. Abrufbar unter: <https://www.researchgate.net/publication/224953933>, abgerufen am: 07.03.2022.
- Strohschneider, S. (2016):** Die Kunst der Stabsarbeit – Ein Essay. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. Berlin: Springer. S. 17–22.
- Strott, M. und Demel, J. T. (2015):** Übungen – Planung und Durchführung. Landsberg am Lech: ecomed SICHERHEIT.

Stüben, M. (2021): Wesentliche Erkenntnisse als PSNV-Führungskraft während der Hochwasserlage im Ahrtal 2021. Online-Vortrag. 4. Symposium Psychosoziales Krisenmanagement.

Tagesschau (2021): Fehlersuche nach der Katastrophe. Abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ueberblick-katastrophenschutz-101.html>, abgerufen am: 10.08.2023.

Tamsma, P. (2018): Gesunde Lebenswelten schaffen – Setting- und Lebensweltansatz. München, Ravensburg: Grin.

Thieme, U. und Hofinger, G. (2012): Stabsarbeit und „Ständige Stäbe“ bei der Polizei – Sicherheit durch Professionalisierung. In: Badke-Schaub, P., Hofinger, G. und Lauche, K. (Hrsg.): Human Factors – Psychologie sicheren Handelns in Risikobranchen. 2. überarbeitete Auflage. Berlin: Springer. S. 275–291.

Tubbs, J. S. und Meacham, B. J. (2007): Egress design solutions – A guide to evacuation and crowd management planning. Hoboken, NJ: Wiley & Sons.

Tuckman, B. W. (1965): Developmental Sequence in Small Groups. In: Psychological Bulletin, Band 63, Heft 6. S. 384–399. DOI: 10.1037/h0022100.

Tutt, L. (2019): Digitale Lageerkundung – Erstellung eines psychosozialen Lagebildes. In: Im Einsatz, Band 26. S. 44–48.

Urban Data Platform Hamburg (o. J.a): Aktuelles. Abrufbar unter: <http://www.urbandataplattform.hamburg/>, abgerufen am: 10.08.2023.

Urban Data Platform Hamburg (o. J.b): Anwendungen. Abrufbar unter: <https://www.urbandataplattform.hamburg/anwendungen/>, abgerufen am: 10.08.2023.

Urban Data Platform Hamburg (o. J.c): Urbane Daten – ohne sie geht fast nichts mehr! Hamburg auf dem Weg zur Digitalen Stadt. Abrufbar unter: <https://www.urbandataplattform.hamburg/was-ist-die-urban-data-platform-hamburg>, abgerufen am: 10.08.2023.

Vahs, D. (2012): Organisation – Ein Lehr- und Managementbuch. 8. Auflage. Stuttgart: Schäffer Poeschel.

Van der Heyden, B. (o. J.): Seelsorge und psychosoziale Notfallversorgung im Fall einer Überlastung der Krankenhäuser infolge der COVID-19-Pandemie. Abrufbar unter: <https://notfallseelsorge.ekir.de/wp-content/uploads/2020/06/Seelsorge->

[und-PSNV-bei-Ueberlastung-der-Kapazitaeten-5.pdf](#), abgerufen am 31.08.2023.

Van Ooyen, R. C. (2006): Community Policing. In: Lange, H. J. (Hrsg.): Wörterbuch zur Inneren Sicherheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 44–48. Abrufbar unter: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-90596-9_12, abgerufen am: 01.05.2023.

Verband der Feuerwehren in NRW, Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in NRW und Arbeitsgemeinschaft der Leiter hauptamtlicher Feuerwachen in NRW (Hrsg.) (2021): Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen – Vorschläge für eine Weiterentwicklung. Wuppertal: Verband der Feuerwehren in NRW e.V.

Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes e.V. (Hrsg.) (2021): Expertenkommission Starkregen – 2. Auswertung 25.10.2021. Zusammenführung der geclusterten Expertenbeiträge. Abrufbar unter: <https://www.vfdb.de/forschung/umfragen/expertenkommission-starkregen>, abgerufen am 31.08.2023

Voss, M. (2017): Rede zur Festveranstaltung 30 Jahre KFS – 30 Jahre sozialwissenschaftliche Katastrophenforschung – Rückblick und Ausblick. KFS Vorträge Nr. 01. Berlin: Katastrophenforschungsstelle (KFS).

Voßschmidt, S. (2013): Betroffene sind Beteiligte auch in Krisen- und Katastrophenmanagement – Rechtsfragen und soziale Konstruktion in einer Risikogesellschaft. In: Unger, C., Mitschke, T. und Freudenberg, D. (Hrsg.): Krisenmanagement – Notfallplanung – Bevölkerungsschutz – Festschrift anlässlich 60 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz, dargebracht von Partnern, Freunden und Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Berlin: Duncker & Humblot. S. 519–557.

Wahl, S. (2020): Behördliche Katastrophenkommunikation und Partizipation der Bevölkerung. Berlin: Freie Universität Berlin.

Wegner, M., Heil, M. und Schiemann, A. (2021): Forschungsprojekt „Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte – GeVoRe“. In: Kriminologie – Das Online-Journal, Band 3, Heft 1. DOI: 10.18716/ojs/krimoj/2021.1.3.

Weitkunat, G. (2020): Der Rationalitätsmythos der Stabsarbeit. In: Barthel, C. (Hrsg.): Managementmethoden in der Verwaltung. Wiesbaden: Springer. S. 268–284.

Wiener, A. und Kahn, H. (1962): Crisis and Arms Control. Washington, D. C.: Hudson Institute.

Wikipedia (2023a): Hochwasser in West- und Mitteleuropa 2021. Abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Hochwasser_in_West-_und_Mitteleuropa_2021, abgerufen am: 10.08.2023.

Wikipedia (2023b): Landkreis Aichach-Friedberg. Abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Landkreis_Aichach-Friedberg#cite_note-Metadaten_Einwohnerzahl_DE-BY-1, abgerufen am: 10.08.2023.

Wilk, W. und Wilk, M. (2007): Psychologische Erste Hilfe bei Extremereignissen am Arbeitsplatz – Arbeitsunfall – Gewaltverbrechen – Tod. Praxisleitfaden mit zahlreichen Beispielen und Checklisten. Berlin: Erich Schmidt Verlag.

Wise, T., Zbozinek, T. D., Michelini, G., Hagan, C. C. und Mobbs, d. (2020): Changes in risk perception and protective behavior during the first week of the COVID-19 pandemic in the United States. R. Soc. Open Sci.7: 200742. DOI: 10.31234/osf.io/dz428.

Wißmann, H., Smend, R., Uffeheimer, B., Klein, G., May, G., Lerner, R. E., Asendorf, U. und Ratschow, C. H. (1982): Eschatologie. In: Balz, H. R., Hall, S. G., Hebblethwaite, B. L., Hentschke, R., Lanczkowski, G., Mehlhausen, J., Müller-Lauter, W., Ratschow, C. H., Schäferdiek, K., Schröer, H., Seebaß, G. und Thoma, C. (Hrsg.): Theologische Realenzyklopädie, Band 10. De Gruyter.

Wolbers, J. und Boersma, K. (2013): The common operational picture as collective sensemaking. In: Journal of Contingencies and Crisis Management, Band 21, Heft 4. S. 187.

ZDF (2022): Zahlen der WHO: 2022 mindestens 15.000 Hitzetote in Europa. Abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/who-hitzetote-europa-2022-100.html>, abgerufen am: 10.08.2023.

ZEIT ONLINE (2021a): Flutkatastrophe. THW klagt über Angriffe auf Helfende. Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/politik/2021-07/flutkatastrophe-nrw-eifel-technisches-hilfswerk-hochwasser>, abgerufen am: 10.08.2023.

ZEIT ONLINE (Hrsg.) (2021b): Polizei räumt von Querdenkern genutzte Schule im Hochwassergebiet. Abrufbar unter: https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-07/querdenker-hochwasser-rheinland-pfalz-polizei-raeumung-grundschule?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F, abgerufen am: 10.08.2023.

Zimbardo, P. G. und Gerrig, R. J. (2015): Psychologie. 20. aktualisierte Auflage. Hallbergmoos: Pearson.

Zinke, R. und Hofinger, G. (2022): Lagebesprechungen und gemeinsame mentale Modelle. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 159–166.

Anhang A: Handreichung für Stäbe



Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	309
1. Einleitung	311
2. Was sind Lagebilder in der Stabsarbeit?	315
2.1 Lagebilder und Lageberichte	316
2.2 Form und Darstellung von Lagebildern	318
3. Was ist ein Lagebild Bevölkerungsverhalten?	321
4. Wer ist „die“ Bevölkerung?	325
4.1 Vulnerable Gruppen	328
4.2 Bedarfe und Bedürfnisse	331
4.3 Ressourcen, Selbsthilfefähigkeit und Helfende	333
4.4 Einsatzkräfte als Teil der Bevölkerung	335
5. Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen	337
5.1 Welches Verhalten von Menschen in Krisen und Katastrophen ist meist erwartbar?	339
5.2 Welche Faktoren können bei verschiedenen Krisen und Katastrophen das Bevölkerungsverhalten beeinflussen?	342

6.	Informationen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	345
6.1	Vor einer Lage grundsätzlich vorhandene Informationen	347
6.2	Informationen, die während einer Lage erhoben werden	350
6.3	Unterstützung für die Erhebung von Informationen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	352
7.	Die Rolle der Fachberatung PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten	355
7.1	Was ist eine Fachberatung PSNV und welche Aufgaben hat sie im Stab?	356
7.2	Welche Informationen kann die Fachberatung PSNV in das Lagebild Bevölkerungsverhalten des Stabs einbringen?	357
8.	Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in Übungen und Einsatzauswertungen	359
8.1	Integration des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Übungen	360
8.2	Beobachtung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten	362
9.	Orientierungshilfen für Stäbe	365
9.1	Orientierungshilfe zur Etablierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhaltens	367
9.2	Orientierungshilfe zur Erstellung und Führung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten während einer Lage	369
	Literaturverzeichnis	372
	Bisherige Publikationen	376

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis



Abbildung 1	Beispiele für die Gliederung von Lagebild und Lagebericht durch Lagefelder in verschiedenen Stäben – ohne Bevölkerungsverhalten (Erstellerin: Gesine Hofinger)	318
Tabelle 1	Potenziell vulnerable Gruppen (die Tabellenspalten sind als separate Auflistungen zu verstehen, nicht als direkte Gegenüberstellung der Gruppen)	329
Tabelle 2	Orientierungshilfen zur Etablierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten	367
Tabelle 3	Orientierungshilfen zur Erstellung und Führung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten während einer Lage	369

Einleitung

1



Krisen- und Führungsstäbe im Bevölkerungsschutz dienen der Lagebewältigung und damit dem Schutz der Bevölkerung. Dennoch kommt „Bevölkerung“ in den Lagebildern von Stäben häufig nur in Form von Übersichten über Verletzte, Vermisste oder Verstorbene, Unterbringung etc. vor. So bleibt „Bevölkerung“ ein passives, zu verwaltendes Schutzobjekt, dessen Eigeninitiative ggf. sogar stört.

In den letzten Jahren wird in den Diskussionen zur Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes zunehmend das **Schlagwort „Bevölkerung als Akteur“** verwendet. Hier geraten **Selbsthilfefähigkeiten**, wie z. B. durch ungebundene Helferinnen und Helfer, Nachbarschaftshilfe etc. in den Blick. Aber auch die **aktive Einflussnahme** auf Lagen und die Äußerung von Bedürfnissen durch soziale Medien, Demonstrationen und anderes stehen im Fokus. Krisen- und Führungsstäbe stehen also vor der Aufgabe, sich mit der Bevölkerung differenzierter zu beschäftigen als bisher. Dies dient dazu, dem Schutzauftrag gerecht zu werden – auch, indem mögliches Potenzial der Bevölkerung für die Bewältigung der Lage erkannt und genutzt wird. Das entspricht dem modernen Ansatz eines **Psychosozialen Krisenmanagements**.

Ein Zugang dazu ist das **„Lagebild Bevölkerungsverhalten“**. Dieses kann in Führungsstäben ein oder mehrere Lagefelder umfassen; in Krisenstäben kann es als Fachlage Teil des Lagebilds bzw. -berichts sein. Besonders relevant scheint das Lagebild Bevölkerungsverhalten für komplexe, längerfristige Lagen.

Für ein **differenzierteres Verständnis** der Bevölkerung braucht es zunächst Hintergrundkenntnisse darüber, wie z. B. die Bevölkerung zusammengesetzt ist (z. B. Einwohnerstruktur, Sozialdaten): „Bevölkerung als Akteur“ wird so zu „Bevölkerungsgruppen als Akteure“. Auch sollte bekannt sein, welches Verhalten in bestimmten Lagen zu erwarten ist und welches eher nicht. Mit diesem Wissen kann besser festgelegt werden, welche **Informationen** szenarienspezifisch für ein Lagebild wichtig sind, aus welchen möglichen Quellen diese Informationen zu gewinnen sind und wie diese schließlich in ein Lagebild Eingang finden können.

Um diese Fragen erstmals zu adressieren, wurde vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe das **Forschungsprojekt „LaBS – Lagebild Bevölkerungsverhalten in Stäben“** an der Friedrich-Schiller-Universität Jena gefördert (02/2020–01/2023). In diesem Rahmen entstand die vorliegende Hand-

reichung. Sie fasst **anwendungsorientiert** Projektergebnisse knapp zusammen. Für Details und ausführliche Quellenverzeichnisse wird auf die **Projektberichte** verwiesen.

Die Handreichung wurde von etlichen Praktikerinnen und Praktikern in Workshops diskutiert oder gegengelesen. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Ziel und Voraussetzungen der Anwendung

Diese Handreichung stellt vor, wie das Lagebild Bevölkerungsverhalten Eingang in die Arbeit von (Verwaltungs-)Stäben finden kann. Sie hilft, Wissen über **benötigte Daten** und über das **Verhalten** verschiedener Bevölkerungsgruppen in die Stabsarbeit zu integrieren.

Es sei angemerkt, dass die vorliegende Handreichung nicht „fertig“ ist – sie soll zum **Weiterdenken** anregen. Beispielsweise wird diskutiert, welche Personengruppen in spezifischen Lagen vulnerabel, also verletzlich, sind. Je nach Lage wird es weitere, bisher nicht in den Blick geratene Gruppen geben.

Viele Informationen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten sollten bereits vor einer akuten Lage bereitgestellt und gepflegt werden. Das Lagebild Bevölkerungsverhalten benötigt deshalb **Vorplanung und Vorstrukturierung** durch die entsprechend verantwortlichen (oder zu benennenden) Mitarbeitenden des Stabs. Diese Handreichung soll daher auch dazu ermutigen, sich bereits in der **Planung** für verschiedene Krisen mit der zu schützenden Bevölkerung **intensiver zu befassen**.

Um ein Lagebild Bevölkerungsverhalten erfolgreich zu führen, müssen **psychosoziale Themen** als integraler Bestandteil der Stabsarbeit verstanden werden. Wenn solche Themen als bremsend oder störend empfunden werden, wird es schwerfallen, Bevölkerung als Akteure auf Augenhöhe zu denken. Dies erfordert eine Kulturentwicklung in Verwaltungen und ihren Stäben. Da entsprechende Vorgaben und Normen noch fehlen, ist die Etablierung dieser Themen eine wichtige Führungsaufgabe.

Wenn Stäbe sich neu mit dem Thema befassen, kann es ein Startpunkt sein, die Fachberatung der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV; Kap. 7.1) in die Stabsarbeit und auch in Übungen einzubeziehen. Ihre Erkenntnisse sind ein wichtiger Teil des Lagebilds Bevölkerungsverhalten. Ein anderer Ansatzpunkt ist die Etablierung und Pflege von Kommunikationskanälen mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Struktur der Handreichung

Im Folgenden wird zunächst aufgegriffen, was ein Lagebild ist und welche Funktionen es hat (Kap. 2), da nach Erfahrung der Autorinnen v. a. Verwaltungsstäbe häufig kein systematisches **Lagebild** führen. Weiter wird gezeigt, welche Arten von Informationen das **Lagebild Bevölkerungsverhalten** beinhalten sollte (Kap. 3). Was unter „**Bevölkerung**“ verstanden wird und welche Gruppen unterschieden werden können (Kap. 4), führt zu der Frage, welches **Verhalten** von Menschen in Krisen und Katastrophen aufgrund bisheriger Forschung wahrscheinlich ist (Kap. 5). Ausgerüstet mit diesem Grundverständnis wird diskutiert, welche **Informationen** für das Lagebild Bevölkerungsverhalten wann und durch wen erhoben werden können (Kap. 6). Die Rolle der **Fachberatung PSNV** für das Lagebild Bevölkerungsverhalten, ihre Möglichkeiten und Grenzen sowie die Idee einer **Fachberatung Psychosoziales Krisenmanagement** werden in Kap. 7 aufgegriffen. Für Stäbe, die das Thema auch in **Übungen** aufgreifen wollen, bietet Kap. 8 Anregungen.

Merksätze und **Definitionen** sind zur schnelleren Übersicht in **orangenen** Kästen hervorgehoben. Die Inhalte werden durch **Beispiele** und **Vertiefungen** in **blauen** Kästen ergänzt. Jedes Kapitel schließt mit **Fragen**, die den Stäben helfen sollen, ihr Lagebild Bevölkerungsverhalten vorzubereiten, zu erstellen und zu pflegen (**grüne** Kästen). Abschließend sind **Orientierungshilfen** zu finden (Kap. 9), die die **praktische Arbeit** unterstützen. Die erste Orientierungshilfe dient der grundlegenden **Erstellung** eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten. Die Fragen aus den grünen Kästen am Ende der einzelnen Kapitel werden hier wieder aufgegriffen.

Das Quellenverzeichnis dieser Handreichung enthält einige relevante Publikationen zur weiteren Lektüre für Interessierte. Für das vollständige Verzeichnis zugrunde liegender Literatur wird auf das Literaturverzeichnis in diesem Buch verwiesen. Im Text werden die Quellen mit Nummern in eckigen Klammern zitiert.

In der Handreichung sind

- **Merksätze** und **Definitionen** zur schnelleren Übersicht in **hellorange**n Kästen
- **Beispiele** und **Vertiefungen** in **blauen** Kästen,
- Fragen zur Anregung für die Vorbereitung, Erstellung und Pflege des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in **hellgrünen** Kästen und in den **Orientierungshilfen**,
- **Orientierungshilfen**, **Literaturangaben** und ein **Ablaufdiagramm**.

Was sind Lagebilder in der Stabsarbeit?



2

Ein Lagebild ist eine „übersichtliche Darstellung wesentlicher Sachverhalte zu einer Situation in textlicher und/oder visualisierter Form als Ergebnis der Aufbereitung von Informationen“ (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [BBK], o. J.).

Ein Lagebild bündelt demnach **zielgerichtet, die als wesentlich eingeschätzten Informationen** zur Lage zu einer bestimmten Zeit. Es reduziert somit Komplexität sowie Koordinationsbedarf für den Stab bzw. die Einsatzleitung. Es dient als Grundlage für Entscheidungen und die Anordnung von Maßnahmen. Mittels des Lagebilds kann der Stab einen validen, nachvollziehbaren und möglichst vollständigen Überblick erhalten und Handlungsfelder und Bedarfe identifizieren. Das Lagebild wird aus Sicht der jeweiligen Fachrichtung erstellt und dient den jeweiligen Einsatzziele. Lagebilder bzw. Bestandteile davon sollten aber auch interorganisational verständlich und austauschbar sein.

Zur Strukturierung werden verschiedene Informationen nach thematischen Feldern geordnet. Diese werden häufig „**Themenfelder**“ oder „**Lagefelder**“ genannt.

Informationen über die aktuelle Lage sind erst sinnvoll und plausibel, wenn sie vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Verständnisses bezüglich der Ziele, der Aufgaben und der Arbeitsweise der handelnden Akteure und Akteurinnen aufgenommen und begriffen werden. Ein Lagebild ist deshalb mehr als „Zahlen, Daten, Fakten“, es transportiert durch (Einsatz-)Ziele, Priorisierung, Bewertung, Prognosen etc. ein **ganzheitliches Verständnis** der Lage (Gißler 2019, Hofinger und Heimann 2022, Knigge et al. 2014).

Ein Lagebild ist **szenarienspezifisch und dynamisch**, d. h., es muss fortwährend an die aktuelle Situation angepasst werden. Für die Darstellung im Lagebild können je nach Lage verschiedene Parameter ausgewählt und dargestellt werden. Mindestens sollten

- Schutzgut (z. B. betroffene Bevölkerung, Kritische Infrastruktur),
- Gefahren (vorliegende und erwartete),
- Hilfeleistungspotenziale (z. B. Ressourcen, Einsatzkräfte)

betrachtet werden (Beerlage et al. 2006). Neben der **Schadens- oder Einsatzlage** sollte die allgemeine Lage (z. B. Zeit, Wetter, Örtlichkeiten, Rahmenbedingungen, orts-/situationsspezifische Besonderheiten) im Lagebild enthalten sein. Auch die **eigene Aufbauorganisation** ist Teil des Lagebilds (Zuständigkeiten, Erreichbarkeiten). Zudem sollte aus einem Lagebild deutlich werden, was der Zeithorizont ist, wo Handlungsbedarfe bestehen und ob Informationen fehlen oder unsicher sind.

Bei der **regelmäßigen Aktualisierung** des Lagebilds werden Lageveränderungen sowie Prognosen festgehalten und der **Status** angeordneter **Maßnahmen** sowie ihre Auswirkungen können nachverfolgt werden. Somit kann auch überprüft werden, inwieweit die Einsatzziele erreicht werden.

Die relevanten Informationen können analog oder digital schriftlich oder in visueller Form dargestellt werden. Die schriftliche Form wird in Führungsstäben häufig „Lagemeldung“ oder „Lagebericht“ genannt. Dieser kann Texte, Grafiken und Bilder beinhalten. In Verwaltungsstäben wird der Begriff „Lagebild“ häufig sowohl für die strukturierte Textform wie für die Visualisierung verwendet. Die jeweils verwendeten Lage- oder Themenfelder strukturieren sowohl die visuelle wie die schriftliche Darstellung.

Die Visualisierung des Lagebilds kann im Lagezentrum an den Wänden projiziert oder manuell angebracht sein. Hier werden Karten, Informationsgrafiken und -Tabellen, Zeitstrahlen, Maßnahmenübersichten, Kräfteübersichten etc. verwendet. Die Textform ist in manchen Bundesländern vorgegeben (z. B. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2016).

Abbildung 1 zeigt je ein Beispiel für die Strukturierung der Lagedarstellung und des Lageberichts (in dem psychosoziale Aspekte noch kaum vorkommen).

Beispiel für die **Gliederung der Lagedarstellung** im Führungsstab

- Allg. Lage, z. B. Wetter
- Schadenslage: Ort, Zeit, Gefahren/Schäden
- Verletzte/Infizierte, Tote
- Eigene Kräfte
- BAO (Besondere Aufbauorganisation) mit Kontakten
- Medienlage
- Weitere relevante Themen/Lagefelder, z. B. Versorgung, Unterbringung
- Maßnahmen mit Status

Beispiel für die **Gliederung eines Lageberichts** im Verwaltungsstab

- Allgemeine Lage
- Schadensereignis/Gefahrenlage
- Schadensabwehr/Gefahrenabwehr
- Prognose der Lageentwicklung
- Presse-/Medienlage
- Besondere Vorkommnisse

Abbildung 1: Beispiele für die Gliederung von Lagebild und Lagebericht durch Lagefelder in verschiedenen Stäben – ohne Bevölkerungsverhalten (Erstellerin: Gesine Hofinger)

Anregungen zum Lagebild

- Wie werden im Krisenstab Lageinformationen **systematisch** zu einem **Lagebild** zusammengeführt?
- **Wozu dient** das Lagebild (z. B. Entscheidungsfindung, Überblick, Berichtgrundlage)?
- Werden **Entscheidungsbedarfe** aus dem Lagebild deutlich?
- Wie ist das Lagebild **gegliedert**? Gibt es Lagfelder?
- Sind im Lagebild **Aufgaben(bereiche)** und Status von Maßnahmen ersichtlich?
- Wird das Lagebild für den Stab **visualisiert**? Wo und wie?
- Wann und wie wird das Lagebild **aktualisiert**? Wie werden **Veränderungen** zum vorherigen Lagebild erkennbar gemacht?
- Dient das Lagebild der **Dokumentation**?
- Wie wird das Lagebild selbst **dokumentiert**?
- Wer sind **Adressaten** des Lagebilds, in und außerhalb der eigenen Organisation?

Was ist ein Lagebild Bevölkerungsverhalten?

3



Die oben genannten Parameter Schutzgut, Gefahren und Hilfeleistungspotenzial werden in Bezug auf die Bevölkerung oft gar nicht oder nur sehr unzureichend in Lagebildern erfasst. Dadurch besteht die Gefahr, dass wichtige Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz unterbleiben oder fehlgehen, aber auch, dass Hilfs- und Unterstützungspotenziale sowie Möglichkeiten der Selbsthilfe nicht genutzt werden.

Wird ein Lagebild zu Bevölkerung(sgruppen) geführt, kann dieses **einen Themenbereich des Lagebilds** (ein Lagefeld) bilden. Oder es kann ein **eigenes Lagebild (Fachlage)** zur Bevölkerung geführt werden. Form und Umfang hängen von der Aufgabe des Stabs und der Lage ab. Es sollte aber immer Teil des Gesamtlagebilds sein.

Dabei ist es nicht ausreichend festzuhalten, wie viele Menschen z. B. verletzt sind oder untergebracht werden müssen. Dies sind zweifelsfrei wichtige Informationen, aber der Bevölkerungsschutz sollte als Schutzziel nicht nur die körperliche, sondern auch die psychische Gesundheit der Menschen im Blick haben. Konkret bedeutet das einerseits den Einbezug von Psychosozialer Notfallversorgung in die Überlegungen und andererseits die Berücksichtigung der geistig-emotionalen Verfassung der Bevölkerung sowie mögliches Verhalten.

Zusammenhänge, in denen „Bevölkerung“ bislang vorrangig in Lagebildern vorkommt:

- Betroffene einer Schadenslage (z. B. Verletzte, Tote, Infizierte)
- Versorgung und Unterbringung
- Bevölkerungs-Informationen
- Warnung der Bevölkerung

Wird Bevölkerung nicht mehr nur als schutzbedürftig wahrgenommen, sondern auch als Akteur bzw. eine Vielzahl von Akteursgruppen gesehen, geraten auch Ressourcen und (Selbst-)Hilfepotenziale in den Blick, z. B. Kommunikationskanäle, Spontanhilfe, oder auch verfügbare materielle Ressourcen. Eine frühzeitige aktive Verbindung zu verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermöglicht es dem Stab, aktuelle und valide Informationen zu erhalten und in Interaktion mit Betroffenen agieren zu können.

Was sollte ein Lagebild Bevölkerungsverhalten beinhalten? Im Projekt wurde die folgende Festlegung getroffen, deren Begriffe in den folgenden Kapiteln erläutert werden (Mähler et al. 2023)

„Das Lagebild Bevölkerungsverhalten erfasst

- **Status,**
- **(Unterstützungs)Bedarfe und Bedürfnisse,**
- **Ressourcen und Resilienzpotenziale,**
- sowie das erwartete und gezeigte **Verhalten**

der jeweils direkt oder indirekt **betroffenen** bzw. **involvierten Bevölkerung.**

Dabei umfasst Bevölkerung die Menschen, die sich in einem Wirkungsbereich eines Ereignisses aufhalten, von diesem betroffen oder daran beteiligt sein könnten.

Mit **Status** ist eine **Beschreibung der von einer Lage betroffenen Bevölkerungsgruppe** gemeint. „Betroffene“ bezeichnet hier Menschen, die als Gruppe in einer Lage besondere Merkmale aufweisen, aufgrund derer sich ein Stab mit ihnen beschäftigen muss – sei es, dass sie Hilfe und Unterstützung benötigen oder dass sie Hilfe und Unterstützung bieten können. Zudem gibt es direkt und indirekt Betroffene: So sind zu evakuierende Personen eines Gebiets z. B. bei Hochwasser direkt betroffen. Menschen, die aufgrund überspülter Straßen Umwege fahren müssen, sind indirekt betroffen.

Zu empfehlen ist im Stab immer die Überlegung, welche Bevölkerungsgruppen aufgrund welcher Umstände in einer konkreten Lage in welcher Weise direkt oder indirekt betroffen sind, welche möglichen Gefahren sie bedrohen bzw. welche Art von Hilfe und Unterstützung sie leisten können.

Bedarfe und Bedürfnisse (Kap. 4.2) lassen sich aus der Beschreibung der Gruppen und aus Überlegungen, in welcher Situation sie sich befinden bzw. welche Schäden/Gefahren ihnen drohen, ableiten.

Direkt von einem Hochwasser betroffene Menschen brauchen womöglich Rettung oder Unterstützung bei einer Evakuierung sowie Unterbringung und Versorgung. Indirekt betroffene Gruppen, die aufgrund unterspülter Infrastruktur eine Straße nicht benutzen können, müssen gewarnt, informiert und umgeleitet werden.

Lagebewertungen und Maßnahmen richten sich unter anderem danach, **welches Verhalten von der Bevölkerung erwartet** oder **festgestellt** wird, bspw. ob sie einer Evakuierungsanordnung folgt, ob mit steigender Aggression oder auch großer Hilfsbereitschaft zu rechnen ist. Studien vergangener Hitzewellen zeigen beispielsweise, dass bei steigenden Temperaturen zunächst mit einer Zunahme von Aggression und Gewaltbereitschaft zu rechnen ist (bis etwa 32 Grad Celsius), sich bei höheren Temperaturen jedoch eher Apathie und Erschöpfung ergeben. Bei einer länger andauernden Lage sollte die emotionale und psychische Befindlichkeit der Bevölkerung **regelmäßig in Erfahrung gebracht** und die **Veränderungen dokumentiert** werden. Aktuell gibt es dafür noch keine standardisierten, einfachen Instrumente.

Resilienzpotenziale ergeben sich zum einen aus den **persönlichen Umständen** der Menschen, ob sie sich z. B. in guter, gesicherter **sozialer Situation** befinden oder ob sie über ein persönliches oder familiäres **Netzwerk** verfügen, auf das sie in Notlagen zurückgreifen können. Eine gute **Notfallvorsorge** der Bürgerinnen und Bürger durch z. B. Vorratshaltung stärkt ihre Resilienz. Auch die **individuelle Erfahrung und Selbstwirksamkeit** haben einen Einfluss darauf, wie verletzlich sich jemand in einer Krisensituation fühlt. Resilienz geht einher mit **Unterstützungs- und Hilfe-potenzialen**, die Menschen sich selbst oder anderen leisten können. Diese Potenziale beinhalten z. B. das Teilen von Informationen oder Lebensmitteln bis hin zur aktiven Unterstützung Fremder, z. B. bei Aufräumarbeiten nach einem Hochwasser oder auch die Aufnahme und Unterbringung fremder Menschen im eigenen privaten Bereich.

Anregungen zum Lagebild Bevölkerungsverhalten

- Kommt die **Bevölkerung** bzw. relevante Bevölkerungsgruppen und ihr **Verhalten** im Lagebild vor? Wenn ja, wie?
- Wie werden im Lagebild **Bedarfe** und **Bedürfnisse** der betroffenen Bevölkerung aufgenommen?
- Wie werden neben **Betroffenheit** und **Gefährdungen** auch **Ressourcen** der Bevölkerung(sgruppen) betrachtet?
- Gibt es **Stabsmitglieder**, die Daten/Informationen über die Bevölkerung **gewinnen, zusammenführen, interpretieren** und für das Lagebild **aufbereiten** können?

Wer ist „die“ Bevölkerung?

4



Wenn in diesem Text von Bevölkerung gesprochen wird, so ist dabei festzuhalten: **„Die Bevölkerung“ gibt es nicht.**

Die Bevölkerung ist keine einheitliche Gruppe, sie besteht vielmehr aus **vielfältigen Gruppierungen**. Diese können nach verschiedenen Kriterien wie Alter, Geschlecht, Kultur, Ethnizität, Beruf, Weltanschauungen und anderen mehr zusammengefasst und beschrieben werden. Innerhalb dieser Gruppen muss noch weiter differenziert werden. Für Stäbe ist die unmittelbare Betroffenheit durch das Ereignis eine wichtige Differenzierung.

„Ältere Menschen“ werden oft allgemein als vulnerabel und eingeschränkt mobil, also in einer Krisenlage besonders verletzlich beschrieben. Jedoch wird meist nicht genau definiert, ab wann jemand „älter“ ist und was das bedeutet. In Bezug auf körperliche und mentale Fitness gibt es aber große Unterschiede. Gleichzeitig ist bekannt, dass ältere Menschen eher hilfsbereit sind. Eine pauschale Eingruppierung von „älteren Menschen“ als vulnerabel entspricht also nicht der Realität. Damit überschätzt man leicht die Anzahl von Menschen, die Hilfe benötigen, und unterschätzt, wie viele Menschen sich selbst und anderen helfen können.

Bei der Beschreibung der Bevölkerung gilt es auch Personen zu bedenken, die sich in einem Gebiet aufhalten, aber nicht dort wohnen, die sogenannte **Aufenthaltsbevölkerung**. Dazu zählen z. B. Touristinnen und Touristen oder Pendlerinnen und Pendler. Diese verfügen ggf. über weniger Orts- und Sprachkenntnis und sind z. B. bei lagebedingten eingeschränkten Fortbewegungsmöglichkeiten durch Sperrungen, Ausfällen des ÖPNV als zusätzliche Gruppe am Schadensort oder im Umfeld mit in die Betrachtung (Information, Versorgung, Unterbringung etc.) einzubeziehen.

Ziel des Lagebilds Bevölkerungsverhalten ist nicht, die jeweilige Aufenthaltsbevölkerung komplett zu beschreiben. Es muss jeweils identifiziert werden, **welche Bevölkerungsgruppen** von einer konkreten Lage **besonders betroffen sind bzw. sein könnten** und welche Charakteristika sie aufweisen. Dies kann für wiederkehrende Lagen im Vorfeld in Form von Checklisten und Übersichten erarbeitet und diese dann je dynamisch ergänzt werden. Aus der konkreten Situation dieser Be-

völkerungsteile und den möglichen Schäden, die sie erleiden könnten, lassen sich mögliche Bedarfe und Bedürfnisse sowie Ressourcenpotenziale ableiten.

Anregungen zur Berücksichtigung der Bevölkerung

- Welche **Bevölkerungsgruppen** gibt es im Zuständigkeitsbereich des Stabs (z. B. Anwohnende, Belegschaft von Betrieben, Behördenmitarbeitende, Touristinnen und Touristen, Pendlerinnen und Pendler etc.)?
- Welche Teile der Bevölkerung sind von welchen Lagen möglicherweise **direkt und welche indirekt** betroffen?
- Welche **charakteristischen Merkmale** haben diese Gruppen (z. B. Alter, Migrations-/Sprachhintergrund, Einschränkungen etc.)?
- Wer hat **Zugang** zu den einzelnen Bevölkerungsgruppen?

Vulnerabilität bedeutet **Verletzlichkeit**. In Zusammenhang mit einer Krise oder einem Schadensereignis geht es um die Feststellung von Bevölkerungsgruppen, die eine **erhöhte Schadensanfälligkeit** aufweisen. Manche dieser Gruppen bedürfen nicht nur der besonderen Betrachtung und Berücksichtigung, sondern sie können auch Auslöser einer Lage oder auch besonderer Teil einer Lage werden.

Dabei gibt es **keine definitive oder vollständige Liste** von vulnerablen Bevölkerungsgruppen. Wer vulnerabel ist, ergibt sich durch die **spezifische Lage** und die **Bedrohungen** für verschiedene Bevölkerungsgruppen.

Vulnerable Gruppen und das Ausmaß der Vulnerabilität sind nicht in jeder Lage gleich. Da Vulnerabilität keine feste Eigenschaft der Personen ist, sondern es auf die jeweilige Situation ankommt, wird auch von „Personen in vulnerablen Situationen“ gesprochen (Fathi und Fiedrich 2022).

Beispiele

- Migrantinnen und Migranten sind nur in wenigen Lagen als vulnerable Gruppe zu verstehen, v. a. jedoch, wenn Sprachdefizite eine Rolle in der Bewältigung der Lage spielen. Auch dann sind nur diejenigen, die nicht oder nicht ausreichend Deutsch sprechen oder nicht durch soziale Kontakte Unterstützung erfahren, besonders vulnerabel.
- Eine mobilitätseingeschränkte Person in guten Wohnverhältnissen ist in einer Hitzelage nicht unbedingt besonders vulnerabel.
- Die Räumung eines Heims für pflegebedürftige Personen oder auch Menschen mit Behinderungen aus einem Brand- oder Flutgebiet ist eine besondere und zusätzliche Herausforderung, wenn sie in der Planung nicht angemessen berücksichtigt wurde.

Im Sinne von Gruppen, die potenziell als vulnerabel zu betrachten sind, kann die unten stehende Tabelle 1 (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) nützlich sein:

Tabelle 1: Potenziell vulnerable Gruppen (die Tabellenspalten sind als separate Auflistungen zu verstehen, nicht als direkte Gegenüberstellung der Gruppen)

Themenbereich	Meist vulnerable Gruppen	Lagespezifisch potenziell vulnerable Gruppen
Gesundheit/Einschränkungen	Alte und hochbetagte Personen	Personen mit Vorerkrankungen (z. B. Herz-Kreislauf bei Hitze, Diabetes bei Medikamentenknappheit)
	Mobilitäts- oder anderweitig eingeschränkte Personen	Dialysepatientinnen und Dialysepatienten und (z. B. bei Störung der Infrastruktur)
	Pflegebedürftige	Psychisch kranke Personen
	Personen mit Säuglingen und Kleinkindern	
	Frauen mit fortgeschrittener Schwangerschaft	
	Drogenabhängige	Personen unter Rauschmitteleinfluss
Wohnsituation	Straßenkinder	Obdachlose und Personen in prekären Wohnsituationen (z. B. Hitze)
		Personen, die an hochwassergefährdeten Gewässern leben (z. B. bei Sturzfluten)
		Personen, die in abgelegenen Orten wohnen (z. B. bei extremen Schneelagen, Waldbrand, Hochwasser)
Sprach- und Ortskenntnisse	Migrantinnen und Migranten, die die deutsche Sprache nicht (gut) verstehen	Orts- und sprachunkundige Touristinnen und Touristen und Geschäftsreisende
		Migrantinnen und Migranten (z. B. bei Diskriminierung in bestimmten Lagen)
Arbeitssituation		Arbeitende Eltern (z. B. bei Schulschließungen während Pandemie)
		Personen, die zur Arbeit Schutzkleidung tragen müssen (z. B. bei Hitze, während Pandemie)
		Mitarbeitende in KRITIS-Unternehmen Einsatzkräfte
Aufenthalt	Personen, die sich illegal im Land aufhalten	Personen, die sich in Quarantäne begeben müssen

Ein Stab ist nicht automatisch in jeder Lage für alle vulnerablen Gruppen zuständig. Zunächst greifen jeweils die Selbsthilfe und die Verantwortlichkeit anderer Stellen. Beispielsweise müssen sich Heime bei lang andauernden Hitzelagen um die Versorgung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner kümmern. Erst wenn deren Ressourcen nicht ausreichen, kann es sein, dass der Stab aktiv werden muss.

Es ist jeweils zu prüfen, welche vulnerablen Gruppen sich im Gefährdungs- und Schadensbereich aufhalten und welche der Stab unterstützen muss.

Anregungen zur Berücksichtigung vulnerabler Gruppen

- **Welche Gruppen** sind in der spezifischen Lage besonders vulnerabel?
- Welche **charakteristischen Merkmale** lassen sich für die verschiedenen Gruppierungen festhalten (z. B. sozio-demografische Merkmale, räumliche Verortung etc.)?
- Welchen **Herausforderungen** sehen sich diese Gruppen gegenüber (z. B. fehlende Sprachkenntnis, fehlender Informationsempfang, Umweltbarrieren)?
- Von welchen **Schäden/Gefahren** sind sie bedroht? Wodurch können für sie in der konkreten Lage Schwierigkeiten entstehen (z. B. für Pflegebedürftige mit Beatmungsgerät bei Stromausfall, Menschen in prekären Wohnverhältnissen bei Hitze oder Kälte)?
- Was **brauchen** die einzelnen Gruppen (z. B. Notstromaggregat, Unterbringung, Versorgung, Kinderbetreuung, Informationen etc.)?
- Welche Gruppen werden bei verschiedenen **Lageentwicklungen** zusätzlich gefährdet oder weniger gefährdet?
- Um welche dieser Gruppen muss sich **der Stab kümmern**? Um welche nicht und wer kümmert sich um diese?

Die Begriffe „Bedarf“ und „Bedürfnis“ werden in verschiedenen Wissenschaften und auch im Bevölkerungsschutz uneinheitlich verwendet. Nach Eindruck der Autorinnen wird im Bevölkerungsschutz der Begriff „**Bedarf**“ häufig im Sinne eines „**Sollwerts**“ aufgefasst – als das, „**was gebraucht wird**“, z. B. Bedarf an Infrastruktur, Ressourcen, Personal.

Bedürfnisse werden eher als Ausdruck oder Folge eines **erlebten Mangels** verstanden. Ein vorhandener Bedarf wird also als Bedürfnis erlebt – beide Begriffe werden häufig gemeinsam genannt. Allerdings wird Bedarf oft als objektiv und Bedürfnis als subjektiv eingestuft. Das wird häufig mit einer Bewertung als mehr oder weniger relevant verbunden. Das kann zu einer falschen Einschätzung darüber, was betroffene Menschen brauchen, führen – über individuelle Bedürfnisse können nur die Betroffenen Auskunft geben.

Beispiele für körperliche und geistig-seelische Bedürfnisse:

- Das Bedürfnis nach Essen zeigt Energiemangel an.
- Das Bedürfnis nach Information ist Ausdruck mangelnder Situationskontrolle.

Im Folgenden werden als **Bedarf** die **benötigten materiellen und immateriellen Ressourcen** verstanden. Damit kann auch Information, Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV), Unterbringung etc. als Bedarf verstanden werden. **Bedürfnisse** werden als **subjektiv wahrgenommene Mangelzustände** definiert.

Woher weiß man, was gebraucht wird? **Bedarfe** in diesem Sinn können z. B. über **Merkmale von Personengruppen, Verletzungsmuster, Infrastrukturausfälle** etc. erhoben werden. **Bedürfnisse** in Krisenlagen wurden übergreifend in vielen empirischen Studien erfasst (vgl. Kap. 5). Auf die aktuell (potenziell) betroffene Bevölkerung lässt sich dieses Wissen grundsätzlich übertragen, muss aber differenziert und an die aktuelle Situation angepasst werden. Beispielsweise ist bekannt, dass Menschen in einer Krise informiert werden wollen. Vorab können Informationskanäle v. a. in den sozialen Medien identifiziert und ggf. hergestellt werden. Welche und wie detaillierte Informationen verschiedene Gruppen in einer konkreten

Lage brauchen und wie diese bereitgestellt werden sollten, muss herausgefunden werden. Zur Erfassung von Bedürfnissen sind also Kenntnisse der **sozialwissenschaftlichen Literatur** und **Ad-hoc-Erhebungen** nötig. Für die Erhebung in akuten Situationen oder bei besonderen Gruppen ist es ratsam, Kontakt und eine beständige Verbindung zu den Bedürfnisgruppen aufzunehmen und zu halten. Nur so können die tatsächlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Anregungen zu Bedarfen und Bedürfnissen

- Weiß der Stab, was die betroffenen Bevölkerungsgruppen konkret **brauchen**?
- Wie werden Bedarfe und Bedürfnisse in der aktuellen Lage **erhoben**?
- Wie werden **immaterielle Bedürfnisse** berücksichtigt, z B. PSNV oder das Bedürfnis nach Information?
- Werden Bedarfe **über die Akutlage hinaus** berücksichtigt, z. B. beim Wiederaufbau?

Die Bevölkerung bzw. betroffenen Bevölkerungsgruppen sollten auch in Krisenlagen nicht nur als „Opfer“ oder ein passives, zu verwaltendes Schutzobjekt betrachtet werden.

Die meisten Menschen bleiben **entscheidungs- und handlungsfähig**, auch wenn sie Hilfe brauchen. Viele Menschen können **sich selbst und anderen helfen**.

Die **Selbsthilfefähigkeit** der Bevölkerung wird heute oft als gering eingeschätzt, vor allem, was materielle Notbevorratung für längere Lagen (> 6 Tage) angeht (Ohder 2018). Andererseits kommen viele Menschen in Krisen meist besser zurecht, als erwartet wird.

Die Hilfsbereitschaft ist besonders hoch gegenüber Personen, die im eigenen räumlichen Umfeld leben (**Nachbarschaftshilfe** (Ohder 2018, Schmersal et al. 2019)). Aber Menschen nehmen auch stundenlange Anreise in Kauf, um als sogenannte **ungebundene Helferinnen und Helfer** mit anzupacken. Dies wurde z. B. in den Hochwasserlagen der vergangenen Jahre immer wieder deutlich. Diese Freiwilligen kommen unabhängig von der Planung eines Stabs. Sie sollten vom Stab vorrangig als Ressource betrachtet werden, nicht als Organisationsproblem. Hier gilt es, Strukturen zu schaffen, die eine Nutzung dieses Potenzials erlauben und der Entwicklung von Konflikten vorbeugen.

Die informellen **Ressourcenpotenziale** sollte der Stab unbedingt beachten und wo immer möglich in die Krisenbewältigung mit einbeziehen. Dabei sollte zwischen der eher lokalen Nachbarschaftshilfe und der Unterstützung durch externe ungebundene Helfende unterschieden werden, da Letztere **weitere Bedarfe** mit sich bringen (z. B. Verpflegung, Unterbringung), die es in der Lage zu bedenken gilt. Im Lagebild Bevölkerungsverhalten sollten sie entsprechend erfasst und bedacht werden.

Diese Themen können bei ungebundenen Helferinnen und Helfern für den Stab relevant sein:

- Art der Mobilisierung und Organisation, Möglichkeiten der Kontaktaufnahme durch den Stab
- Helfenderegistrierung (Ablauf und Datenschutz)
- Kommunikations-Infrastrukturen und -medien zur Koordination und zum Informationsaustausch
- Sicherstellung der Vermittlung und des Erreichens von Einsatzorten
- Vermittlung von notwendigem Wissen über die aktuelle Lage und zugehörige Aufgaben
- Versorgung und Verpflegung, wie Aufenthaltsräume für Pausen und Schlafplätze, Dauer der Hilfe bzw. Ablösung, PSNV
- Hygiene, Waschmöglichkeiten, sanitäre Anlagen
- Arbeitsmaterialien, ggf. Schutzkleidung
- Versicherung, (Arbeits-)Schutz, Rechtsgrundlagen
- Schutz vor Personen, die die Arbeit behindern könnten

Anregungen zur Berücksichtigung der Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung

- Wie sind die Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung einzuschätzen? Welche kann der Krisenstab **stärken und koordinieren**?
- Wer könnte **Nachbarschaftshilfe/Unterstützung** leisten? Gibt es Gruppen, die informell anderen helfen (können) (z. B. Nachbarn, Vereine, Facebook-Gruppen)? Welche Formen von **Selbstorganisation** gibt es in der Bevölkerung?
- Welche Art von **Hilfe** kann von wem geleistet werden (z. B. Versorgung, Unterbringung, Sprachmittlung, Sandsäcke befüllen)?
- Kommen Helfende aus **entfernteren Regionen**? Welche Bedarfe ergeben sich für diese (Koordination, Versicherung, Ausrüstung, Transport, Versorgung etc.)?
- Gibt es Personal im Stab, um die ungebundenen Helfenden zu **koordinieren**?

Auch Einsatzkräfte gehören zur Bevölkerung. Sie haben je nach Lage möglicherweise besondere Bedarfe und Bedürfnisse. Sie können selbst von einer Lage betroffen sein. Oder die Lage stellt besondere körperliche und mentale Anforderungen, die über die normalen Einsatzlagen hinausgehen.

- Einsatzkräfte können z. B. während einer Hitzelage durch das Tragen von Schutzkleidung physisch und psychisch besonders belastet sein. Sie brauchen dann mehr Flüssigkeit, mehr Erholung und frühere Ablösung.
- Manche Ereignisse führen zu einer erhöhten psychischen Belastung von Einsatzkräften, z. B. das Auffinden von Leichen bei Hochwasser oder die Betreuung von Betroffenen eines Terroranschlags.
- Familien bzw. Angehörige von Einsatzkräften können unmittelbar von einer Lage betroffen sein. Durch die Tätigkeit als Einsatzkraft kann den Angehörigen nicht geholfen oder diese können nicht erreicht werden. Dies kann sich auf die Belastung und Einsatzfähigkeit von Einsatzkräften auswirken und muss Berücksichtigung finden.

Bei „**Einsatzkräften**“ denkt man häufig nur an Feuerwehr, Polizei, Hilfsorganisationen und ggf. Militär, also die Kräfte der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Aber bei der Bewältigung großer Schadens- und Krisenlagen sind viele weitere Menschen im Einsatz. **Verwaltungen** und **KRITIS-Unternehmen** setzen Personal ein, z. B. aus Ordnungs-, Gesundheits- und Sozialamt oder aus Logistik- und Kommunikationsabteilungen. Auch die Mitglieder von **Verwaltungsstäben** zählen zu dieser Art Einsatzkräfte. Diese Personengruppen haben häufig keine spezifische Ausbildung für die besonderen Belastungen einer Krise. Zugleich werden sie häufig nicht als Einsatzkräfte „mitgedacht“. Auch eine psychosoziale Betreuung für sie fehlt häufig, während die BOS eine eigene PSNV für Einsatzkräfte (**PSNV-E**) haben. In einigen Bereichen wird deshalb inzwischen **PSNV für Mitarbeitende (PSNV-M)** angeboten (Karutz und Tinla 2021).

Die verschiedenen **ingesetzten Kräfte** der BOS, der **Verwaltungen** und von **Unternehmen** mit ihren **Bedarfen bzw. Bedürfnissen** in der aktuellen Lage gehören in das Lagebild Bevölkerungsverhalten. Dabei geht es nicht um ihre Verwendung im Einsatz, sondern um die **Einsatzkräfte als Teil der Bevölkerung**.

Anregungen zur Berücksichtigung von Einsatzkräften als Teil der Bevölkerung

- Welche **Einsatzkräfte** arbeiten in der aktuellen Lage? Welche davon gehören **nicht zu den BOS**?
- Um welche Einsatzkräfte und **Mitarbeitende der Verwaltung** muss sich der Stab **kümmern**?
- Welche besonderen **Bedarfe** aufgrund der Lage könnten **Einsatzkräfte** und andere beteiligte **Mitarbeitende** haben?
- Was **benötigen** diese für den Einsatz bzw. ihre **Einsatzfähigkeit** (z. B. Versorgung, Information, Kinderbetreuung)?
- Wurde ihre Einsatzfähigkeit und deren Bedingung in der internen **Planung** für Notfälle und Krisen berücksichtigt?
- Wer übernimmt die **Psychosoziale Notfallversorgung** auch für die Einsatzkräfte der Verwaltung und andere, nicht den BOS zugehörigen Gruppen von Einsatzkräften (**PSNV-M**)?
- Hat der Stab die Belastungen der **Stabsmitglieder** im Blick?

Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen

5



Ebenso wenig wie es „die Bevölkerung“ gibt, gibt es „das Verhalten der Bevölkerung“. Die Bevölkerung ist heterogen, aus vielen Gruppen und Individuen zusammengesetzt. Das Verhalten von Menschen in Krisen und Katastrophen ist generell schwer vorhersagbar. **Konkrete Verhaltensvorhersagen für einzelne Personen(gruppen) sind schwierig bis unmöglich.** Dennoch ist es für die Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten wichtig zu wissen, welches Verhalten generell in Krisenlagen erwartbar sein könnte und wie sich bestimmte Bedingungen auf das Verhalten auswirken können.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die **Kommunikation der Behörden** zentral für das Verhalten von Menschen in Krisen und Katastrophen ist: Eine angemessene Kommunikation über das Ereignis und zugehörige Maßnahmen kann sicheres und schnelles Handeln der Bevölkerung begünstigen.

Informationen bzw. Warnungen sollten **zeitnah, sachlich-eindeutig, verständlich, leicht zugänglich und möglichst mehrsprachig** bereitgestellt werden. Dabei ist es wichtig, Gerüchte und Falschinformationen richtigzustellen. Informationsquellen sollten angegeben werden.

Je transparenter Informationen zum Ereignis und zu den Maßnahmen von den Behörden dargestellt werden und je verlässlicher diese von der Bevölkerung eingestuft werden, desto stärker ist das **Vertrauen** der Bevölkerung in die Behörde. Dieses Vertrauen wiederum beeinflusst das Verhalten und besonders die **Bereitschaft**, behördlichen Anweisungen zu folgen, z. B. zu evakuieren. Das Vertrauen in die Behörden ist jedoch meist geringer, wenn das Ereignis menschengemacht ist (Holenstein und Köng 2014). Informationen bzw. Anleitungen zu Risiko- und Krisenkommunikation finden sich unter anderem beim Bundesministerium des Innern [BMI] (2014) oder bei Geenen (2017). Zu sozialwissenschaftlichen Aspekten der Warnung der Bevölkerung, beispielsweise unter welchen Voraussetzungen einer Warnung Folge geleistet wird, sei auf Künzer und Tomczyk (2022) verwiesen.

Welches Verhalten von Menschen in Krisen und Katastrophen ist meist erwartbar?

Studien zu Krisen und Katastrophen der letzten 100 Jahre identifizierten übereinstimmend einige **Verhaltenstendenzen** von Menschen in **Krisen und Katastrophen** (Beerlage et al. 2006, Holenstein und Köng 2014, Fischer 2008, Wood et al. 2018, Schopp 2016), – die auch für Verantwortliche in Stäben – immer wieder überraschend wirken, weil **Annahmen** bezüglich des Verhaltens von Menschen sich hartnäckig halten, auch wenn sie empirisch widerlegt sind. Diese „**Mythen**“ werden auch medial immer wieder aufgegriffen und wirken damit selbstverstärkend.

Über das Verhalten von Menschen in Katastrophen gibt es viele, meist **negative Annahmen**, z. B. dass Menschen in Panik geraten. Die **Realität** zeigt, dass viele Menschen auch in extremen Situationen **eher besonnen und hilfsbereit** handeln.

Welches Verhalten wurde in verschiedenen Ereignissen und über verschiedene Personengruppen hinweg immer wieder gefunden?

- **Menschen sind in krisenhaften Situationen handlungs- und entscheidungsfähig:** Menschen wollen sich selbst und ihre Angehörigen schützen und für sich bzw. andere Menschen sorgen. Die meisten Menschen bleiben auch in Krisen durchaus handlungs- und entscheidungsfähig. Menschen wollen an Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden bzw. diese begründet erklärt bekommen.
- **Menschen suchen nach Informationen:** Betroffene von Krisen und Katastrophen haben einen hohen Informationsbedarf. Informationen dienen nicht nur der eigenen Risikoeinschätzung, sondern auch als Grundlage für Handlungsentscheidungen. Dabei suchen Menschen aktiv nach Informationen und gefährden sich dabei unter Umständen. Menschen tauschen Informationen während einer Krise oder Katastrophe untereinander aus, z. B. über Telefon, soziale Medien, persönliche Gespräche. Ein starkes Bedürfnis nach Informationen ist vor allem bei Ereignissen mit besonders hohem Schweregrad zu erwarten, z. B. radiologische Lagen, Spannungs- oder Verteidigungsfall, Pandemie.

- **Menschen helfen sich gegenseitig:** Gegenseitiges Hilfeverhalten der Bevölkerung wurde empirisch vielfach bestätigt. Prosoziales Verhalten überwiegt in Krisen und Katastrophen. Hilfeverhalten besteht auch über Kulturgrenzen hinweg.

Während des Elbehochwassers 2002 wird von der großen Hilfsbereitschaft der Menschen berichtet: Freiwillige und Nachbarn übernahmen essenzielle Aufgaben, warnten beispielsweise andere Nachbarn oder nahmen diese bei sich auf, organisierten Deichwehren und sicherten Gebäude mit Sandsäcken, verteilten Lebensmittel und versorgten sich gegenseitig mit Wärme. Auch Fremde halfen sich gegenseitig.

- **Menschen brechen in krisenhaften Situationen nicht in Panik aus:** Die Mehrheit der Menschen reagiert in unterschiedlichen Krisen und Katastrophen ruhig und geordnet. „Irrationales“ Verhalten kann auftreten, ist aber selten und an bestimmte Bedingungen geknüpft, z. B. bei engen Raumverhältnissen ohne Fluchtmöglichkeit. Die Reaktion auf ein Ereignis ist bei den meisten Menschen, vor allem wenn es zuvor eine angemessene amtliche Warnung gab, überlegt und sozial.
- **Es kommt in der Regel nicht zu Plünderungen und Gewalttaten:** Die Gefahr von Plünderungen während Krisen und Katastrophen wird im Allgemeinen massiv überschätzt. Bei den meisten Ereignissen kann sogar ein Rückgang der Kriminalität beobachtet werden. Die Regeln des Alltags gelten für den überwiegenden Teil der Menschen immer noch. Zu Plünderungen kommt es eher, wenn Menschen schlechte Ressourcen haben, das Krisenmanagement und die Krisenkommunikation schlecht sind und ein Ereignis lange andauert.
- **Evakuierungen laufen in der Regel geordnet ab:** Evakuierungen sind in der Regel gekennzeichnet von Affiliations- (also Bindungs- bzw. Zugehörigkeitsverhalten) und Hilfeverhalten. Es gibt insgesamt wenige empirische Hinweise darauf, dass Menschen sich nicht an Evakuierungsaufforderungen halten, vor allem wenn die Gefahr konkret benannt ist und die Menschen das persönliche Risiko, welches von der Gefahr ausgeht, auf sich beziehen.
- **Menschen bereiten sich oft nicht ausreichend auf einen Notfall oder eine Krise vor:** Präventives Verhalten ist in privaten Haushalten oft nicht gegeben. Menschen machen sich oft keine Gedanken über Vorsorge und notwendiges Verhalten für den Fall einer Krise oder Katastrophe. Insgesamt wird die Wahrscheinlichkeit der eigenen Betroffenheit von Katastrophen von Menschen gering eingeschätzt.

Zwei Drittel einer Befragung im Jahr 2020 gaben an, dass sie keine Vorsorgemaßnahmen bezüglich der Pandemie getroffen hatten (Gißler 2019).

- **Menschen können psychisch an den Folgen einer Krise oder Katastrophe leiden:** Daher ist Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) ein wichtiger Bestandteil der Bearbeitung von Krisen und Katastrophen – sowohl für Einsatzkräfte (PSNV-E) wie für Betroffene (PSNV-B) sowie auch für die Mitarbeitenden des eigenen Stabs.

Anregungen zu Fragen im Stab zum Verhalten in Krisen

- Welches **Verhalten** verschiedener Bevölkerungsgruppen kann erwartet werden? Warum?
- Welche **Annahmen über menschliches Verhalten** liegen den Entscheidungen im Stab zugrunde?
- Welche Erkenntnisse zur **Risikowahrnehmung** der Bevölkerung liegen vor?
- Gibt es **überprüfbare Anhaltspunkte** dafür, dass es zu **Gewalt** kommen könnte? Welche?
- Wie schätzen Sie die **Selbsthilfefähigkeit** und die **Hilfsbereitschaft** der betroffenen und nicht betroffenen Bevölkerung ein?
- Sind **interkulturelle oder gesellschaftspolitische Besonderheiten** für diese Lage zu erwarten?

Welche Faktoren können bei verschiedenen Krisen und Katastrophen das Bevölkerungsverhalten beeinflussen?

Es gibt eine Reihe von Faktoren, welche die **Risiko- bzw. Gefahrenwahrnehmung** und damit indirekt das konkrete **Verhalten** beeinflussen. Diese Faktoren können bei unterschiedlichen Krisen und Katastrophen variieren, deswegen wird im Folgenden auch Bezug zu bestimmten Lagen genommen. Die folgende Auflistung fasst die empirische Forschung knapp zusammen, ohne damit eine Wertung der genannten Gruppen zu verbinden.

- **Individuelle Vorerfahrungen** (z. B. bei Kuligowski 2020, McLennan et al. 2011): Menschen mit Vorerfahrungen mit einer Lage, die z. B. schon einmal ein Hochwasser oder einen Waldbrand erlebt haben, verfügen über mehr Wissen, wie mit der Lage umgegangen werden sollte. Menschen mit Katastrophenerfahrung bewerten sich meist selbst als kompetenter, mit Katastrophen umgehen zu können.
- **Ursache und Nähe der Gefahr** (z. B. bei Plapp 2002, Ronchi et al. 2021): Naturgefahren werden von Menschen oft weniger groß eingeschätzt als durch Menschen gemachte Gefahren. Naturereignisse, z. B. ein Sturm oder ein Hochwasser, werden von Menschen eher als Schicksal erlebt und eher hingenommen. Je näher und wahrnehmbarer das Ereignis räumlich ist, desto stärker ist auch die Gefahreinschätzung und die Einschätzung der eigenen Betroffenheit.
- **Alter, Geschlecht, Bildung** (z. B. bei Kuhlicke et al. 2020, Ohder et al. 2014): Kinder, betagte Menschen und Menschen mit Behinderungen sind bei Krisen und Katastrophen häufig auf besondere Hilfestellungen angewiesen, z. B. bei einem Stromausfall. Frauen sind häufig physisch, sozial und ökonomisch vulnerabler als Männer. Frauen und ältere Menschen empfinden Krisen und Katastrophen tendenziell als gefährlicher, z. B. im Falle einer Pandemie. Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau scheinen höhere Angstniveaus zu haben und eher Anweisungen der BOS zu folgen bzw. auf diese zu warten. Menschen mit höherem Bildungsniveau scheinen Gefahren eher als Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau wahrzunehmen, und eher rational und gelassen zu reagieren.
- **Sozio-ökonomischer Status/Einkommen** (z. B. bei Li et al. 2019): Das Vertrauen in den Staat und seine Maßnahmen unterscheidet sich je nach sozio-ökonomischem Status der Betroffenen. Personen mit geringem sozio-ökonomischem Status haben eher ein geringes Vertrauen in die Behörden, z. B. bei Hitze. Personen mit niedrigem Einkommen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, in weniger für Hitze geeigneten Wohnformen zu leben.

- **Wohnsituation** (z. B. bei Lorenz 2010, McLennan et al. 2011): Menschen in ländlichen Gegenden wissen sich oft besser selbst zu helfen als Menschen in urbanen Umgebungen, z. B. bei Waldbränden. Jüngere, städtische Bewohner haben eine höhere Erwartungshaltung an den Staat und seine Hilfsmaßnahmen. Mit steigendem Einkommen sinkt tendenziell die Bedrohungswahrnehmung, die Personen reagieren aber gelassener. Die Hilfsbereitschaft ist bei ihnen aber tendenziell eher geringer ausgeprägt. Menschen mit großem sozialem Netzwerk nutzen dieses, um Informationen zu gewinnen und amtliche Warnungen zu bestätigen, z. B. bei einem Stromausfall. Sie evakuieren eher, da sie sich dabei gegenseitig unterstützen. Menschen, die nicht allein leben, also z. B. Kinder haben, empfinden Krisen und Katastrophen tendenziell als gefährlicher. Hilfe und Solidarität werden zwar auch Fremden gewährt, treten aber viel häufiger innerhalb bestehender sozialer Beziehungen auf; dies sind neben familiären vor allem Nachbarschaftsbeziehungen.

Viele Faktoren können das konkrete Verhalten von Menschen beeinflussen, z. B. **individuelle Erfahrungen** mit Lagen, **Ursache** und **Nähe** einer Gefahr. Ebenso können **soziodemografische** und **sozio-ökonomische** Faktoren das Verhalten beeinflussen, z. B. Alter, Geschlecht, Bildung, Wohnsituation oder Einkommen.

Die Informationen zum Verhalten der Bevölkerung und zu beeinflussenden Faktoren unterteilen sich für ein Lagebild Bevölkerungsverhalten in Daten, die vor einem Ereignis für die Stabsarbeit grundsätzlich vorhanden sein können, und Daten, die während eines Ereignisses eingeholt werden müssen. Wie und woher diese Informationen stammen können, wird in Kapitel 6 betrachtet.

Anregungen zu Faktoren, die das Bevölkerungsverhalten beeinflussen

- Gibt es eine zu informierende **Bevölkerungsgruppe**, die eine **Lage**, z. B. aufgrund der räumlichen Entfernung, **nicht mitbekommen** haben könnten?
- Wie ist die **Stimmung** in verschiedenen Bevölkerungsgruppen? Wie wird sie erhoben?
- Gibt es besondere **soziodemografische Faktoren** in der betroffenen Bevölkerung, die für die Umsetzung von **Maßnahmen des Stabs förderlich oder hinderlich** sein könnten?

Anregungen bezüglich der Kommunikation mit der Bevölkerung

- **Wer** bearbeitet systematisch **im Stab** die **Informationen** für und die **Kommunikation** mit welchen Bevölkerungsgruppen?

- Welche **Informationen** werden gezielt an **welche Bevölkerungsgruppen** übermittelt?
- Gibt es Bevölkerungsgruppen, denen die Ursache der Lage und mögliche Gefahren **besonders erklärt** werden müssen?
- Gibt es **Gerüchte** oder **Falschinformationen**? Worüber? Durch wen verbreitet?
- Gibt es **Diskrepanzen** zwischen der Stabs-Lageeinschätzung und Berichten in Medien/aus Einsätzen/Kontakten?
- Wurde/Wird die Bevölkerung rechtzeitig und angemessen **gewarnt**?
- Gibt es **Einrichtungen/Anlaufstellen**, bei denen Menschen sich verlässliche Informationen holen können, z. B. Bürgertelefon, digitales oder reales Schwarzes Brett? Wie wurde über ihre Existenz und Erreichbarkeit informiert?

Informationen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten



6



Angesichts der Fülle an Informationen, die ein Lagebild Bevölkerungsverhalten erfordert, stellt sich die Frage, wie ein Stab an diese gelangt bzw. welche Datenquellen er für seine Arbeit nutzen kann. Viele Daten können nicht oder nur sehr schwer während einer Lage erhoben werden (z. B. Aggregation sozio-demografischer Daten). Daher ist es wichtig, sie in **Vorbereitung** auf kommende Krisensituationen **bereitzuhalten**. Andere Informationen wie bspw. die Stimmungsentwicklung in der Bevölkerung können erst während einer Lage erhoben werden. Hier ist es wichtig, qualifizierte Kräfte im Stab oder zuarbeitende Stellen außerhalb des Stabs zu haben, die diese Daten erheben können.

Ein (Verwaltungs-)Stab hat es in der Regel während einer Krisensituation mit einer Gebietskörperschaft zu tun (Kreisfreie Stadt, Landkreis, Regierungsbezirk). Auf dieses Gebiet bezogen können grundlegende Informationen über die Bevölkerung bzw. verschiedene Gruppen bereitgehalten werden, wie z. B.:

- **statistische Daten aus kommunalen (Gemeinde/Kreis) oder Landesbeständen,**
- **GIS-basierte Daten,**
- **öffentlich zur Verfügung stehende Karten,**
- **Daten aus (kollektiven) Kartierungsaktionen,**

Im Rahmen der Open-Government-Bestrebungen können entsprechende Daten u. U. auf Plattformen veröffentlicht sein oder können von den jeweiligen kommunalen Trägern zur Verfügung gestellt werden. Hierzu zählen beispielsweise Daten zu

- Bevölkerungsgruppen (nach Alter, Anzahl Geflüchtete, Arbeitslose etc.),
- Wirtschaftsstruktur (Arbeitsplatzschwerpunkte, Betriebscluster etc.),
- Flächennutzung (Siedlungs- und Verkehrsfläche, Landwirtschaftsfläche, Wasserfläche etc.),
- Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsdaten,
- öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Kirchen, Moscheen etc.).

Im Prinzip kann vieles, was die Verwaltung über die Bevölkerung weiß, im Krisenmanagement nützlich sein. Dem stehen jedoch das **Datenschutzrecht** und das Prinzip der **Zweckbindung** entgegen. Eine übergreifende Rechtsgrundlage für die Verwendung von in der Verwaltung vorhandenen Daten im Verwaltungsstab ist insbesondere für untere Katastrophenschutzbehörden derzeit nicht gegeben (der entsprechende Abschnitt im Katastrophenschutzgesetz bezieht sich auf die Bundesebene).

Bei der Verwendung von Daten, die in der Verwaltung vorhanden sind, ist das **Datenschutzrecht** zu beachten.

Es kann geprüft werden, ob insbesondere für die **Aggregation** von personenbezogenen Daten im Stab Personen herangezogen werden können, die auch sonst mit der Verarbeitung dieser Daten betraut sind und über die jeweiligen **Zugriffsrechte** verfügen. Der Stab selbst sieht dann nur die aggregierten Daten.

Im kommunalen Lagezentrum einer Großstadt aggregieren Mitarbeitende der Statistikstelle personenbezogene Daten und pflegen diese in aggregierter, anonymer Form in ein Dashboard zur jeweiligen Lage ein.

In vielen Bereichen gibt es Sozialplaner, die sehr gute und oft für den Stab passende Daten haben. Der Zugriff hierauf sollte für den Stab gesichert werden.

Neben den bereits in der Verwaltung verfügbaren Daten gibt es solche, die bei **nichtstaatlichen Stellen** vorliegen, wie z. B. über bettlägerige oder hochgradig hilfebedürftige Pflegebedürftige. Solche Daten sind für Lagen wie Stromausfall oder Evakuierung ebenfalls hilfreich (auch hier ist das Datenschutzrecht zu beachten). Ein Beispiel ist eine quartiersbezogene **soziale Kartierung**, bei der wichtige Akteure identifiziert werden, die im Rahmen eines runden Tisches szenarienbezogene Daten über ihr Viertel zusammentragen. So können z. B. Informationen über die Hilfe- und Unterstützungspotenziale und -bedarfe in der Bevölkerung gewonnen werden. Auch solche Informationen müssen lageunabhängig und teils mit aufwendigen Prozessen zusammengetragen werden. Damit wird die Mitarbeit von Menschen benötigt, die nicht direkt in Stabsarbeit involviert sind. Ein runder Tisch zur sozialen Kartierung könnte auf Kommunalebene z. B. im Rahmen von generellen Quartiersentwicklungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Es muss bereits vor einer konkreten Lage angedacht werden, welche Daten in welcher Form gebraucht werden könnten und wie bzw. von wem sie zur Verfügung gestellt werden können. Um also wichtige Informationen in einer Lage zur Verfügung zu haben, müssen lageunabhängig **personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen** investiert werden.

Für verschiedene Bevölkerungsgruppen sollte eine Liste von möglichen Ansprechpersonen erstellt und gepflegt werden. Die entsprechenden Informationen könnten dann auch durch diese in den Stab gelangen.

Anregungen zu Daten für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

- Wie können **soziodemografische** Daten für bestimmte Gebiete abgebildet werden?
- Welche Daten zur **Aufenthaltsbevölkerung** gibt es über die gemeldeten Personen hinaus? Wer kann darauf zugreifen?

- Gibt es verwendbare Daten über die Bevölkerung bei **nichtstaatlichen Stellen**, z. B. aus **sozialen Kartierungen, Open-Data-Projekten** etc.?
- Wer hat die **Berechtigung**, vorhandene personenbezogene Daten für den Stab zu verarbeiten und zusammenzuführen?
- Können **Daten zur Infrastruktur** (Wirtschaftsstruktur, Flächennutzung, Verkehrsinfrastruktur, öffentliche Einrichtungen) mit Bevölkerungsdaten in Zusammenhang gebracht werden?
- Welche **Daten zum Verhalten** sind verfügbar, z. B. Mobilitätsdaten?
- Welche Daten **fehlen**?

Nicht alle relevanten Informationen für ein Lagebild werden im Stab bereits vorhanden sein, sie müssen also vom Stab zusammengetragen oder ihre Erhebung beauftragt werden. Wenn im Stab z. B. soziodemografische Daten aus vorhandenen Quellen kartenbasiert dargestellt werden sollen, erfordert dies die entsprechende technische Ausstattung. Zudem werden Personen im Stab benötigt, die die nötigen Kompetenzen und Nutzungsberechtigungen (s. o.) hierzu haben.

Für ein Lagebild Bevölkerungsverhalten sind nicht nur soziodemografische Daten nötig. Auch über Stimmungen, Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung, Bedürfnisse müssen Einschätzungen getroffen werden. Anhaltspunkte hierfür ergeben sich beispielsweise aus sozialen Medien und teils auch aus klassischen Medien. Wenn es personell niemanden im Stab gibt, der mit Daten aus **sozialen Medien** entsprechend umgehen kann, empfiehlt es sich, Unterstützung, z. B. durch ein VOST-Team (Virtual Operations Support Team), einzubeziehen. Diese arbeiten oft ehrenamtlich und können auch aus größerer Entfernung vom Schadensort tätig werden.

Während der Covid-19-Pandemie konnten Stäbe auf die wöchentlich veröffentlichten repräsentativen Paneldaten der COSMO-Studie (Betsch 2020) u. a. zu Risikowahrnehmung, Schutzverhalten, psychischer Belastung, Impfbereitschaft etc. zurückgreifen. Die Ergebnisse waren nicht lokal aufbereitet, gaben aber Hinweise auf die in ganz Deutschland vorgefundenen Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung.

Informationen, die während einer Lage nützlich sein können

- Auswertung von **klassischen und sozialen Medien** verschiedener Ausrichtung
- **Beobachtungen und Interaktionen** mit verschiedenen Bevölkerungsgruppe
- Ergebnisse aus Interaktionen mit Ansprechpersonen unterschiedlicher **kultureller Gemeinschaften** und sozialer Netzwerke
- Einschätzungen zu **Vorerfahrungen** und damit **Notfallwissen** und **Vorbereitung** auf die aktuelle Lage in der Bevölkerung
- Ergebnisse aus systematischen **Befragungen** zum aktuellen Geschehen

Auch Ergebnisse aus wissenschaftlichen Analysen können herangezogen werden. Dies wird akut v. a. bei lang andauernden Lagen wie Pandemien möglich sein, wenn es Meinungsumfragen oder wissenschaftliche Studien zur aktuellen Situation gibt, wie z. B. Betsch 2020.

Anregungen zu lagespezifischen Informationen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

- Gibt es in der betroffenen Bevölkerung (kürzliche) **Erfahrung** mit ähnlichen Lagen?
- Können lagerelevante **Ansprechpersonen** sozialer Netzwerke oder Communities identifiziert werden?
- Welche **organisierten Formen der Selbsthilfe** gibt es (z. B. Chatgruppen, Komitees) und wer sind deren Ansprechpersonen?
- Gibt es **ungebundene Helfende**? Wo und wie agieren sie? Gibt es Kontaktstellen?
- Welches Verhalten, welche Stimmung und welche Bedürfnisse werden von **Anlaufstellen für die Bevölkerung** (z. B. Hotline, Kräfte vor Ort) kommuniziert?
- Welche **Einschätzungen**/Erlebnisberichte der Bevölkerung sind in den **Medien** zu finden?
- Sind **interkulturelle Besonderheiten** für diese Lage zu erwarten?
- Gibt es bereits nutzbare **Forschungsergebnisse** zur aktuellen Lage?

Unterstützung für die Erhebung von Informationen für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

Für die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten benötigen Stäbe **Personen**, die die nötigen **Kompetenzen** dafür haben, die entsprechenden Daten zu erheben, sinnvoll zu aggregieren, zu interpretieren und für die Erstellung des Lagebilds aufzubereiten. Dies betrifft die in der Verwaltung vorhandenen bevölkerungsbezogenen Daten ebenso wie die Auswertung von (sozialen) Medien für das aktuelle Verhalten.

Um Stimmungen in der Bevölkerung zu erfassen, ist eine **Überwachung der sozialen Medien** nützlich. Aktuell wird dies noch kaum systematisch und ohne unterstützende Software geleistet. Behörden, deren Stab häufiger im Einsatz ist, können eine solche Überwachung aufbauen, das aus einem eigenen **Social Media Command Center (SMCC)** heraus dem Lagebereich des Stabs zuarbeitet. Dies bedarf der Vorbereitung und ist während einer Lage nicht zu leisten. Alternativ können **Virtual Operation Support Teams (VOST)** eingebunden werden. Diese arbeiten häufig ehrenamtlich und können auch ohne Präsenz vor Ort den Stab unterstützen (Fathi und Fiedrich 2022). Es empfiehlt sich, den Kontakt zu solchen Teams lageunabhängig zu etablieren und Voraussetzungen ihres Einsatzes sowie benötigte Ressourcen zu klären.

Ähnlich wie in Bezug auf den Umgang mit sozialen Medien wird im Stab auch Kompetenz für die Nutzung von (sozialwissenschaftlichen) Studien zum Verhalten der Bevölkerung benötigt. Dies kann u. U. von Personen mit Ausbildungen in **Sozialwissenschaften und (Human-)Geografie** übernommen werden. Auch die Zusammenstellung, Auswertung und Darstellung von Bevölkerungsdaten können von Personen mit Ausbildung in Humangeografie, Sozial- und Kulturgeografie, Wirtschaftsgeografie etc. geleistet werden.

Seit 2022 ist in den Lageberichten des **Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums von Bund und Ländern (GMLZ)** beim BBK eine **Fachlage Bevölkerungsverhalten** enthalten. Diese Fachlage ist nicht spezifisch lokal ausgerichtet, kann aber als Anhaltspunkt für den Stab bezüglich Meinungen und Verhalten dienen. Sie integriert Medienberichte, Studienergebnisse und ggf. eigene Erhebungen des BBK. Die Ergebnisse können von allen Adressatinnen und Adressaten der GMLZ-Lageberichte genutzt werden.

Verwaltungsstäbe können eine Funktion **Psychosoziales Krisenmanagement** (PsychKM) einrichten. Diese Funktion kann von einer Verbindungsperson oder einem eigenständigen Sachgebiet übernommen werden. Das PsychKM sollte Teil der Krisenorganisation und bereits etabliert sein, bevor ein Stab aufgerufen wird. Das PsychKM kann umfassender als die Fachberatung PSNV die Bedürfnisse, Ressourcen und Stimmungen in der Bevölkerung erfassen.

In jedem Stab sollte bei Lagen mit direkt oder indirekt Betroffenen die **PSNV** eingebunden sein, z. B. als **Fachberatung PSNV**. Auch wenn die FB PSNV keine Expertise für das gesamte Lagebild Bevölkerungsverhalten hat, kann sie wertvolle Aspekte beitragen (s. Kap. 7).

Anregungen zur Unterstützung bei der Datengewinnung

- Sind in der Organisation **Personen mit Expertise bezogen auf soziale Medien** verfügbar?
- Gibt es in der Organisation Personen mit **Statistik-Expertise, Geokompetenzteams** o. Ä.?
- Gibt es Personen mit **sozialwissenschaftlicher Qualifikation**, die z. B. aktuelle **Studien** für den Stab aufbereiten können?
- Wie können diese Personen in die **Stabsarbeit eingebunden** werden?
- Welche **technischen** (z. B. spezielle Software) und **personellen Ressourcen** für **Medienmonitoring** hat der Stab?
- Gibt es die Möglichkeit, **VOST** (Virtual Operations Support Teams) einzubinden?
- Ist die **Fachberatung PSNV** bekannt und ist geklärt, wie sie in die Stabsarbeit eingebunden wird?
- Wurde die Etablierung eines **Psychosozialen Krisenmanagements** bedacht?

Die Rolle der Fachberatung PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

7

Was ist eine Fachberatung PSNV und welche Aufgaben hat sie im Stab?

Die Fachberatung der Psychosozialen Notfallversorgung wird zunehmend in Stäben eingesetzt. Die Fachberatung PSNV kann sowohl in administrativ-organisatorischen als auch operativ-taktischen Stäben eingebunden werden. Zu den **Aufgaben** der Fachberatung PSNV gehören u. a. die **Beratung und Unterstützung des Stabs in Fragen der PSNV**, der **Aufbau** von geeigneten und **notwendigen PSNV-Strukturen**, die Integration der PSNV in die Einsatzabschnittsstruktur, die **Bedarfsermittlung** und **Organisation der Ablösung für PSNV-Kräfte** vor Ort (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [BBK] 2012).

Eine Fachberatung PSNV wurde in verschiedenen Stäben beispielsweise nach dem Absturz des Germanwingsflugzeugs 9525 im Jahr 2015 und beim Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016 eingesetzt.

Die **Ausbildung** der Fachberatung PSNV ist deutschlandweit noch sehr **unterschiedlich geregelt**. In vielen Bundesländern ist die Fachberatung PSNV bereits in ausreichender Zahl ausgebildet. Dennoch werden sie nicht bei allen Großschadenslagen alarmiert. Auch in Übungen wird die Fachberatung PSNV erst selten einbezogen. Die Einbindung der Fachberatung PSNV in Stäbe wird zwar oft empfohlen, aber selten gelebt.

Das Erstellen eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten gehört **nicht zu den originären Zuständigkeiten** der Fachberatung PSNV. Wird sie im Stab eingesetzt, ist davon auszugehen, dass eine einzelne Person zusätzlich zu den oben genannten Aufgaben kein Lagebild Bevölkerungsverhalten führen kann. Hier wäre es sinnvoll, wenn der Stab **weitere Ressourcen**, z. B. eine Führungsassistentin PSNV bzw. weitere Fachberatungen PSNV einbindet oder für diese Aufgabe eine eigene Zuständigkeit, z. B. im Bereich Lage, definiert. Auch hierfür ist eine gesonderte Ausbildung nötig.

Welche Informationen kann die Fachberatung PSNV in das Lagebild Bevölkerungsverhalten des Stabs einbringen?

Bisher gibt es wenig konkrete Erfahrungen mit der Verwendung von Fachberatung PSNV zur **Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten**. Die Erstellung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten ist **(noch) nicht Teil** von Konzeptionen des Einsatzes der Fachberatung PSNV und der **Ausbildung** sowie Qualifizierung der Fachberatung PSNV (Manthei et al. 2014). Daher sind diese Aufgaben auch den Fachberatungen PSNV nicht unbedingt vertraut.

Doch auch wenn die Fachberatung PSNV nicht systematisch Informationen über Bevölkerungsverhalten erhebt, kann sie wertvolle Informationen zum Lagebild Bevölkerungsverhalten beisteuern. Zum einen betrifft dies die PSNV-spezifischen Themen. Im Bereich der PSNV werden in der Praxis z. B. folgende Informationen erhoben:

- **Wer genau ist betroffen?**
- **Wo sind diese Personen?**
- **Welche Bedarfe dieser Personen gibt es?**
- **Müssen diese Bedarfe durch die PSNV gedeckt werden? Können Menschen dazu ermutigt und befähigt werden, sich selbst und anderen zu helfen?**

Zum anderen hat die Fachberatung PSNV meistens Informationsquellen in den **psychosozialen Netzwerken**, die über die eigentlichen PSNV-Themen hinaus für das Lagebild Bevölkerungsverhalten relevant sein können. Beispielsweise könnte Wissen über Bedürfnisse bestimmter migrantischer Gemeinschaften oder von Eltern belasteter Kinder nützlich sein.

Ein operativ-taktischer Stab der Feuerwehr fragte bei einem langfristigen Stromausfall vom FB PSNV Informationen zur emotionalen Verfasstheit der Bevölkerung und zu deren aktuellen Bedarfen, wie z. B. Informationen über Schwarze Bretter abzurufen, ab.

Informationen über Bevölkerungsverhalten und Bedarfe der Bevölkerung könnten PSNV-Kräfte ggf. auch in **Bereitstellungsräumen der PSNV-Einsatzkräfte** abfragen – dies wäre eine mögliche zusätzliche **Informationsquelle**. Daten für ein Lagebild Bevölkerungsverhalten können durch PSNV-Kräfte vor Ort u. a. in Form von **eigenen Erhebungen**, z. B. durch **Erkundungen, Interviews mit Betroffenen**,

gewonnen werden. Auch dafür müssen Ressourcen (Zeit, Personal, Material) zur Verfügung gestellt werden. **Rückmeldungen psychosozialer Akteure**, z. B. von Kirchen, Sozialämtern, Frauenhäusern, können eine wichtige Datenquelle sein, (Karutz und Tinla 2021).

Bei der Beauftragung von Informationen ist seitens der **Stabsleitungen zu berücksichtigen**, ob die Fachberatung PSNV zeitlich und thematisch **in der Lage ist, die benötigten Informationen zu erheben**. Es sollte geprüft werden, welche anderen Funktionen dies leisten könnten. Die Fachberatung PSNV sollte im Blick haben, welche Informationen die Stäbe von ihnen brauchen könnten.

Anregungen zur Einbindung der FB PSNV für das Lagebild Bevölkerungsverhalten

- Sind die **Mitglieder im Stab** für die Aufgaben, die Einsatzlogik und die Themen der PSNV **sensibilisiert**?
- Wer entscheidet im Zuständigkeitsbereich des Stabs über die Einbindung der FB PSNV?
- Ist in der **Kontaktliste** des Stabs die Fachberatung PSNV **hinterlegt**? Falls ja: Wie wird die Fachberatung PSNV für den Einsatz im Stab alarmiert?
- **Wo** wird die **Fachberatung PSNV eingesetzt**? Im operativ-taktischen Stab oder im administrativ-organisatorischen Stab?
- Ist die **Fachberatung PSNV** in die **Informationsstrukturen** der Einsatzorganisationen (Feuerwehr, Polizei) und der Verwaltung **eingebunden** und damit in der Lage, Informationen an diese weiterzugeben?
- Wie ist die **Fachberatung PSNV** im Zuständigkeitsbereich Ihres Stabs **ausgebildet**? Kennt die Fachberatung PSNV z. B. das Thema Lagebild Bevölkerungsverhalten?
- Soll die Fachberatung PSNV für die Erstellung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten eingebunden werden? Was kann die Fachberatung PSNV leisten und was nicht?
- Hat die Fachberatung **PSNV** einen eigenen, mit Arbeitsmitteln und -materialien ausgestatteten **Arbeitsplatz im Stab**?
- Ist die Fachberatung PSNV in (**Stabs-Übungen**) eingebunden?

Das Lagebild
Bevölkerungsverhalten in
Übungen und
Einsatzauswertungen

Integration des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Übungen

Für die Aus- und Weiterbildung von Stäben bzw. deren Mitglieder sollten, neben Fortbildungen zum Thema Stabsarbeit, regelmäßige **Übungen** sowie **Einsatzauswertungen** durchgeführt werden. Für Übungen sind jeweils Ziele, Übungsform, Beteiligte und das zu übende Szenario festzulegen (Hofinger und Heimann 2022). Übungen können ein gutes Vehikel sein, um Themen des **Psychosozialen Krisenmanagements** zu befördern und das **Lagebild Bevölkerungsverhalten zu üben**. Bislang wird es allerdings kaum in Stabsübungen und Einsatzauswertungen einbezogen.

Das **Lagebild Bevölkerungsverhalten** sollte in die **Konzeption, Durchführung und Auswertung** von Stabsübungen einbezogen werden. Dabei sollte die Übungsform je nach Lern- bzw. Übungsziel gewählt werden, um einen optimalen Ressourceneinsatz zu erreichen (Hofinger et al. 2016).

Beispielsweise kann die Visualisierung des Lagebilds in Seminarform erlernt werden. Die Einbindung der Fachberatung PSNV kann in Planbesprechungen angedacht werden.

In Stabrahmenübungen oder Vollübungen könnten spezifische Bevölkerungsgruppen als Akteure eingebunden werden.

Jede Übung erfordert eine Auswertung. Reflexionsfragen dieser Handreichung können in der Nachbesprechung als Anregung dienen.

Ein weiteres wichtiges Ausbildungselement sind Erkenntnisse aus **Einsatzauswertungen**. Auch hier können jeweils Fragen aus dieser Handreichung in Nachbesprechungen verwendet werden.

Sowohl bei der Auswertung von Übungen wie von Einsätzen fördert ein **strukturiertes Vorgehen** bei der Beobachtung, Auswertung und Nachbesprechung den Erkenntnisgewinn (Osarek und Künzer 2022).

Regelmäßige Übungen sowie **Einsatzauswertungen** sind neben Fortbildungen zum Thema Stabsarbeit ein wesentlicher Teil der **Aus- und Weiterbildung** von Stäben.

Das **Lagebild Bevölkerungsverhalten** wird bisher **nicht ausreichend in Stabsübungen und Einsatzauswertungen** einbezogen.

Für die Betrachtung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Übungen und Einsatzauswertungen kann **ein strukturierter Leitfaden zur Beobachtung bzw. zur Auswertung** hilfreich sein.

Mit **Einlagen im Übungsdrehbuch** kann das Thema Bevölkerungsverhalten lage-spezifisch einbezogen werden. Beispielsweise können Aktivitäten von Spontanhel-fenden oder unerwartete Hilfebedarfe von Bevölkerungsgruppen oder besondere Verhaltensweisen wie Demonstrationen eingespielt werden. Hilfreich können für maßgeschneiderte Übungseinlagen **positive wie negative Erfahrungen** bezüglich besonderer Merkmale, Bedarfe und Verhaltensweisen verschiedener Bevölkerungs-gruppen aus bisherigen Lagen oder Übungen sein. Auch **Informationen** für und **Warnungen** der Bevölkerung können durch gezielte Einspielungen geübt werden.

Beispielsweise kann die Visualisierung des Lagebilds in Seminarform erlernt werden. Die Einbindung der Fachberatung PSNV kann in Planbesprechungen angedacht werden.

In Stabrahmenübungen oder Vollübungen könnten spezifische Bevölkerungs-gruppen als Akteure eingebunden werden.

Die **Einbindung der Fachberatung PSNV** (Kap. 7) in die Konzeption, Durchfüh-rung und Auswertung von Stabsübungen ist wichtig. Damit kann die Etablierung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten befördert werden. Aber auch für die Fachbe-ratung PSNV ist eine Stabsübung eine gute Gelegenheit, „ihren“ Stab kennenzu-lernen. Welche Informationen die Fachberatung PSNV geben kann und welche sie benötigt, kann in Übungen gelernt werden.

Anregungen zur Integration des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsübungen

- Welche **Übungsziele** soll der übende Stab bezüglich des Lagebilds Bevöl-kerungsverhalten erreichen?
- Sind **Übungseinlagen zum Thema Lagebild Bevölkerungsverhalten** für das Szenario bedacht und formuliert?
- Wie werden **Erfahrungen aus Übungen und Lagen** bezüglich besonderer Merk-male und Bedarfe der Bevölkerungsgruppen einbezogen, die im ausgewählten Szenario besonders bedroht sind oder um die sich der Stab kümmern muss?
- Wie werden eingesetzte **Kräfte** der BOS, der Verwaltungen und von Unterneh-men mit ihren Bedarfen bzw. Bedürfnissen in der aktuellen Lage **berücksichtigt**?
- Wie wird die **Fachberatung PSNV** in die Übung **eingebunden**?
- Soll eine **Überwachung der sozialen Medien** genutzt oder sollen **Virtual Operations Support Teams (VOST)** eingebunden werden?

Für eine **strukturierte Beobachtung** des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsübungen ist ein **Leitfaden** hilfreich. Eine Auswertung und Nachbesprechung kann sich an diesem orientieren. Ein solcher Leitfaden kann zudem für Einsatzauswertungen und zugehörige Nachbesprechungen genutzt werden.

Die **Beobachtung** eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten ist nur im Zusammenhang sinnvoll. Der **Kontext**, in dem die Beobachtung stattfindet, also die Zusammensetzung des Stabs, das Szenario, der Stabsraum etc., hilft dabei, Abläufe einzuordnen und Abhängigkeiten für die Auswertung besser zu verstehen. Das Lagebild Bevölkerungsverhalten ist ein Teil des **Gesamtlagebilds**, das ebenfalls Teil der Beobachtung sein kann. Die **Beobachtung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten** kann anhand der **Orientierungshilfen** in Kapitel 9 erfolgen. Eine Auswahl an Fragen aus den Orientierungshilfen sollte sich an den Übungszielen ausrichten.

Für die Beobachtung eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten ist es notwendig, den **Kontext** und das **Gesamtlagebild** einzubeziehen. Nur dann kann ein Lagebild Bevölkerungsverhalten sinnvoll beobachtet und ausgewertet werden.

Anregungen zur Beobachtung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten in Stabsübungen

Kontext

- In welchem Stab und in welcher Lage findet die Beobachtung statt?
- Welche **Funktionen** sind im Stab besetzt? Gibt es Personal, das ein Lagebild Bevölkerungsverhalten führen kann?
- Liegen **Besonderheiten**, z. B. bezüglich des Stabsraums, der technischen Ausstattung o. Ä. vor, die das Lagebild Bevölkerungsverhalten beeinflussen können?

Gesamtlagebild

- Wie wird das **Gesamtlagebild geführt**? Welche **Themenbereiche/Lagefelder** sind vorhanden?
- Wie erfolgt die **Visualisierung**?
- Wie werden lagespezifische **Informationen aktualisiert**?
- Wird die **Lagedarstellung während Lagebesprechungen** genutzt?

Beobachtung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten anhand der Orientierungshilfen (Kap. 9)

- Welche Fragen aus den Orientierungshilfen dienen den **Übungszielen**?
- Welche **Bevölkerungsgruppen** werden im Übungsdrehbuch durch Einlagen berücksichtigt?
- Welche **Daten** über die Bevölkerung werden eingeholt und genutzt?

Orientierungshilfen für Stäbe

9



Das Lagebild Bevölkerungsverhalten ist für die meisten Stäbe ein neues Thema. Daher wurden allgemeine Orientierungshilfen entwickelt, die Stäbe zum einen bei der **Etablierung** und zum anderen bei der **konkreten Erstellung und Führung** eines Lagebilds Bevölkerungsverhalten unterstützen sollen. Alle hier aufgeführten Orientierungshilfen werden auf Anfrage von den Autorinnen als Datei zur Verfügung gestellt.

Die Orientierungshilfen sind als **offene Fragen** formuliert. Sie dienen als Anregung für Stäbe und können keine Anleitung dafür, was getan werden muss, bieten. Die für den jeweiligen Stab relevanten Fragen sollten bei Lageveränderungen erneut durchgegangen werden.

Die Anwendung der Orientierungshilfen setzt die **Kenntnis dieser Handreichung** voraus. Zum schnellen Auffinden der Erläuterungen sind je die Kapitel angegeben.

Orientierungshilfe zur Etablierung eines Lagebilds Bevölkerungsverhaltens

Tabelle 2: Orientierungshilfen zur Etablierung eines Lagebilds Bevölkerungverhalten

Thema	Fragen	Kapitel
Lagebild	Wie werden in Ihrem Stab Lageinformationen systematisch zu einem Lagebild zusammengeführt?	→ Kap. 2.2
	Wozu dient das Lagebild (z. B. Entscheidungsfindung, Überblick, Berichtsgrundlage)?	
	Wie ist das Lagebild gegliedert ? Gibt es Lagefelder?	
	Wird das Lagebild für den Stab visualisiert ? Wo und wie?	
	Wann und wie wird das Lagebild aktualisiert ? Wie werden Veränderungen zum vorherigen Lagebild erkennbar gemacht?	
	Wie wird das Lagebild dokumentiert ?	
	Wer sind Adressatinnen und Adressaten des Lagebilds in und außerhalb der eigenen Organisation?	
Lagebild Bevölkerungsverhalten	Kommt die Bevölkerung bzw. kommen relevante Bevölkerungsgruppen und ihr Verhalten im Lagebild vor? Wenn ja, wie?	→ Kap. 3
	Wie werden im Lagebild Bedarfe und Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerungsgruppen aufgenommen?	→ Kap. 4.2
	Wie werden neben Betroffenheit und Gefährdungen auch Ressourcen und Selbsthilfepotenziale betrachtet?	→ Kap. 4.3
	Gibt es Stabsmitglieder , die Daten/Informationen über die Bevölkerung gewinnen, zusammenführen, interpretieren und für das Lagebild aufbereiten können?	→ Kap. 3
Berücksichtigung der Bevölkerung	Welche Bevölkerungsgruppen gibt es im Zuständigkeitsbereich des Stabs (z. B. Anwohnende, Belegschaft von Betrieben, Behördenmitarbeitende, Touristinnen und Touristen, Pendlerinnen und Pendler etc.)?	→ Kap. 4
	Wer hat Zugang zu diesen Bevölkerungsgruppen?	
	Welche Teile der Bevölkerung sind von welchen Lagen möglicherweise direkt und welche indirekt betroffen ?	
	Welche charakteristischen Merkmale haben diese Gruppen (z. B. Alter, Migrations-/Sprachhintergrund, Einschränkungen etc.)?	
	Welche meist vulnerablen Gruppen sind bekannt? Welchen Herausforderungen sehen sich diese Gruppen gegenüber (z. B. fehlende Sprachkenntnis, fehlender Informationsempfang, Umweltbarrieren)?	→ Kap. 4.1

Thema	Fragen	Kapitel
Daten und Informationen	Wie können soziodemografische Daten für bestimmte Gebiete abgebildet werden?	→ Kap. 6.1
	Welche Daten zur Aufenthaltsbevölkerung gibt es über die gemeldeten Personen hinaus (z. B. Personen ohne Aufenthaltsstatus, Einpendelnde, Touristinnen und Touristen)?	
	Gibt es verwendbare Daten über die Bevölkerung bei nicht staatlichen Stellen (z. B. aus sozialen Kartierungen, Open-Data-Projekten, bei sozialen Einrichtungen)?	
	Wer hat die Berechtigung , vorhandene personenbezogene Daten für den Stab zu verarbeiten und zusammenzuführen?	
	Können Daten zur Infrastruktur (Wirtschaftsstruktur, Flächennutzung, Verkehrsinfrastruktur, öffentliche Einrichtungen) mit Bevölkerungsdaten in Zusammenhang gebracht werden?	
	Welche Daten zum Verhalten sind verfügbar, z. B. Mobilitätsdaten?	
	Welche Daten fehlen ?	
Daten-gewinnung	Sind in der Organisation Personen mit Expertise in Bezug auf soziale Medien verfügbar?	→ Kap. 6.1
	Gibt es in der Organisation Personen mit Expertise in Statistik, Geokompetenzteams o. Ä., die dem Stab zuarbeiten können?	
	Gibt es in der Organisation Personen mit sozialwissenschaftlicher oder (human-)geografischer Qualifikation , die z. B. aktuelle Studien für den Stab aufbereiten können?	
	Wie können diese Personen in die Stabsarbeit eingebunden werden?	
	Welche technischen (z. B. spezielle Software) und personelle Ressourcen für Medienmonitoring hat der Stab?	
	Gibt es die Möglichkeit, ein VOST (Virtual Operations Support Teams) einzubinden?	→ Kap. 6.3
	Ist die Fachberatung PSNV bekannt und ist geklärt, wie sie lageabhängig in die Stabsarbeit eingebunden wird?	→ Kap. 7.1
	Wurde die Etablierung eines Psychosozialen Krisenmanagements bedacht?	→ Kap. 7.2
Übungen	Welche Übungsziele soll der übende Stab bezüglich des Lagebilds Bevölkerungsverhalten erreichen?	→ Kap. 8.1
	Sind Übungseinlagen zum Thema Lagebild Bevölkerungsverhalten für das Szenario bedacht und formuliert?	
	Wie wird die Fachberatung PSNV in die Übung eingebunden ?	
	Wie wird das Lagebild Bevölkerungsverhalten und das Psychosoziale Krisenmanagement in die Übungsauswertung einbezogen?	→ Kap. 8.2

Orientierungshilfe zur Erstellung und Führung des Lagebilds Bevölkerungsverhalten während einer Lage

Tabelle 3: Orientierungshilfen zur Erstellung und Führung des Lagebilds Bevölkerungsverhaltens während einer Lage

Thema	Fragen	Kapitel
Lageabhängig vulnerable (eher gefährdete) Gruppen	Wer sind die vulnerablen Gruppen in der spezifischen Lage?	→ Kap. 4.1
	Welche charakteristischen Merkmale lassen sich für die verschiedenen Gruppierungen festhalten: → z. B. soziodemografische Merkmale, räumliche Verortung?	
	Von welchen Schäden/Gefahren sind sie bedroht ? Wodurch können für sie in der konkreten Lage Schwierigkeiten entstehen: → z. B. für Pflegebedürftige mit Beatmungsgerät bei Stromausfall, Menschen in prekären Wohnverhältnissen bei Hitze?	
	Um welche dieser Gruppen muss sich der Stab kümmern ? Um welche nicht und wer kümmert sich um diese?	
	Was brauchen die einzelnen Gruppen → z. B. Notstromaggregat, Unterbringung, Versorgung, Kinderbetreuung, Informationen etc.?	
Welche Gruppen werden bei verschiedenen Lageentwicklungen (Szenarien) zusätzlich gefährdet oder weniger gefährdet ?		
Bedarfe und Bedürfnisse	Weiß der Stab, was die betroffenen Bevölkerungsgruppen konkret brauchen ?	→ Kap. 4.2
	Wie werden Bedarfe und Bedürfnisse in der aktuellen Lage erhoben ?	
	Wie werden immaterielle Bedürfnisse berücksichtigt: → z. B. PSNV, Bedürfnis nach Information?	

Thema	Fragen	Kapitel
Selbsthilfefähigkeit	Wie sind die Selbsthilfefähigkeiten der Bevölkerung einzuschätzen? Welche kann der Krisenstab stärken und koordinieren ?	→ Kap. 4.3
	Wer könnte Nachbarschaftshilfe/Unterstützung leisten? Gibt es Gruppen, die informell anderen helfen (können) (z. B. Nachbarn, Vereine, Facebook-Gruppen)?	
	Welche Selbstorganisation gibt es in der Bevölkerung?	
	Welche Art von Hilfe kann von wem geleistet werden: → z. B. Versorgung, Unterbringung, Sprachmittlung, Befüllen von Sandsäcken?	
	Kommen Helfende aus entfernteren Regionen ? Welche Bedarfe ergeben sich für diese: → z. B. Koordination, Versicherung, Ausrüstung, Transport, Versorgung etc.?	
Gibt es im Stab Personal, um die ungebundenen Helfenden zu koordinieren ?		
Einsatzkräfte und Mitarbeitende als Teil der Bevölkerung	Welche Einsatzkräfte arbeiten in der aktuellen Lage? Welche davon gehören nicht zu den BOS ?	→ Kap. 4.4
	Um welche Einsatzkräfte und Mitarbeitenden der Verwaltung muss sich der Stab kümmern?	
	Welche besonderen Bedarfe aufgrund der Lage könnten Einsatzkräfte und andere beteiligte Mitarbeitende haben?	
	Was benötigen diese für den Einsatz bzw. ihre Einsatzfähigkeit : → z. B. Versorgung, Information, Kinderbetreuung?	
	Wer übernimmt die Psychosoziale Notfallversorgung auch für die Einsatzkräfte der Verwaltung und andere, nicht den BOS zugehörigen Gruppen von Einsatzkräften (PSNV-M)?	
Hat der Stab die Belastungen der Stabsmitglieder im Blick?		
Annahmen im Stab zum Verhalten der Bevölkerung	Welches Verhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen ist zu erwarten? Warum?	→ Kap. 5.1
	Welche Annahmen über menschliches Verhalten liegen den Entscheidungen im Stab zugrunde?	
	Welche Erkenntnisse zur Risikowahrnehmung der Bevölkerung liegen vor?	
	Gibt es überprüfbare Anhaltspunkte dafür, dass es zu Gewalt kommen könnte? Welche?	
	Wie schätzen Sie die Selbsthilfefähigkeit und die Hilfsbereitschaft der betroffenen und nicht betroffenen Bevölkerung ein?	
Gibt es besondere soziodemografische Faktoren in der betroffenen Bevölkerung, die für die Umsetzung von Maßnahmen des Stabs förderlich oder hinderlich sein könnten? Welche?	→ Kap. 5.2	
Sind interkulturelle und gesellschaftspolitische Besonderheiten für diese Lage zu erwarten?		

Thema	Fragen	Kapitel	
Verhalten der Bevölkerung	Gibt es in der betroffenen Bevölkerung (kürzliche) mit ähnlichen Lagen?	→ Kap. 6.2	
	Welche Einschätzungen /Erlebnisberichte der Bevölkerung sind in den Medien zu finden? Welche Aussagekraft haben sie?		
	Welches Verhalten, welche Stimmung und welche Bedürfnisse werden von Anlaufstellen für die Bevölkerung (z. B. Hotline, Kräfte vor Ort) kommuniziert?		
	Können lagerelevante Ansprechpersonen sozialer Netzwerke oder Communities identifiziert werden?		
	Welche organisierten Formen der Selbsthilfe gibt es (z. B. Chatgruppen, Komitees) und wer sind deren Ansprechpersonen?		
Kommunikation mit der Bevölkerung	Gibt es ungebundene Helfende ? Wo und wie agieren sie? Gibt es Kontaktstellen ?		
	Wer bearbeitet im Stab die Informationen für und die Kommunikation mit der Bevölkerung ?	→ Kap. 5.2	
	Gibt es Diskrepanzen zwischen der Stabs-Lageeinschätzung und Berichten in Medien/aus Einsätzen/Kontakten? Worüber?		
	Gibt es Gerüchte/Falschinformationen ? Worüber? Durch wen verbreitet?		
	Welche Informationen werden gezielt an welche Bevölkerungsgruppen übermittelt ?		
	Wurde/Wird die Bevölkerung rechtzeitig und angemessen gewarnt ?		
	Gibt es Einrichtungen/Anlaufstellen , bei denen Menschen sich verlässliche Informationen holen können, z. B. Bürgertelefon, digitales oder reales Schwarzes Brett? Wie wird über ihre Existenz und Erreichbarkeit informiert?		
Welchen Bevölkerungsgruppen müssen die Ursache der Lage und mögliche Gefahren besonders erklärt werden?			
Gibt es eine zu informierende Bevölkerungsgruppe , die eine Lage – z. B. aufgrund der räumlichen Entfernung – nicht mitbekommen hat?			



Literaturverzeichnis

Beerlage, I., Hering, T. und Nörenberg, L. (2006): Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung. Zivilschutz-Forschung – Neue Folge, Band 57. Bonn: media consult.

Betsch, C. (2020): Ergebnisse aus dem COVID-19 Snapshot Monitoring COSMO – Die psychologische Lage. 27. Welle, Stand 27.11.2020, Universität Erfurt, Heisenberg-Professur für Gesundheitskommunikation. Abrufbar unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/27/>, abgerufen am: 02.12.2020.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (o. J.): Glossar. Lagebild. Abrufbar unter: https://www.bbk.bund.de/DE/Infothek/Glossar/_functions/glossar.html?nn=19742&cms_lv2=1975, abgerufen am: 11.08.2023.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2012): Psychosoziale Notfallversorgung – Qualitätsstandards und Leitlinien Teil I und II. 2. Auflage. Praxis im Bevölkerungsschutz, Band 7. Bonn.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.) (2014): Leitfaden Krisenkommunikation. 5. Auflage. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bevoelkerungsschutz/leitfaden-krisenkommunikation.pdf?__blob=publicationFile&v=4, abgerufen am: 08.05.2020.

Fathi, R. und Fiedrich, F. (2022): Social Media Analytics by Virtual Operations Support Teams in disaster management – Situational awareness and actionable information for decision-makers. In: Frontiers in Earth Science, Band 10. DOI: 10.3389/feart.2022.941803.

Fischer, H. W. (2008): Response to disaster – fact versus fiction and its perpetuation. Lanham, MD: University Press of America.

Geenen, E. M. (2017): Krisenkommunikation. In: Karutz, H., Geier, W. und Mitschke, T. (Hrsg.): Bevölkerungsschutz – Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 306–310.

Gißler, D. (2019): Erfolg der Stabsarbeit – Arbeit, Leistung und Erfolg von Stäben der Gefahrenabwehr und des Krisenmanagements im Gesamtkontext von Einsätzen. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.) (2022): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer.

Hofinger, G., Heimann, R. und Kranaster, M. (2016): Ausbildung und Training von Stäben. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. Berlin: Springer. S. 235–242.

Holenstein, M. und Köng, A.-L. (2014): Das Verhalten der Bevölkerung in Katastrophen und Notlagen – Literaturstudie im Auftrag des BABS. Zürich: Stiftung Risiko-Dialog.

Karutz, H. und Tinla, M. (2021): Kommunales Psychosoziales Krisenmanagement im Rahmen der Coronavirus-Pandemie. In: Trauma & Gewalt, Band 15, Heft 3. S. 222–231.

Knigge, I., Künzer, L. und Hofinger, G. (2014): Gemeinsame Lagebilder und inter-organisationale Kommunikation von Stäben in Großschadenslagen. In: Jenki, M., Ellebrecht N., und Kaufmann, S. (Hrsg.): Organisationen und Experten des Notfalls – Zum Wandel von Technik und Kultur bei Feuerwehr und Rettungsdiensten. Münster: LIT Verlag. S. 85–106.

Kuhlicke, C., Seebauer, S., Hudson, P., Begg, C., Bubeck, P., Dittmer, C., Grothmann, T., Heidenreich, A., Kreibich, H., Lorenz, D. F., Masson, T., Reiter, J., Thaler, T., Thieken, A. H. und Bamberg, S. (2020): The behavioral turn in flood risk management, its assumptions and potential implications. In: WIREs Water, Band 7, Heft 3. DOI: 10.1002/wat2.1418.

Kuligowski, E. D. (2020): Evacuation decision making and behavior in wildfires – past research, present challenges and a future research agenda. In: Fire Safety Journal, Band 120. S. 1–9.

Künzer, L. und Tomczyk, S. (Hrsg.) (2022): Sozialwissenschaftliche Aspekte der Warnung der Bevölkerung – Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt SAWaB. Forschung im Bevölkerungsschutz, Band 29. Abrufbar unter: https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/FiB/FiB-29-sozialwissenschaftliche-aspekte-warnung.pdf?__blob=publicationFile&v=8, abgerufen am: 01.07.2022.

- Li, H., Guan, J., Ye, H. und Yang, H. (2019):** A Survey of Rural Residents' Perception and Response to Health Risks from Hot Weather in Ethnic Minority Areas in Southwest China. In: International Journal of Environmental Research and Public Health, Band 16, Heft 12. DOI: 10.3390/ijerph16122190.
- Lorenz, D. (2010):** Kritische Infrastrukturen aus Sicht der Bevölkerung. Schriftenreihe Sicherheit, Band 3. Berlin: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.
- Mähler, M., Hofinger, G., Becker, C. und Künzer, L. (2023):** Das Lagebild Bevölkerungsverhalten in der Stabsarbeit (LaBS): wissenschaftlicher Abschlussbericht. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Manthei, G., Böhlik, U. und Münster, J. (2014):** Weiterbildung zum Fachberater PSNV – Erstkonzept. Berlin: Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie.
- McLennan, J., Elliot, G. und Omodei, M. (2011):** Issues in Community Bushfire Safety – Analyses of Interviews Conducted by the 2009 Victorian Bushfires Research Task Force. Bundoora: La Trobe University.
- Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2016):** Krisenmanagement durch Krisenstäbe im Lande Nordrhein-Westfalen bei Groß-einsatzlagen, Krisen und Katastrophen. Abrufbar unter: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=62020161021103137880, abgerufen am: 25.01.2023.
- Ohder, C. (2018):** KatLeuchttürme – Bevölkerungsnaher Katastrophenschutz. Hilfebedarfe, Hilfeerwartung und Hilfebereitschaft der Bevölkerung in Katastrophensituationen. In: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): Tagungsband LÜKEX 2018 – 2. Thementag: Bedeutung einer längerfristigen Unterbrechung der Gasversorgung für den Bevölkerungsschutz. Bonn. S. 68–77.
- Ohder, C., Röpcke, J., Sticher, B., Geißler, S. und Schweer, B. (2014):** Hilfebedarf und Hilfebereitschaft bei anhaltendem Stromausfall – Ergebnisse einer Bürgerbefragung in drei Berliner Bezirken. Berlin: Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.
- Osarek, K. und Künzer, L. (2022):** Evaluation von Stabsübungen. In: Hofinger, G. und Heimann, R. (Hrsg.): Handbuch Stabsarbeit – Führungs- und Krisenstäbe in Einsatzorganisationen, Behörden und Unternehmen. 2. Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer. S. 419–428.
- Plapp, T. (2002):** Erdbeben, Stürme, Hochwasser – unvorhersehbar, unkontrollierbar, schrecklich? Zur Wahrnehmung und Bewertung von Risiken aus extremen Naturereignissen. Bonn: Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV).

Ronchi, E., Wong, S., Suzuki, S., Theodori, M., Wadhvani, R., Vaiciulyte, S., Gwynne, S., Rein, G., Kristoffersen, M., Lovreglio, R., Marom, I., Ma, C., Antonellis, D., Zhang, X., Wang, Z. und Masoudvaziri, N. (2021): Case studies of large outdoor fires involving evacuations. DOI: 10.5281/zenodo.4504853.

Schmersal, E., Oschmiansky, H., Wilson, J., Scharf, L., Kippnich, U., Schulze, M. und Max, M. (2019): Dokumentation von Einsatzlagen – Teil 1: Die Schneelage in Bayern 2019 aus Sicht des Bayerischen Roten Kreuzes. Dokumentationen von Einsatzlagen – Schriftenreihe der Forschung, Band 7. Berlin.

Schopp, N. (2016): Bevölkerungsverhalten im Krisenfall – Deutungsmuster und Handlungsfolgen aus Sicht der Feuerwehren. Salzgitter, Suderburg, Wolfsburg: Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften.

Wood, M. M., Mileti, D. S., Bean, H., Liu, B. F., Sutton, J. und Madden, S. (2018): Milling and Public Warnings. In: Environment and Behavior, Band 50, Heft 5. S. 535–566. DOI: 10.1177/0013916517709561.



Bisherige Publikationen

Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Übersicht bisher erschienener und teilweise bereits vergriffener Bände der Veröffentlichungen, die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe herausgegeben wurden.

Je nach Art und Umfang der Forschungsergebnisse findet lediglich eine Internetveröffentlichung statt. Zu speziellen, besonders interessanten Themen des Bevölkerungsschutzes werden gesonderte Publikationen herausgegeben, die Sie in der Liste Sonderveröffentlichungen finden können.

Unter www.bbk.bund.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Mediathek/Mediathek_Formular.html?cl2Categories_FormatMediathek=reiheforschungimbevoelkerungsschutz finden Sie, zusätzlich zu den Internetveröffentlichungen, die meisten Bände als PDF zum Download. Die Printversion können Sie im Internet oder über die Adresse Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Postfach 1867, 53008 Bonn bestellen.

Forschung im Bevölkerungsschutz

- 1 **Band 1 – Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung – Umsetzungsrahmenpläne
Entwicklung | Datenbank | Task-Force | Finanzierung**
I. Beerlage, T. Hering, S. Springer, D. Arndt, L. Nörenberg/2008
ISBN-10: 3-939347-02-7 bzw. ISBN-13: 978-3-939347-02-6

- 2 **Band 2 – Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung – Umsetzungsrahmenpläne
Qualität in Aus- und Fortbildung**
I. Beerlage, S. Springer, T. Hering, L. Nörenberg, D. Arndt/2008
ISBN-10: 3-939347-03-5 bzw. ISBN-13: 978-3-939347-03-3

- 3 **Band 3 – Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung – Umsetzungsrahmenpläne
Belastungen und Belastungsfolgen in der Bundespolizei**
I. Beerlage, D. Arndt, T. Hering, L. Nörenberg, S. Springer/2009
ISBN-10: 3-939347-04-3 bzw. ISBN-13: 978-3-939347-04-0

-
- 4 **Band 4 – Vulnerabilität Kritischer Infrastrukturen**
S. Lenz/2009
ISBN-13: 978-3-939347-11-8
-
- 5 **Band 5 – Empfehlungen für die Probenahme zur Gefahrenabwehr im Bevölkerungsschutz**
U. Bachmann, W. Biederbick, N. Derakshani, M. Drobig, J. Eisheh, M. König, R. Maier,
J. Mentfewitz, B. Niederwöhrmeier, H. Prast, D. Sebastian, G. Uelpenich, M. Vidmayer,
S. Wilbert, M. Wolf / 2010
ISBN-13: 978-3-939347-15-6
-
- 6 **Band 6 – Proceedings: Biologische Gefahren in Deutschland Kongressbericht der
GERMAN BIOSAFETY 2005**
2011
ISBN-13: 978-3-939347-05-7
-
- 7 **Band 7 – Städtebauliche Gefährdungsanalyse**
C. Mayrhofer/2010
ISBN-13: 978-3-939347-08-8
-
- 8 **Band 8 – Sekundäre Prävention einsatzbedingter Belastungsreaktionen und -störungen**
W. Butollo, R. Karl, M. Krüsmann/2012
ISBN: 978-3-939347-09-5
-
- 9 **Band 9 – Dekontamination von Verletzten im Krankenhaus bei ABC-Gefahrenlagen**
F. Martens/2009
ISBN-13: 978-3-939347-20-0
-
- 10 **Band 10 – Entwicklung eines zeitgemäßen ABC-Selbsthilfe-Sets für den Katastrophenschutz**
M. Müller, K. Schmiechen/2009
ISBN-13: 978-3-939347-22-4
-
- 11 **Band 11 – Bevölkerungsverhalten und Möglichkeiten des Krisenmanagements und Katastrophen-
managements in multikulturellen Gesellschaften**
E. Geenen/2010
ISBN-13: 978-3-939347-26-2
-
- 12 **Band 12 – Vulnerabilität der Kritischen Infrastruktur Wasserversorgung gegenüber
Naturkatastrophen**
A. Braubach/2010
ISBN-13: 978-3-939347-30-9

- 13 Band 13 – Indikatoren zur Abschätzung von Vulnerabilität und Bewältigungspotenzialen am Beispiel von wasserbezogenen Naturgefahren in urbanen Räumen**
J. Birkmann, S. Krings, M. Vollmer, J. Wolfertz, T. Welle, W. Kühling, K. Meisel, M. Wurm,
H. Taubenböck, M. Gähler, H. Zwenzner, A. Roth, S. Voigt und S. Dech/2011
ISBN-13: 978-3-939347-31-6
-
- 14 Band 14 – Infrarot-Gefahrstoffkamera**
R. Harig, P. Rusch/2011
ISBN-13: 978-3-939347-32-3
-
- 15 Band 15 – Empirische Untersuchung der Realisierbarkeit von Maßnahmen zur Erhöhung der Selbstschutzzfähigkeit der Bevölkerung**
H. G. Goersch, U. Werner/2011
ISBN-13: 978-3-939347-36-1
-
- 16 Band 16 – Humanbiomonitoring im Bevölkerungsschutz**
M. Müller, K. Schmiechen/2012
ISBN-13: 978-3-939347-39-2
-
- 17 Band 17 – Desinfektion von Persönlicher Schutzausrüstung**
K. Lemmer, A. Roder, H. Nattermann, I. Schwebke, M. Mielke, B. Dorner, G. Pauli, R. Grunow /2012
ISBN-13: 978-3-939347-42-2
-
- 18 Band 18 – CT-Analyst; Ausbreitungsprognose bei Gefahrstofffreisetzung in bebauter Umgebung
Schlussbericht zum Forschungsvorhaben**
B. Leitl, D. Hertwig, F. Harms und M. Schatzmann/2017
ISBN: 978-3-939347-74-3
-
- 19 Band 19 wurde nicht realisiert**
-
- 20 Band 20 – Interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz**
S. Schmidt, C. Hannig, D. Kietzmann, D. Knuth, M. Mösko, M. Schönefeld/2018
ISBN-13: 978-3-939347-82-8
-
- 21 Band 21 – Führungskräfte PSNV – Anforderungen und Qualifizierung**
M. Mähler, G. Hofinger, L. Künzer, R. Zinke, F. Kather/2019
ISBN-13: 978-3-939374-87-3

-
- 22 **Band 22 – Lebensmittelversorgung in Krisen und Katastrophen – Versorgung und Vulnerabilitäten in OECD-Ländern**
L. Gerhold, K. Cortez Garcia, A. Guerrero Lara/2019
ISBN-13: 978-3-939347-89-7
-
- 23 **Band 23 – Grenzüberschreitende großräumige Evakuierungsplanung – Ergebnisse des Projektes ECHD**
U. Pohl-Meuthen, S. Schäfer, P. Blatt, F. Steyer/2019
ISBN-13: 978-3-939347-90-3
-
- 24 **Band 24 – Untersuchung zur Wirksamkeit von Desinfektionsmitteln für den Einsatz in biologischen Gefahrenlagen**
S. Papp, K. Kimmerl, J. Gatz, R. Grunow, O. Kaspari/2020
ISBN-13: 978-3-939347-96-5
-
- 25 **Band 25 – Szenarien, Evaluation und Messtechnik bei Freisetzung chemischer und explosionsgefährlicher Stoffe (SEMFreS)**
B. Ahrens, U. Annel, M. Drobig, S. Ehlert, T. Forster, A. Hausmann, J. Heide, M. Näther, M. Pütz, R. Reiss, J. Ringer, S. Rosenkranz, F. Schuppe, K. Urban, T. Wolf, M. Wolff, R. Zimmermann/2020
ISBN-13: 978-3-939347-97-2
-
- 26 **Band 26 – Bildung im Bevölkerungsschutz**
Teil 1: Bildungsatlas Bevölkerungsschutz – strukturelle Merkmale der Bildung im Bevölkerungsschutz
A. Guerrero Lara, L. Gerhold/2020
ISBN: 978-3-949117-00-8
-
- 26 **Band 26 – Bildung im Bevölkerungsschutz**
Teil 2: Strukturelle und didaktische Merkmale der Aus- und Fortbildung von Führungskräften im Bevölkerungsschutz
A. Guerrero Lara, L. Gerhold, S. Bornemann, E. Schwedhelm, J. Müller/2020
ISBN: 978-3-949117-01-5
-
- 27 **Band 27 – Katastrophenkommunikation und soziale Medien im Bevölkerungsschutz - Kommunikation von Lageinformationen im Bevölkerungsschutz im internationalen Vergleich (KOLIBRI)**
S. Wahl, L. Gerhold/2021
ISBN: 978-3-949117-02-2

- 28 Band 28 – Definition von Schutzzielen für Kritische Infrastrukturen (DESKRIS)**
L. Gerhold und A. Schuchardt (Hrsg.)/2021
ISBN: 978-3-949117-03-9
-
- 29 Band 29 – Sozialwissenschaftliche Aspekte der Warnung der Bevölkerung (SAWaB)**
L. Künzer und S. Tomczyk (Hrsg.)/2022
ISBN: 978-3-949117-05-3
-
- 30 Band 30 – PSNV für Kinder und Jugendliche in komplexen Schadenslagen (KIKAT)**
H. Karutz, A.-K. Fegert und V. Blank-Gorki/2021
ISBN: 978-3-949117-06-0
-
- 31 Band 31 – Vulnerabilität und Kritikalität des Bildungswesens in Deutschland
Eine Betrachtung aus Sicht des Bevölkerungsschutzes (BeKRITIS)**
H. Karutz, C. Posingies und J. Dülks/2022
ISBN: 978-3-949117-11-4
-
- 32 Band 32 - (bisher noch nicht publiziert)**
-
- 33 Band 33 -(bisher noch nicht publiziert)**
-
- 34 Band 34 - Das Lagebild Bevölkerungsschutzverhalten in der Stabsarbeit.**
Mareike Mähler; Gesine Hofinger; Cleo Becker; Laura Künzer
ISBN: 978-3-949117-22-0

Sonderveröffentlichungen

- 33 **Notfall- und Katastrophenpharmazie I – Bevölkerungsschutz und Medizinische Notfallversorgung**
2009/ISBN: 978-3-939347-18-7
-
- 34 **Notfall- und Katastrophenpharmazie II – Pharmazeutisches Notfallmanagement**
2009/ISBN: 978-3-939347-19-4
-
- 35 **Katastrophenmedizin – Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall**
2006/ISBN: 3-939347-01-9 bzw. 978-3-939347-01-9
-
- 36 **Biologische Gefahren – Beiträge zum Bevölkerungsschutz, 2. Auflage**
2005/ISBN: 3-00-016733-1/Druckversion vergriffen
-
- 37 **Biologische Gefahren I – Handbuch zum Bevölkerungsschutz,
3. vollständig überarbeitete Auflage**
2007/ISBN: 3-939347-06-X bzw. 978-3-939347-06-4
-
- 38 **Biologische Gefahren II – Entscheidungshilfen zu medizinisch angemessenen
Vorgehensweisen in der B-Gefahrenlage**
2007/ISBN: 3-939347-07-8 bzw. 978-3-939347-07-1
-
- 39 **Ethische Reflexion im Bevölkerungsschutz – Leitfaden für eine ethisch reflektierte
Entscheidungsfindung im Sanitäts- und Betreuungsdienst**
2023/ISBN: 978-3-949117-17-6
-

